



INTERNATIONALES LEBEN

Probleme der Aussenpolitik, der Diplomatie und der nationalen Sicherheit





Hauptverwaltung für Betreuung des Diplomatischen Korps

beim Aussenministerium Russlands

Gastfreundschaft ist unser Beruf



- **Ein erfahrener, zuverlässiger Vermieter - Wir verwalten Immobilien seit 1921**
- **Wir bieten an: mehr als 1 000 000 Quadratmeter komfortable Wohnungen und Büroräume in Moskau**
- **Föderales Eigentum - die langfristige Direktpacht**
- **Juristische Sauberkeit und Transparenz der Geschäfte**
- **Die für den Hauptstadtmarkt einmalige Möglichkeit, Objekte der Immobilien in verschiedenen Stadtteilen bei einem Eigentümer zu wählen**
- **Alle Bauten auf bewachtem Gelände, mit Parkplätzen und dem Tag- und Nachtbeistand kommunaler Dienste**
- **Respektable Nachbarn**

www.arena.updk.ru, www.updk.ru

(495) 770-35-35

Kommerzielle Hauptproduktionsverwaltung für Betreuung des Diplomatischen Korps beim
Aussenministerium der Russischen Föderation

Werbung

Leiter des Projektes

Armen Oganessian, Chefredakteur der Zeitschrift „Internationales Leben“

Verantwortlicher Redakteur des Projektes

Jewgenija Pjadyschewa, Verantwortlicher Sekretär der Zeitschrift
„Internationales Leben“, Kandidat der historischen Wissenschaften

Fotomaterialien:

Irina Snatnowa

Marina Tschurina

Viktorija Posdnjakowa

Deutsche Ausgabe

Übersetzung ins Deutsche

© „Progress ID“ GmbH

Generaldirektor: Sarkis Oganian

Redaktionsleiterin: Margarita Tarwerdowa

Übersetzer: Dmitri Gabrieljan, Stanislaw Dezhurov

Bedienung (Computersatz): Alexej Uwarow

Umbruch: Anton Djatlow

Adresse der Redaktion

105064, Moskau, Gorochowskij Pereulok 14, Russische Föderation

Tel.: + 7(499) 265-37-81. Fax: + 7 (499) 265-37-71.

E-mail: info@interaffairs.ru

© Redaktion der Zeitschrift „Internationales Leben“, 2012

INHALTSVERZEICHNIS

TENDENZEN

5 **Sergej Naryschkin**
*Ansprache auf der Plenarsitzung der Parlamentarischen
Versammlung des Europarates*

17 **Sergej Lawrov**
Aussenpolitische Philosophie Russlands

25 **Alexandr Jakowenko**
*Die Welt und die internationalen Beziehungen heute:
Neues und gut vergessenes Altes*

41 **Nodari Simonia, Anatoli Torkunow**
Globalisierung und Problem der Weltführung

57 **Wassili Lichatschow**
Russland als völkerrechtliche Persönlichkeit

69 **Alexandr Smejewski**
*Über die internationale Zusammenarbeit im Kampf
gegen kriminelle Herausforderungen und Drohungen*

79 **Ercci Tuomioja**
Globale Herausforderungen und Verantwortung

89 **Wadim Lukow**
Gipfeltreffen globaler Entscheidungen

THEMA DES JAHRES

95 **Gennadi Gatilow**
*Formel einer Regelung in Syrien:
ein intersyrischer Dialog — multipliziert mit einer
wirksamen Rolle der äusseren Spieler*

Armen Oganessjan 107
Syrien: wer trägt die verantwortung für „die verantwortung für die verteidigung“

Alexej Podzerob 111
Das Ende des Islamismus in der arabischen Welt?

INTERVIEW DES HEFTES

Alexej Meschkow 127
Gerüchte über einen baldigen Zusammenbruch der Europäischen Union erscheinen uns als verfrüht

Sergej Rjabkow 155
Russland — USA: Wir werden versuchen, die Interface-Bereiche gegenseitiger Erwartungen und Möglichkeiten auszubauen

Juri Schafranik 169
Inlandpreise für Erdgas senken und die ganze Industrie mit Erdgas ausreichend versorgen

REGIONALER VEKTOR

Juri Belobrow 175
Europäische Sicherheit auf dem Scheidewege

Nikolai Platoschkin 187
„Der europäische Kanzler“ oder das Ende der Ära von Angela Merkel?

Sergej Scharko 195
Zentralasien als eurasisches geopolitisches Zentrum: neue Möglichkeiten oder Illusionen?

BIBLIOTHEK

Jewgenija Pjadyschewa 219
Über das Wichtigste in Weltpolitik und russischer Diplomatie

RAT DER ZEITSCHRIFT:

Sergej LAWROW,
Minister für auswärtige Angelegenheiten
Russlands

Alexander AWDEJEW,
Ausserordentlicher und
Bevollmächtigter Botschafter

Andrej DENISSOW,
Ausserordentlicher und
Bevollmächtigter Botschafter,
Kandidat der Wirtschaftswissenschaften

Alexander DSASSOCHOW,
Doktor der politischen Wissenschaften

Igor IWANOW,
Präsident des Russischen Rates für
internationale Angelegenheiten
(russ. Abk. RSMD), korrespondierendes
Mitglied der Akademie der
Wissenschaften Russlands, Doktor der
Geschichtswissenschaften

Konstantin KOSSATSCHOW,
Leiter der föderativen Agentur für die
Angelegenheiten der Gemeinschaft
Unabhängiger Staaten, der Landsleute im
Ausland und für internationale
humanitäre Zusammenarbeit
(russ. Abk. Rossotrudnitschestwo),
Kandidat der juristischen
Wissenschaften

Wladimir LUKIN,
Menschenrechtsbeauftragter Russlands,
Doktor der Geschichtswissenschaften,
Professor

Michail MARGELow,
Vorsitzender des Ausschusses für
internationale Angelegenheiten des
Föderationsrates Russlands, Kandidat der
politischen Wissenschaften

Sergej MAREJEW,
Generaldirektor des Ministeriums für
auswärtige Angelegenheiten Russlands

Alexej MESCHKOW,
Stellvertreter des Ministers für auswärtige
Angelegenheiten Russlands

Alexander PANOW,
Doktor der politischen Wissenschaften

Georgi PETROW,
Vizepräsident der Handels- und
Industriekammer Russlands

Jewgeni PRIMAKOW,
ordentliches Mitglied der Akademie der
Wissenschaften Russlands

Alexej PUSCHKOW,
Vorsitzender des Ausschusses der
Staatsduma für internationale
Angelegenheiten, Kandidat der
Geschichtswissenschaften

Sergej RJABKOW,
Stellvertreter des Ministers für auswärtige
Angelegenheiten Russlands

Michail SESLAWINSKIJ,
Leiter der föderativen Agentur für
Pressewesen und Massenmedien

Wladimir TITOW,
Erster Stellvertreter des Ministers für
auswärtige Angelegenheiten Russlands

Anatoli TORKUNOW,
Rektor der Moskauer Staatlichen Hochschule
für internationale Beziehungen (russ. Abk.
MGIMO-U), ordentliches Mitglied der
Akademie der Wissenschaften Russlands,
Doktor der politischen Wissenschaften

Alexej FEDOTOW,
Botschafter für Sonderaufträge, Mitglied
des Kollegiums des Ministeriums für
auswärtige Angelegenheiten Russlands

Wladimir TSCHISHOW,
Ständiger Vertreter Russlands bei der EU

Vitali TSCHURKIN,
Ständiger Vertreter Russlands bei der UNO,
Kandidat der Geschichtswissenschaften

Juri SCHAFRANIK,
Vorsitzender des Vorstandes der
Zwischenstaatlichen Erdölgesellschaft (russ.
Abk. MGNK) „SojusNefteGas“, Präsident
des Fonds „Weltpolitik und Weltressourcen“

Alexander JAKOWENKO,
Ausserordentlicher und Bevollmächtigter
Botschafter, Doktor der juristischen
Wissenschaften

Sergej NARYSCHKIN

VORSITZENDER DER STAATSDUMA
DER FÖDERALEN VERSAMMLUNG
DER RUSSISCHEN FÖDERATION



ANSPRACHE AUF DER PLENARSITZUNG DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DES EUROPARATES

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrter Generalsekretär, sehr geehrte Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung! Vor einem Jahr hätte mein Besuch hierher nicht stattfinden können. Aber Ursachen, die meine Reise aufschieben liessen, sind unter heutigen Bedingungen zu zusätzlichen und ernsthaften Umständen und zum Anlass für diese Begegnung geworden. Wie ich sehe, werden heute erneut Versuche unternommen, in die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Uneinigkeit zu bringen und die PACE von der Erörterung und Lösung tatsächlich akuter Aufgaben abzulenken, darunter auch der Aufgaben, die mit der Notwendigkeit zusammenhängen, das System der parla-

Сергей НАРЫШКИН, Председатель Государственной Думы Федерального собрания Российской Федерации
ВЫСТУПЛЕНИЕ НА ПЛЕНАРНОМ ЗАСЕДАНИИ ПАРЛАМЕНТСКОЙ АССАМБЛЕИ СОВЕТА ЕВРОПЫ

mentarischen Kontrolle tiefgreifend zu reformieren. Ich halte das für ein wichtiges Thema, auf das ich noch zurückgreifen werde.

Darüber hinaus traf ich mich in Moskau mit Herrn Jagland und Herrn Mignon, für die ich tiefe und aufrichtige Achtung empfinde, zusammen und überzeugte ich mich noch mehr davon, dass der Stand der Verantwortung, die auf den Parlamenten von Ländern Europas lastet, im stürmischen Wachstum begriffen ist. Heutzutage ist dieser Stand beispiellos hoch.

Denn wir treffen uns in einem dramatischen Augenblick. Und obwohl die Geschehnisse, die wir in Syrien beobachten, weit von Europa stattfinden, zeugen ihr Verlauf und ihre Vorgeschichte davon, dass die heutige Bedrohung des Friedens unmittelbar mit der Missachtung des Rechts und der fundamentalen Grundlagen der Weltordnung zusammenhängen, die gerade hier — auf unserem Kontinent — das Licht der Welt erblickt hat. Bei einem ungünstigen Szenarium können die Folgen auf alle unsere Länder übergreifen. Deshalb wäre es in einer solchen Situation besonders gefährlich, unbeeiligt zu bleiben, sich in Schweigen zu hüllen und Gleichgültigkeit zu bekunden.

Wozu Gleichmut und Versöhnlichkeit führen, ist allen europäischen Ländern bestens bekannt. Als Europa in den Ersten Weltkrieg hineingeschlittert war, zählten seine Menschenverluste Millionen; im Zweiten Weltkrieg waren es bereits dutzende Millionen. Und heute wissen wir alle: der Standpunkt einer Reihe von Ländern Europas erwies sich nicht einfach als hart, sondern wurde auch gehört. Ich meine die Ihnen bekannte Abstimmung des Parlaments Grossbritanniens, das seiner Regierung verboten hat, am Raketen- und Luftangriff auf Syrien teilzunehmen.

Die Initiative des Präsidenten Russlands zur Beilegung der Situation in Syrien hat aber weitgehende Unterstützung gefunden und begonnen, sich zu verwirklichen. Bekannt sind Ihnen die Ergebnisse einer Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat, die vor einigen Tagen stattgefunden hat. Nicht zuletzt spielte dabei die jahrhundertealte Treue Europas zu humanistischen Werten eine Rolle, Werten, auf denen sein jetziges Recht und seine Entwicklungsprinzipien fussen.

Natürlich können Sie mich fragen, warum ich jetzt darüber rede. Ich rede darüber schon deshalb, weil sogar die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges in Vergessenheit zu geraten beginnen. Man versucht, seine Ursachen zu „beschönigen“ und dabei die Ursachen und den Sinn der schrecklichsten Tragödie des 20. Jahrhunderts zu entstellen. Die Nazis, die ihre Ausschliesslichkeit und Überlegenheit verkündet hatten, legten damals —

zynisch — die Reihenfolge der totalen Vernichtung ganzer Völker Europas fest.

Für die Gleichgültigkeit in Bezug auf die Verbreitung einer derart gefährlichen Ideologie musste die Welt letzten Endes einen hohen Preis zahlen. In diesem Zusammenhang möchte ich lediglich einen einzigen Satz zitieren: „Gleichgültigkeit kann verlockend erscheinen, ja sogar reizvoll, aber ausgerechnet die Gleichgültigkeit für das Leid macht aus einem Menschen einen Unmenschen und spielt einem Aggressor in die Hand“. Mit Recht stellte das Elie Wiesel — Humanist, Schriftsteller und Nobelpreisträger — fest.

Ich möchte an folgendes erinnern: im kommenden Jahr jährt sich zum 100. Mal der Beginn des Ersten Weltkrieges, der in ganz Europa schwerwiegende Folgen heraufbeschwört und in meinem Land zu einem Chaos, zur Vernichtung eines erstmalig gebildeten demokratischen Parlaments, zu den Ereignissen der Revolution von 1917 und zu einem Bürgerkrieg geführt hat.

Jene Aggression wurde damals nicht gehörig abgewehrt, blieb auf Lauer liegen und revanchierte sich zwei Jahrzehnte später, was zu einem neuen, bereits weltumfassenden Brand und — ich wiederhole — zu dutzenden Millionen von Menschenopfern führte.

Die Verbrechen des Nazismus gegen die Menschlichkeit wurden in Nürnberg verurteilt. Diese Urteile des internationalen Gerichtshofs tragen einen unvergänglichen Charakter. Aus irgendwelchem Grunde haben gewisse Politiker der Gegenwart begonnen, diese Tatsache zu vergessen. Genau so wie die Tatsache, dass die beiden Weltkriege bei schweigsamer Duldung derjenigen entfesselt wurden, die bis zu einem gewissen Zeitpunkt vom Übel unberührt blieben, das inzwischen in anderen Ländern Freiheit und Menschenleben raubte.

Als Vorsitzender der Russischen historischen Gesellschaft und Leiter des Nationalausschusses für die Vorbereitung zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkrieges bin ich der Ansicht, dass man solche Lehren nicht vergessen darf. Der Schutz der historischen Wahrheit muss zu unserer gemeinsamen Aufgabe werden. Im Rahmen sowohl nationalen Bildungsprogramme als auch in der europäischen Jugendpolitik. In diesem Zusammenhang schlage ich vor, den Unterricht — nicht nur an den Universitäten sondern auch an den Schulen — durch die Dokumente des Prozesses von Nürnberg zu ergänzen. Es gilt, seine wichtigsten Unterlagen in den Sprachen aller Völker Europas zugänglich zu machen und sie zu diesem Zweck auch auf den Webseiten des Europarates, der UNO, der OSZE und anderer internationaler Vereinigungen unterzubringen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie schon in den zurückliegenden Jahrhunderten beobachten Menschen in den verschiedensten Ländern der Welt heutzutage besonders aufmerksam, was in Europa geschieht. Sie beobachten seine sozial-ökonomischen Prozesse, den Verlauf von Debatten in unseren Parlamenten. Denn ausgerechnet hier — in Europa — wurden grossartige Entdeckungen und technologische Durchbrüche vollbracht, rechtliche und sozial-politische Doktrinen geboren, die es gestatteten, den Fortschritt zu erreichen und das Leben des Menschen freier und würdiger zu gestalten.

In diesem Auditorium ist wohl bekannt, dass es ohne Moral kein wahres Recht gibt oder geben kann. Wir dürfen die Augen nicht vor einem Benehmen verschliessen, das in die rechtlichen — oder gar — in sittliche Normen nicht passt. Ausgerechnet deswegen haben sich russische Parlamentarier bereits Anfang September — erstmalig und eigentlich als die einzigen — bereit erklärt, mit den amerikanischen Kollegen zusammenzukommen, um die Situation um Syrien zu erörtern. Aber wir, wie Sie wissen, haben dabei auf eine Absage gestossen. Das heisst: dort ist man geneigt, eigene Beschlüsse zu fassen, ohne sich andere Argumente anzuhören. Unumwunden sage ich: das ist ein beispielloser Fall für die parlamentarische Praxis.

Inzwischen bin ich überzeugt: die Rolle der parlamentarischen Diplomatie ist heute in der Welt nur im Wachen begriffen und wird immer bedeutsamer. Inzwischen bleibt die repräsentative Demokratie, die in Europa schon vor Jahrtausenden aufzukommen begann, ein bewährtes und unumgängliches Institut nicht nur für moderne Staaten, sondern auch für die Wahrung der — durch die Welt unter Qualen hervorgebrachten — Architektur der Sicherheit.

Wollen wir auch nicht vergessen, dass ausgerechnet in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Gefühl der allgemeinen Verantwortung und der europäischen Geschlossenheit in eine noch nie dagewesene Höhe gestiegen ist. Gerade das gestattete es, im Jahre 1945 die UNO und — vier Jahre später — den Europarat und seine Parlamentarische Versammlung zu gründen.

Ich bin überzeugt: auch heute — unter der Ägide der Strassburger Organisation — ist es möglich und nötig, komplizierteste und für die Welt und den Kontinent wichtigste Fragen zu lösen. Es gilt, sie nicht zu verschweigen, sondern sie auf unsere Haupttagesordnung zu setzen. Umso mehr, dass hier — auf der Parlamentarischen Versammlung — immer unterschiedliche Meinungen erklingen und unterschiedliche Herangehensweisen angeboten werden. Für mein Land ist das ausschlaggebend. Denn nur so kann man Ent-

scheidungen finden, die imstande wären, für alle 800 Millionen Europäer zu einer gemeinsamen Sache zu werden.

Was die Kritik an unsere Adresse — wie übrigens auch an die Adresse jedes beliebigen Staates — anbelangt, so ist sie unvermeidlich. In nationalen Parlamenten hatten wir alle die Gelegenheit, auch noch schlimmeres zu hören. Die Empfindung der Voreingenommenheit kann aber die höchsten gemeinsamen Ziele entwerten und beliebige konstruktive Anstrengungen unterhöheln. Eine solche Empfindung ergibt sich aber unvermeidlich wegen der Versuche, Russland und einigen anderen Ländern immer neue Verpflichtungen aufzuzwingen, die sowohl mit dem Monitoring-Verfahren der PACE als auch mit seiner Verlegung auf die Ebene des Ministerkomitees des Europarates zusammenhängen. Wie ich glaube, ist eine ganz andere Frage längst herangereift: die Frage des Übergangs vom Ländermonitoring zum thematischen Monitoring.

Die jetzige Monitoring-Praxis, die die sogenannten neuen Demokratien aussondert, ist unserer Meinung nach überholt. Denn sie führt faktisch zu einer kritischen Teilung im PACE-Rahmen in Staaten, die, wenn Sie wollen, „sauber“ und „unsauber“ sind. Das heisst in die Länder, an die ständig Beanstandungen gerichtet werden, und die Länder, mit denen so was nie geschieht. Wenn aber ein derartiges Monitoring auf den Frühstapfen der Teilnahme am Europarat neuer Staaten, die lediglich ihre ersten Schritte auf dem demokratischen Wege gemacht haben, noch gerecht scheinen mag, so sieht es heute wie ein ungerechter Anachronismus und — ich scheue mich vor diesem Wort nicht zurück — wie eine politische Diskriminierung aus. Infolgedessen sind wir überzeugt: das Monitoring-Verfahren braucht eine tiefgreifende und grundlegende Umgestaltung. So viel uns bekannt ist, teilt diesen Standpunkt eine Reihe anderer Delegationen. Und wir werden nachdrücklich und argumentiert eine solche Lösung vorschlagen.

In der Tätigkeit des Europarates bleiben auch sonstige Probleme bestehen. Davon reden in der PACE nicht wir allein. Ich bin sogar bereit, mich damit einverstanden zu erklären, dass diese Probleme gelegentlich einen objektiven Charakter tragen. Aber die Frage besteht darin, wie man diese Belastung beseitigen muss, ohne sie den kommenden Generationen zu vererben. Und darauf muss die Hauptaufmerksamkeit konzentriert sein.

Jetzt möchte ich auf Herausforderungen eingehen, die meiner Ansicht nach sowohl den Stand unserer gegenseitigen Verständigung als auch den Inhalt unserer Tagesordnung beeinflussen. Dabei gelten sie unmittelbar uns, den Vertretern der gesetzgebenden Gewalt.

Erstens ist es der allgemeine Zustand von Recht und Gesetz in der heutigen Welt, dazu gehören die jetzigen Tendenzen ihrer Entwicklung sowie die Rolle der Parlamentarier beim Schutz des Rechts als solches. Vor allem beim Schutz seines Gewebes vor einem Eingriff nicht rechtgebundenen Erscheinungen, einschliesslich der Politisierung juristischer Vorgänge. Solche Tendenzen werden immer auffallender unter dem Einfluss von Krisenerscheinungen und anderen globalen Prozessen. Unsere unmittelbare Aufgabe als Gesetzgeber ist, die Sauberkeit des Rechts zu garantieren.

Dasselbe gilt für völkerrechtliche Normen. Damit sie entstehen, wird der Wille aller gebraucht. Damit sie auseinanderfallen, genügen die Anstrengungen nur weniger. Und der Europarat, der über eine einmalige rechtliche Basis verfügt, könnte hier sein gewichtiges Wort reden.

Darüber hinaus. Wir wissen, dass der moderne gesetzgebende Prozess hinter verschlossenen Türen nicht verlaufen kann, während die Teilnahme an ihm bereits aufgehört hat, das Los der „Ausserwählten“ zu sein. Die Gesellschaft muss sowohl den ganzen Vorgang übersehen können, als auch sich im direkten Dialog mit den Gesetzgebern während der ganzen Periode der Erörterung rechtlicher Sanktionen befinden.

Gestützt unter anderem auch auf unsere jüngsten Erfahrungen möchte ich sagen: ausgerechnet das Ausbleiben der Rückkopplung führt letzten Endes dazu, dass sowohl die Legitimität der Regierungsentscheidungen als auch die Gerechtigkeit der Gerichte in Zweifel gezogen wird. Im Rahmen gewisser Internet-Ressourcen wird den Menschen — dabei nicht zum ersten Mal in der Geschichte — der Gedanke über den absoluten Charakter ihrer Individualfreiheiten beim absoluten Fehlen jeglicher rechtlicher Verpflichtungen suggeriert. Dabei hat schon Voltaire gewarnt, dass die wahre „Freiheit darin besteht, nur von Gesetzen abhängig zu sein“.

Daraus resultiert das dritte aktuelle Thema. Neue Kommunikationen beeinflussen tatsächlich sehr ernsthaft die politische Tagesordnung. Vor unseren Augen erstarkt — parallel zu traditionellen parlamentarischen und anderen Instituten der Demokratie — eine andere (vorerst noch virtuelle) Welt, eine Welt, die jedoch bereits über eigene Technologien des Einflusses auf die öffentliche Meinung verfügt und nationale Grenzen nicht anerkennt. Dort entstanden auch eigene zahlreiche „Interessengruppen“ und „bewährte“ Diskussionsforen.

Manch einer vertritt sogar die Meinung, dass der Eintritt in das Internetzeitalter den Untergang des klassischen Parlamentarismus bedeutet, weil die sozialen Netze angeblich jetzt eben die Stimme des Volkes verkörpern. Ich will nicht streiten: ihr Einfluss ist gross. Aber ich wiederhole: die Rolle und

Verantwortung von Parlamenten nehmen in einem solchen Augenblick nur noch zu. Und so wird es so lange bleiben, bis die neue „elektronische“ Diplomatie und deren Äusserungen nicht ihre tadellose rechtliche Form erreichen, bis sie eine jahrelange Prüfung bestehen und vor Fehlern nicht garantiert sein werden, die den künftigen Generationen teuer zu stehen kommen können.

In der wachsenden bürgerlichen Aktivität müssen wir dabei keineswegs nur eine Bedrohung sehen, sondern auch neue, noch nicht genutzte Möglichkeiten für das Wachstum der Demokratie. Da das Internet besonderes tatkräftig von der Jugend benutzt wird, erlauben diese Technologien, nicht nur mit ihr unmittelbar verbunden zu sein, sondern auch auf neueste Anfragen zu reagieren.

Das vierte Problem, auf das ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte, ist die herangereifte Notwendigkeit, sich auf eine tatsächlich akute Tagesordnung zu konzentrieren. Beispielsweise hat das Problem der massenweisen Ablehnung einer Staatsbürgerschaft für viele aufgehört, etwas Undemokratisches zu sein. Ist das vielleicht eine Verfälschung des Sinngehalts der modernen Demokratie, eine Rückkehr in die Vergangenheit um dutzende, wohl um hunderte Jahre?

Ich zitierte lediglich ein modernes Beispiel, das besonders himmelschreiend ist. Nicht verschwunden sind aber auch andere — für uns gemeinsame — Herausforderungen. Das sind Terrorismus und internationale Konflikte, der Drogenschmuggel und die grenzüberschreitende Kriminalität, die „Schwarzhandel“ mit menschlichen Organen und — ich wiederhole — der Neonazismus, der in seiner offenen oder sogar versteckten Form das historische Gedächtnis auslöscht.

Schliesslich: das fünfte Thema, das sich mit den von mir genannten Problemen eng verflucht. Das ist ein auffallender Mangel an neuer Qualität im interparlamentarischen Zusammenwirken. Angebracht wäre es, darüber von dieser Tribüne aus zu reden. Denn die PACE, die zu einem einmaligen Forum für die Lösung gemeinsamen Aufgaben geworden war, konnte als Beispiel auch für andere Integrationsvereinigungen dienen. Und wir verheimlichen nicht, dass wir uns in Fragen der europäischen Integration in mancher Hinsicht von europäischen Erfahrungen leiten lassen. Uns ist dieses Modell nah.

Ich möchte betonen: unsere heutigen Kontakte brauchen nicht einfach neue Formate, sondern auch einen tiefgreifenderen strategischen Inhalt. Beispielsweise die Triade von Aufgaben — die Oberhoheit des Gesetzes, die Menschenrechte und die Demokratie — ist mit unzähligen anderen Prioritä-

ten der Entwicklung verknüpft. Wenn aber — zugunsten den pseudoakuten oder konfliktschwangeren Themen — die Fragen der Entwicklung der Kultur, der Bildung, der Wissenschaft oder des Gesundheitswesens in den Hintergrund abrücken, engt sich das Wirkungsfeld der PACE selbst ein und werden Richtungen entwertet, die für unsere Bürger recht bedeutsam sind.

Mir scheint, dass solche Fragen ohne Zweifel eine ständige allgemeine Aufmerksamkeit verdienen. Ich möchte den Kollegen aus vielen Ländern für die Teilnahme am vorjährigen Parlamentsforum in Moskau aufrichtig danken, wo wir akute Probleme der Entwicklung des Parlamentarismus, moderne Drohungen für Demokratie und neue Strömungen in der Gesetzgebung gemeinsam besprachen. Mitte November wird das zweite Forum dieser Art stattfinden, und ich würde mich freuen, Sie in Moskau zu sehen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das jetzige Jahr ist für Russland denkwürdig. Im Dezember wird die russische Verfassung 20 Jahre alt und gleichzeitig begehen die ersten Wahlen in unser modernes russisches Parlament ihr zwanzigjähriges Jubiläum. Für uns ist das — in vollem Sinne dieses Wortes — ein historischer Meilenstein, ein Wendepunkt.

Das kommende Jubiläum des russischen Parlaments ist für uns ein willkommener Anlass, die Probleme des heutigen Parlamentarismus tiefgreifender zu untersuchen. Hinzu kommt, dass Russland den grösseren Teil dieser 20 Jahre dem Europarat angehört. Nicht zu trennen sind von dieser Periode auch die Entstehung einer neuen Gesetzgebung bei uns, der Beitritt Russlands zu vielen Konventionen des Europarates, das Recht für unsere Bürger, sich an den Europäischen Gerichtshof zu wenden u.a.m. Dabei ist der Beitritt des grössten Landes des Kontinents zum Europarat ein historisches Ereignis nicht nur für uns, russische Bürger. Sowohl uns als auch Ihnen stehen noch fecht viele inhaltsreiche Themen für einen Dialog im Rahmen der PACE bevor.

Ich unterstütze die Bemühungen des Generalsekretärs des Europarates, Herrn Jagland, und seiner Mitstreiter bei der Reformierung des Europarates und bin der Meinung, dass ausnahmslos alle Bereiche der Arbeit der Strassburger Organisation gleichberechtigt sein müssen, weil jeder von ihnen der Festigung der Menschenrechte und der pluralistischen Demokratie dient. Nach wie vor wird sich Russland in den europäischen Angelegenheiten vom Prinzip „The Council of Europe first“ leiten lassen.

Nun möchte, meine verehrten Kollegen, dazu übergehen, was Sie wohl von mir am meisten erwarten. Ich werde mir Mühe geben, kurz darauf einzu-

gehen, was ausländische Partner und uns selbst immer noch in der heutigen russischen Politik bewegt. Obwohl werde ich natürlich alle Aspekte in der mir zustehenden Zeit nicht beleuchten können.

Das erste Thema, das im Ausland beliebt ist, betrifft nichtkommerzielle Organisationen, sogenannte „ausländische Agenten“. Unser Hauptziel war, die Transparenz der Finanzierung ihrer Tätigkeit zu gewährleisten, was wir auch getan haben. Aber die Praxis der Anwendung dieses Gesetzes — wie auch anderer Gesetze — wird von uns immer und aufmerksam studiert. Aufgrund der Ergebnisse können Korrekturen vorgenommen werden. Inzwischen laufen bereits Diskussionen über eine genauere Definition des Begriffs „Politische Tätigkeit“. Übrigens hat der russische Ombudsman Wladimir Lukin gegen dieses Gesetz eine Klage beim Verfassungsgericht vorgelegt. Unser Parlament aber verhält sich immer achtungsvoll zum Standpunkt des Verfassungsgerichts. Was den Begriff „Ausländischer Agent“ anbelangt, so glauben manche, dass er eine negative Schattierung hat. Auf linguistische Einzelheiten werde ich jetzt nicht eingehen, doch gibt es entsprechende Begriffe auch in der ausländischen Praxis. Und das wissen Sie wohl.

Zweitens: worauf ich eingehen möchte, ist die russische Gesetzgebung über Kundgebungen und andere Massenveranstaltungen. Ja, wir haben die Verantwortung für die Rechtsverletzungen bei Kundgebungen adäquater gemacht, wie schon viele Länder vor uns. Ich betone: die Verantwortung nicht für die Teilnahme an ihnen, sondern lediglich für konkrete Verletzungen bei Kundgebungen und Massenveranstaltungen. Kundgebungen und Demonstrationen werden bei uns nach wie vor und recht oft veranstaltet. Also hat das verabschiedete Gesetz die Aktivitäten der Bürger nicht beeinträchtigt. Aber — wie ich hoffe — die Gemüter sowohl der Provokateure als auch der Randalierer abgekühlt.

Drittens: die Gesetze über die sogenannten „schwarzen Listen“ der Internetseiten. Gleich möchte ich einen Vorbehalt machen: man darf diesen — nicht nur bei uns verbreiteten — Begriff keineswegs für korrekt halten. Denn in Russland gibt es keine „schwarzen Listen“, während das Internet bei uns nach wie vor ein Territorium der Freiheit bleibt. Dabei ist bekannt, dass den Zugang zu ihm alle, einschliesslich der Kinder, haben. Aber der Staat hat Sonderdienste, die imstande sind, die Drohungen für die Sicherheit abzuwehren, sagen wir, terroristische Drohungen, während den Eltern derartige Ressourcen nicht zustehen. Wie können sie dann ihre Kinder gegen Pornographie, gegen die Propaganda von Rauschgiftmitteln und Selbstmorden schützen? Wir sind der Meinung, dass es die Pflicht des Staates ist. Einen ähnlichen Weg gehen auch viele andere Länder.

Und schliesslich: die offenen und verständlichen Standards des Verhaltens im Internet entsprechen mehr den europäischen Werten als die Versuche, die Erklärungen über die Freiheit im Internet mit dem gleichzeitigen Aufbau eines totalen und nicht auf dem Gesetz fussenden Systems der Kontrolle über elektronische Kommunikationen — und dadurch über das freie Denken als solches — zu verknüpfen. Hinzu kommt, dass sich rechtliche Mechanismen — kraft ihrer Offenheit — vervollkommen lassen, was man über Technologien nicht sagen kann, die sich jeder gesellschaftlichen Kontrolle entziehen. Edward Snowden hat übrigens darüber viel erzählt, und ich bin der Ansicht, dass der Beschluss Russlands völlig gerecht ist, ihn an die Vereinigten Staaten nicht auszuliefern, unter anderem aus dem Grund, weil man ihn dort auf unlegitime Weise behandeln könnte. Aber es hat auch keinen juristischen Grund gegeben, Snowden auszuliefern. Dafür hat es auch keinen moralischen Grund gegeben, weil dieser Mensch die Welt über die totale Verletzung der Menschenrechte in Bezug auf hunderte Millionen von Menschen in aller Welt informierte.

Noch ein Gesetz, das oft den Überfällen aus dem Ausland ausgesetzt wird, ist die Verantwortung für die Propaganda nichttraditioneller sexueller Beziehungen unter den Minderjährigen. Viele Kommentatoren, ob bewusst oder unbewusst, lassen die Worte „Propaganda unter den Minderjährigen“ unerwähnt. Dadurch entstellen sie von Anfang an sowohl den Inhalt als auch die Motive der Verabschiedung dieses Gesetzes.

Befürchtungen, dass dieses Gesetz zu einem Werkzeug für die Diskriminierung der Minderheiten wird, sind geäussert worden. Aber ich teile diese Befürchtungen nicht. Und nicht nur im Zusammenhang damit, dass korrekte Beispiele fehlen. Personen jeder beliebigen sexuellen Orientierung kennen bei uns Begrenzungen weder im Beruf noch beim Studium, noch im gesellschaftlich-politischen Leben. Sie bauen ihr Leben frei und in Übereinstimmung mit ihren Bevorzugungen auf. Man darf aber den Kindern, die ihre Volljährigkeit nicht erreicht haben, nichts aufzwingen. Oder — umso mehr — propagieren.

Und schliesslich möchte ich — zuletzt — auf folgendes eingehen. Auf das Gesetz über die kriminelle Verantwortung für die Kränkung religiöser Gefühle. Betonen möchte ich: in Russland hat man die Verfolgung des Glaubens, der religiösen Überzeugungen in der Sowjetzeit noch nicht vergessen, und viele Bürger erwarten vom demokratischen Staat nicht einfach eine Anerkennung, sondern auch einen Schutz ihrer religiösen Gefühle und Überzeugungen. Und nun stelle ich die Frage: Ist denn die Gleichheit aller vor dem Gesetz nicht ein gesamteuropäischer Wert? Oder gibt es in anderen

Ländern wenig gläubige Menschen, und diese empören sich nicht, wenn ihr Glaube beschimpft, ihre Tempel geschändet, christliche und orthodoxe Kreuze abgesägt, grundlegende Rechte und Werte mit den Füßen getreten werden?

Insgesamt halte ich es für unzulässig, für die Rechte der einen Menschen zu kämpfen, zugleich aber die Rechte der anderen zu ignorieren. Sogar dann, wenn die ersten zu lebhaft sind, während die anderen schweigen. In einem Rechtsstaat und in einer zivilisierten Gesellschaft darf so was nicht sein. Ich füge hinzu: wir schätzen, wenn unsere Versammlung einen gewichtigen Beitrag zur Förderung der Thematik eines zwischenkulturellen Dialogs und seiner religiösen Dimension leistet. Wir hoffen, dass auch künftig hin so sein wird.

Selbstverständlich bin ich hier nicht auf alle möglichen Fragen eingegangen. Und ich ahne, dass ich nicht bis zuletzt diejenigen befriedigt habe, die gewohnt sind, rein juristische Argumente mit dem Hinweis auf bekannte Resolutionen und Normen konkreter Gesetze zu hören. Aber meine Kollegen aus der Staatsduma und dem Rat der Föderation haben schliesslich ähnliche Argumente — darunter auch von der Tribüne der PACE aus — wiederholt angeführt. Das wäre das Erste.

Und das Zweite. Heute möchte ich nicht nur von Ihnen, Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung, denen ich meine aufrichtige und herzliche Achtung entgegenbringe, gehört werden, sondern auch von solchen Bürgern europäischer Staaten, denen die juristischen Formeln nicht so nah und verständlich wie für uns — die Gesetzgeber — sind. Vielleicht können sich meine unumwundenen und einfachen Worte für sie sowohl verständlicher als auch überzeugender erweisen.

Ja, natürlich gibt es zwischen „Schwarz“ und „Weiss“ eine ganze Palette von Schattierungen. Aber „Schwarz“ bleibt eben schwarz und „Weiss“ weiss. Das ist wie Gutes und Böses — diese zwei ewigen sittlichen Kategorien. Obwohl die Menschen immer wissen, wo das erste und wo das zweite ist. Für uns, die wir von unseren Völkern gewählt worden sind, können moralische Werte nicht etwas Abstraktes, mit dem Recht nicht Zusammenhängendes, bleiben. Als Speaker werde ich nie müde, das von der parlamentarischen Tribüne aus zu wiederholen.

Heute sprach ich aus meinem Herzen und wollte diejenigen, die bereit sind, mir zuzuhören, unsere wichtigsten Gedanken näherbringen. Und ich habe aufrichtig gesprochen.

Abschliessend möchte ich folgendes sagen. Auf jedem von uns lastet heutzutage die gewaltige Verantwortung für die weiteren Ereignisse in unse-

rem gemeinsamen Haus, für seine stabile Entwicklung. Dabei weisen unsere Völker, die Völker Europas, viel mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Unvergleichlich mehr.

Denn die europäischen humanistischen Ideale sind unsere gemeinsame Plattform. In diesem Sinne sind wir bedingungslose Verbündete. Und solche Verbündete müssen wir in allem sein, was den Wohlstand und die Zusammenarbeit unserer Bürger anbelangt. Wenn man auf Meinungsverschiedenheiten, auf Konflikte setzt, geht man den Weg zu unserer gemeinsamen Niederlage. Ich bin überzeugt: das ist nicht unser Weg.

Aufrichtig danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und lade nach Russland ein.

1. Oktober 2013

Международная



ЖИЗНЬ

Sergej LAWROV

Aussenminister Russlands



AUSSENPOLITISCHE PHILOSOPHIE RUSSLANDS

Russlands Präsident W. W. Putin bestätigte am 12. Februar dieses Jahres eine neue Fassung der Konzeption für die Aussenpolitik der Russischen Föderation. Die Richtung der im Laufe mehrerer Monate währenden Arbeit am Dokument wurde durch einen Erlass des Präsidenten vorgegeben, der am Tag der Amtseinführung des Staatsoberhauptes unterzeichnet worden war. Der Entwurf der Konzeption wurde mit Ämtern, die besonders aktiv an der internationalen Tätigkeit teilnehmen, abgestimmt und in verschiedenen Struktureinheiten der Administration des Präsidenten Russlands erörtert. Für die Vorbereitung des Entwurfs wurde die Expertengemeinschaft Russlands gewonnen, einschliesslich der Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates beim Aussenminister.

*Сергей ЛАВРОВ, Министр иностранных дел Российской Федерации
ВНЕШНЕПОЛИТИЧЕСКАЯ ФИЛОСОФИЯ РОССИИ*

Unsere Anerkennung gilt allen, die ihre Meinungen und Vorschläge geäußert haben, darunter auch auf den Seiten der Zeitschrift „Internationales Leben“.

Das Hauptergebnis dieser Beratungen besteht in der Einsicht, dass der jetzige selbständige aussenpolitische Kurs unseres Landes eigentlich einen alternativlosen Charakter trägt. Mit anderen Worten: wir können nicht einmal hypothetisch eine Variante prüfen, die einen „Anschluss“ Russlands als Geführter irgendeines anderen Schlüsselspielers auf der internationalen Arena in Betracht zieht. Die Unabhängigkeit der Aussenpolitik Russlands ist prädestiniert durch seine geographischen Abmessungen, durch die einmalige geopolitische Länge, die jahrhundertealten historischen Tradition, die Kultur und das Selbstbewusstsein unseres Volkes. Dieser Kurs ist auch ein Ergebnis der letzten 20 Jahre der Entwicklung Russlands unter neuen historischen Bedingungen, einer Periode, als es — nicht selten auf dem Weg von Proben und Fehlern — gelungen war, eine Philosophie der Aussenpolitik zu formulieren, die in höchstem Masse den Interessen Russlands auf der gegenwärtigen Etappe entspricht.

Die erneuerte Konzeption bewahrte nicht nur die Schlüsselprinzipien der vorangegangenen Variante des Jahres 2008, sondern auch die grundlegenden Herangehensweisen eines Dokuments, das von W. W. Putin im Jahre 2000 bestätigt worden war. Vor allem gehören dazu Pragmatismus, Offenheit, Vielvektorausrichtung sowie eine konsequente, aber konfrontationslose Förderung der nationalen Interessen Russlands. Diese Prinzipien haben bewiesen, dass sie gefragt und wirksam sind. Mehr noch: sie erlangen zunehmend einen universellen Charakter, das heisst, werden in der praktischen Politik von einer wachsenden Anzahl von Staaten übernommen.

Die Hauptaufgabe der internationalen Tätigkeit Russlands ist die Schaffung günstiger äusserer Bedingungen für einen Aufstieg der Wirtschaft, für deren Umstellung auf ein Innovationsgleis, für die Erhöhung des Lebensstandards der Menschen. Keine Übertreibung wäre die Behauptung, dass eine solche Fragestellung nicht nur aus der Analyse der jetzigen Lage des Landes resultiert, sondern auch für Russland in historische Sicht ganz natürlich ist. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Auszug aus dem Rundschreiben an Russlands Vertreter bei den Höfen fremder Mächte zitieren, das am 4. März 1881 anlässlich der Thronbesteigung des Zaren Alexander III. verschickt worden ist. Im Rundschreiben hiess es, dass „Russland seine natürliche Entwicklung erreicht hat; Russland braucht nichts mehr zu wünschen, braucht niemandem etwas abzurufen. Was ihm bleibt, ist, seine Lage lediglich zu festigen, sich vor äusserer Gefahren zu schützen und seine inne-

ren — sittlichen und materiellen — Kräfte zu entwickeln, Vorräte an Mitteln speichern und den eigenen Wohlstand mehren“. Alexander III. bestätigte diese Herangehensweise im Jahre 1893, als er schrieb, dass „die friedliche Entwicklung der Kräfte Russlands einen ausserordentlichen Gegenstand der staatlichen Bestrebungen darstellen und als ein bevorzugter Beweggrund einer Friedenspolitik dienen“.

Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts gestatteten unserem Land die Revolutionen und die bipolare Konfrontation nicht in vollem Masse, sich auf die Realisierung einer kreativen Tagesordnung zu konzentrieren. In der jetzigen Periode, da Russland mit niemandem verfeindet ist, fest auf den Beinen steht und zuversichtlich Entwicklungspläne realisiert, bieten sich dafür neue Möglichkeiten.

Es liegt auf der Hand, dass die Gewährleistung einer fortwährenden Verstärkung des Potentials des Landes nur unter den Bedingungen der internationalen Stabilität erreichbar ist; deshalb bedeutet für Russland die Gewährleistung des allgemeinen Friedens und der allgemeinen Sicherheit — gleichzeitig — die Pflicht eines globalen Spielers und eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrates sowie die Schlüsselfrage der Realisierung eigener Interessen. In diesem Zusammenhang hört man gelegentlich Vorwürfe bezüglich des Konservatismus unserer Aussenpolitik, bezüglich des Strebens, einen im Voraus verlustorientierten Standpunkt der Verteidigung des sich unvermeidbar ändernden Status quo einzunehmen. Das ist eine offenkundige Entstellung der aussenpolitischen Doktrin Russlands.

Ja, wir unterstützen tatsächlich keine Versuche, die geopolitische Situation in verschiedenen Weltregionen unter Verwendung von revolutionären Losungen umzukrempeln, darunter auch von Losungen, die mit der beschleunigten Förderung demokratischer Prozesse zusammenhängen. Dafür gibt es nicht wenige Gründe. In Russland kennt man all zu gut die zerstörerische Kraft gewaltsamer Umwälzungen, die zur Verwirklichung der ursprünglich ausgerufenen Ziele nicht führen und des Öfteren die entsprechenden Gesellschaften in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurück werfen. Nicht ein einziger Fall einer äusseren gewaltsamen Einmischung führte in den letzten 15 Jahren eigentlich nicht zu den angestrebten Ergebnissen und begünstigte lediglich die Anhäufung zusätzlicher Probleme und eine Vertiefung von Leiden der Zivilbevölkerung. Dabei wurden gerade unter der Losung des Schutzes der Zivilbevölkerung ursprünglich Entscheidungen über eine Invasion getroffen. Und schliesslich führt eine Vermehrung von Herden der Instabilität infolge der gewaltsamen Aktionen und Operationen zum Sturz bestehender Regimes zu einer gefährlichen Ausweitung der Gebiete der Turbulenz in

den internationalen Beziehungen, verstärkt in ihnen chaotische Komponenten. Das ist aber ein direkter Weg zum Verlust der Kontrolle über globale Prozesse, was allen Mitgliedern der Weltgemeinschaft, einschliesslich der Anreger der äusseren Einmischung, schmerzhaft Schläge versetzen würde.

Dabei kann nichts von der Wahrheit ferner liegen als die Behauptung, Russland versuche, den Status quo „einzufrieren“. Wir gehen davon aus, dass sich die Welt am Punkt einer jähen Wende befindet und in die Epoche tiefgreifender Änderungen eingetreten ist, deren Ergebnis sich praktisch unmöglich voraussagen lässt.

Das hängt sowohl mit neuen Risiken als auch mit neuen Möglichkeiten zusammen und gestattet in mancher Hinsicht, die Angelegenheit vom reinen Blatt Papier anzufangen. Wir haben uns von den ideologischen Scheuklappen der Vergangenheit befreit und begreifen das wohl besser als die anderen, die — aus Trägheit oder Absicht — den Weg einer Ideologie weitergehen, die den Realitäten des 21. Jahrhunderts nicht mehr entspricht. Wenn man das internationale Geschehen unvoreingenommen betrachtet, wird klar, dass keineswegs Russland archaische blockbelastete Herangehensweisen in den internationalen Angelegenheiten fördert, aussichtslose Versuche im internationalen Geschehen unternimmt, die — von den anderen abgeschirmten — Oasen der Ruhe und Sicherheit einzurichten, den Protektionismus im militärisch-politischen Bereich zum Schaden für die Durchsetzung von Prinzipien der gleichen und unteilbaren Sicherheit verteidigt.

Tektonische Verschiebungen in der geopolitischen Landschaft, die mit einer Umverteilung der Kräfte in der Weltarena zusammenhängen, verlangen eine maximal genaue ernsthafte Einschätzung — vom Standpunkt der intellektuellen Ehrlichkeit aus und ohne Versuche des Wunschdenkens. Russlands Führung hat wiederholt betont, dass der Prozess einer Verringerung der Möglichkeiten des historischen Westens, eine Schlüsselrolle in der Weltwirtschaft und Weltpolitik zu spielen, in Moskau keine Befriedigung hervorruft, umso weniger aber auch eine Schadenfreude. Aber das ist eine objektive beachtenswerte Realität. Die Weltgemeinschaft ist mit grossangelegten strategischen Problemen konfrontiert, darunter mit Problemen, die sich auf die klar hervortretenden Beschränkungen eines ökonomischen Systems beziehen, dem die unaufhaltsame Jagd nach Profit ohne eine entsprechende staatliche und gesellschaftliche Kontrolle, ohne die Anerkennung der Vielfaltigkeit von Entwicklungsmodellen in der heutigen Welt, ohne die Notwendigkeit der Suche nach Wachstumsquellen mit dem Vorstoss zu einer neuen technologischen Ordnung zugrunde liegen.

Besonders beunruhigend sind Erschütterungen, die die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas erfassen. Es gilt, auch diese Erschütterungen objektiv — in ihrer ganzen Kompliziertheit und Vieldeutigkeit — zu bewerten und dabei primitive schwarz-weiße Klischees zu vermeiden. Auf der Hand liegt, dass diese Prozesse noch jahrelang andauern und — am ehesten — mit einer schmerzhaften Transformierung des geopolitischen Bildes dieser Region zusammenhängen werden, das in der zurückliegenden Periode entstanden ist.

Es mehren sich Zeugnisse, die davon sprechen, dass — unter den heutigen Bedingungen — die Bedeutung des Faktors einer zivilisatorischen Identität, einer wachsenden Tendenz zur Bildung einer Art zivilisatorischer Blöcke zunimmt. In dieser Situation ist augenfällig die Wahl: entweder eine Zuspitzung zwischenkultureller, zwischenzivilisatorischer Reibungen mit der Aussicht auf deren Hinüberwachsen in einen offenen Zusammenstoß oder die Vertiefung eines gegenseitig geachteten, gleichberechtigten Dialogs mit dem Zweck, zu einer Partnerschaft von Zivilisationen voranzukommen. Unlängst — vor seinem Rücktritt — sprach Benedikt XVI. darüber, dass heutzutage die Erreichung des Friedens über den Dialog nicht eine mögliche Option, sondern die unumgängliche Notwendigkeit ist. Ein solcher Standpunkt steht im Einklang mit den Herangehensweisen Russlands.

In der aussenpolitischen Konzeption ist ein klares, konsequentes System von Anschauungen formuliert worden, das sich auf die Lösung immer komplizierter werdender Probleme der heutigen Welt orientiert. Dieses System enthält nicht einmal eine Andeutung auf Isolationismus, auf eine Selbstabschaltung von der Teilnahme an der Lösung der Gleichungen mit vielen Unbekannten, von denen heutzutage die globale Politik nur so strotzt. Im Gegenteil: voll und ganz ausgerichtet sind wir auf eine Anregung der Anstrengungen zugunsten der Organisation gemeinsamer Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft bei der Suche nach Antworten auf Herausforderungen, die ausnahmslos für alle gelten. Überzeugt sind wir, dass die zuverlässigste Methode, einen Übergang der globalen Konkurrenz in die Form einer gewaltbezogenen Konfrontation zu vermeiden, in folgendem besteht: unermüdlich muss man im Interesse der Gewährleistung einer kollektiven Vorrangstellung führender Staaten der Welt arbeiten, einer Vorrangstellung, die in geographischer und zivilisatorischer Hinsicht repräsentativ sein soll. Um den Erfolg einer solchen Arbeit zu sichern, gilt es, allgemeine Spielregeln anzuerkennen und sich auf die Oberhoheit des Rechts nicht nur in den innerstaatlichen, sondern auch in den internationalen Angelegenheiten zu stützen. Ist denn eine Situation logisch, wenn die gleichen Staaten, die sich

zu einer tatkräftigen, ja sogar gewaltsamen Förderung demokratischer Prinzipien in anderen Ländern bekennen, sich von der Anerkennung dieser Prinzipien in der internationalen Arena distanzieren?

Russlands Aussenpolitik ist konstruktiv und kreativ. Ausgerichtet ist die Tätigkeit der russischen Diplomatie auf die positive Beeinflussung globaler Prozesse im Interesse der Bildung eines stabilen — im Ideal selbstregelnden — polyzentrischen Systems der internationalen Beziehungen, eines Systems, in dem Russland mit Recht die Rolle eines Schlüsselzentrums zukommt. Die meisten ernstzunehmenden Experten und Politiker sind heutzutage damit einverstanden, dass der Inhalt der modernen Periode der Weltentwicklung ausgerechnet in einer konsequenten Festigung der Mehrpolarität besteht.

Wir sind bereit zu einem ernstzunehmenden allseitigen Dialog mit allen interessierten Partnern, wenn wir uns darüber einig sind, dass niemand auf den Besitz eines Monopols auf Wahrheit einen Anspruch erheben darf. Auf der Hand liegt, dass ein langfristiges, fürwahr partnerschaftliches Zusammenwirken auf dem Fundament gemeinsamer Werte aufgebaut werden soll. Allerdings dürfen solche gemeinsamen Herangehensweisen von niemandem diktiert werden. Die vom Westen ausgehenden Versuche, die eigene Wertskala mit messianischer Hartnäckigkeit zu verbreiten, erinnern an die Worte von O. Spengler, der sagte, dass es sich um episodische und lokale, meistens sogar durch augenblickliche geistige Interessen der Einwohner von Großstädten westeuropäischen Typs bedingte Werte, keinesfalls jedoch um allgemeinhistorische ewige Werte handelt. Die fürwahr gemeinsame sittliche Grundlage der internationalen Beziehungen muss das Produkt eines gleichberechtigten Dialogs sein und sich auf einen gemeinsamen geistig-sittlichen Nenner stützen, der immer schon bei den wichtigsten Weltreligionen bestanden hat. Der Verzicht auf die seit Jahrtausenden bewährten traditionellen Werte, die Loslösung von den eigenen kulturellen und geistigen Wurzeln, die Verabsolutierung individueller Rechte und Freiheiten bedeuten ein Rezept für den Verlust jeglicher Orientierungspunkte sowohl in der Innenpolitik als auch in der Aussenpolitik.

Russland ist eine überzeugte Anhängerin der Methode einer Netzdiplomatie, die die Bildung elastischer — darunter gegenseitig überlappender — Vereinigungen von Staaten in Übereinstimmung mit ihren gemeinsamen Interessen voraussetzt. Zu erfolgreichen Beispielen der Bildung ähnlicher Vereinigungen unter Beteiligung von Staaten auf verschiedenen Kontinenten gehört BRICS. Unser Land, das in den Jahren 2013 — 2015 in der „Gruppe der Zwanzig“, in der „Gruppe der Acht“, in der Schanghaier Organisation für

Zusammenarbeit und in BRICS den Vorsitz führt, steuert einen tatkräftigen Kurs auf die Erhöhung der Wirksamkeit des Beitrags dieser vielseitigen Faktoren zur Festigung der globalen Verwaltung. Das ist eine praktische Äusserung der Vielvektorausrichtung des aussenpolitischen Kurses Russlands. Ich glaube nicht, dass heutzutage der Versuch gerechtfertigt wäre, irgendeine starre — übermässig formalisierte — Hierarchie der Verbindungen mit unseren Partnern in verschiedenen geographischen Richtungen aufzubauen. Die Elastizität, Manövrierfähigkeit, „Polyphonie“ der Aussenpolitik Russlands ist unser eindeutiger Vorteil. Das gestattet uns, den fließenden, veränderlichen Charakter der internationalen Situation in Betracht zu ziehen.

Wir gehen davon aus, dass unsere — gemeinsame mit den Partnern — Teilnahme an der Entwicklung einer tiefgreifenden allseitigen Zusammenarbeit im GUS-Raum, die konsequente Förderung des Projekts der euroasiatischen Integration einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung einer neuen internationalen Architektur darstellen, deren Baublöcke internationale Integrationsvereinigungen sind. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Absurdität von Versuchen sichtbar, die „eigene“ Integration zu schützen, jedoch den Integrationsprozessen bei den Nachbarn entgegenzuwirken. Umso mehr, dass in der heutigen Welt allgemein gültige Grundlagen integrationsbezogener Bemühungen existieren, vor allen die Normen der Welthandelsorganisation. Die gegenseitige Annäherung integrationsbezogener Projekte, deren Vereinigung zu einem Ring sind ein Weg, der eine stabile Entwicklung in globalem Ausmass gewährleisten kann. Russland geht gerade von diesem Standpunkt aus und schlägt vor, sich bei der Orientierung als strategisches Ziel den Aufbau eines einheitlichen wirtschaftlichen und humanitären Raums von Atlantik bis Pazifik zu wählen und auf einen tatkräftigen Einbau unseres Landes in die Integrationsprozesse in der Asiatisch-Pazifischen Region hinzuarbeiten.

In Übereinstimmung mit seiner Tradition wird Russlands nach wie vor die Rolle des Faktors einer Ausgewogenheit in den internationalen Angelegenheiten spielen, eine Rolle, deren Erwünschtheit durch die meisten unserer Partner bekräftigt wird. Das erklärt sich nicht nur durch das internationale Gewicht unseres Landes, sondern auch durch den Umstand, dass wir unsere eigene Meinung über das Geschehen haben, eine Meinung, die sich auf die Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit stützt. Die zunehmende Anziehungskraft Russlands hängt auch mit einer Erweiterung des Potentials seiner „weichen Kraft“ als eines Landes zusammen, das ein ausserordentlich reiches kulturelles, geistiges Erbe mit den einmaligen Möglichkeiten einer dynamischen Entwicklung verknüpft, einer Entwicklung, die das kreative Zu-

sammenwirken mit der viele Millionen Menschen zählenden Russischen Welt fördert.

In Moskau ist man überzeugt, dass die Ansichten der führenden internationalen Spieler über besonders akute Probleme der Gegenwart dennoch mehr Gemeinsamkeiten als Meinungsverschiedenheiten aufweisen, insbesondere darin, was nicht taktische Herangehensweisen, sondern Endziele anbelangt. Denn heutzutage sind alle an einer Verringerung von Bereichen internationaler und zwischenstaatlicher Konflikte interessiert, an der Lösung von Problemen der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägern, an der Einschränkung der Möglichkeiten terroristischer und extremistischer Gruppierungen. Dementsprechend kommt es darauf an, endlich nicht in den Worten, sondern in den Taten den individuellen oder gruppenmässigen Egoismus zu überwinden und die allgemeine Verantwortung für die Geschicke der menschlichen Zivilisation zu erkennen. Warnungen, dass diese Zivilisation zerbrechlich ist, bekommen wir regelmässig in Form umfassender natürlicher und technogener Katastrophen, einschliesslich der erst unlängst stattgefundenen kosmischen „Invasion“ bei Tscheljabinsk, die, wenn sie an einem anderen Ort mit höherer Bevölkerungsdichte geschehen wäre, unvergleichlich schwerwiegendere Folgen verursachen könnte.

Wir begrüssen die sich in der letzten Zeit abzeichnende Annäherung von Herangehensweisen besonders einflussreicher Staaten, vor allem der Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO, im Interesse einer Vereinigung von Anstrengungen bei der Lösung vorhandener Konflikte in verschiedenen Regionen auf dem politischen Weg, gestützt auf das Völkerrecht. Gerecht ist das auch darin, was die Erkenntnis anbelangt, dass die Beilegung der syrischen Krise durch Verhandlungen keine Alternative hat.

In der erneuerten Konzeption sind klar und allseitig die aussenpolitischen Ansichten der Führung Russlands über die gegenwärtige Etappe der Weltentwicklung formuliert, denen das Streben nach einer maximalen Nutzung von Möglichkeiten des Landes auf dem Wege einer umfassenden fruchtbaren internationalen Zusammenarbeit, auf dem Wege einer „Berichtigung“ von Krisensituationen, auf dem Wege der Festigung einer positiven, vereinigenden Tagesordnung in der globalen Politik zugrunde liegen.



Alexandr
JAKOWENKO

*Ausserordentlicher und
Bevollmächtigter
Botschafter
Russlands in
Grossbritannien*

secretariat@rusemb.org.uk



DIE WELT UND DIE INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN HEUTE: NEUES UND GUT VERGESSENES ALTES

Heutzutage, da das fünfte Jahr der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu Ende geht, zweifelt niemand, dass die Welt in die Periode einer radikalen Transformation eingetreten ist. Die Krise der sowjetischen Gesellschaft und des sozialistischen Systems der Gesellschaftsordnung, die zum Abschluss des Kalten Krieges an der Grenze der 1980er-1990er Jahre geführt hatte, ergänzte sich nun durch die Krise der westlichen Gesellschaft, einschliesslich der liberalen Wirtschaft und der weitgehend repräsentativen Demokratie. Die systembezogenen Störungen im Euro-Atlantik-Bereich (und durch diese zwei Modelle wurden die kollektiven Erfahrungen der gesellschaftlichen Entwicklung im Raum der europäischen Zivilisation erschöpft und — im Rahmen der

*Александр ЯКОВЕНКО, Чрезвычайный и Полномочный Посол России в Великобритании
МИР И МЕЖДУНАРОДНЫЕ ОТНОШЕНИЯ: НОВОЕ И ХОРОШО ЗАБЫТОЕ СТАРОЕ*

Bipolarität — ihre Dominierung in der globalen Wirtschaft, Politik und Finanzen gewährleistet) wurden zu Schlüsselementen der allgemeinen Weltkrise. Gezogen wurde eigentlich der Schluss-Strich unter dem langandauernden Zyklus einer historischen Entwicklung, die von der Katastrophe des Ersten Weltkrieges eingeleitet worden war. Und genau so wie das 20. Jahrhundert seinen Anfang im Jahre 1914 nimmt, kann man vermuten, dass auch das 21. Jahrhundert ab das Jahr 2008 gelten muss, als die Krise ausbrach.

Man kann aber nicht zweimal in einen und denselben Strom einsteigen. Wenn sich die Weltpolitik und die Experimente mit Modellen wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Ordnung im 20. Jahrhundert auf den Rahmen der europäischen Zivilisation beschränkt haben, so ist die Euro-Atlantische Gemeinschaft — erstmalig in den letzten zwei-drei Jahrhunderten — mit einer realen globalen Konkurrenz seitens anderer Weltregionen, ihrer Kulturen und Zivilisationen konfrontiert. Darin besteht der wichtigste Unterschied der modernen Etappe der Weltentwicklung. Er zeichnet sich durch einen Pluralismus aus, der über den Rahmen der historischen Erfahrungen Europas hinausgeht, durch eine umfassendere Konkurrenz von Entwicklungsmodellen und Wertsystemen. In ihrem Beitrag „Post-Washington-Konsens“ (in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ für März-April 2011) schreiben N. Birdsall und F. Fukuyama darüber, dass sich die „intellektuelle Kraft“ immer gleichmässiger über die Welt verteilt, während die Krise „jedes Entwicklungsmodell vor Gericht bringt“. Eben dann haben die westlichen Demokratien „die Risiken des übermässigen Vertrauens auf die vom Markt angeleitete Globalisierung zum Vorschein gebracht“.

Die Geschichte Europas, dessen Modus operandi führen zugleich ihre Existenz fort, was auf der Ebene erprobter Denkkategorien geschieht, die bei der Analyse von Weltereignissen und bei der Aufstellung von Zukunftsprognosen benutzt werden. dabei handelt es sich nicht nur um enge ideologisierte Debatten auf der Linie Kapitalismus — Kommunismus aus den Zeiten des Kalten Krieges, sondern auch um den Begriffsapparat und die Methoden der gesellschaftlichen Transformation aus der früheren Periode, einschliesslich Reformation, Ausklärung, Revolution, Industrierevolution sowie um solche Kategorien wie Gesellschaftsvertrag, Fortschritt und Gewalt, darunter auch Kategorien wie Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Widersprüche.

Wenn man dieses historische Erbe Europas betrachtet, ist schwer zu sagen, welcher Teil in ihm überwiegt: ein negativer oder ein positiver? Im Negativ sind enthalten zwei Weltkriege, der Imperialismus, der Kolonialismus,

der Kalte Krieg und dessen bewaffnete Konflikte an der Peripherie, Probleme des Umweltschutzes, die Militarisierung der wirtschaftlichen und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung wie auch Probleme der internationalen Entwicklung. Das Positiv enthält das, was man die zivile Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nennen kann, die Erweiterung des Freiheitsraums durch die Gewährleistung einer „Verträglichkeit von Demokratie und Kapitalismus“ sowie die Ausrichtung auf ein stabiles Modell der gesellschaftlichen Entwicklung in Form einer sozial orientierten Wirtschaft und einer allseitig repräsentativen Demokratie mit dem Fundament aus einem bedeutenden Mittelstand und einem stabilen Niveau der sozialen Ungleichheit.

Zum Positiv zählt selbstverständlich auch der Umstand, dass die nukleare Abschreckung — bei ihrer ganzen Gefährlichkeit — den Frieden, die Stabilität und die Voraussagbarkeit im Kreis der führenden Weltstaaten gewährleistet hat. Der Dritte Weltkrieg war eine virtuelle Realität und ging nicht über strategische Ansätze der Militärs hinaus. Mit der Beendigung des Kalten Krieges entfielen praktisch Ursachen für die Gefahr eines globalen Krieges überhaupt. Anscheinend kann man das durch eine — nach innen gerichtete — verlangsamten Transformationsexplosion der europäischen Zivilisation erklären. Die Abschlussetappe dieser Explosion ist wohl auch die jetzige Krise.

Bezeichnend ist, dass in zeitlicher Hinsicht die Formung der Voraussetzungen dieser Krise beiderseits des „eisernen Vorhangs“ identisch war. Einerseits waren es die ausgebliebenen Reformen A. N. Kossygins, andererseits die Anspannungen des Krieges in Vietnam, der zum Verzicht auf den „Goldstandard“ in den USA und zu einem radikalen Umbau des Bretton-Woods-Systems führte. Die allgemeine Ursache könnte die Erschöpfung der früheren technologischen Basis des nächstfolgenden „grossen Zyklus“ der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Unfähigkeit — eher wohl das Fehlen — des politischen Willens zu einer nüchternen Analyse der Situation sein. In der Sowjetunion äusserte sich das in Erscheinungen der Stagnation, im Westen in der Entstehung künstlicher Quellen des Wachstums im Finanzsektor, der sogenannten „Finanzalchimie“ (J.Stiglitz), was infolge seiner Entregelung zu Beginn der 1980er Jahre möglich geworden ist. Kein Wunder, dass sich der Beginn der Erosion des Mittelstandes in der westlichen Gesellschaft (ein Merkmal: das Fehlen der Garantie der Arbeit im Beruf für die Absolventen von Hochschulen) ausgerechnet auf diese Periode bezieht. Wahrscheinlich waren das eine Form der Stagnation und ein Versuch, Probleme „unter den Teppich zu kehren“. Einen Ansporn gab diesen Er-

scheinungen der Abschluss des Kalten Krieges, der Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit zusammenhängende Euphorie im Geiste eines „Endes der Geschichte“.

Man kann sagen, dass auch die Militarisierung — unter anderem als eine Quelle des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts — ihre Ressourcen erschöpft hat. Denn die Militarisierung war ein Trend, der von Bestrebungen herrührt, aus der Grossen Depression der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts in den USA und Europa herauszukommen. In Japan geschah das ein Jahrzehnt früher. Das ist eine Charakteristik der heutigen Welt. Ich bin nicht überzeugt, dass der Bereich der Sicherheit insgesamt, der Aufbau eines sogenannten „Staates der nationalen Sicherheit“ oder, wie man im Zusammenhang mit dem „Fall Snowden“ behauptet, eines „Geheimdienststaates“ zur Lösung der Aufgabe beitragen kann, die jetzige Krise zu überwinden. Wahrscheinlich kann man auch darüber reden, dass sich — zunächst in der Sowjetunion und später auch im Westen — die konsumorientierte soziokulturelle Ordnung erschöpft hat, die lange genug — entgegen der evangelischen Schlussfolgerung — existierte, dass der Mensch „nicht von Brot allein lebt“. Eigentlich hat einen solchen Ausgang für die ganze europäische Zivilisation Pitirim Sorokin noch in den 1960er Jahren vorausgesagt. Wenn sich Prophezeiungen bewahrheiten, kann man sich schwer des Eindrucks erwehren, dass wir Zeugen einer fundamentalen Umwandlung sind, die eine Rückkehr zur früheren Sachlage ausschliesst.

Geschehen ist eine geopolitische „Schrumpfung“ Russlands, der USA, des Westens und des ganzen historischen Europa. Deshalb kann man schwer der Äusserung des Ehrenvorsitzenden des Präsidiums des Rats für Aussen- und Verteidigungspolitik, S. A. Karaganow widersprechen, dass wir eine Periode der „Politik im schwebenden Zustand“ erleben. Alle Vorgänge in der Weltentwicklung erhielten einen mächtigen Beschleunigungsanstoss: Gedanken und Politik kommen einfach nicht mit. Man sollte annehmen, dass es sich um eine allgemeine Charakteristik für jedes Endspiel handelt, was in der Analyse der gegenwärtigen Etappe der Weltentwicklung festgestellt wird, die in der Konzeption für Aussenpolitik der Russischen Föderation enthalten ist (bestätigt durch den Präsidenten W. W. Putin im Februar 2013).

Entwicklungsprobleme rücken in den Vordergrund für alle Staaten der Welt. Möglicherweise für die Euro-Atlantischen Region in noch höherem Masse als für die anderen. Gemeint ist der Umstand, dass die Quellen des wirtschaftlichen Wachstums in jetzigen Bedingungen in der Regel ausserhalb der Grenzen des historischen Europa liegen. Die Erkenntnis dieser Tat-

sache erstarkt in dem Masse, im dem sich die Folgen der Dauerkrise ansammeln. Zu einem kühnen Versuch eines „Durchbruchs in die Zukunft“ wurde der Entwurf einer „Konzeption der nationalen Sicherheit“, den im April 2011 zwei amerikanische Militärs — W. Porter und M. Michelby — veröffentlicht hatten. Untergebracht wurde der Beitrag im Internet mit einem Vorwort von Anne-Marie Slaughter, die zuvor die Abteilung für politische Planung des US-Aussenministeriums geleitet hatte. Der Sinn der vorgeschlagenen Konzeption läuft darauf hinaus, die Quellen des internationalen Einflusses Amerikas zu erneuern. Gemeint wurde dabei die Vorrangigkeit der Gewährleistung der inneren Entwicklung des Landes in dessen sämtlichen Komponenten. Wenn man nach gewissen Zeugnissen urteilt, hatte diese Demarche der amerikanischen Militärs Chancen auf Erfolg im Hinblick auf eine Überprüfung der Strategie der nationalen Sicherheit der USA, die in den Realitäten des Kalten Krieges und seiner überlebten Ideologie wurzelte. In der letzten Zeit wird oft der selige Augustin zitiert, der bei Gott „Keuschheit, aber nicht jetzt“ erbeten wollte. Es sieht danach aus, dass dies vorerst auch zur Bestrebung rechnen kann, Ziele und Aufgaben der nationalen Strategie der USA in nicht ideologisierten Kategorien des Developmentalismus zu formulieren. Möglicherweise wird das Buch des Präsidenten des New Yorker Rates für internationale Beziehungen, R. Haas, „Aussenpolitik beginnt daheim...“ mehr Chancen auf Erfolg haben.

Russland, das sich von den Umständen wesentlich früher auf die sündige Erde landen liess, hatte es natürlich viel leichter, diesen Weg zurückzulegen. Sobald die gedankliche Verarbeitung von Wegen für die weitere Entwicklung des Russlands möglich wurde (geschehen war das etwa um das Jahr 2000, als die ersten begründeten doktrinären Dokumente zu erscheinen begannen), zog man den fundamentalen Schluss über die Hauptaufgabe der aussenpolitischen Arbeit: die Schaffung günstiger äusserer Bedingungen für die innere Entwicklung. Darauf läuft die ganze Philosophie der russischen Diplomatie hinaus, wenn man versucht, sie in einem einzigen Satz zu formulieren. Die Bewegung unserer Partner in die gleiche Richtung gestattet es, über die unterschwellige Konvergenz auf der Ebene der Mikroempfindungen zu urteilen.

In breiterer Hinsicht haben wir es — im grossen und ganzen — mit der Suche nach einer Lösung von Aufgaben der gesellschaftlichen Entwicklung im Euro-Atlantik-Raum auf dem Wege der Konvergenz und der Synthese zu tun. Objektiv schafft dieser Umstand Bedingungen für die Beseitigung der intellektuellen Scheuklappen aus den Zeiten des Kalten Krieges und für die Formung des entsprechenden Massstabs der wiederherzustellenden Einheit

der europäischen Zivilisation, die — neben Europa — auch durch Nordamerika und den Raum der ehemaligen Sowjetunion vertreten ist.

Im 20. Jahrhundert gab es im Rahmen der europäischen Zivilisation bereits Konvergenzmomente zwischen dem Westen und dem Osten. So was geschah in den 1930er Jahren infolge der Grossen Depression. So was geschah in der Nachkriegsperiode, als eine „Sozialisierung“ der Wirtschaft westeuropäischer Länder eine direkte Antwort auf die „Herausforderung der Sowjetunion“ war. Später begann die Entspannung und eine mit ihr verbundene Vertiefung der handelsökonomischen Zusammenarbeit im Euro-Atlantik-Raum. Formuliert waren auch die allgemeinen Prinzipien der europäischen Politik, die ihre Widerspiegelung im Schlussakt von Helsinki gefunden hatten. Im grossen und ganzen bildete sich ein stabiles sozial orientiertes Modell der Wirtschaftsentwicklung. Ausgerechnet dieses Modell ist in der Verfassung des heutigen Russland verankert worden. Dadurch erklärt sich auch die ganze sozialökonomische Politik der russischen Regierung.

In den letzten 20 Jahren steuerte Russland einen konsequenten Kurs auf die Integration in die Weltwirtschaft. Wir sind Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) geworden, streben nach dem Beitritt zu der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Als Mitglied der Gruppe der „Zwanzig“ suchen wir — gemeinsam mit unseren Partnern — nach Wegen zur Überwindung von Krisenerscheinungen und zur Wiederherstellung der Stabilität der globalen Wirtschaft und der nationalen Volkswirtschaften. Man kann annehmen, dass sich vieles in der Weltpolitik klärt, sobald die jetzige Krise überwunden sein wird. Das würde eine Art Post-Krisenregelung in der Welt sein.

Wahrscheinlich werden wir uns die Lehren dessen beherzigen müssen, was sich im Finanzsektor in den letzten 30 Jahren abgespielt hat, wo künstliche Wachstumsquellen entstanden, die das Gesamtbild in der Wirtschaft, einschliesslich Statistik, entstellten. Aber auch der übermässig aufgeblähte Finanzsektor selbst begann, für sich selbst zu arbeiten, und hörte auf, die reale Wirtschaft zu bedienen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Ländern des Kapitalexports zu fördern. Diese Tätigkeit führte zu einer Vergrösserung des Abstandes zwischen den Einnahmen aus dem Kapital und den Einnahmen aus der Beschäftigung, was zerstörende Folgen für den Mittelstand bewirkte, der die Rolle einer sozialen Stütze für das politische System der weitgehend repräsentativen Demokratie spielte. Es könnte sich um einen Wechsel des Paradigmas der wirtschaftlichen Entwicklung mit der Betonung auf deren qualitative Charakteristiken in Übereinstimmung mit den Forderungen der jetzigen Zustand der Gesellschaft, einschliesslich des de-

mokratischen Faktors, handeln. Ist es möglich — wie bei der Abrüstung — die Wirtschaft qualitätsmässig zu festigen und sie zugleich mengenmässig zu verringern?

Das wird die Lösung eines Problems erfordern, das vom führenden Wirtschaftskommentator von „Financial Times“ Martin Wolf „die angeborene Neigung zu einer Rente“ genannt wurde, die sich — wohlgerne — auch in Form von Zahlungen im Rahmen einer Staatsschuld verschaffen lässt. Über eine Rente wird immer öfter geschrieben, darunter auch im Zusammenhang mit solchen Problemen wie die Schrumpfung der sozialen Mobilität und der sozialen „Lifte“, der Antagonismus zwischen den Generationen, der allgemeine Verlust einer historischen Perspektive. Frankreich aus den Zeiten der Belle Epoque liefert ein Beispiel eines „Rentenstaates“. Werden denn etwa die Erfahrungen der Vergessenheit der eigenen Entwicklung (wenn es möglich ist, „Kupons zu schneiden“!) reproduziert? Diesmal gemeinsam — vom ganzen historischen Westen? Auf diesem Weg war es damals nicht gelungen, sich vom realen Leben abzuschirmen: das reale Leben liess es damals nicht zu: durch den Ersten Weltkrieg. Aus diesem Grund war es wichtig, den Zustand der europäischen Gesellschaft und die Untugenden der europäischen Politik der damaligen Zeit zu begreifen, um sich weiterhin — bereits über die Probleme des heutigen Tages — Gedanken zu machen.

Eine interessante Komponente der Gemeinsamkeit zwischen Russland und Grossbritannien ist der oftmalige Gebrauch des Wortes „Jubiläum“. In Anwendung auf die Briten machen sich wohl die Traditionen der langen Herrschaftszeit der Königin Viktoria bemerkbar. Interessanter ist der Umstand, dass im Kontext der heutigen Krise Beiträge erscheinen, wo dieses Wort in seiner ursprünglichen — alttestamentarischen — Bedeutung gebraucht wird. Gestellt werden Vergleiche, dass der hohe Stand der Verschuldung — zwar nicht so wie die Sklaverei, aber dennoch recht wesentlich — die Freiheit des Menschen einschränkt. Wenn man im Hinblick auf die Länder der Mittelmeerzone urteilt, so belastet die untragbare Bürde von Schulden, vor allem von Staatsschulden, die Souveränität unabhängiger Staaten durch — bei weitem nicht triviale — Einschränkungen. Wenn wir das Jahr 1971 als den Ausgangspunkt betrachten, da das Leben „auf Pump“ begonnen hat, dann nähern wir uns bereits dem Jubiläum von 50 Jahren.

Was neue Technologien anbelangt, die die Grundlage des nächsten grossen Zyklus der globalen wirtschaftlichen Entwicklung bilden könnten, so muss hier die absolute Unvoraussagbarkeit konstatiert werden. Wie der englisch-amerikanische Expert W. Janeway in seinem Buch „Wenn man sich mit dem Kapitalismus in der Innovationswirtschaft beschäftigt“ schreibt, kann

man unmöglich voraussagen, wann Technologien entwickelt werden, die zum Gegenstand einer Massenkommerzialisierung — mit der Schaffung entsprechender Produktionsstätten und Arbeitsplätze — werden könnten. Beispielsweise haben die Informationstechnologien und die Computerisierung, einschliesslich der mobilen Telefonverbindung, das alltägliche Leben in hohem Masse verändert. Was die Wirtschaft anbelangt, dann muss man zustimmen: sie haben fundamentale Änderungen im Charakter der Arbeit bewirkt. Sie waren aber mit der Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen nicht verknüpft, die ihren Verlust im Zusammenhang mit dem Outsourcing (Auslagerung) traditioneller Wirtschaftssektoren in andere Weltregionen ausgleichen könnten.

Also kann man auf eine Art Regress oder auf eine Pause in der Entwicklung schliessen. Nun erhebt sich die Frage, womit diese Pause gefüllt sein kann, wenn das Leben weitergeht. Wahrscheinlich mit der Investierung in das menschliche Kapital, das — letzten Endes — das Problem der Entwicklung der Menschheit auf lange Sicht auch lösen kann. Dies bedeutet: den Vorrang werden Staaten geniessen, die die besten Bedingungen für die Selbstverwirklichung der Persönlichkeit schaffen können, vor allem die Investierung in den Gesundheitsschutz, in die Bildung und Kultur sowie in die Infrastruktur der Lebenssicherung, einschliesslich des Transports und der Energiewirtschaft, und — wahrscheinlich — auch in die Landwirtschaft. Die wachsende Rolle der Landwirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft kann als ein Hinweis auf die Rückkehr — nach der finanziellen „Verlorenheit“ — zu den Quellen der menschlichen Existenz dienen.

Von unzweifelhaftem Interesse ist in diesem Zusammenhang ein analytischer Beitrag des Begründers und Präsidenten von „Stratfor“, G. Friedman (Januar 2013). In diesem Beitrag wird das Problem des Aufstiegs und des Untergangs des Mittelstandes in Amerika untersucht. Unter anderem weist der Autor darauf hin, dass die Entstehung des Mittelstandes eine Nebenerscheinung der Nachkriegsentscheidungen war, einschliesslich der Gewährung von Vergünstigungen an die aus den Streitkräften entlassenen Soldaten. Es handelte sich um eine wohlgedachte Strategie für die Gewährleistung einer Stabilität der sozial-ökonomischen und politischen Entwicklung des Landes. Hier gibt es viel Stoff zum Nachdenken im Hinblick darauf, dass es heutzutage — unter den Bedingungen der Krise — den Höhepunkt der Sorglosigkeit bedeuten würde, wenn man sich auf einen Zufall verlässt. Die Erfahrungen der letzten drei Jahrhunderte müssen ein ausreichendes Material für eine nüchterne Analyse von Problemen und für die Festlegung von Wegen für deren Lösung im Interesse der ganzen Gesellschaft liefern.

Zu einer Binsenwahrheit ist es geworden, über fundamentale Änderungen in der geopolitischen Landschaft der heutigen Welt zu reden. Dazu gehört auch eine „Ausschwärmung“ der Kraft, des Einflusses und des Aufblühens, einschliesslich des Aufstiegs, einer ganzen Reihe von Regionalmächten (wie etwa Indonesien, die Türkei und Mexiko, die man zur Kategorie „neuer Volkswirtschaften, die sich lebhaft entwickeln“ rechnet). Dank der Krise erhielt die „Gruppe der Zwanzig“ (Begegnung der führenden Politiker) einen neuen Ansporn und eine neue Qualität. Das ist ein Kreis der führenden Staaten der Erde, ohne die es bereits unmöglich ist, Probleme der globalen Politik, Wirtschaft und Finanzen zu lösen. Etwas ähnliches ist in der Arbeit der Begegnungen mit engerer Zusammensetzung zu spüren, sagen wir der „Gruppe der Acht“, die als Gremium für die Abstimmung und Koordinierung von Herangehensweisen der Teilnehmerländer ihre Bedeutung bewahrt. Für die Lösung konkreter Probleme jedoch ist bereits ein breiterer Kreis von Partnern nötig.

Nicht in Frage kommt selbstverständlich die Ablösung von Vorrechten des Sicherheitsrates der UNO, der seinerzeit als ein Regelungsorgan für die polyzentrische Weltordnung gegründet worden ist, wenn man die Zusammensetzung seiner ständigen Mitglieder und das Prinzip ihrer Einstimmigkeit in Betracht zieht. Vor dem Hintergrund aller düsteren Prophezeiungen bezüglich des Weltgeschehens wandten sich leider nur wenige dieser positiven Realität zu. Die UNO erlangte Aktualität unter den Bedingungen, da die Stimmungen im Geiste des „Endes der Geschichte“ aus der Welt geschafft werden. Vor allem handelt es sich dabei um fundamentale rechtliche Grundlagen der globalen Verwaltung. Versuche, diese Realität abzustreiten, werden unter dem Vorwand einer gewissen „Regelung“ nach den Ergebnissen der Beendigung des Kalten Krieges unternommen. Wie wir aber wissen, hat es keine niedergeschriebene Regelungsvorschrift gegeben, während der Komplex mündlicher Verpflichtungen bezüglich Russlands, einschliesslich der Nichtausdehnung der NATO gen Osten, von unseren westlichen Partnern verletzt worden ist. Jedenfalls ist diese Regelung mit dem aufgeklärten Herangehen an Frankreich nach der Niederlage Napoleons nicht zu vergleichen. Damals wurde Frankreich, wie Talleyrand damals die Situation formulierte, von den „persönlichen“ territorialen Eroberungen des Kaisers Napoleon „befreit“. Im Übrigen wurde Frankreich wie gleichberechtigter Staat in das gesamteuropäische Direktorium aufgenommen. Russland befreite sich aber selbständig von dem ideologischen Erbe des Kalten Krieges und gleichzeitig von der Dominierung in Osteuropa. Was ausgeblieben ist, war die Bildung eines bereits euroatlantischen „Konzerts“ unter Beteiligung Russlands.

Weder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — kraft ihrer institutionellen Unterentwicklung — noch andere gesamteuropäische Strukturen versuchen, dieses Problem zu lösen. Eigentlich daraus resultiert die Idee des Vertrages über europäische Sicherheit, der berufen ist, die Lösung des Problems der Wiederherstellung der politischen Einheit der Region zumindest in Angriff zu nehmen und — auf diese Weise — die finanzielle Belastung des Budgets durch eine Verringerung der Verteidigungsausgaben zu mildern.

Eigentlich kehren wir zu dem — in der Geschichte am Beispiel Europas bereits erprobten — „Konzert der Staaten“ zurück, das in der Periode zwischen dem Wiener Kongress und dem Krim-Krieg den Frieden in Europa gewährleistet hat. Als die politische Ordnung in Europa unter der Losung der „Ost-Frage“ zusammenbrach, dachte kaum jemand an die Folgen. Nach Ansicht des britischen Historikers Orlando Figes, wurde der „unnötige“ Krieg auf der Krim — im Rückblick — zum ersten totalen Krieg. Diesen Begriff verknüpften wir erstmalig mit den militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Engländern und den Buren und mit dem Ersten Weltkrieg. Eben dieser Krieg startete den fehlerhaften Kreislauf (Circulus vitiosus) von Erniedrigungen und Annexionen bezüglich des besiegten Staates und veränderte grundlegend die Atmosphäre der europäischen Politik, aus der der Begriff der Zivilität verschwand. Nicht einmal die zwei — auf Initiative Russlands in den Haag einberufenen — Friedenskonferenzen konnten diesen Trend zum Rückzug zwingen. 200 Jahre nach dem Wiener Kongress kommen Europa und die Welt, die bittere historische Erfahrungen hinnehmen mussten, zu der Erkenntnis, dass es keine Alternative zur Suche nach Einvernehmen und zur verhandlungsmässigen Lösung von Problemen auf Grund des Völkerrechts und einer gemeinsamen globalen Verwaltung gibt.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Beseitigung der „Bremsen“ für die nukleare Konfrontation im Zusammenhang mit der Beendigung des Kalten Krieges zu einer Senkung der Schwelle für den Einsatz militärischer Kraft in verschiedenen Varianten geführt hat, sei es in einseitiger Ordnung, wie es in Irak und später in Libyen der Fall gewesen ist, oder auf Grund eines Mandats des UNO-Sicherheitsrates — in Afghanistan. Diese Erfahrungen der letzten 20 Jahre haben in eine Sackgasse — am Beispiel Syriens — geführt, wenn ein Mandat des Sicherheitsrates der UNO ausgeschlossen ist, während die einseitige militärische Einmischung mit einem übermässigen Preis verbunden ist, einschliesslich der rein militärischen Ausgaben, der Folgen für die eigene Wirtschaft und Finanzen, der Verluste im Ansehen u.a.m. In der Praxis bestätigt sich die Tatsache, dass sich keinerlei Situationen, einschliess-

lich Konflikte, reproduzieren lassen und nichts — wie in einem Kaufladen — gratis verschenkt wird. Immer gibt es besondere spezifische Umstände. Verschlissen werden auch die dafür erforderlichen Ressourcen, darunter die politischen.

Die Kriege in Irak und Afghanistan zeigen, wie unproduktiv beliebige Versuche der einseitigen — oder gar kraftorientierten — Lösung moderner internationaler Probleme sind. Diese Kriege — wie einst der Krieg in Vietnam — reproduzierten äusserlich die Logik der gemeinsamen alliierten Anstrengungen im Zweiten Weltkrieg, einschliesslich des Wiederaufbaus Deutschlands und Japans unter den Bedingungen einer längeren Besatzung. Nicht berücksichtigt wurden konkrete Umstände anderer Regionen, das vollständige Fehlen der Bereitschaft, langandauernde komplexe Verpflichtungen zu übernehmen, die denen ähneln, die von den USA bezüglich Südkorea und Taiwan, von der Sowjetunion bezüglich der Mongolei übernommen worden sind. Zu den Schlüsselfaktoren der heutigen Weltpolitik, denen alle Rechnung tragen müssen, gehören — einerseits — die Unmöglichkeit, Probleme zu einem „Unterpreis“ zu lösen, und — andererseits — das Fehlen des politischen Willens und ausreichender Ressourcen, die für die Sicherung eines realen Erfolgs der militärischen Einmischung erforderlich wären.

Anschauliche Illustrationen liefert die jetzige Krise: Von welchem „Staatsaufbau“ kann die Rede sein, wenn diese Frage daheim akut ist? Neue Beispiele des Problems ergeben sich auch aus Transformationsprozessen im Rahmen des sogenannten „arabischen Frühlings“. Das „billige“ Unternehmen in Libyen brachte „billige“ Ergebnisse, geschweige denn die Unterhöhnung des Vertrauens im Kreis der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates.

Alte Gewohnheiten liegen leider „sehr lange im Sterben“. Deshalb kündigt sich nach wie vor die Trägheitskraft der Dominierung im Weltgeschehen an. Unter anderem äussert sich das auf der Ebene der Kultur, auf die praktisch — in seiner Grundlage — das Verhalten von Subjekten internationaler Beziehungen hinausläuft. Ein markantes Beispiel dieser politischen Kultur, die das Streben widerspiegelt, die Zeit zum Rücklauf zu zwingen, wird von der bereits erwähnten Institution „Stratfor“ in deren Analyse für den Sommer dieses Jahres demonstriert. In dieser Analyse wird ein geopolitisches „Viereck“ aus den USA, Europa, China und Russland konstruiert. Wahrscheinlich ist es gar nicht schlecht, dass Europa als ein selbständiges Zentrum der heutigen Welt aufgefasst wird. Man kann schwer einer anderen Intention zustimmen, nämlich dem unvermeidlichen Untergang Europas und Chinas. Im Ergebnis bleiben Amerika und Russland, sie bleiben dabei wie zwei Pole der globalen Konfrontationspolitik im Rahmen des „kleinen“

Kalten Krieges. Man könnte den Umstand begrüßen, dass Russland eine geopolitische Zukunft zugesprochen wird. Aber warum geschieht das in einem Format, das die Trägheit in der amerikanistischen strategischen Kultur rechtfertigen soll? Warum soll man — auf der Ebene eines Instinkts — Russland verdächtigen, dieses Land werde — beinahe objektiv — bei allen geopolitischen Niederlagen Amerikas profitieren?

Besondere Genugtuung ruft deshalb die Äusserung eines anderen Amerika hervor. Wie zum Beispiel der Artikel von Thomas Graham in der Zeitung „International Herald Tribune“ (vom 22. August 2013). Im Artikel wird — argumentiert — die Tendenz analysiert, Russland für alle Unbilden Amerikas schuldig zu machen, darunter auch als ein Mittel, das die Aufmerksamkeit von den Problemen der eigenen Entwicklung ablenkt. Beachtenswert ist die These, der zufolge das „Problem Russland“ — auf der Ebene des Unterbewusstseins — für gewisse Kreise in den USA darin besteht, dass der „Sieg“ über Russland im Kalten Krieg erst dann als „vollständig“ gelten darf, wenn der Gegner sich den Sieger als ein Musterbeispiel nimmt, sei es in seiner inneren Entwicklung oder im Verhalten auf der internationalen Arena. Es liegt auf der Hand, dass Russland (und hier stehen wir nicht allein) kein solches Land ist, das eine solche Genugtuung geben kann. Schade, dass solche Stimmungen existieren. Wie auch diejenigen existieren, die uns die entscheidende Rolle im Sieg über Nazi-Deutschland nicht verzeihen können.

Durch dieselben Komponenten der politischen Kultur erklärt sich auch der bleibende Abstand in der Entwicklung zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern, sei es Handelsbedingungen oder u Finanzbereich. Gelegentlich kommt der bereits vergessene Begriff „Neokolonialismus“ in Gebrauch. Dieser Begriff spiegelt den Übergang von der physischen Kontrolle zu einer geschickter getarnten Ungleichberechtigung im allgemeinen System der internationalen Verbindungen wider, einschliesslich Status von Entwicklungsländern als einem Rohstoffanhängsels, wenn auch auf einer höheren Entwicklungsebene, als es vor 50 Jahren der Fall gewesen ist. Mehr noch: dieser Kolonialismus erlangt die Form einer technologischen Informationsabhängigkeit, die diese Länder eigentlich der Aussichten auf eine selbständige Entwicklung beraubt, einschliesslich der Schaffung einer konkurrenzfähigen intellektuellen Ressource.

Ausgerechnet die Mehrpolarität und Regionalisierung der globalen Politik sind die wichtigste materielle Bedingung des Kampfes gegen Ungleichberechtigung in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Der Polyzentrismus, der für die entsprechende Konkurrenzumgebung sorgt, die während des Kalten Krieges durch die „bipolare Wahl“ beschränkt war, sichert einen rea-

len Raum der Freiheit bei der Wahl internationaler Partner unter Berücksichtigung der Interessen der eigenen Entwicklung. In einen Schlüsselbereich, wo um den Einfluss gekämpft wird, verwandeln sich nun der digitale Bereich und der Medienbereich. Die berüchtigte Kontrolle über die Information bleibt, wie die neulichen Enthüllungen E. Snowdens gezeigt haben, nach wie vor eine ausserordentlich wichtige Komponente der jetzigen Geopolitik. Andererseits ist der totale Charakter einer solchen Kontrolle, die eigentlich das Recht auf Privatleben abstreitet, für neue Generationen — sogar in den Ländern des Westens — unannehmbar. Ein besonders markantes Beispiel dafür stammt aus Deutschland. Die Projizierung der Anti-Utopie G. Orwells auf den Raum des historischen Westens ist dem Zusammenstoss mit der Auffassung derjenigen nicht gewachsen, die sich — zumindest kraft ihres Alters — nicht die Gewohnheit zugelegt haben, in Kategorien der „alten“ Geopolitik zu denken, einschliesslich des „Faust-Tausches“ zwischen dem Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten und den Interessen der Sicherheit.

Die Konvergenz auf der Ebene nicht nur der fundamentalen Bewertung der jetzigen internationalen Situation, sondern auch der Wahl einer diplomatischen Methode, die den Anforderungen der Zeit mehr entspricht, spielt sich in den letzten Jahren auch zwischen Russland und Grossbritannien ab. Einen Beweis dafür liefert die Juni-Rede des Aussenministers W. Haig in Kalifornien, in der er über eine Netz-Welt, über die Bedeutung starker bilateraler Beziehungen und über „teilweise überlappende Allianzen“ im Interesse der Erreichung gemeinsamer Ziele gesprochen hat. All diese Ideen sind gleichklingend mit Schlussfolgerungen, die in Russland vor einigen Jahren gemacht worden sind und noch in der Konzeption der Aussenpolitik der Fassung von 2008 ihren Niederschlag gefunden haben. Ich möchte betonen, dass wir zu diesem Zweck keine globale finanz-ökonomische Krise brauchten: die Konzeption wurde vom Präsidenten Russlands noch im Juli bestätigt.

In dieser Konzeption ist über die Netz-Diplomatie als über die diplomatische Hauptmethode im polytechnischen internationalen System die Rede. Erfreulich ist, dass das Wort „Mehrpolartät“ bei unseren britischen Partnern keine Allergie hervorruft. Es geht nicht mehr um schwerfällige militärisch-politische Allianzen der Vergangenheit, der Allianzen „gegeneinander“. Bekanntlich wurde ausgerechnet die Bildung solcher Allianzen zu der wichtigsten Komponente bei der Vorbereitung der Katastrophe des Ersten Weltkrieges. Und vor allem: für solche Allianzen gibt es einfach keinen Grund unter den Bedingungen der gegenseitigen Abhängigkeit aller Staaten. Deshalb formen sich vielfältige Allianzen nach Interessen: diese Allianzen sind offen, ihre Geometrie ist messbar, diese Allianzen vereinigen die Partner für die

Gewährleistung durchaus konkreter gemeinsamer Interessen. Dazu zählen beispielsweise umfassende Anti-Terror-Koalitionen, Allianzen für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Verbreitung von Rauschgiftmitteln u.a.m. Solche Allianzen werden nicht „gegen“ irgendjemanden, sondern „für“ irgendetwas gebildet. Sie spiegeln den Charakter heutiger Herausforderungen und Drohungen wider, die an sich grenzübergreifende Erscheinungen sind. Der wirksame Widerstand gegen sie ist nur auf Grund einer möglichst breiten internationalen Zusammenarbeit denkbar.

Selbstverständlich müssen sowohl die Diplomatie als auch der diplomatische Dienst auf dem Stand der modernen Aufgaben sein. Hier gibt es auch viele Gemeinsamkeiten zwischen Russland und Grossbritannien, insbesondere nach der Machtanztriff der Koalitionsregierung von D. Cameron. Einen starken Eindruck machte auf mich die Rede von W. Haig im britischen Außenministerium vor zwei Jahren. Damals sprach er über die Notwendigkeit, die fremdsprachliche Ausbildung von Diplomaten zu verbessern, deren landeskundliche Kenntnisse zu vertiefen. Er sprach von der Wichtigkeit historischer Kenntnisse. In Kalifornien sagte er, dass unter seiner Leitung „die Historiker erneut in das Zentrum der Arbeit des Außenministeriums gerückt sind“. Das ist tatsächlich wichtig, weil es unmöglich ist, Lehren aus den neuen Erfahrungen zu ziehen, wenn man keine Vorstellung davon hat, was uns die Geschichte lehrt. Darüber sprach, soweit ich mich erinnere, auch H. Clinton, als sie US-Außenministerin war. Man möchte hoffen, dass darunter die Überwindung ideologischer Herangehensweisen und Schemen verstanden wird, die aus den Zeiten des Kalten Krieges geerbt sind.

Zu Stereotypen des kalten Krieges gehörte auch die Vorstellung von der Diplomatie als von einem „Spiel mit der Null-Summe“. Ausgedehnt wurde diese Vorstellung sowohl auf offizielle Informationen als auch auf den gesamten Informationsbereich, den man als eine „Front“ der ideologischen Konfrontation betrachtete. Es sieht danach aus, dass auch hier vieles einen ausgetretenen Weg geht. Und das ist erklärlich, weil unter den heutigen Bedingungen, da ehemalige ideologische Antagonismen verschwunden sind, zum Schlüsselement der Politik deren „Verkauf“ an die internationale öffentliche Meinung, die Einwirkung auf die Partner vermittels der Kontrolle über den Informationsraum wird. Das, was Snowden mitgeteilt hat, spricht dafür, dass der Bereich der Informationssicherheit — wie auch jeder andere Bereich der internationalen Beziehungen — zum Gegenstand einer strikten rechtlichen Regelung werden soll. Keinerlei Koalitionen Gleichgesinnter können präzise — juristisch verpflichtende — Dokumente von universellem Charakter ersetzen, deren Fehlen nur das Vertrauen in der Weltpolitik unter-

höhlen und die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in allen anderen Richtungen stören würde. Ausgerechnet deswegen ist eine internationale Verwaltung für Internet erforderlich. Es stellt sich heraus, dass die internationalen und nationalen Grenzen ihre Bedeutung auch heute bewahren: als endgültiges Mittel für die Gewährleistung des Rechts auf die Unantastbarkeit von Informationen privaten Charakters.

Aber die Frage ist in einem viel breiteren Sinne gestellt. Der Zustand der ideologischen Fassungslosigkeit, über den S. A. Karaganow spricht, verlangt eine Belebung des internationalen Diskurses über den ganzen Kreis von Fragen der Entwicklung. Eine Informationskontrolle widerspricht unmissverständlich dem Ziel eines solchen Ideenaustausches. Wenn gleiche Bedingungen für alle nicht geschaffen sind, die an diesen Debatten teilnehmen, lassen sich Probleme der heutigen globalisierenden Welt einfach nicht lösen. Sonst lassen sich neue Ideen nicht generieren. Dabei arbeiten bestimmte Ideen bereits nicht mehr. Und das getarnte Fehlen von Ideen wird möglicherweise „gleichberechtigter“ sein als beliebige sonstige Ideen. Im grossen und ganzen geht es um die Redefreiheit und um das Recht aufs Andersdenken in den internationalen Beziehungen, das ein ausserordentlich wichtiges Element der politisch-intellektuellen Umgebung ist und für einen Ausgang aus der jetzigen Sackgasse gebraucht wird, einer Umgebung, in der die Mehrheit nicht immer recht hat.

Und dennoch ändert sich jetzt die Lage, und diese Änderungen, wie es bereits augenfällig ist, hängen mit einer Ablösung von Generationen in den USA, Europa und in der ganzen Welt zusammen. Wir sehen die gewaltige Nachfrage nach alternativen Standpunkten, die Ablehnung des Konformismus, der die Freiheit der Gedanken ersticken lässt. Die Ursache besteht wohl darin, dass — im Westen und möglicherweise in der ganzen Welt — für eine Zeitlang die Stimmung im Geiste des „Endes der Geschichte“ die Oberhand gewonnen hat. Mit anderen Worten: die Wahrheit ist nur eine einzige, sie ist bekannt, und es gilt für alle, einfach gemeinsam in eine „lichte Zukunft“ zu marschieren. Selbstverständlich erwies sich alles in Wirklichkeit bei weitem nicht so. Und die globale Finanzkrise, die im Herbst 2008 ausbrach, „weckte“ alle zu dieser Realität.

Die Wahrheit ist vielfältig, ihre Suche darf niemals aufhören. In diesem Zusammenhang möchte ich mich auf eine Schlussfolgerung beziehen, die der Erzbischoff von Canterbury R. Williams in seiner Studie über F. M. Dostojewski gemacht hat, nämlich über die permanente Unvollkommenheit — im Sinne des christlichen Verständnisses der Freiheit — eines Lebensweges. Das negiert auch das „Ende der Geschichte“, sei es der Kommunismus oder

der liberale Kapitalismus, die — beide — Grenzen für die historische Kreativität ziehen. Das Streben nach Wahrheit ist eine Schlüsselcharakteristik der menschlichen Natur und des Lebens der Gesellschaft. Ausgerechnet damit würde ich die wachsende Beliebtheit des Kanals „Russia Today“ in den USA und — nun auch — in Grossbritannien erklären. Die Menschen sind am Pluralismus der Meinungen als einer unumgänglichen Bedingung für die Bildung der eigenen Ansicht über die einen oder anderen Probleme interessiert. Erfreulich ist, dass Russland und dessen Massenmedien einen Teil dieser Polyphonie stellen.

Abschliessend möchte ich auf die humanitäre Menschenrechtsdimension der Nachkriegsregelung in Europa und in der Welt eingehen. Diese Regelung, die ihren Niederschlag in entsprechenden internationalen Werkzeugen — wie etwa die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte und die UNO-Konventionen — gefunden hatte, formulierte einen — für alle annehmbaren — gemeinsamen Nenner entsprechender Standards. Versuche der letzten Jahrzehnte, die eigene — im Rahmen eines konkreten Landes oder einer konkreten Region entstehende — Auslegung der einen oder anderen fundamentalen Rechte und Freiheiten als universell auszudehnen, belasten das allgemeine Klima der internationalen Beziehungen durch zusätzliche Komplikationen. Eigentlich bedeutet das ein Hindernis für abgestimmte gemeinsame Anstrengungen, die gerade das sichern sollten, was tatsächlich im Rahmen der gesamten internationalen Gemeinschaft vereinbart worden ist. Die Eindeutigkeit in dieser Frage ist auch noch deshalb wichtig, weil das, was in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert worden ist, das allgemeine Verständnis traditioneller Werte der Gesellschaft widerspiegelt, einschliesslich die Bilanz zwischen den Rechten/Freiheiten und der Verantwortung bei deren Nutzung. Die Absolutisierung der erstgenannten Komponenten und die völlige Ignorierung der zweitgenannten Komponente schadet auch dem Komplex zwischenzivilisatorischer Beziehungen, die sich in mancher Hinsicht auf die Gemeinsamkeit der sittlichen Predigt der wichtigsten Weltreligionen stützen. Die Überwindung dieses Widerspruchs und — in Wirklichkeit — der negativen Tendenz der Selbstzerstörung wird eine Herausforderung an die Menschheit im 21. Jahrhundert bedeuten.





Nodari SIMONIA

*Ordentliches Mitglied der
Akademie der
Wissenschaften Russlands*

simonia@imemo.ru

Anatoli TORKUNOW

*Ordentliches Mitglied der
Akademie der
Wissenschaften Russlands*

tork@mgimo.ru



GLOBALISIERUNG UND PROBLEM DER WELTFÜHRUNG

Der überraschende Zusammenbruch des bipolaren Systems der internationalen Beziehungen hatte zumindest zwei wichtige Folgen, die lange Zeit von vielen Teilnehmern dieser Beziehungen nicht erkannt und/oder bewusst nicht anerkannt wurden. Erstens war es der Verlust der Basis, einer objektiven Notwendigkeit der Existenz des Status „Grossmacht“, der Notwendigkeit, die in der Periode der ideologischen Konfrontation zweier Systeme oder, wie man damals sprach, „zweier Lager“ entstand und existierte. Zweitens äusserte sich offen die — unter dem „Deckmantel“ der Bipolarität entstehende — Tendenz zur Formung einer

*Нодари СИМОНИЯ, Академик РАН, Анатолий ТОРКУНОВ, Академик РАН
ГЛОБАЛИЗАЦИЯ И ПРОБЛЕМА МИРОВОГО ЛИДЕРСТВА*

mehrpole Welt. Diese erstarkende Tendenz (sie ist immer noch auf der Etappe des Werdens und Formens, und dieser Prozess wird mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen) wurde ursprünglich von vielen Skeptikern negativ aufgenommen, die sie noch lange Zeit nicht anerkannten und verschiedene Argumente gegen — wie sie behaupteten — eine „Konzeption der Mehrpolarität“ unterbreiteten. Aber das Werden der Mehrpolarität ist nicht eine „Konzeption“, sondern eine objektive Realität. Aus diesem Grund schrumpfte die Idee der „Einpolarität“ der Welt, die Idee, die von den Amerikanern und ihren Anhängern in anderen Ländern (darunter auch in Russland) beschworen wurde, recht schnell zu nichts zusammen. Und dann — insbesondere mit dem Ausbruch der globalen Krise — kam es in die Mode, von einer Wiedergeburt der „Bipolarität“ zu reden und zu schreiben. Allerdings musste nun den Platz der UdSSR China einnehmen, das sich schnell ökonomische Muskeln und militärische Stärke zulegte und auf die Weltwirtschaftskrise lediglich mit einer gewissen Verringerung des wirtschaftlichen Wachstums reagierte (Senkung von 10 Prozent auf 7,5—8 Prozent). Mehr noch: geredet wird nun von einem „neuen Typ des Kapitalismus“, der die westlichen kapitalistischen Länder herausfordert und sie — eins nach dem anderen — schnell überholt. China hat die zweitgrößte Wirtschaftsmacht — Japan — überholt und ist bestrebt, die USA vom ersten Platz zu verdrängen. Eigentlich wird China das bewirken. Das bezweifelt nicht der grössere Teil der Expertengemeinschaft, einschliesslich der Experten, die in der UNO und anderen internationalen Organisationen arbeiten. Also haben wir es mit einem weiteren Mythos zu tun, das kein ernstzunehmendes wissenschaftliches Fundament hat. Tatsächlich: man darf wohl doch nicht für eine wissenschaftliche Analyse den Vergleich solcher statistischen Kennziffern wie das Bruttonationalprodukt oder sogar das Bruttonationalprodukt pro Einwohner des jeweiligen Landes halten, den Vergleich, der meint, dass die heutige Welt homogen ist, während die jetzige Welt nicht global ist (wie gewisse russische Experten behaupten), sondern eine Symbiose aus rund zwei hundert unterschiedlichen Ländern mit dem unterschiedlichen Stand der Formationsentwicklung — d. h. der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung — darstellt. Ohne Rücksicht auf diese Symbiosität die Länder zu vergleichen, wäre wohl eine Beschäftigung wie das Messen des „Fieberdurchschnitts im Krankenhaus“, wo Patienten nicht nur mit verschiedenen, sondern mit geradezu — völlig unterschiedlichen — Diagnosen liegen. Denn jedes Land im Bestand der Weltgemeinschaft verfolgt seine

eigenen geoökonomischen und geopolitischen Interessen, und die formelle Mitgliedschaft in der UNO macht sie nicht zu gleichartigen Komponenten dieser Gemeinschaft. Ausgerechnet die Symbiosität der Welt verhindert die Erreichung einer Übereinkunft bei den Verhandlungen in Doha oder — sagen wir — die Annahme eines neuen wirksamen Dokuments statt des Kyoto-Protokolls auf den alljährlichen UNO-Klimakonferenzen.

Die Weltsymbiose lässt sich — rein bedingt — in mehrere grössere Gruppen aufteilen (bedingt, weil jede dieser Gruppen wesentliche „persönliche“ Unterschiede aufweist):

1. Die hochentwickelten kapitalistischen Länder. Die meisten dieser Länder haben bereits die Etappe der Industrialisierung hinter sich. Dort sind Strukturen der Postindustrialisierung (IT-Ordnung) im Entstehen begriffen;

2. Die Entwicklungsländer, die auf der Etappe der Industrialisierung sind und danach streben, sich — neben der Postindustrialisierung — in der einen oder anderen Form den Errungenschaften der ersten Gruppe im Bereich der Postindustrialisierung anzuschliessen;

3. Die Entwicklungsländer, die auf der Etappe des Frühkapitalismus sind und heute in Lateinamerika, Afrika und — zum Teil — in Asien eine Mehrheit ausmachen;

4. Schwach entwickelte Länder, die um ihr eigenes überleben kämpfen;

5. Die Staaten, die keine richtigen Staaten geworden sind und nicht imstande waren, eine irgendwie stabile Staatlichkeit aufzubauen.

Es liegt auf der Hand, dass uns die ersten zwei Ländergruppen interessieren, die — nach Ansicht der meisten Experten der Welt — als Anwärter auf die individuelle oder die kollektive Führung in der Weltwirtschaft und in der Weltgemeinschaft insgesamt gelten. Wollen wir hier eine der interessanten neulichen Publikationen zu diesem Thema zitieren, in der ein Versuch unternommen wird, die erwähnte Situation zu begründen. Dieser Beitrag stammt aus der Feder von Joshua Kurlantzick¹, Mitarbeiter des Rates für internationale Beziehungen, und beginnt mit der folgenden Behauptung: „In den letzten fünf Jahren, in denen die Industriestaaten versuchten, aus der Krise herauszukommen, entstand ein neuer Typ von Kapitalismus, der die Wirtschaften herausfordert, die zu laissez-faire neigen. In der breiten Palette von Entwicklungsländern wird der freie Markt durch den staatlichen Kapitalismus abgelöst, in dem der Staat über Firmen verfügt, in denen er entweder die Hauptrolle spielt oder diese Firmen steuert.“

(Bereits diese Behauptung von Joshua Kurlantzick über die letzten fünf Jahre ist recht oberflächlich. Der Staatskapitalismus — in seinen unterschiedlichen Formen — war das Fundament zunächst des „japanischen Wunders“, den man dann — nach dem japanischen Muster — in Südkorea wiederholte. Ihm folgten Singapur und einige andere Länder Südostasiens). Er führt unter anderem das Beispiel Chinas an, wo die staatlichen Aktiva der grössten Korporationen (in der Gesamtzahl von 121), die im Jahre 2002 lediglich 360 Milliarden US-Dollar ausmachten, auf 2300 Milliarden US-Dollar im Jahre 2010 wuchsen. Joshua Kurlantzick warnt, dass es ein Fehler wäre, das innovative Potential dieses Staatskapitalismus zu unterschätzen. In der weiteren Analyse der chinesischen Erfahrungen zitiert der Autor des Beitrags weder Fakten noch Zahlen bezüglich der innovativen Errungenschaften Chinas und beschränkt sich auf die einfache Behauptung, dass — ungeachtet übermässiger Mehrausgaben von Mitteln in einigen Sektoren der staatlichen Wirtschaft — die Einmischung der chinesischen Regierung eine wirksame Anregung für wissenschaftliche Neuentwicklungen und die Förderung fortgeschrittener Produktionszweige war. Daraufhin schenkte der Autor den Erfahrungen Brasiliens ein wesentliches und konkreteres Augenmerk. Kurlantzick begreift nicht, dass er erneut seiner eigenen Intention widerspricht, die zu Beginn seines Beitrags zitiert worden ist. Kurlantzick teilt mit, dass vor 30 Jahren die Regierung Brasiliens den Flugzeugbau subventioniert hat. Im Ergebnis besetzte die brasilianische Düsenmaschine „Embraer“ die Hauptnische auf dem Weltmarkt regionaler Flugzeuge dieser Klasse. Der Autor zählt auch viele andere Errungenschaften Brasiliens auf.

Ja, Brasilien ist tatsächlich das hervorragende Beispiel industrieller Erfolge eines Entwicklungslandes. Nur hätte man sagen müssen, dass das Fundament dieser Erfolge während der Herrschaft der militärischen Diktatur der Jahre 1964-1985 gelegt wurde, als drei in Brasilien an der Macht stehende Generäle ihren Beitrag zur Industrialisierung des Landes leisteten. Etwa in der gleichen Zeit wird ein anderer militärischer Diktator in einem anderen Land — Pak John Chi in Südkorea — den koreanischen „Industriewunder“ vollbringen. Er kopierte dabei in mancher Hinsicht die japanischen historischen Erfahrungen. Der Staatskapitalismus (in der ganzen Vielfalt seiner Formen und Äusserungen) ist also gar nicht nur irgendein ungewöhnliches Phänomen im Zuge der „einholenden Entwicklung“ zahlreicher Länder in der Welt, sondern stellt eine gesetzmässige Voraussetzung bei der Realisierung dieser Entwicklung dar.

Als eine — nicht allzu grosse — Gruppe von Ländern erstmalig den Weg der kapitalistischen Entwicklung betrat, war sie von unzähligen Ländern mit niedrigerem Entwicklungsniveau umgeben und brauchte sich nicht zu beeilen. Diese Gruppe passierte ohne Eile ihren jahrhundertalten Weg der Evolution von der einfachen Kooperation über die Etappe der Fabrikproduktion zur monopolistischen Etappe. Aber die Länder der „einholenden Entwicklung“ dürfen es sich einfach nicht leisten, diesen Weg zu wiederholen, der ihnen vom Westen unter der Losung einer „Westernisierung“ aufgezwungen wird. Aber auch die Rolle des Staates in den am meisten entwickelten kapitalistischen Ländern wurde von den Anhängern des anglo-sächsischen Modells stark bagatellisiert oder gar verschwiegen. Inzwischen kann man aus ihrer eigenen — nicht sehr fernen — historischen Vergangenheit mindestens zwei auffallende Beispiele zitieren. Als in der Nordsee endlich Erdöl- und Erdgaslagerstätten entdeckt worden waren, gründete die norwegische Regierung sofort die staatliche Korporation „Statoil“, die die Produktionsaufgaben mit der Funktion einer Regelung der Zulassung ausländischer Gesellschaft zum norwegischen „Upstream“ verknüpfte. Später wurde „Statoil“ — unter einem starken Druck der Europäischen Union — in eine öffentliche Aktiengesellschaft umgestaltet, doch bleibt in ihr die Dominierung des Staates. Ein anderes Beispiel aus der noch früheren Zeit: gleich nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Italien die staatliche Erdölgesellschaft „Eni“ gegründet, die sich lange Zeit bemühte, in das anglo-sächsische Erdölkonsortium aufgenommen zu werden, das man auf den Namen „Sieben Schwestern“ getauft hatte. Ihr wurde das verweigert. Dennoch hat sich heutzutage „Eni“ — trotz aller Hindernisse — in einen der wichtigsten Spieler im Weltpetroleumbusiness verwandelt.

Wenn wir auf das Thema der an die Adresse der hochentwickelten Industriestaaten gerichteten „Herausforderung“ der Länder der zweiten Gruppe zurückgreifen, dürfen wir nicht von den Fragen abstrahieren: Was liegt dieser „Herausforderung“ zugrunde? Wie hoch ist die „Formationsprobe“ des Bruttonationalprodukts dieser Länder? Schliesslich sagt uns der hohe Stand des Bruttonationalprodukts nichts von seiner Struktur und seiner Qualität. Auch eine grosse Volkswirtschaft bedeutet keineswegs „fortgeschritten“ oder „formationsmässig vorangekommen“. Wollen wir all diese Aspekte am Beispiel des „Anwärters Nr. 1“ auf die führende Stelle in der Weltwirtschaft, das heisst Chinas, prüfen. Denn eben China wird von den meisten Experten der Welt zu dem Status der „zweiten Volkswirt-

schaft der Welt“ gerechnet. Ihm wird der erste Platz versprochen. Von einer solchen Perspektive reden viele. Doch bestehen die Unterschiede zwischen ihnen nur in den Fristen, wann dieses Ziel endlich erreicht wird. Die einen legen ihren Rechnungen die Parität der Kaufkraft (PPP — Purchasing power parity — *engl.*) zugrunde, die anderen gehen vom Wechselkurs des US-Dollars aus. Übrigens ergänzen einige Experten die Basiskennziffer durch die Kennziffer der „zweiten Reihe“ (unserer Meinung nach eine bedeutsamere Kennziffer, die sich freilich für die Begründung des Formationsfortschritts ebenfalls nicht eignet; beispielsweise können einige reiche, aber sozial zurückgebliebene Erdölländer des Persischen Golfes, die — formell statistisch — zur Gruppe mit 60000 US-Dollar Einkommen pro Kopf der Bevölkerung zählen, kaum die Teilnahme an der Rivalität um die Weltführung beanspruchen).

Also nehmen wir China. Die Weltbank ist der Meinung, dass das chinesische Bruttonationalprodukt im Jahre 2011 — nach PPP — einen Stand von 10000 Milliarden US-Dollar (gegenüber dem Stand von 14600 in den USA) erreicht hat, während pro Kopf der Bevölkerung nur 16 Prozent des durchschnittlichen amerikanischen Pro-Kopf-Einkommens entfallen. Daraus folgt, dass Jahrzehnte gebraucht werden, um den erwähnten Unterschied zu überwinden. Der Autor des Beitrags, der diese Daten veröffentlicht, beruhigt die Amerikaner, die sich um den Aufstieg des machtvollen China Sorgen machen, und gibt ihnen den Ratschlag, die Provinz Guitschou (eine arme westliche Provinz) zu besuchen, wo das Pro-Kopf-Einkommen 1/40 vom amerikanischen Stand ausmacht. „Dann werden Sie sich viel besser fühlen“, beruhigt der Autor die Amerikaner². Und tatsächlich: das Pro-Kopf-Bruttonationalprodukt der 1,3 Milliarden zählenden Bevölkerung Chinas betrug eine nicht überaus grosse Summe — 3700 US-Dollar. Das ist mehr als in Indien (1030 US-Dollar), aber viel weniger als Brasilien (8200 US-Dollar) und in Russland (8700 US-Dollar), unvergleichlich weniger als in Japan (39700 US-Dollar), in Deutschland (40900 US-Dollar) und den USA (46 380 US-Dollar)³. Also wird man für die Lösung dieses Problems eher viel Zeit brauchen. Die chinesische Führung setzt sich das Ziel (wie es in einem Bericht auf dem November-Parteitag der KP Chinas im Jahre 2012 heisst), das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung bis zum Jahre 2021 zu verdoppeln. Dann wird das chinesische Bruttonationalprodukt diese amerikanische Kennziffer überflügeln⁴. Das sind gemässigtere Ziffern als die Berechnungen der Zeitschrift „The Economist“ aus dem Dezember 2011. Ein Expert der Zeitschrift machte diese Berechnungen unter

Anwendung zahlreicher Daten (vom Verbrauch von Stahl und Energie bis zum Verkauf von Autos und Mobiltelefonen) und unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die chinesische Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten im Durchschnitt um 7,75 Prozent wachsen wird, die amerikanische Wirtschaft aber um 2,5 Prozent. Berücksichtigt wurde auch der Faktor einer Änderung des Inflationsstandes usw. Im Ergebnis dieser ganzen analytischen Arbeit sind die Experten zu dem Schluss gekommen, dass das chinesische Bruttonationalprodukt das amerikanische Bruttonationalprodukt im Jahre 2016 überholen wird. Wenn man von dem marktmässigen Devisenwechsellkurs ausgeht, findet diese Überholung im Jahre 2018 statt. Aber auch in diesem Fall soll das chinesische Pro-Kopf-Einkommen nur ein Viertel des amerikanischen Standes ausmachen⁵.

Ein interessantes und neuartiges Bild von Veränderungen der dominierenden ökonomischen Rolle der drei führenden Länder der Welt präsentierte in seinem neuen Buch „Eclipse“ („Verdunkelung“) der Professor für internationale Ökonomie an der Peterson-Universität Arvind Subramanian, der in seiner Analyse drei Faktoren berücksichtigte: den Anteil am Welt-Bruttonationalprodukt, am Handel und am Export von Kapital. Die Zeitschrift „The Economist“ veröffentlichte eine ausführliche Rezension des Buches in einem seiner September-Hefte des Jahres 2011 und fügte ihr eine farbenprächtige Grafik bei. Hier ist eine gekürzte Tabelle aus dieser Publikation.

Dominierung in der Weltwirtschaft (in Prozent)⁶

Im Jahre 2010	USA — 13,3	China — 12,3	Japan — 6,9
Im Jahre 2030 (Prognose)	USA — 10,1	China — 18,0	Indien — 6,3

Auf diese Weise wird — nach Ansicht des Autors — China zum Spitzenreiter der Weltwirtschaft sein. Allerdings begreift Herr Subramanian, dass diese Spitzenrolle sehr bedingt ist, und nennt deshalb China eine „vorfristige Supermacht“. Die Zeitschrift fügt hinzu, dass manche den Begriff eine „vorzeitige Supermacht“ vorziehen, weil China „gross“ sein soll, bevor es „reich“ wird⁷.

Und dennoch: Womit ist heutzutage das chinesische Bruttonationalprodukt „gefüllt“? Wie sehen seine grundlegenden formationsbezogenen Charakteristiken aus?

Folgende Daten und Fakten geben eine unmissverständliche Antwort auf diese Frage:

1. China ist vorerst noch nicht überaus urbanisiertes Land, und die Stadtbevölkerung beträgt 51 Prozent, während 48,7 Prozent auf dem Lande leben. Es besteht einen grossen Abstand in den Pro-Kopf-Einnahmen zwischen diesen Kategorien der Bevölkerung: das städtische Pro-Kopf-Einkommen macht 3434 US-Dollar (21 810 Yuan) aus. Im Dorf sind es 1000 US-Dollar (6977 Yuan). Laut korrigierten Angaben bekommen 128 Millionen Chinesen auf dem Lande nur noch 361 US-Dollar (2800 Yuan) pro Kopf und Jahr⁸.

2. Kleinere und mittlere Betriebe produzieren zwei Drittel industrieller Erzeugnisse und sichern die Hälfte der Steuereinnahmen. In ihnen sind rund 80 Prozent der Mitarbeiter beschäftigt (gemäss den Mitteilungen des Ministeriums für Industrie und Information)⁹.

3. Wenn man das vorrangige Wachstum des Verbrauchs von Energie in der Volksrepublik China als einen Argument zugunsten seiner Überlegenheit gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten erwähnt, muss berücksichtigt werden, dass der „Rückstand“ der USA — und insbesondere Deutschlands und Japans — mit grossen Erfolgen dieser Länder auf dem Gebiet der Energieeinsparung und der Effizienz der Energienutzung zusammenhängt.

Faktisch sind wir an der Festlegung des Hauptkriteriums angelangt, das auf die eventuellen Chancen bei der Führung im Zuge der weiteren formationsbezogenen Entwicklung des Kapitalismus unter den Bedingungen der Globalisierung schliessen lässt, das heisst, auf die Formung von Strukturen der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit (der wissenschaftlich-technischen Organisation der Arbeit, der Wissenschaftlichen Betriebsführung oder des Scientific Managements) aufgrund von Informationstechnologien. Eigentlich gibt es zwei solche Kriterien: der Stand der — im staatlichen Rahmen entstehenden — IT-Ordnung und das Ausmass einer positiven Einwirkung dieser Ordnung auf die Bildung globaler transnationaler Strukturen des Scientific Managements.

Die chinesische Führung erkannte schon seit langem (zumindest seit den 1980er Jahren) den Wert der Informationstechnologien für die Lösung ambitionärer Aufgaben in der Strategie der „einholenden Entwicklung“. Nach langen Diskussionen entschloss sie sich — allem Anschein nach — für das Modell der Öffnung Chinas gegenüber dem Weltmarkt (WHO), einer intensiven technologischen Zusammenarbeit mit ausländischen trans-

nationalen Gesellschaften, der Gründung von Forschungszentren auf dem Gebiet der hohen Technologien und der grösstmöglichen Nutzung von Ressourcen „Gross-Chinas“, das heisst Honkongs und Taiwans, sowie der chinesischen Diaspora (auf Chinesisch: „Huatsiao“) in Südostasien (Singapur, Malaysia, Indonesien) und in der ganzen Welt (insbesondere aber im „Silicon Valley“, USA). Gegründet wurden die grössten technologischen Zentren in Lanfan, einer Satellitenstadt Pekings, in Schanghai (im Bezirk Pudon — Zhangjiang High-Teck Park) und in der Besonderen Wirtschaftzone Schentschen (an der Grenze zu Honkong). Diese Zentren sind integrierte Forschungs- und Produktionsvereinigungen, denen eine Reihe von Universitäten, Forschungsinstituten und IT-Produktionsstätten gehören. Beispielsweise umfasst das Pekinger Zentrum ZGC 7100 IT-Gesellschaften, 39 Universitäten und 200 Forschungsinstitute¹⁰.

Im Rahmen der erzielten Erfolge bezüglich des Aufbaus hochtechnologischer Produktionsstätten und der Herstellung von Exporterzeugnissen spielte — auf der Anfangsetappe — Honkong die Hauptrolle. Nach der Öffnung des Zugangs zum Festland-China für die taiwanische Geschäftswelt leisteten den Hauptbeitrag die IT-Gesellschaften aus Taiwan.

Die taiwanischen IT-Gesellschaften wurden seinerzeit — mit Unterstützung der Regierung — von denjenigen Taiwanern gegründet, die im „Silicon Valley“ studiert und gearbeitet hatten. Sie bewahrten Verbindungen zu den dortigen transnationalen Gesellschaften und gründeten — nach der Heimkehr — Firmen, die die Erzeugnisse der obenerwähnten transnationalen Gesellschaften imitierten. Innovationen, die sie in ihr Business brachten, waren marginal und betrafen das Designe, die Adaptation an lokale Märkte, eine Beschleunigung der Produktion und der Zustellung von Erzeugnissen auf den Markt, jedoch nicht die Entwicklung neuer Produkte. Nichtsdestoweniger erreichten einige von ihnen eine regionale und sogar weltweite Berühmtheit (Weltmarke). Der Markt von Taiwan wurde schnell erschlossen, der Wert der Arbeitskräfte war auch im Wachstum begriffen. Und schon bei der ersten Gelegenheit stürzte diese Geschäftswelt in die Erschliessung des Festlandmarktes. In jedem Technopark und in vielen grösseren Städten des südöstlichen „Küstenstreifens“ Chinas gründeten diese Geschäftsleute ihre Betriebe und dominierten nicht nur auf lokalen Märkten, sondern auch beim Export von Computern, Mobiltelefonen und Chips mit eingebauten Mikroprozessoren. Gemäss den Rechnungen des Taiwaner Instituts für Informationsindustrie wurden rund 80 Prozent des taiwanischen „Eisens“ (hardware), das heisst eigentlich der elektroni-

schen Geräte — zum Unterschied vom Programmprodukt (software) — in China produziert, während bis 60 Prozent des Wertes der „Eisenerzeugnisse“ Chinas vom taiwanischen Business auf dem Festland produziert wurden¹¹. Für dieses Phänomen hat man sogar einen auffallenden — wenn auch von der Realität weit entfernten — Begriff „Silicon-Dreieck“ erfunden. Der Begriff bestand aus den Teilen „Silicon Valley — Sinzshu (Technopark-Stadt auf Taiwan) — Schanghai“. Wenn es auch ein Dreieck war, dann auf keinen Fall ein „gleichschenkeliges“. Den Hauptgewinn schleckte das erste Glied ab: die Quelle der Technologie. Einen bedeutenden Gewinn sowie Ruhm verschaffte sich das zweite Glied. Die Reste des Gewinns und die erleichterten Steuereinnahmen entfielen auf China, das die billigen Arbeitskräfte lieferte.

Übrigens wirken die transnationalen Korporationen in China auch ohne taiwanische Vermittler: 480 von 500 grössten transnationalen Gesellschaften haben in China ihre Zweigstellen gegründet, darunter 90 von 100 IT-Korporationen¹². Dennoch darf man nicht vergessen, dass im letzten Fall in diesen Betrieben lediglich die Montage von Fertigerzeugnissen stattfindet. Komponenten, die die Software beinhalten (Chips mit Mikroprozessoren, Fernsehplatten, Harddisks), werden aus Japan, den USA, Südkorea und aus demselben Taiwan geliefert. Zwar stieg China im Jahre 2006 auf den zweiten Platz (nach den USA) bezüglich des Exports elektronischer Erzeugnisse (342 Milliarden US-Dollar) auf, doch besteht dieser Export aus dem vorausgegangenen Import dieser Komponenten. Im Ergebnis belief sich der reale Mehrwert in China selbst lediglich auf 85 Milliarden US-Dollar¹³. In Veröffentlichungen findet sich ein auffallendes Beispiel mit dem neuen — in China produzierten — Produkt „Apple iPad“. Die Produktionskosten pro Erzeugniseinheit betragen 150 US-Dollar, aber der Mehrwert in China selbst machte nur 4 US-Dollar aus. Verkauft wurde dabei das „Apple iPad“ zu einem Einzelhandelspreis von 150 US-Dollar. Also verblieb der Firma „Apple“ der Löwenanteil des Gewinns¹⁴.

Chinesische Firmen konzentrieren sich vorerst auf peripheremässige Erzeugnisse. Anwendbar ist das Obengesagte auch auf indische IT-Korporationen, die von den „Heimkehrern“ aus den USA gegründet worden sind, die früher in amerikanischen transnationalen Korporationen gearbeitet haben. Diese Firmen wollen nicht sich mit riskanten IT-Entwicklungen befassen und stimmen nur den Entwicklungsprojekten im Auftrag westlicher transnationaler Korporationen zu¹⁵. Somit haben sich China und Indien an den durch transnationale Korporationen kontrollierten Prozess der Globa-

lisierung angeschlossen, aber bereits als das zweite oder das dritte marginale Glied. Dieses Imitationsmodell und diese Innovationen tragen dementsprechenden Charakter: man kann die Erzeugnisse besser, schöner und gebrauchsbekommener (oder sogar schneller und in grösseren Mengen) herstellen, doch wird es im Prinzip das gleiche Produkt sein, das keine riskanten Ausgaben für die Entwicklung und Erwerbung neuer Ausrüstungen oder auch keine Bemühungen für die Herstellung einer grundsätzlich neuen Ware erfordert. In formationsmässiger Hinsicht befindet sich China voll und ganz auf der Etappe der Einholenden Entwicklung (vom latenten Widerspruch zwischen dem kommunistischen politischen Überbau und der rasant wachsenden kapitalistischen Basis ganz zu schweigen).

Grösstes Hindernis für die Entwicklungs- und Übergangsländer, die sich um die Formung einer IT-Ordnung bemühen, ist das Problem der Umformung des traditionellen Systems der Bildung. Der „Industriewunder“ in solchen Ländern wie Japan, Südkorea, Taiwan, Singapur und China fusste in hohem Masse auf einer Synthese aus dem modernen (aus dem Westen übernommenen) und dem traditionellen konfuzianischen Erbe mit seinen spezifischen sozialen Zielsetzungen. Aber die Formung einer vollwertigen nationalen IT-Ordnung erwies sich als unmöglich ohne eine umfassende und tiefgreifende Umgestaltung des traditionellen Systems der sozialen Beziehungen in der Gesellschaft, der Beziehungen, die den Flug des kreativen Denkens — der Grundlage einer innovativen IT-Ökonomie — bremsen .

Japan und Südkorea brauchten Jahrzehnte, um dies zu erkennen. Es hat sich herausgestellt, dass es unmöglich ist, sich das Modell fremder Erfahrungen einfach anzueignen und zu übernehmen. Der chinesischen Führung ist klar geworden, dass der künftige IT-Sektor durch eine Generation auf neue Weise denkender Menschen ergänzt werden soll. Um diese „Breche“ zu stopfen, arbeitete sie ein ganzes System der Förderung und Gewinnung chinesischer Studenten und Aspiranten aus, die im Ausland studiert hatten. Laut der chinesischen Statistik studieren und arbeiten rund 600000 wissenschaftlich-technische Fachkräfte chinesischer Abstammung in anderen Ländern. Allein in den USA erreicht ihre Zahl 450000¹⁶. Selbstverständlich sind sie nicht alle zu einer „Heimkehr“ bereit. Aber dennoch ist es eine bedeutende Quelle für die Ansammlung des erforderlichen neuen Menschenpotentials.

Es sei darauf hingewiesen, dass die chinesische Führung wegen der Schwäche des nationalen innovativen Systems besorgt ist und erhebliche Zuwendungen in die Forschung und Entwicklung steckt. Im Ergebnis ist

der Anteil Chinas an den Weltausgaben für Forschung und Entwicklung auf 12,9 Prozent gewachsen, während der Anteil der USA rund 34 Prozent beträgt¹⁷. In Wirklichkeit aber handelt es sich nicht um eine statistische Zurückgebliebenheit, sondern um die qualitative Seite des nationalen innovativen Systems: während das amerikanische System mit den besten Spezialisten aus aller Welt ständig gespeist wurde und auch heute gespeist wird, ist China gezwungen, sein eigenes nationales innovatives System auf Grund lokaler wissenschaftlich-akademischer Kräfte aufzubauen. Deshalb können wir nicht umhin, der Meinung von I. A. Nassibow darüber zuzustimmen, dass „ungeachtet auffallender Erfolge das chinesische ökonomische Modell vorerst als ein innovatives System nicht bezeichnet werden kann“, während „Innovationen, in erster Linie die eigenen Innovationen, eine nicht systembezogene, beschränkte Rolle spielen“¹⁸.

Nach allem zu urteilen, kann man vermuten, dass die Führung Chinas durch die Ergebnisse ihrer früheren Politik einer recht breiten Öffnung für ausländische Investitionen enttäuscht worden ist. Die westlichen Investoren, die einen bedeutenden Teil ihres Gewinns am Outsourcing (Auslagerung) in China verdienten, beeilten sich nicht, ihre technologischen Geheimnisse zu öffnen. Eine gewisse Rolle spielte wahrscheinlich auch der Umstand, dass die ausländischen Gesellschaften — im Zusammenhang mit dem Wachstum der Kosten der Arbeitskraft in China — ihre Outsourcing-Geschäfte in andere Länder zu verlagern begannen: nach Indonesien, Vietnam, Pakistan usw.¹⁹ Hinzu kommen die Befürchtungen wegen der gewaltigen amerikanischen Verschuldung an China im Zusammenhang mit der kritischen finanziell-ökonomischen Lage in den USA. Denn 70 Prozent von 3200 Milliarden US-Dollar machten gerade die Dollar-Aktiva aus, darunter 1100 Milliarden US-Dollar in Schatzamt-Wertpapieren²⁰.

So oder anders, aber Chinas Führung hat unlängst ihre Taktik geändert. Immer öfter hört man jetzt von Vertretern ausländischer Gesellschaften Klagen darüber, dass man sie in China nicht mehr so freudvoll wie früher erwartet. Auch werde ihnen gegenüber eine recht harte Politik betrieben. Die wichtigste Veränderung besteht jedoch darin, dass nun das chinesische Business in den Westen flüchtet, vor allem in die USA. Und wenn noch im Jahre 2006 die Investitionen Chinas in den USA eine bescheidene Summe von 200 Millionen US-Dollar ausmachten, so erreichten sie — gegen Ende des Jahres 2010 — bereits 5 Milliarden US-Dollar²¹. Ziel dieser „Invasion“ war dabei nicht so sehr die Erschliessung des gigantischen amerikanischen Marktes, sondern die Erwerbung von „Know-how“ und

hohen Technologien „vor Ort“. Auffallend ist, dass einige Gesellschaften dabei Forschungszentren gründeten und lokale Experten einstellten. Die Krise begünstigte diese Investitionen. Die Aktiva in Amerika sind billiger geworden, während die Firmen einen akuten Mangel an Liquidität litten. (Wohlgemerkt — nicht wegen des Fehlens der Liquidität in Amerika überhaupt, sondern infolge des Unwillens der Banken, die — wie schon früher festgestellt — „auf einem Haufen Bargeld“ sassen, in einer verworrenen Krisenzeit ein Risiko einzugehen.)

Bezeichnend ist, dass neben den chinesischen Gesellschaften für die Produktion von Fernsehgeräten, Autos usw. die Unterwanderung der USA durch solche ausserordentlich grosse chinesische Produzenten von Telekommunikationsausrüstungen und sonstigen elektronischen Ausrüstungen wie „Huawei“ und „ZTE“ begann. Im Jahre 2012 beschloss die Firma „Lenovo“, die im Jahre 2005 beim amerikanischen Giganten „IBM“ eine Unterstruktur zur Produktion von Computern dieser Marke gekauft hatte, einen Teil der Produktion auf das Territorium der USA zurückzubringen. Anscheinend geschah das aus dem Grund, dass die Firma ihre Ressourcen für die Innovationsentwicklung erschöpft hatte und eine „Nachladung“ nötig geworden war²². Aber eine besondere Aktivität wurde von den Korporationen „Huawei“ und „ZTE“ entfaltet, die ihren Anfang in den USA mit Geschäften in Kooperation mit Transportgesellschaften für die Lieferung billiger Smartphones gemacht hatten. „Huawei“ wurde im Jahre 1987 von einem ehemaligen Techniker der Volksbefreiungsarmee Chinas gegründet, ist aber heute bestrebt, sich in eine transnationale Korporation zu verwandeln. In Amerika selbst verfügt das Hauptquartier dieser Gesellschaft über ein Budget für Forschungen und Neuentwicklungen in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar. Dieses Hauptquartier hat in den USA Zehntausende Ingenieure eingestellt und pflegt Verbindungen zu einem anderen Zentrum in Texas sowie mit Forschungszentren in Mexiko, Indien, Vietnam, Thailand, Bangladesch, Chile, Schweden und an weiteren 13 Stellen (insgesamt arbeiten für die Firma 110000 Menschen in aller Welt). Als die Firma ihr zehnjähriges Jubiläum in den USA beging, eröffnete sie ein Forschungszentrum im April 2011 selbst im Silicon Valley (Santa Clara, Kalifornien)²³.

Ungeachtet all dieser Erfolge kann man sagen (wie die Zeitschrift „Blumberg Businessweek“ behauptet), dass sich der Ruf der Firma „Huawei“ in den USA eher verschlechtert als verbessert. Zu erklären ist das durch den Verdacht auf Verbindungen mit den Militärkreisen Chinas,

durch die Anschuldigungen wegen der Aneignung des intellektuellen Eigentums (unter anderem der amerikanischen Firma „Cisco“) usw. Besonders beunruhigt durch die Tätigkeit von „Huawei“ sind die Abgeordneten des US-Kongresses. Im Oktober 2012 ist der Ausschuss des US-Kongresses für Geheimdienste zu dem Schluss gekommen, dass die Aktivitäten der Firmen „Huawei“ und „ZTE“ die Sicherheit der USA gefährden²⁴.

Das Obengesagte lässt darauf schliessen, dass sowohl heute als auch in absehbarer Zukunft China vor allem mit den historischen Aufgaben der „einholenden Entwicklung“ konfrontiert ist, und die chinesische Führung mit der Rolle eines Weltspitzenreiters nicht rechnen kann. Die Zielsetzung, bis zum Jahre 2021 den Stand des Bruttonationalprodukts der USA zu erreichen (wenn sie sogar erfüllt sein soll), schafft kein Fundament für die Weltführung. Diese Losung erinnert uns an das Versprechen Nikita Chruschtschows, in der UdSSR bis zum Jahre 1980 den Kommunismus aufzubauen. Inzwischen haben die USA den Status einer „Supermacht“ bereits eingebüsst. Als die USA versuchten, diesen Status auf künstliche Weise zu bewahren, benutzten sie fruchtlose Kraftmethoden. Dadurch vertieften sie nur ihre schwerwiegenden sozialen und ökonomischen Probleme. Wie bereits gesagt, trägt diese Krisensituation in den USA einen dialektisch widersprüchlichen Charakter. Nämlich: die Strukturkrise in den USA ist eine Folge des Formationsfortschritts des amerikanischen Kapitalismus. Deshalb kann man sagen: Ja, Krise bleibt eben Krise, doch entwickelt sich stürmisch die — ihrer objektiven Bedeutung nach fortschrittliche — IT-Ordnung im Laufe dieser ganzen Periode. (Gemäss den UNCTAD-Angaben belief sich der Verbrauch an Software und IT-Dienstleistungen in den USA auf einen Wert von 514,4 Milliarden US-Dollar, während der Export von Software-Produkten auf 13,4 Milliarden US-Dollar geschätzt wird. Die entsprechenden Angaben für China sehen viel bescheidener aus: 50,3 bzw. 9,3 Milliarden US-Dollar, wie die russische Zeitung „Kommersant“ vom 29. Januar 2012 mitteilt.) Diese Krise entstand in einer derart schwerwiegenden Form vor allem wegen des sozial-politischen Faktors, wegen der Unfähigkeit der politische Elite der USA, ihre kleinliche Zänkereie zu überwinden und sich auf die Ausarbeitung und Umsetzung eines grossangelegten Programms vom Typ des Marshall-Plans zu konzentrieren, den die ehemaligen Spitzenpolitiker der USA umgesetzt hatten, um Europa von der Gefahr des „stalinistischen Kommunismus“ zu erlösen. Heutzutage steht aber die Frage eines ähnlichen Programms bereits für die Rettung eines bedeutenden Teils des amerikanischen Volkes durch Harmonisierungsmassnah-

men eines Übergangs vom traditionellen Industrialismus zu einer „neuen Wirtschaft“.

Amerika hat zwei Wege, auf denen dieser Übergang stattfinden kann: einerseits der bewusste und durch den politischen Willen gelenkte Übergang und andererseits der andere, traditionell-konservative Übergang, der mit Leiden und Tod für viele Millionen Amerikaner einhergeht. Im letztgenannten Fall wird Amerika ruhmlos eine Prognose von Karl Marx bestätigen, die er bereits Mitte des 19. Jahrhundert gestellt hat. Damals sagte Marx, erst nachdem die grosse soziale Revolution die Errungenschaften des bürgerlichen Zeitalters, den Weltmarkt und die modernen Produktionskräfte erobert und diese einer allgemeinen Kontrolle durch fortgeschrittene Völker unterstellt, wird der menschliche Fortschritt nicht mehr dem abscheulichen heidnischen Abgott ähneln, der den Nektar nur aus den Schädeln Ermordeter trinken wollte²⁵.

1. Bloomberg Businessweek. 2012. 2-8 July. P. 4-5.
2. Bloomberg Businessweek. 2011. 17-23 October. P. 14-15.
3. Internationale Prozesse. 2010. Nr. 3, Dezember. S. 24.
4. „Kommersant“. 2012. Vom 9. November.
5. The Economist. 2011. December 31st. P. 57.
6. The Economist. 2011. September 10th. P. 78.
7. Ibidem.
8. „Kommersant“. 2012. Vom 9. November und vom 25. Dezember.
9. Bloomberg Businessweek. 2011. 15-28 August. P. 14.
10. Greater China's Quest for Innovation / Ed. by H. S. Rowen, M. G. Hancock and W.F. Miller. Stanford. CA, 2008. P. 159-160.
11. Op. cit. P. 147.
12. „Freies Denken“. 2010. Nr. 8. S. 35.
13. Greater China's Quest for Innovation... P. 9. Gemäss den Mitteilungen des Finanzministeriums Chinas entfallen 55 Prozent des Gesamtexports des Landes auf Gesellschaften mit Beteiligung des ausländischen Kapitals und 22. Prozent von der Gesamtsumme der Steuern entfallen auf den Anteil ausländischer Gesellschaften. Erheblich ist auch der Beitrag von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung zur Lösung des Problems des Fachkräftemangels. In solchen Unternehmen sind 45 Millionen Menschen beschäftigt („Finanznachrichten“. 2010. 11. November).

14. Ibidem.
15. Greater China's Quest for Innovation... P. 198, 345, 359.
16. Probleme des Fernen Ostens. 2010. Nr. 5. S. 86-100.
17. „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“. 2012. Nr. 10. S. 80.
18. Ebenda. S. 82.
19. The Economist. 2011. 24 September. P. 8.
20. Wall Street Journal; Financial Times. 2011. 9 August.
21. Bloomberg Businessweek. 2012. 4-10 June. P. S1-S4.
22. „Mitteilungen“. 2012. Vom 3., 14. und 26. Oktober
23. Bloomberg Businessweek. 2011. 30 July-5 August. P. 19-20; 2011. 19-25 September. P. 74-75.
24. „Mitteilungen“. 2012. 9. Oktober.
25. K. Marx, F. Engels. Werke (russ.) Bd. 9. S. 230.



Wassili LICHATSCHOW

*Abgeordneter der
Staatsduma Russlands,
Ausserordentlicher und
Bevollmächtigter
Botschafter, Professor,
Doktor der juristischen
Wissenschaften*

likhachev@duma.gov.ru



RUSSLAND ALS VÖLKERRECHTLICHE PERSÖNLICHKEIT

Die Entwicklungsdialektik der internationalen Gemeinschaft, der Prozess ihrer Identifizierung unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts formulierten — objektiv — die intellektuell-politische Nachfrage nach dem Wissen um moderne Tendenzen der Geopolitik und Geoökonomie als die wichtigste Bedingung einer wirksamen Weltführung. Als internationaler Akteur, als ein souveränes Gebilde hat jeder Staat das Recht auf eigene Sicht der Evolution internationaler Beziehungen, auf Definierung von Mechanismen und Prioritäten ihrer Regelung.

Keine Ausnahme ist auch die Russische Föderation, die — in strategischer Hinsicht — den Status eines Architekten, Baumeisters und Moderatoren des bestehenden und der künftigen Weltordnung bewahrt. Eine Bestäti-

*Василий ЛИХАЧЕВ, Депутат Государственной думы Российской Федерации,
Чрезвычайный и Полномочный посол, профессор, доктор юридических наук
РОССИЯ КАК МЕЖДУНАРОДНО-ПРАВОВАЯ ЛИЧНОСТЬ*

gung dafür ist die neue — vom Präsidenten Russlands W. W. Putin am 12. Februar 2013 bestätigte — Konzeption der Aussenpolitik der Russischen Föderation. Eigentlich ist diese Konzeption ein — offizielles, gesamtstaatliches — System von Ansichten über Grundprinzipien, Prioritätsrichtungen, Ziele und Aufgaben der aussenpolitischen Tätigkeit Russlands. Inhaltlich und geschichtlich verbunden ist die Konzeption mit den entsprechenden vorangegangenen Dokumenten aus den Jahren 2000 und 2008. Zugleich berücksichtigt sie die Realitäten und Gesetzmässigkeiten des zweiten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts.

Die Konzeption macht den Kern der internationalen Doktrin W. W. Putins für dessen Präsidentschaftsfrist aus und hat einen spürbaren politischen und angewandten Widerhall gefunden. Sie ist der erste in der Welt Systemakt, den ein führender Nationalpolitiker angeregt und praktisch eingesetzt hat, der dem Elite-Klub der Staatschefs seit 2012 angehört. Zusammen mit W. W. Putin sind zu Mitgliedern dieses Klubs B. Obama (USA) F. Hollande (Frankreich), Xi Jinping (China) und andere Persönlichkeiten geworden. Die russische Offerte steht heute im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Diplomaten, Expertenkreisen, Massenmedien und der internationalen Gemeinschaft. Hervorgehoben als Vorteile dieser Offerte werden gegenwärtig ihr komplexer Charakter, ihre systembezogene Ausrichtung bei der Bewertung der Globalisierung, die Verknüpfung und Harmonisierung der Triade von Interessen — der Interessen Russlands, der korporativen Interessen (der regionalen und der interregionalen Interessen) und der Interessen der ganzen Welt — sowie das Vorhandensein eines angewandten Instrumentariums in Gestalt von Mitteln der klassischen Diplomatie (Verhandlungen, internationale Verträge, allgemeingerechtliche und schiedsgerichtliche Verfahren) und von Mitteln der „sanften Gewalt“ (Massnahmen der humanitären und der informativen Einwirkung).

Als äusserst aktuell und universell bezüglich der Geographie der Auffassung universell ergeben sich die in der Konzeption dargelegten Thesen und Schlussfolgerungen: über die Durchsetzung eines gerechten und demokratischen internationalen Systems, dem die kollektiven Grundlagen bei der Lösung internationaler Probleme, die Oberhoheit des Völkerrechts, vor allem die Bestimmungen der Charta der UNO und deren koordinierende Rolle, zugrunde liegen; über die Entfaltung einer grossangelegten und nichtdiskriminierenden internationalen Zusammenarbeit und die Förderung der Entstehung elastischer blockunabhängiger Netzallianzen; über die Einengung von

Möglichkeiten des historischen Westens, in der Weltwirtschaft und Weltpolitik, in der Verbreitung des Weltpotentials der Stärke und der Entwicklung, seiner Verschiebung gen Osten; über das Wachstum der Instabilität in den internationalen Beziehungen; über die Wahrung universeller Prinzipien der gleichen und unteilbaren Sicherheit in Anwendung auf den euro-atlantischen, euro-asiatischen und asiatisch-pazifischen Raum als Sicherung gegen globale Turbulenz; über die kulturell-zivilisatorische Vielfalt der heutigen Welt; über die zunehmende Bedeutung des Faktors der zivilisatorischen Identität; über die Tendenz einer Entideologisierung internationaler Beziehungen; über die Gemeinsamkeit von Herausforderungen der Modernisierung; über die Gewährleistung eines wahren partnerschaftlichen Zusammenwirkens Russlands, der Europäischen Union und der USA; über die Bildung eines einheitlichen wirtschaftlichen und humanitären Raums von Atlantik bis Pazifik; über die Ausarbeitung — gemeinsam mit den USA — einer Kultur der Beilegung von Meinungsverschiedenheiten auf Grund des Pragmatismus und der Wahrung einer Bilanz der Interessen; über die Formung und Förderung eines partnerschaftlichen Netzes regionaler Vereinigungen u.a.m.

Das russische Dokument umfasst neben einer tiefgreifenden inhaltlichen (philosophischen, soziologischen, politologischen) Füllung auch eine tatkräftige angewandte Ausrichtung. Eine derartige Verknüpfung aktueller Aspekte der Theorie und Praxis der Weltführung verstärkt deren axiologischen Charakter, erweitert den Anwendungsbereich in der realen Diplomatie. Eine Bestätigung: die Konzeption der Aussenpolitik der Russischen Föderation enthält ein auf dem Wissen um die Evolution der Weltordnung fussendes Programm der Vervollkommnung und fortschreitenden Entwicklung des Völkerrechts. Im Programm sind Bestimmungen sowohl allgemeiner als auch konkreter (spezialisierter) Eigenschaften enthalten. Wir wollen hier drei wesentliche Momente hervorheben.

Erstens: im Dokument festgelegt ist der russische Standpunkt bezüglich der Achtung des Völkerrechts, der Gewährleistung der Oberhoheit des Rechts in den internationalen Beziehungen. Hervorgehoben wird: die allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts bilden — neben der Verfassung der Russischen Föderation, den föderalen Gesetzen, dem Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 505 vom 7. Mai 2012 „Über Massnahmen zur Umsetzung des aussenpolitischen Kurses der Russischen Föderation sowie der Strategien der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahre 2020“, der Militärdoktrin der Russischen Fö-

deration und den internationalen Verträgen der Russischen Föderation — die normativ-rechtliche Grundlage dieser Konzeption.

Das Dokument deklariert: Russland steuert einen selbständigen und unabhängigen aussenpolitischen Kurs, den die russischen internationalen Interessen diktieren, den Kurs, der sich auf die bedingungslose Achtung des Völkerrechts (P. 24) stützt. Derselbe Gedanke durchdringt den speziellen Unterabschnitt „Die Oberhoheit des Rechts in den internationalen Beziehungen“, der in den dritten Teil der Konzeption (Prioritäten der Russischen Föderation bei der Lösung globaler Probleme) aufgenommen ist. In P. 31 wird betont: „Russland setzt sich für die Festigung rechtlicher Grundlagen in den internationalen Beziehungen konsequent ein und wahrt gewissenhaft völkerrechtliche Verpflichtungen. Die Aufrechterhaltung und Festigung der internationalen Gesetzlichkeit gehört zu den Prioritätsrichtungen seiner Tätigkeit in der internationalen Arena. Die Oberhoheit des Rechts ist berufen, eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit von Staaten bei der Wahrung der Bilanz ihrer Interessen, die des Öfteren nicht identisch sind, zu gewährleisten und die Stabilität der Weltgemeinschaft insgesamt zu garantieren“.

Der Geist der Achtung des Völkerrechts durchdringt die Positionen der Konzeption, die mit der Entwicklung der Beziehungen der Russischen Föderation mit den USA, der NATO und der Europäischen Union beim Aufbau der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und der Euroasiatischen Wirtschaftsunion zusammenhängen. Beispielsweise wird in P. 71 festgelegt: „Russland erwartet, dass sich die amerikanische Seite in ihren Aktivitäten auf der Weltarena an die Normen des Völkerrechts halten wird, vor allem an die Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“. In Übereinstimmung mit P. 63 wird Russland seine Beziehungen mit der NATO im Hinblick auf den Grad der Bereitschaft der Allianz zu einer gleichberechtigten Partnerschaft, zu der strikten Wahrung von Prinzipien und Normen des Völkerrechts aufbauen.

Die Disposition von P. 50 der Konzeption ist vertreten durch die positive Haltung zum Völkerrecht und den Verpflichtungen, die aus ihm resultieren. Festgelegt wird in diesem Punkt, dass „Russland die Rechte der Partner in der Gemeinschaft auf den Aufbau der Beziehungen mit anderen internationalen Subjekten achtet und für die allumfassende Erfüllung der von den GUS-Teilnehmern im Rahmen regionaler Integrationsstrukturen unter russischer Beteiligung, für die Gewährleistung der weiteren Entwicklung der Integrationsprozesse und der gegenseitig nutzbringenden Zusammenarbeit im

GUS-Raum eintritt“. In diesem Fall übernimmt die Russische Föderation die Verpflichtung eines spezifischen Garanten für die Wahrung der imperativen Norm «pacta sunt servanda“ („Verträge müssen erfüllt werden“).

Das zweite Moment bezieht sich auf die politisch-juristische Linie der Russischen Föderation und hängt mit der grundsätzlichen Öffnung von Tatsachen und Situationen zusammen, die der sogenannten „kritischen Masse“ der internationalen Beziehungen angehören und leider eine Atmosphäre des rechtlichen Nihilismus bilden. Die Angelegenheit beschränkt sich nicht nur auf die Feststellung dieser negativen Erscheinung. Die Konzeption bringt konkrete Beispiele ihrer Bewertung. Die Liste „negativer“ Umstände ist beeindruckend genug. Man kann diese Liste schwerlich übersehen. Man kann auch nicht umhin, sich über erforderliche Massnahmen der „Prophylaxe“ und Liquidierung von Folgen derartiger negativer Beispiele Gedanken zu machen.

Zu ihnen gehören unter anderem: die offene Ignorierung grundlegender völkerrechtlicher Prinzipien der Nichtanwendung von Gewalt, die Ignorierung der Prärogativen des UNO-Sicherheitsrates, die willkürliche Auslegung seiner Resolutionen (P. 15); Versuche einzelner Staaten oder Staatengruppen, die allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen zu überprüfen, die in universellen Dokumenten widerspiegelt sind, nämlich in der UNO-Charta, in der Deklaration über Prinzipien des Völkerrechts, die sich die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der UNO-Charta aus dem Jahre 1970 betreffen, sowie in der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki, am 1. August 1975); die zugunsten einer politischen Konjunktur und den Interessen einzelner Staaten vorgenommene willkürliche Auslegung der wichtigsten völkerrechtlichen Normen und Prinzipien (wie etwa die Nichtanwendung der Gewalt oder der Gewaltandrohung, die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten, die Achtung der Souveränität von Staaten und ihrer territorialen Integrität, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung); Versuche, die Verletzungen des Völkerrechts für dessen „kreative“ Anwendung auszugeben, militärische Interventionen und sonstige Formen der äusseren Einmischung, die das Fundament des Völkerrechts unterhöhlen, das auf dem Prinzip der souveränen Gleichheit von Staaten fusst. All das wurde unter dem Vorwand unternommen, es gelte, die Konzeption einer „Schutzverantwortung“ (P. 31) zu realisieren.

Das Obendargelegte ist keine Abstraktion, sondern eine Widerspiegelung des Geschehens in den internationalen Beziehungen. Hier wollen wir

zugespitzte Situationen nennen, die mit Syrien, Iran, Libyen, Palästina und Afghanistan zusammenhängen. Als eine Illustration des rechtlichen Nihilismus kann die Tatsache dienen, dass einzelne Länder 13 terrorismusbekämpfende UNO-Konventionen missachteten. Dazu zählt auch die Weigerung der USA und einer Reihe anderer Staaten, an dem internationalen Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen — genau so wie an anderen Verträgen über Abrüstung und Nichtweiterverbreitung — teilzunehmen. Das bezieht sich auch auf die Verletzung (unter anderem durch die Länder des Baltikums) der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte aus dem Jahre 1948, der internationalen Vereinbarungen über die Menschenrechte aus dem Jahre 1966 sowie sonstiger rechtsschützender Konventionen usw. Keineswegs förderlich für die internationale Gesetzlichkeit sind Beispiele des Missbrauchs des Vetorechts durch die USA und Grossbritannien als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO.

Vor dem Hintergrund des Obendargelegten ist logisch, dass in der Konzeption der Aussenpolitik auch der dritte Aspekt auftaucht. Er hängt zusammen mit konkreten Vorschlägen und Empfehlungen zur Vervollkommnung des allgemeinen Völkerrechts, zur Optimierung des Systems der juristischen Verpflichtungen der Russischen Föderation, der Mechanismen der gegenseitigen Abstimmung und des Zusammenwirkens des nationalen und des internationalen Rechts. Diese angewandte Komponente des Dokuments spricht über den Inhalt des russischen Subjektcharakters, über die Verantwortung der Russischen Föderation für die Aufrechterhaltung der hohen Wirksamkeit des internationalen Rechtsordnung und ihres Fortschritts.

Es muss hervorgehoben werden, dass das Vorhandensein dieser Komponente in der Konzeption aus dem Jahre 2013 nicht nur das russische Dokument unter den ähnlichen Quellen hervorhebt, sondern auch unmittelbar die Ausarbeitung eines Programms diplomatischer und sonstiger Initiativen fördert, an deren Formung und Umsetzung viele Subjekte der gesetzgebenden und exekutiven Gewalt des Staates teilnehmen (die Administration des Präsidenten, die Regierung, die Föderale Versammlung, das Innenministerium der Russischen Föderation usw.). Logisch wäre die Integration der angewandten Ideen der Konzeption bezüglich des Völkerrechts in den Prozess der Abstimmung politischer Willensäusserungen unter Beteiligung Russlands auf bilateraler und multilateraler Ebene, einschliesslich der bestehenden internationalen Organisationen (unter anderem des Systems der Organisation der Vereinten Nationen, der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft — EAWG, der Organisation des Vertrages über

kollektive Sicherheit — OVKS, der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit — SOZ, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — OSZE usw.).

Von welchen Bestimmungen positiver und perspektiver Ausrichtung handelt es sich hier? Die Aufzählung beinhaltet verschiedene Orientierungspunkte, die sich zum Teil auf die internationale Rechtsschöpfung und zum Teil auf den Bereich der Rechtsanwendung beziehen. Zu ihnen zählen: die Gewährleistung der Unerschütterlichkeit von Grundbestimmungen und Grundsätzen der UNO-Charta; die Unterstützung kollektiver Anstrengungen bei der Festigung rechtlicher Grundlagen in den zwischenstaatlichen Beziehungen; die Förderung der Kodifizierung und fortschreitenden Entwicklung des Völkerrechts (vor allem unter der Ägide der UNO), bei der Erreichung einer universellen Beteiligung an internationalen UNO-Verträgen, bei deren einheitlichen Auslegung und Anwendung; der Abschluss der völkerrechtlichen Festlegung der Grenzen der Russischen Föderation sowie der Grenzen im Meeresraum, in Bezug auf den sie ihre souveränen Rechte und Jurisdiktion (bei der bedingungslosen Wahrung der nationalen Interessen Russlands) ausübt; die Einhaltung der eigenen völkerrechtlichen Verpflichtungen bezüglich der völkerrechtlichen Verträge im Rahmen der Kontrolle über Rüstungen, die Teilnahme an der Abfassung und am Abschluss neuer Vereinbarungen auf diesem Gebiet auf Grund der Prinzipien der Gleichberechtigung und Unteilbarkeit der Sicherheit; die Erfüllung des Vertrages zwischen der Russischen Föderation und den USA über Massnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Angriffswaffen; die Schaffung vielseitiger politischer und rechtlicher Grundlagen eines universellen und stabilen Regimes für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, anderer Massenvernichtungswaffen und der Mittel für deren Beförderung; die Wahrung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, die Einhaltung der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Ansammlung von Vorräten an bakteriologischen (biologischen) und Giftwaffen sowie über deren Vernichtung; die Förderung des baldigsten Inkrafttretens des Vertrages über das allumfassende Verbot von Kernwaffenerprobungen; die Schaffung eines globalen Regimes der Nichtweiterverbreitung von Raketen auf Grund einer juristisch verpflichtenden Vereinbarung und eine Vereinbarung darüber, dass man den Verpflichtungen aus dem Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Liquidierung von Raketen mittlerer und naher Reichweite einen globalen Charakter verleihen muss; die Vervollkommnung völkerrecht-

licher Mechanismen für die Gewährleistung der nuklearen Sicherheit und die Verhütung von Akten nuklearen Terrorismus; der Abschluss eines internationalen Vertrages über die Verhütung der Unterbringung von Waffen im Weltraum; die Ausarbeitung — unter der Ägide der UNO — von Regeln für das Verhalten auf dem Gebiet der Gewährleistung der internationalen Informationssicherheit, die Erörterung des Artikels 51 der UNO-Charta, der eine adäquate und einer Revision nicht unterliegende rechtliche Grundlage für den Einsatz von Gewalt im Rahmen der Selbstverteidigung, darunter auch unter den Bedingungen der Existenz solcher Gefahren für Frieden und Sicherheit wie der internationale Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, ist; die Anwendung — in Übereinstimmung mit der internationalen Rechtsordnung und der nationalen Gesetzgebung — aller erforderlichen Massnahmen zur Abwehr und Verhütung terroristischer Überfälle auf Russland und seine Bürger, bei ihrem Schutz vor terroristischen Akten, bei der Unterbindung — auf eigenem Territorium — von Aktivitäten, deren Ziel die Organisation derartiger Akte gegen die Bürger und Interessen anderer Länder ist, Massnahmen, die vorsehen, dass den Terroristen und den Terrorhetzern weder Unterschlupf noch Tribüne gewährt werden, Massnahmen zur Verhütung und Unterbindung einer Finanzierung des Terrorismus, die Ergreifung von Massnahmen der Handelspolitik zum Schutz der eigenen Interessen in Übereinstimmung mit internationalen Regeln, die Absicht, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die äusseren Grenzen des eigenen Kontinentalschelfs festzulegen und dadurch die Möglichkeiten für die Erkundung und Erschliessung mineralischer Ressourcen des Schelfs zu erweitern; die Gewährleistung — in Übereinstimmung mit modernen Anforderungen — der weiteren komplexen Entwicklung des Systems für den diplomatischen und konsularischen Schutz russischer Bürger, die sich im Ausland aufhalten, in einem Rahmen, den das Völkerrecht und die internationalen Verträge der Russischen Föderation zulassen, der Schutz der Rechte und der legitimen Interessen der Landsleute im Ausland, was auf Grund des Völkerrechts und der internationalen Verträge der Russischen Föderation zu geschehen hat; die Erweiterung der Teilnahme der Russischen Föderation an internationalen Verträgen auf dem Gebiet der Menschenrechte; eine Erweiterung des rechtlichen Rahmens der internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Ebene des Schutzes von Rechten und legitimen Interessen russischer Kinder, die im Ausland leben, zu heben; die Bildung eines Komplexes rechtlicher und ethischer Normen der gefahrlosen Nutzung von Informations- und Kom-

munikationstechnologien; die Abstimmung von Vereinbarungen über den Schutz bildungsmässiger, sprachlicher, sozialer, arbeitsmässiger, humanitärer und sonstiger Rechte und Freiheiten der Landsleute, die in den GUS-Teilnehmerländern leben; die weitere Umwandlung der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit in eine internationale Universalorganisation; der Beistand zur praktischen Umsetzung des Vertrages über die Freihandelszone, der berufen ist, die normativ-rechtliche Basis der Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit der GUS-Teilnehmerländer zu modernisieren; eine politisch-diplomatische Regelung von Konflikten im GUS-Raum; die Verlegung politischer Deklarationen über die Unteilbarkeit der Sicherheit unabhängig von der Mitgliedschaft von Staaten in irgendwelchen militärisch-politischen Bündnissen in eine juristisch bindende Form; der Abschluss eines neuen Basisabkommens mit der Europäischen Union über die strategische Partnerschaft auf Grund von Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens; die Bildung — in Zukunft — des vereinigten Energiekomplexes Europas aufgrund einer strikten Einhaltung bestehender bi- und multilateraler vertraglicher Vereinbarungen; die Festigung des Europarates als einer Organisation, die mit Hilfe ihrer einmaligen Konventionsmechanismen die Einheit des rechtlichen und humanitären Raums des Kontinents gewährleistet; die Festigung des bilateralen Zusammenwirkens mit den USA aufgrund von Prinzipien der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, aufgrund der Achtung gegenseitiger Interessen; eine aktive Arbeit zwecks des Widerstandes gegen die Einführung einseitiger extritorialer Sanktionen der USA gegen russische juristische und natürliche Personen, das Voranbringen von Initiativen zur weiteren Liberalisierung von Visumbestimmungen zwischen den zwei Seiten; die Erreichung rechtlicher Garantien dafür, dass das System der Raketenabwehr der USA nicht gegen die russischen Kräfte der nuklearen Abschreckung gerichtet ist; die Festigung der internationalen vertraglich-rechtlichen Basis zwecks der Beilegung aller — im arktischen Raum entstehenden — Probleme auf dem Wege der Verhandlungen; die Beilegung aller — in Asien vorhandenen — Meinungsverschiedenheiten durch politisch-diplomatische Mittel bei strikter Befolgung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts; der Beistand zur Erreichung des Friedens und Einvernehmens unter der Zivilbevölkerung in allen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie in der gesamten Region aufgrund der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität von Staaten und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

Diese Liste der international-rechtlichen Faktoren und Prioritäten im Rahmen der Aussenpolitik der Russischen Föderation kann fortgesetzt und — auf entsprechende Weise — konkretisiert werden. aber bereits in der präsentierten Form ist sie — ohne jeden Zweifel — einmalig und verfügt über einen sozialen Wert. Schwer zu finden ist für sie eine Entsprechung in den Machtquellen fremder Staaten und in Gründungsdokumenten internationaler Organisationen. Die international-rechtliche Offerte der Russischen Föderation, die mit Hilfe moderner politisch-ökonomischer, staatsrechtlicher, modernisierungsbezogener und sonstiger Technologien der Epoche der Globalisierung und Integration, einschliesslich der Werkzeuge der Prognostizierung, vorbereitet worden ist, ist von praktischem Interesse für ausnahmslos alle internationalen Subjekte (Staaten, zwischenstaatliche Organisationen, Nationen, Völker und internationale Konferenzen).

Aus diesem Grund ist es äusserst wichtig, die Vorstellung und Materialisierung der russischen Doktrin des Völkerrechts — öffentlich und systembezogen — über zwei Kanäle zu beginnen. Der erste — innere — Kanal gilt beispielsweise einer Erhöhung des Nutzeffekts der Arbeit des Rates der Föderation und der Staatsduma bei der gesetzgebenden Sicherung des aussenpolitischen Kurses der Russischen Föderation und bei der Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen. In diesem Zusammenhang wäre es zweckmässig, ein föderales Gesetz über das Völkerrecht vorzubereiten, gemeinsam mit dem Innenministerium und dem Justizministerium sowie mit anderen interessierten Behörden ein Monitoring der Implementierung völkerrechtlicher Verpflichtungen der Russischen Föderation durchzuführen, die Erfahrungen der ressortbezogenen Rechtschöpfung in Anwendung auf den Bereich der Aussenpolitik und der internationalen Beziehungen zu studieren.

Aktuell sind auch andere Massnahmen, die unter anderem mit der Optimierung der Erfüllung des Erlasses Nr. 605 des Präsidenten der Russischen Föderation vom 7. Mai 2012 „Über Massnahmen zur Umsetzung des aussenpolitischen Kurses der Russischen Föderation“ (im Abschnitt der rechtlichen Sicherung) und des Erlasses Nr. 1478 des Präsidenten der Russischen Föderation vom 8. November 2012 „Über die koordinierende Rolle des Ausenministeriums der Russischen Föderation bei der Durchführung des einheitlichen aussenpolitischen Kurses der Russischen Föderation“ zusammenhängen.

Bedeutsam ist es, auf der Basis des Innenministeriums der Russischen Föderation die Publikation des „Weissen Buches“, das dem Zustand des Völkerrechts gewidmet ist, zu organisieren und einen Perspektivplan zur Kodifi-

zierung und fortschreitenden Entwicklung des Völkerrechts sowie eine Liste entsprechender diplomatischer Initiativen vorzubereiten.

Sinnvoll wäre es, die Veranstaltung (in Moskau, Sankt Petersburg, Kasan) des Weltforums „Schicksal des Völkerrechts im 21. Jahrhundert“ unter der Ägide der UNO vorzuschlagen.

Insgesamt zweckmässig ist es, die Ressourcen der Organe der staatlichen Gewalt und der intellektuellen Gemeinschaft Russlands (der Russischen Akademie der Wissenschaften, des Russischen Verbandes für Völkerrecht“) zu vereinigen und einen komplexen Plan zur Förderung der Umsetzung der Konzeption des Aussenpolitik der Russischen Föderation vorzubereiten, darunter auch das auf ihrer Grundlage erarbeiteten Programm zur Vervollkommnung, zur fortschreitenden Entwicklung und zur wirksamen Anwendung des Völkerrechts.

Der zweite Kanal betrifft den internationalen Bereich, den Bereich der bi- und multilateralen Diplomatie. Er bezieht sich auf die Durchführung von Repräsentationen der Konzeption in russischen Auslandseinrichtungen, auf die Vorbereitung entsprechender Informationen für ministeriumsinterne Konsultationen, auf Sitzungen von internen Rechtskommissionen unter Beteiligung russischer Vertreter, auf die Vorbereitung von Vorschlägen für die Erhöhung des Nutzeffekts der Kommission für Völkerrecht, des VI. Ausschusses (für Rechtsfragen) der UNO-Vollversammlung. Von politischer Bedeutung wäre die Erörterung (im Rahmen der UNO) der Idee über die Durchführung einer neuen Dekade des Völkerrechts (2015 — 2025), deren Konzeption viele Bestimmungen der völkerrechtlichen Offerte Russlands versinnbildlichen könnte.

Zu der gleichen Thematik gehört die Vorbereitung von Deklarationen zur Wahrung des Völkerrechts auf der Ebene der Beziehungen der Russischen Föderation mit den USA, der Volksrepublik China, der Europäischen Union, der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft — EAWG, sowie mit BRICS, der „Zwanzig“, der „Acht“ und anderen massgeblichen Strukturen, darunter mit Strukturen von interparlamentarischem Charakter (Interparlamentarische Union, Interparlamentarische Versammlung der GUS, Interparlamentarische Versammlung der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit, Interparlamentarische Versammlung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft usw.).

Die Analyse der Konzeption der Aussenpolitik der Russischen Föderation aus dem Jahre 2013 lässt also darauf schliessen, dass die Staatsmacht an die Umsetzung der Rechtssubjektivität, des politischen Willens und der Souve-

ränität des Russischen Staates kreativ herangeht. Russland wirkt im Rahmen eines zivilisierten Zusammenwirkens mit anderen — ausländischen — Akteuren und stimmt mit ihnen seine Interessen aufgrund der UNO-Charta ab. Die ganze aussenpolitische und diplomatische Tätigkeit der Russischen Föderation zeugt gegenständlich und beweiskräftig vom Status der Russischen Föderation als einer völkerrechtlichen Persönlichkeit, die einen system-strategischen und polyfunktionalen Beitrag zur Festigung der internationalen Rechtsordnung, zur Aufrechterhaltung der internationalen Gesetzlichkeit leistet. Sie befolgt diesen Kurs und sichert — real — einen Fortschritt in der Evolution der internationalen Gemeinschaft.

Международная



ЖИЗНЬ

Alexandr SMEJEWSKI

*Sondervertreter des
Präsidenten Russlands
für Fragen der
internationalen
Zusammenarbeit
im Kampf
gegen Terrorismus und
transnationale
organisierte Kriminalität*
zmeevskiy@mid.ru



ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IM KAMPF GEGEN KRIMINELLE HERAUSFORDERUNGEN UND DROHUNGEN

Den Beistand bei der Anregung kollektiver internationaler Anstrengungen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, des Rauschgiftschmuggels und der organisierten Kriminalität hat Präsident W. W. Putin in seinem Erlass „Über die Massnahmen zur Realisierung des aussenpolitischen Kurses der Russischen Föderation“ vom 7. Mai 2012 unter den Hauptaufgaben der russischen Aussenpolitik festgelegt.

Diese Kategorie neuer Herausforderungen und Drohungen (NHD) wurde zu einem unabdingbaren Bestandteil der internationalen Tagesordnung, zu einem Faktor, der die Gewährleistung der globalen und regionalen Sicher-

Александр ЗМЕЕВСКИЙ, Специальный представитель Президента Российской Федерации по вопросам международного сотрудничества в борьбе с терроризмом и с транснациональной организованной преступностью
O MEJDUNARODNOM SOTRUDNICHESTVE V BORBE S KRIMINALNYMI VYZOVAMI I UGROZAMI

heit beeinflusst, gelegentlich aber auch zu einem Werkzeug geopolitischer Einwirkung.

Terrorismus, Kriminalität und Rauschgiftgefahr sind keine neuen Erscheinungen. Neu ist ihr Ausmass, das heisst die Ebene ihrer Bedrohung (unterschiedlich nach Ländern und Regionen) und ihre geographische Verbreitung. Unter den heutigen Bedingungen sind sie global geworden.

Nur gemeinsam kann man sie wirksam bekämpfen. Besonders im Hinblick darauf, dass die kriminelle Welt über erhebliche finanzielle und materielle Möglichkeiten verfügt und moderne Technologien nutzt (beispielsweise die Werbung und Ausbildung ihrer Anhänger über Internet). Ein bezeichnendes Merkmal der heutigen transnationalen Kriminalität ist deren Entwicklungsdynamik, die schnelle Anpassung an neue Realitäten. Beeinflusst wird das nicht zuletzt durch den ökonomischen Faktor, durch das Streben nach dem maximalen Profit, der teilweise für die Entwicklung der kriminellen Geschäftswelt und teilweise für das Einschleichen in die legale Weltwirtschaft verausgabt wird. In der letzten Zeit wird das Zusammenwachen verschiedener Zweige der Kriminalität beobachtet. Beispielsweise gewähren die Terroristen einen „Schutz“ den Piraten und „Drogen-Baronen“ im Austausch gegen finanzielle Zuwendungen. Einlaufende Informationen besagen, dass ein Teil der Einnahmen der kriminellen Gruppierungen aus der gesetzwidrigen Gewinnung von Stosszähnen der Elefanten und Nashörner für die Finanzierung der Gruppierungen wie etwa „Al-Shabaab“ und die Lord's Resistance Army („Widerstandsarmee des Herrn“) sowie anderer terroristischer Strukturen, die Verbindungen zu „Al-Kaida“ pflegen, verausgabt wird.

Wenn vom kriminellen Querschnitt von NHD die Rede ist, meinen wir Herausforderungen, die hauptsächlich von nichtstaatlichen Subjekten ausgehen. Für die Staaten ist die transnationale Kriminalität keine traditionelle Gegnerin. Sie ist durch internationale Verpflichtungen nicht gebunden, trägt keine Verantwortung gegenüber der menschlichen Umgebung und der gesamten Gesellschaft und wirkt in einem anderen System moralischer Werte und sittlicher Zielsetzungen. Um diese „Vorteile“ auszugleichen, müssen die Staaten ein moderneres globales System des wirksamen Reagierens auf die Herausforderungen der internationalen Kriminalität aufbauen.

Entstanden ist inzwischen eine solide vertragliche Basis der antikriminellen Zusammenarbeit von Staaten auf globaler Ebene und auf sonstigen Ebenen.

Eigentlich ist in den letzten Jahrzehnten ein Druckbruch auf diesem Gebiet vollbracht worden. Ein ganzer Abschnitt des Völkerrechts wurde abgefasst. Ein Dutzend antiterroristischer Konventionen wird durch eine rauschgiftbekämpfende vertragliche Basis ergänzt. Hinzu kommen Konventionen für die Be-

kämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität und Korruption. Vorbereitet ist eine solide Menge aus regionalen und bilateralen Verträgen.

Die vorhandene völkerrechtliche Basis erlaubt es, viele — aber leider nicht alle — Hindernisse auf dem Wege der Organisation einer wirksamen Bekämpfung der Kriminalität zu überwinden. Es zeigt sich, dass viele Prinzipien und Normen in den Jahren des Kalten Krieges entstanden sind und ihre Umsetzung (beispielsweise des Prinzips „entweder ausliefern oder aburteilen“) immer noch das Gepräge jener Jahre trägt. „Die internationalen Beziehungen leiden einen auffallenden Mangel an Vertrauen“, stellte der Aussenminister S. W. Lawrow in seiner Ansprache auf der 67. Tagung der UNO-Vollversammlung fest. „Darin erblicken wir die Hauptursache, die den praktischen Vormarsch zur Bestätigung universeller Grundlagen der gleichen und unteilbaren Sicherheit hindert... Eine solche Situation steht im eindeutigen Widerspruch sowohl zu der der UNO-Charta zugrundeliegenden Konzeption der kollektiven Sicherheit als auch zu der gegenseitigen Abhängigkeit der heutigen Welt, in der die meisten Herausforderungen und Drohungen für alle gelten und einen grenzüberschreitenden Charakter tragen“.

Die Grundlagen einer rechtlichen Regelung des antikriminellen Zusammenwirkens sind gelegt worden. Aber die juristische Basis soll vervollkommenet und verstärkt werden, indem der Kreis ihrer Teilnehmer allseitig erweitert wird.

In der Reihe von Prioritäten steht die Schaffung einer völkerrechtlichen Grundlage im Kampf gegen Kyber-Kriminalität. Die unter der Ägide des Europa-Rates wirkende Budapester Konvention aus dem Jahre 2001 altert nicht nur, sondern kann jetzt niemanden zufriedenstellen. Ihre einzelnen Prinzipien ignorieren ein fundamentales Prinzip — das Prinzip der Achtung der staatlichen Souveränität. Es reift die Notwendigkeit, dass die internationale Gemeinschaft eine globale Profil-Konvention vorbereitet. Diesen Schluss zieht eine von dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (Abk. UNODC — engl.) vorbereitete Studie, die im April 2013 von der UNO-Kommission für Verhütung von Kriminalität und für Kriminalrechtsprechung (KPPUP — russ.) berücksichtigt wurde. Die Arbeit in dieser Richtung wird im Rahmen einer zwischenstaatlichen Gruppe von Experten fortgesetzt, die in Übereinstimmung mit der Resolution 65/230 der UNO-Vollversammlung vom 10. Dezember 2010 gebildet worden ist.

Auf eine praktische Ebene stieg der Prozess einer Institutionalisierung der Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität. Vertragliche Mechanismen ergänzen sich durch informelle Strukturen, die aber nicht weniger bedeutsam sind. Dazu gehören der Arbeitskreis Massnahmen zur Geldwäschebekämpfung (Financial Action Task Force an Money Laundering — engl. Abk.

FATF /), die Rom/Lyon-Gruppe der „Zwanzig“, der Paris-Moskau-Prozess der Bekämpfung afghanischer Opiate.

Ein zentraler Platz in diesem System der Koordinaten gehört der UNO, ihren Organen und sonstigen Profilinstituten. In den letzten Jahren kommt eine besonders aktive Rolle beim globalen Widerstand gegen den Terrorismus dem Sicherheitsrat der UNO zu, über dessen verpflichtende Resolutionen ein modernerer Mechanismus der globalen Einwirkung gebildet worden ist. Die Tendenz der letzten zwei-drei Jahre ist die Beteiligung des Sicherheitsrates der UNO an der rauschgiftbekämpfenden und antikriminellen Problematik im Kontext von Situationen, die den internationalen Frieden und die Stabilität gefährden. Den Einfluss auf sie seitens der transnationalen organisierten Kriminalität in Westafrika und in der Sahel-Region erörterte beispielsweise der UNO-Sicherheitsrat auf seiner Sondersitzung am 21. Februar 2012.

Unter der Ägide der UNO-Vollversammlung wurde die globale antiterroristische Strategie der UNO erarbeitet. Diese Strategie wird derzeit umgesetzt.

Das bagatellisiert durchaus nicht die Anstrengungen, die auf regionaler Ebene unternommen werden, darunter Anstrengungen unter der Ägide des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS), der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), der GUS, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), des Europarates, des Rates „Russland — NATO“, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

In der Sondergruppe für die Bekämpfung des Terrorismus im Rahmen der Organisation für Asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC) werden beispielsweise — in der Partnerschaft mit anderen Länder — auf Anregung Russlands solche akute Fragen erörtert wie etwa die Geldwäschebekämpfung und die Finanzierung des Terrorismus, die Gewährleistung der komplexen Transportsicherheit sowie der Sicherheit grossangelegter gesellschaftlicher Massnahmen. Im Rahmen des ASEAN-Regionalforums (ARF) übernahm Russland — gemeinsam mit Australien und Malaysia — die führende Rolle beim Voranbringen des Themas der Bekämpfung von Kyber-Terrorismus.

Eine Reihe regionaler Beschlüsse trägt einen Durchbruchcharakter und hat auf die Herausbildung globaler Herangehensweisen einen bestimmten Einfluss ausgeübt. Ein Beispiel dafür ist die im Jahre 2005 vom Europarat — mit aktiver Unterstützung der Russischen Föderation — beschlossene Konvention über die Verhütung des Terrorismus. Die Konvention erklärte zu einem Kriminalverbrechen die öffentliche Aufstachelung zur Verübung terroristischer Akte und lief — in der Resolution 1624 (2005) des UNO-Sicherheitsrates — auf den Appell an alle Staaten hinaus, eine solche Aufwiege-

lung gesetzgeberisch zu verbieten und dieses Verbot durch eine Auswahl vorbeugender Massnahmen zu bekräftigen.

Die regionale Dimension des Widerstandes gegen neue Herausforderungen und Drohungen gewinnt besondere Bedeutung unter der Einwirkung widersprüchlicher Prozesse in Nordafrika und im Nahen Osten sowie im Gebiet am Horn von Afrika. Diese Prozesse führten zu einer Belebung terroristischer Gruppierungen, zu ihrer lebhaften Grenzüberschreitung, zu ihrer schnellen Aufrüstung, vor allem dank den neuen Arsenalen libyscher Waffen und dank der Erschliessung neuer Finanzierungsquellen. Der Terrorismus verflucht sich immer enger mit der organisierten Kriminalität, unter anderem in Westafrika und in der Sahel-Zone. Die Aktivitäten der „Al-Kaida“ und der Bewegung der Taliban in der Afghanisch-Pakistanischen Region generiert nach wie vor terroristische Drohungen grenzüberschreitender Dimensionen in Verein mit gesetzwidriger Produktion und gesetzwidrigem Umlauf von Rauschgiftmitteln. Die Gefahr einer „Übergreifung“ dieser Herausforderungen auf benachbarte Regionen wächst im Zusammenhang mit dem im Jahre 2014 bevorstehenden Abzug der internationalen Streitkräfte zur Aufrechterhaltung der Sicherheit aus Afghanistan.

Eine ausserordentlich gefährliche Tendenz ist die stürmische Ausbreitung der Ideologie des Terrorismus und des gewaltsamen Extremismus. Des Öfteren geschieht diese Ausbreitung durch die anonyme Veröffentlichung in den „sozialen Internet-Netzen“ unter den Losungen der Reformen und der Demokratie und neben den Aufrufen, Protestaktionen auf den Strassen zu veranstalten. Beunruhigend müssen die von den Massenmedien verbreiteten Bilder unzufriedener Menschenmengen sein, die ihre Proteststimmungen — unter den Fahnen von „Al-Kaida“ und mit Porträts von Usama bin Laden — zum Ausdruck bringen. Zu beobachten sind Versuche, die zeigen, wie die Anhänger der „Al-Kaida“ und anderer terroristischer Strukturen Behörden und gesellschaftliche Organisationen unterwandern. Vor diesem Hintergrund steigt in der Welt die zerstörende Welle des Radikalismus, eine Welle, die gefährliche zwischenkonfessionelle Spannungen in verschiedenen Weltregionen auslöst, günstige Bedingungen zwecks der Anwerbung neuer Anhänger, vor allem junger Menschen, für terroristische Gruppierungen schafft. Zu den neuen Merkmalen des Terrorismus gehört die Verbreitung des Phänomens der Selbstradikalisierung sowie das Auftauchen terroristischer Einzeltäter, vor denen sich die Gesellschaft viel schwieriger schützen lässt.

Eine weitere Tendenz, die besonders beunruhigend wirkt, ist die Einflechtung des Terrorismus in das Gewebe moderner regionaler und sonstiger bewaffneter Konflikte, wie es beispielsweise in Mali der Fall ist. Die Terroristen,

die unter der Fahne des Separatismus auftreten, bedrohen unmittelbar die territoriale Integrität von Staaten, unterhöhlen dadurch die Grundlagen des internationalen Friedens und der Sicherheit.

Besondere Beunruhigung resultiert aus dem wachsenden Interesse für Syrien seitens der „Al-Kaida“ und der mit ihr verbündeten terroristischen Strukturen (vom Typ „Dshabat an-Nusra“), aus ihren Plänen, dieses Land in ihr wichtigstes Aufmarschgebiet im Nahen Osten mit dem Ziel zu verwandeln, später terroristische Aktivitäten auf andere Staaten auszudehnen. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Einflusses terroristischer Strukturen in den Reihen der syrischen Opposition ist es äusserst wichtig, von konsolidierten Positionen aus zu handeln. In der letzten Zeit verhindern leider einige westliche Länder im UNO-Sicherheitsrat Vorschläge über die Verurteilung terroristischer Handlungen und Drohungen im Kontext des Geschehens in Syrien, was den Verpflichtungen entgegenwirkt, die aus den Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates und der UNO-Vollversammlung über die bedingungslose Verurteilung von terroristischen Handlungen unabhängig davon resultiert, wer und wo — und aus welchen Gründen — diese Handlungen verübt.

Weiterentwickelt hat sich die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität auf bilateraler Ebene, wo der gemeinsame Nenner des Vertrauens in der Regel höher ist. Russland hat etwa zwei Dutzend ständig wirkender Arbeitsgruppen und sonstiger Mechanismen für Konsultationen mit anderen Ländern in diesem Bereich, darunter auch Arbeitsgruppen für die Bekämpfung des Terrorismus, für die Verhinderung des gesetzwidrigen Umlaufs von Rauschgiftmitteln im Rahmen der russisch-amerikanischen Präsidentenkommission. Hinzu kam unlängst auch die Untergruppe für Kyber-Sicherheit.

Mit der zunehmenden Ansammlung des Kredits gegenseitigen Vertrauens entstehen Bedingungen für das Vorankommen zu fortgeschrittenen Formaten des Zusammenwirkens. Beispielsweise die Durchführung gemeinsamer Unternehmen: wie das rauschgiftbekämpfende Unternehmen „Kanal“ unter der Ägide der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) unter Beteiligung eines breiten Kreises von Ländern, darunter von Ländern, die dieser Organisation nicht angehören. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Teilnahme Russlands und der USA am Projekt unter der Ägide des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (Abk. UNODC — engl.), das der Festigung des Potentials der rauschgiftbekämpfenden Dienstes Kirgisiens gegolten hat.

Im Rahmen der UNO wird eine anstrengende Arbeit fortgesetzt, die mit der Förderung unseres Kurses in Fragen der Bekämpfung der Piraterie zusammenhängt. Auf Grund der Resolution 1851 des UNO-Sicherheitsrates wurde für die Koordinierung der Aktivitäten von Staaten und internationalen Orga-

nisationen bei der Bekämpfung der Piraterie ein spezieller Mechanismus gebildet: die Kontaktgruppe für die Bekämpfung der Piraterie an der Küste Somalias, der — neben insgesamt rund 50 Staaten — auch Russland angehört. Im Rahmen dieser Kontaktgruppe sind fünf Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit verschiedenen Aspekten befassen, die mit dieser Erscheinung zusammenhängen. Im Rahmen der Kontaktgruppe sind weitere Wege zur Erhöhung der Wirksamkeit von Massnahmen festgelegt worden, die von der internationalen piratenbekämpfenden Koalition ergriffen werden. Zu den Prioritäten gehören die Förderung russischer Anregungen zur Gewährleistung der Unabwendbarkeit der Verantwortung für dieses gefährliche Verbrechen, sonstige Anstrengungen zur Gewährleistung der Sicherheit beim Schutz gegen Piratenüberfälle (einschliesslich der Unterbringung bewaffneter Wachmannschaften an Bord von Handelsschiffen), die Unterhöhung der finanzökonomischen Motivierung der Seepiraterie. Sehr gelegen kommt die Initiative des Büros UNODC der UNO, das — gemeinsam mit Weltbank und Interpol — eine allumfassende Studie über gesetzwidrige Finanzströme zur Publikation vorbereitet, Finanzströme, die mit der Piraterie an der Küste Somalias zusammenhängen.

Die neue Spenderqualität Russlands eröffnet zusätzliche Möglichkeiten für die Entfaltung einer wirksamen verbrechensbekämpfenden Zusammenarbeit unter der Ägide der UNO.

Gründlich bewährt hat sich das Projekt der Ausbildung rauschgiftbekämpfender Fachkräfte für Afghanistan und für Länder Zentralasiens an der Gesamtrussischen Hochschule für Weiterbildung von Mitarbeitern des Ministeriums für innere Angelegenheiten der Russischen Föderation (russ. Abk. WIPK) in Domodedowo (im Rahmen des Rates „Russland — NATO“ mit Unterstützung des Büros UNODC der UNO). Unter der Ägide des Büros vollzieht sich der Start von vier korruptionsbekämpfenden Projekten, die aus dem freiwilligen russischen Beitrag zum UNODC-Fonds finanziert werden: „Bildung und Unterstützung der Funktionierung der elektronischen juristischen Bibliothek der UNO auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung“; „Ausbildung von Regierungsexperten zur Bekämpfung der Korruption“; „Abfassung — unter der Ägide des UNODC — eines praktischen Nachschlagwerks zur Verhütung von Korruption bei der Organisation und Durchführung gesellschaftlicher Grossveranstaltungen“; „Vorbereitung einer vereinheitlichten Anleitung für die Businessgemeinschaft zur Bekämpfung der Korruption“.

Für zweckmässig halten wir die Gewinnung der Businessgemeinschaft für verbrechensbekämpfende Anstrengungen, selbstverständlich bei gegenseitigem Interesse. Es gilt, beispielsweise Arbeitsplätze insbesondere in Regionen zu schaffen, wo ein Überfluss an Fachkräften — nicht nur eine potentielle Quelle von Einnahmen — vorhanden ist. Hinzu kommt auch die Schwächung der sozi-

alökonomischen Grundlage des Verbrechertums, das gerade dort tief verwurzelt ist, wo Armut und Arbeitslosigkeit herrschen und Bedingungen für ein normales Leben fehlen. Russland hat die Partnerschaft mit der Geschäftswelt im Kampf gegen den Terrorismus angeregt. Auf Vorschlag des russischen Vorsitzes in der „Acht“ fand im Jahre 2006 in Moskau eine repräsentative Konferenz statt, die das Fundament eines terrorismusbekämpfenden Zusammenwirkens legte.

Wichtig ist, diese Erfahrungen auch auf andere Bereiche — wie etwa auf den Kampf gegen Drogen und Korruption — zu übertragen. Auf Anregung der russischen Seite und mit deren finanzieller Unterstützung fand im Jahre 2012 in Österreich unter der Ägide der Internationalen Akademie für Korruptionsbekämpfung ein Seminar für GUS-Länder und für Länder Osteuropas — zwecks korruptionsbekämpfender Vorbereitung von Business-Strukturen und deren Berufsvereinigungen — statt. Im April 2012 billigte die UNO-Kommission für Verhütung von Kriminalität und für Kriminalrechtsprechung die russische Initiative, die auf den Beginn der — mit der Geschäftswelt gemeinsamen — Arbeit bei der Bildung von Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der Gewährleistung der Sicherheit des touristischen Bereichs beim Schutz vor terroristischen und sonstigen kriminellen Anschlägen gerichtet war.

Wir sind gewillt, nach wie vor den ökonomischen Faktor als eine wichtige Richtung tatkräftig zu benutzen, die die Anstrengungen auf der Linie von Ordnungsschutzorganen bei der Bekämpfung krimineller Herausforderungen ergänzt. Ein Beispiel dafür sind Beschlüsse, die auf Anregung Russlands im Februar 2012 in Wien auf der Dritten Ministerkonferenz im Rahmen des Pariser Abkommens über den Kampf gegen afghanische Opiate angenommen wurden. Zu den von der Konferenz festgelegten Aufgaben gehören die Unterbindung der Lieferung von Präkursoren für die Herstellung des Rauschgift-Endprodukts und die Unterbrechung von Finanzströmen des afghanischen Drogenschmuggels. Mit dem letztgenannten Thema befasst sich heutzutage auch der Arbeitskreis Massnahmen zur Geldwäschebekämpfung FATF (engl. Abk. für Financial Action Task Force an Money Laundering).

Äusserst wichtig ist es, die Finanzströme auch sonstiger Arten der kriminellen Geschäfte zu unterbinden, darunter auch solcher Arten, die den Terrorismus nähren. Im April 2013 unterstützte die UNO-Kommission für Verhütung von Kriminalität und für Kriminalrechtsprechung die gemeinsame Initiative Russlands und der Republik Südafrika, unter der Ägide des Interregionalen Forschungsinstituts der UNO für Fragen der Kriminalität und der Rechtsprechung eine vertiefte Studie zum Thema der Durchkreuzung des gesetzwidrigen Umlaufs von Edelmetallen und der Nutzung von Einnahmen aus ihm für verbrecherische Ziele durchzuführen. Es wird beabsichtigt, diese Idee, die — auf Anregung Russlands — die Unterstützung führender gewin-

ender und verarbeitender Gesellschaften gefunden hat, die zu Mitgliedern des Internationalen Platinverbandes gehören, im Rahmen einer staatlich-privaten Partnerschaft umzusetzen.

Im November 2012 fand in Lima eine repräsentative Konferenz statt, die die internationale Strategie der alternativen Entwicklung bei der Bekämpfung der Drogengefahr festlegte. Ich glaube, dass die ihr zugrundeliegenden Ideen auch in einem breiteren Kontext — als Alternative zu jedem Verbrechen, als eine Wahl zugunsten einer stabilen Entwicklung und Prosperität — durchaus anwendbar sind. Im Mittelpunkt der Arbeit zur alternativen Entwicklung muss die Sorge um den Menschen bleiben, die Sorge um die Wahrung seiner Rechte, darunter auch der Rechte auf eine gefahrlose und würdige Existenz, auf gerechte Entlohnung für ehrliche Leistung,

Eine besondere Rolle kommt der Synergie der Anstrengungen von Staaten und internationalen Profilorganisationen zu, beispielsweise solchen wie terrorismusbekämpfende UNO-Strukturen, das UNODC der UNO, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNOP), die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), die Welternährungsorganisation FAO, internationale Finanzinstitute sowie regionale Wirtschaftskommissionen der UNO. Zweckmässig wäre es, die Zusammenarbeit bei der alternativen Entwicklung im Rahmen der staatlich-privaten Partnerschaft zu fördern.

Eine Einengung der sozialen Basis des Terrorismus und der sich mit ihm eng verflechtenden Äusserungen der Kriminalität ist unmöglich ohne einen Systemkampf um die Gedanken und Herzen von Menschen; der Zweck dieses Kampfes ist es, die Toleranz der Menschen bezüglich des Verbrechertums auf eine Null zu minimieren. Die zivile Gesellschaft ist berufen, einen wichtigen Beitrag zu diesen Anstrengungen zu leisten. Das bezieht sich vor allem auf nichtstaatliche Organisationen, Kulturschaffende und die Vertreter der Religion. Wichtig ist es, den Terroristen und ihren Handlangern den Heiligenschein von Freiheitskämpfern zu nehmen, die Schädlichkeit von Drogensucht und Korruption aufzuzeigen, die Werbung für kriminelle Gemeinschaften, insbesondere unter der Jugend, zu verhüten.

Potentielle Verbündete sind dabei der Staat und die zivile Gesellschaft in Gestalt der Geschäftswelt, nichtstaatlicher Organisationen, und Massenmedien. Es gilt, in diesen Fragen das allgemeine Interesse zu finden und unsere Zusammenarbeit derart aufzubauen, um zu verhindern, dass man einen Keil in die gemeinsamen Bemühungen hineintreibt. Ziele sind hier identisch: die Gesellschaft vor den Metastasen der Korruption, der Drogensucht, des Terrorismus und sonstiger krimineller Seuchen zu schützen.

All diese Arbeitsrichtungen, die mit dem Einsatz von Methoden der „sanften Gewalt“ zusammenhängen, werden unter den heutigen Bedingungen

dringend gebraucht. Diese Form findet Verständnis in verschiedenen Weltregionen (darunter auch in solchen, die einer erhöhter kriminellen Gefahr ausgesetzt sind) bei der Lösung von Aufgaben der Verhütung einer Radikalisierung, bei der Unterbindung der Verbreitung terroristischer Ideologie und Propaganda, bei der Werbung — auf dieser Grundlage — von Anhängern für terroristische und sonstige Gruppierungen. Im Kontext der nichtgewaltsamen Einwirkung ist es viel bequemer, die Suche nach wirksamen Wegen zur Neutralisierung der extremistischen Gefahr zu betreiben, die Prinzipien der Toleranz in der Gesellschaft zu fördern, die Arbeit mit wissenschaftlichen und bildungsbezogenen Zentren, mit Massenmedien und nichtstaatlichen Organisationen, mit religiösen Organisationen und der Geschäftswelt zu erweitern.

Selbstverständlich darf man die Lösung der erwähnten Aufgaben keineswegs als eine Bagatellisierung der ordnungsschützenden Komponenten betrachten. Zu solchen Komponenten gehören unter anderem der Informationsaustausch, die Durchführung gemeinsamer Übungen, die Zusammenarbeit bei der gerichtlichen Verfolgung von Verbrechern und bei der Gewährleistung der Unabwendbarkeit ihrer Verantwortung, die Unterbindung ihrer Finanzierung und ihrer Versorgung mit Waffen, die Unterbindung sonstiger Formen ihrer Unterstützung, der Beistand bei der Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte und bei der Vervollkommnung nationaler Gesetzgebungen. Nach wie vor wird sich Russland an das komplexe Herangehen im Kampf gegen Terrorismus und sonstige Verbrechen halten.

Wichtig ist es, sich von Komponenten der Konfrontationssucht zu distanzieren, die die gemeinsame Arbeit gelegentlich immer noch vergiften. Ernsthaft wächst unter diesen Bedingungen die Bedeutung der „Netz-Diplomatie“, die sich auf die Suche nach potentiellen Verbündeten und auf die Bildung — auf dieser Basis — elastischer Partnerschaften stützt. Ein Imperativ der Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität bleibt die unablässige Befolgung des Völkerrechts, die Durchsetzung seiner Oberhoheit im internationalen Geschehen.

Die Bekämpfung neuer krimineller Herausforderungen ist in den ausserpolitischen Kurs der Russischen Föderation als eine strategische Priorität fest integriert. Die Arbeit in dieser ausserordentlich wichtigen Richtung der Gewährleistung der internationalen Sicherheit wird fortgeführt.



Erkki TUOMIOJA

Außenminister Finnlands



Globale Herausforderungen und Verantwortung

Wir leben in der Welt der sich beschleunigenden Veränderungen und zunehmenden Unbestimmtheit. Der Zuwachs der Weltbevölkerung ist der zentrale Faktor der Globalisierung. Die unumstößliche Tatsache besteht darin, dass wir in der Welt existieren, die sich durch gegenseitige Abhängigkeit charakterisiert. Viele Probleme sind direkt mit den demographischen Tendenzen in der Welt, sei es die Verschlechterung des Zustandes der Umwelt, Lebensmittelsicherheit oder Veränderungen des Klimas, verbunden.

Die gegenseitige Abhängigkeit, ihre sowohl positive als auch negative Seiten sind das was, kein Land bzw. keine Nation vermeiden kann. Das ist auch das, was bestimmt, ob wir gemeinsame Zukunft haben oder nicht.

Эрkki ТУОМИОЙЯ, Министр иностранных дел Финляндии
ГЛОБАЛЬНЫЕ ВЫЗОВЫ И ОТВЕТСТВЕННОСТЬ

Im besten Falle haben wir möglicherweise nur einige Jahrzehnte für die stabile ökologische, soziale und ökonomische Entwicklung.

Obwohl wir ohne Zweifel gemeinsame Zukunft haben, verstehen wir nicht immer diese Tatsache und sehen die Zukunft nicht auf die gleiche Weise. Im Laufe der letzten Jahrhunderte betraten manche Länder, meistens in Europa und überhaupt im Westen den Weg der globalen Entwicklung. Sei es die Ausarbeitung der internationalen Verträge oder die Schaffung des gemeinsamen Finanzraumes. Obwohl wir im Westen gewöhnt sind, unsere führende Stellung in der Welt als Gegebenheit oder mindestens als die natürliche Sachlage empfinden, ist dem nicht so.

Die bedeutsame Veränderung geschah möglicherweise erst vor einigen Jahren, als „G-20“ die „G-7“ oder „G-8“ ersetzte und zum besseren Forum für die globale Verwaltung wurde.

Die weitere wichtige Tendenz besteht darin, dass eine neue Gruppe von Ländern erschien, die auf verschiedene Weise bezeichnet werde, wie zum Beispieldie sich entwickelnde Großmächte, die CIVETS-Länder (Kolumbien, Indonesien, Vietnam, Ägypten, Türkei und Südafrika. Die nichtformelle Vereinigung der Länder mit der sich entwickelnden Wirtschaft und der jungen, zunehmenden Bevölkerung). „Die Gruppe elf“ (Mexiko, Nigeria, Ägypten, Türkei, Iran, Pakistan, Bangladesch, Indonesien, Vietnam, Südkorea, Philippin. Als Länder mit der hohen Potenz für die Verwandlung deren nationalen Wirtschaften zu den größten Lokomotiven des internationalen Systems des XXI-Jahrhunderts gelten neben den BRICS-Ländern auch fünf sich schnell entwickelnden Länder: Brasilien, Russland, Indien, China, South Afrika). Eine Gruppe von Ländern, dessen ökonomische Wachstum in vielem das zukünftige Wachstum der Weltwirtschaft und im Einzelnen der Fondsmärkte) bestimmen wird.. Da ich keine Bezeichnung vollständig akzeptieren kann, nenne ich sie deshalb "The E countries" (Terminus des Verfassers) und lasse jedem Hörer die Möglichkeit, die eigene Liste der Länder zusammenzustellen, die nach seiner Meinung zu diese Kategorie gehören.

Die Westmächte, die im Großen und Ganzen die Weltordnung mit ihren Normen und Institutionen schufen, bestimmen nicht mehr die Globalisierung Diese Tendenz ist jetzt zentral in der Analyse der globalen Veränderungen, die in der vor kurzem angenommenen Konzeption der Außenpolitik Russlands enthalten sind. Die Analyse ist in vielem richtig.

Ich bin auch damit einverstanden, dass in der globalen Konstellation der Kräfte die Verschiebung in die Seite der Entwicklungsländer bemerkbar ist. In praktischer Hinsicht kann man über die Zukunft der internationalen Beziehungen nur sagen, dass sie unbestimmt ist.

Ich kann mit der in der Konzeption vertretenen Meinung einverstanden sein, dass „unter den Bedingungen der globalen Turbulenz und der zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten und Völker die Versuche, einzelne Inseln der Ruhe und Sicherheit aufzubauen, keine Perspektive haben“. Ich bin auch damit einverstanden, dass „in der gegenwärtigen Etappe die traditionellen militärpolitischen Bündnisse den Widerstand dem gesamten Spektrum der modernen Herausforderungen und Bedrohungen nicht sichern können, da sie nach ihrem Charakter grenzübergreifend sind“. Ich würde sogar sagen, dass für die Lösung der globalen Probleme heutzutage etwas absolut unterschiedliches als Militärbündnisse notwendig ist.

Ich teile auch die Position, dass kein Land seine Sicherheit festigen und ihren Wohlstand erhöhen kann, wenn sie von den anderen isoliert ist. Es trifft jedoch zu, dass wir kaum die eigene Sicherheit verbessern können, wenn wir einen Staat isolieren.

Die Ereignisse, die in der letzten Zeit im Nahen Osten und Nordafrika vor sich gegangen sind und die Geschehnisse in Nordkorea bewiesen, dass die Krise wenn nicht verhindert, so doch sehr schwierig vorzubeugen ist. Heiße Punkte, in denen die Unruhen entfachen, Gewalt ausgeübt wird, die Menschen leiden, beeinflussen die Situation außerhalb der Grenzen, auf dem regionalen und sogar internationalen Niveau.

Man muss noch Vieles leisten, um die Sicherheit zu festigen, dafür braucht man jedoch die komplexen Herangehensweisen. Ich wiederhole: Unsere Einstellung zu den grenzübergreifenden Drohungen gleicht den Vorstellungen, die in der Konzeption der Außenpolitik Russlands vertreten sind. Auf der Tagesordnung steht das Risiko der Verbreitung der Massenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus, unkontrollierter Waffenhandel (obwohl wir einen großen Schritt nach vorwärts machten, indem wir den Vertrag über den geregelten Waffenhandel unterschrieben), illegale Migration, Seepiraterie, Drogenmafia, Korruption, Mangel an notwendigen Ressourcen, Armut, Veränderung des Klimas sowie elektronische Sicherheit und Lebensmittelsicherheit. Das ist die Liste, die uns die allgemeine Sicht der Bedrohungen demonstriert. Das ist ein guter Ausgangspunkt.

Zwecks der Verlängerung der dauerhaften und allgemeinen Geborgenheit und was noch wichtiger ist zwecks der Beseitigung der grundlegenden Ursachen, die die Sicherheit bedrohen, muss man gemeinsam handeln. Auf dem globalen Niveau bedeutet das die Einschränkung der Ungleichheit und Armut sowie den Kampf gegen die Veränderung des Klimas und der Zerstörung der Umwelt. Wir brauchen auch bedeutende Anstrengungen für die

Verbesserung der Situation in den instabilen Ländern und Gesellschaften. Dafür ist die Arbeit mindestens in zwei Richtungen erforderlich.

Wir sollen, erstens, die Grundlagen der instabilen Gesellschaften festigen. Demokratie und Entwicklung schreiten einher. Es ist überaus wichtig, wirtschaftliche, politische, kulturelle und soziale Ungleichheit einzuschränken und daraufhin zu liquidieren, sowie zur Annäherung der ethnischen, kulturellen und religiösen Unterschiede beitragen. Die Gleichheit der Bürger ist die unumstößliche Bedingung für die Funktion der Demokratie. Obergewalt des Gesetzes, Menschenrechte und Demokratie sind nicht nur die notwendigen Elemente, sondern auch das Charakteristikum einer jeden stabilen und sicheren Gesellschaft. Die wahre Demokratie erfordert ökonomische Reformen in Verbindung mit der gerechten Verteilung der Ergebnisse des Wachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung.

Man kann kaum die Meinung akzeptieren, dass die Einhaltung der Menschenrechte und Prinzipien der Demokratie sich in den sicheren Händen befand, als die Westmächte die Arbeit an der internationalen Tagesordnung übernahmen. Die Verschiebung der ökonomischen und politischen Macht in die Seite der Entwicklungsstaaten erlaubte es, diesen Staaten die größere Rolle im Prozess der Verteidigung der Menschenrechte und Demokratie zu spielen.

Für die Beseitigung vieler Ursachen der Armut muss man, zweitens, die notwendigen Schritte in verschiedenen Richtungen der globalen Verwaltung und besonders der globalen ökonomischen Verwaltung zu unternehmen. Die Reform des Weltfinanzsystems ist eine der notwendigen Maßnahmen. Wir sollen die Volatilität und potentielle Risiken verringern. Es liegt auf der Hand, dass sich die „E-Länder“ an dieser Arbeit aktiv beteiligen.

Die „E-Länder“ sind nach wie vor mit dem doppelten Problem konfrontiert. Globale Herausforderungen verlangen, dass sie ihren Anteil an Verantwortung zur Sache der Festigung der globalen Sicherheit beitragen. Einerseits ist die Beteiligung der „E-Länder unersetzlich für die Festigung der globalen Sicherheit im vielseitigen Kontext, so wie der unersetzliche Teilnehmer die starke UNO ist. Andererseits sind diese Länder notwendig als potentielle Partner und Helfer in den bilateralen Beziehungen mit den Entwicklungsländern. Wir sehen jedoch, dass die Anstrengungen, die auf den Beistand der ökonomischen Entwicklung gerichtet sind, fehlschlagen, wenn sie gleichzeitig nicht mit dem Streben zum Fortschritt auf dem Gebiet der Menschenrechte, Demokratie und Obergewalt des Gesetzes erfolgen.

In der Zeit, da wir die „E-Länder“ aufrufen, größere Verantwortung auf dem Gebiet der Festigung der Sicherheit und des Beistandes der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu übernehmen, dürfen wir nicht verges-

sen, dass diese Staaten den Problemen der eigenen ökonomischen und sozialen Spaltung gegenüberstehen.

Indem wir das Verwaltungssystem formieren, das imstande ist, sich unter den Bedingungen der Unbestimmtheit zu behaupten, sind wir mit den Bedrohungen der Sicherheit konfrontiert. Wir sind gewiss sowohl an der starken UNO, als auch den funktionstüchtigen regionalen Organisationen interessiert, die der sich formierenden Weltordnung entsprechen.

Die Allianzen der gleichgesinnten Länder können sich nach ihrer Zusammensetzung unterscheiden, ständige Bündnisse sind selten, wenn sie überhaupt möglich sind. Wir bewegen uns in der Tat zur Epoche der internationalen Netzdiplomatie und des Systems im Ganzen. Auf die Frage der überaus effizienten Wege für die Lösung der globalen Probleme muss man das Potential und den Enthusiasmus der bürgerlichen Gesellschaft anerkennen und akzeptieren. Wir können und müssen die Transparenz der Subjekte der bürgerlichen Gesellschaft verlangen, aber die negative Einstellung zu deren Motivation wird oft fehl am Platze und konterproduktiv. Die meisten Subjekte der bürgerlichen Gesellschaft kamen zu demselben Schluss wie die Regierungen, was verändert werden muss. Ihre Ziele, die wir mitunter teilen, können nur beim regulären Monitoring, der Schaffung der Netze und den globalen Handlungen erreicht werden.

Als Profis der internationalen Angelegenheiten verstehen wir alle die Notwendigkeit der globalen Handlungen und die Anerkennung der Subjekte der bürgerlichen Gesellschaft als wichtige Partner bei der Lösung der Weltprobleme. Die Rolle solcher Gemeinschaften in der Diplomatie ist anerkannt und wichtig. Ich würde sogar sagen, dass die gekonnte Einbeziehungen der bürgerlichen Gesellschaft in die Zusammenarbeit der bestimmende Faktor für die Zukunft der Diplomatie sein wird.. Das bezieht sich nicht nur auf die nichtstaatliche Organisationen, die wir unterstützen und die unsere Ansichten teilen, sondern, was noch wichtiger ist, sind wir bestrebt auch mit jenen zusammenzuarbeiten, die andere Meinungen als wir vertreten.

Ich nehme an, dass unsere Meinungen über die im Entstehen begriffenen internationalen Landschaft und den Methoden der Überwindung der Vorbeugung der globalen Gefahren zusammenfallen. Der Grundpunkt der Abweichung unserer Ansichtspunkte ist gewiss die Verantwortung für die Erhaltung und die Wege der Verbesserung der Situation um die Demokratie und der Menschenrechte.

Die übriggebliebene Zeit möchte ich benutzen, um unsere Positionen zu dieser Frage aus zwei Gründen zu erklären. Diese Fragen haben, erstens, die enorme Bedeutung für die globale Sicherheit, zum anderen sind unsere Unterschiede in unseren Meinungen nicht so groß, wie allgemein angenommen wird.

Ich glaube nicht, dass jemand die führende Rolle des Staates bei der Verteidigung seiner Bürger und deren Rechte sowie den prioritären Charakter der Ausschöpfung aller möglichen friedlichen Mittel vor der Benutzung der Sanktionen oder der militärischen Gewalt oder vor der Einmischung der besorgten internationalen Gemeinschaft negieren wird.

Die Frage nach der Souveränität sieht man oft als die Trennlinie zwischen dem Westen und den „E-Ländern“, hier besteht jedoch die Tendenz zur Vereinfachung. Der Standpunkt der USA zur Frage der Souveränität ist zum Beispiel einigen „E-Länder“ näher im Unterschied von den EU-Ländern, wo der Delegation der Souveränität in der gegenseitig abhängigen Welt anerkannt wird.

„Die E-Länder“ sind beunruhigt durch die Politik des Westens bezüglich der Beeinflussung der Situation mit den Menschenrechten und der Demokratie, weil sie diese Politik von ihnen als die Verletzung der staatlichen Souveränität betrachtet wird. Mir scheint jedoch, dass es die prinzipielle Übereinstimmung in der Frage über die Notwendigkeit der Verteidigung und Förderung der Menschenrechte und der Demokratie ist. Wir dürfen nicht an die Lösung der Fragen herangehen, gestützt auf die falschen Vorstellungen davon, dass die Entwicklungsländer irgendwie den demokratischen Regimes und den Menschenrechten die Herausforderung darstellen.

Uns fehlt die Übereinstimmung in den Mitteln und Methoden der Erreichung dieser universellen Ziele und Verpflichtungen. Die Fragen der Obergewalt der Souveränität und der Prinzipien der Nichteinmischung sowie der Anwendung der Strafmaßnahmen oder der Gewalt für die Verteidigung dieser Werte sind äußerst delikant.

Das Problem besteht nicht darin, dass die vom Westen propagierten Werte falsch bzw. irgendwie verdächtig sind. Ich habe im Gegenteil keine Schwierigkeiten bei deren Definition und nehme an, dass unsere Werte auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Demokratie einen universellen Charakter tragen. Aus diesem Grunde fühle ich mich nicht wohl, wenn wir sie als „westlich“ oder „europäisch“ bezeichnen. Ich möchte mit Genugtuung feststellen, dass Russland sich für das Land hält, das die universellen demokratischen Werte, inklusive der Menschenrechte und -freiheiten teilt.

Es ist offensichtlich, dass die Entwicklung der Demokratie und der Menschenrechte in verschiedenen Richtungen mit dem Einsatz der multilateralen und bilateralen Diplomatie sowie durch die Entwicklung der Programme, die die Grundlagen der Demokratie, darunter die Erweiterung der Rechte der Frauen, Invaliden und sexuellen Minderheiten fortgesetzt wird.

Ein eindrucksvolles Beispiel des Zusammenstoßes zwischen dergegenseitigen Abhängigkeit und den Prinzipien der Nichteinmischung, das die Veränderungen der Konstellation der Kräfte widerspiegelt, ist die Konzeption „Die Verpflichtung der Verteidigung“ (R2P) (englisch: the responsibility to protect“ (RtoP or R2P), eine 2005 veröffentlichte UN-Initiative. Sie besteht aus einigen Grundsätzen, vereinigt durch die Idee, dass die Souveränität kein Privileg, sondern die Verpflichtung ist. Gemäß dieser Konzeption verleiht die Souveränität den Staaten nicht Nur die Möglichkeit, ihre inneren Angelegenheiten zu kontrollieren, sondern auch die Verantwortung für die Verteidigung der Menschen, die innerhalb der Grenzen dieser Staaten leben. In den Fällen, wenn der Staat nicht imstande ist, die Menschen zu beschützen, — sei es in Ermangelung der Kräfte oder des Willens, übernimmt die internationale Gemeinschaft die Verantwortung).

Die praktische Verwirklichung von R2P im libyschen Konflikt bleibt diplomatische und politische Frage, die nichts Gutes für die Benutzung dieser Konzeption in der Zukunft bietet.

Die Geschehnisse in Libyen kann man für extrem halten, da sie nicht nur das Mandat des UN-Sicherheitsrates für die Anwendung der militärischen Kraft zwecks der Verteidigung der bürgerlichen Personen aktivierte, sondern den Regimewechsel zur Folge hatte, was man als umstrittenen Vorfall betrachten kann.

As der Situation in Libyen können die Seiten die Lehren ziehen, wie man die Resolutionen des Sicherheitsrates planen, interpretieren und erfüllen muss.

Wirklich lebenswichtig ist, dass die Ereignisse in Libyen keinesfalls zur Abschwächung der Autorität und der Möglichkeiten des UN-Sicherheitsrates als Hauptwerkzeug für die Regelung der Internationalen Welt und Sicherheit. Die Reform des Rates soll auf der Tagesordnung sowohl der Westmächte als auch der „E-Länder“ bleiben. Obwohl der Vorschlag Brasiliens über die „Verantwortung während der Verteidigung“ (RWP) mit Widerstand empfangen wurde, erhob es die Frage über die Notwendigkeit der Überprüfung von R2P. Man kann die Tatsache nur begrüßen, dass die „E-Länder“ ziehen es vor, an der globalen Verwaltung mit solchen feinen Mitteln wie Vermittlung, vorsichtige Diplomatie und konstruktives Zusammenwirken teilzunehmen.

Die „E-Länder“ unterstützen auch die Tätigkeit auf dem Gebiete der Demokratie und Förderung der Menschenrechte auf dem regionalen Niveau. Diese Herangehensweise ist für die Lösung der Konflikte vorzuziehen. So etwas muss man fördern und als Möglichkeit des engeren Dialogs verwenden.

Wir brauchen einen offenen und konstruktiven Dialog, um die bestehenden Meinungsunterschiede in den Ansichten über die Bedeutung der Souveränität, Selbstbestimmung, Einmischung und der Strafmaßnahmen zu vermeiden.

Wir teilen die allgemeine Meinung über die Bedrohung der Sicherheit und viele andere allgemeine globale Probleme. Wir verstehen auch, dass man die Zahl der instabilen Staaten beschränken, die Armut reduzieren, die Demokratie entwickeln und nach der Entwicklung der Demokratie und Obergewalt des Gesetzes streben muss, um die Zahl der Bedrohungen der Sicherheit zu reduzieren. Wir begreifen auch, dass es notwendig ist, die Verantwortung zu teilen. Die Übereinstimmung der Ziele ist ein guter Ausgangspunkt für die gemeinsame Suche nach den Mitteln.

Armen Oganessjan, Chefredakteur der Zeitschrift „Internationales Leben“: Ich möchte über die wachsende russischsprachende Diaspora in Finnland fragen. Wie verhalten Sie sich zu dieser Tendenz?

Erkki Tuomioja: Das ist gewiss eine positive Tendenz. Wir freuen uns über die nun 60 000 Mitglieder zählende russischsprachende Gemeinde. Wir begrüßen diesen Faktor, der es uns ermöglicht, den kulturellen Austausch zu unterhalten und unser Wirtschaftspotential zu entwickeln. Das ist eine wichtige Erscheinung, ein Teil der allgemeinen Globalisierungsprozesse.

Mir ist bekannt, dass finnische Bürger in verschiedene Länder auf der ständigen Grundlage oder zeitweilig emigrieren. Wir müssen alle die Wege der friedlichen Existenz finden, nach den Mitteln der Lösung dieser Probleme suchen, die in diesem Zusammenhang entstehen. Wir begrüßen jedoch diese Erscheinungen, da die russischsprachende Gemeinde die größte ist, die kein Finnisch spricht.

Es gibt auch einzelne Probleme, weil die Zahl der gemischten Ehen zwischen den Bürgern Russlands und Finnlands zunimmt. Die Ehen dauern verständlicherweise nicht immer ewig. Da entstehen schon andere Probleme. Diese Fragen beschränken sich jedoch nicht mit den Ehen zwischen Russen und Finnen. Solche mit der Globalisierung verbundenen Fragen entstehen auch in den anderen Ländern. Finnische Gemeinde in Russland ist nicht so enorm groß und wir begrüßen die Immigration aus Russland, die neue Möglichkeiten auf dem Gebiete der Wirtschaft und Kultur schafft.

Lew Klepazkij, Professor der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums Russland: Finnland wird traditionsgemäß in Russland für ein neutrales Land gehalten. Inwieweit ist die Idee des militärischen Nichtanschlusses in Finnland populär?

Erkki Tuomioja: Zum Unterschiede von den meisten Ländern der Welt hält sich Finnland nicht für ein neutrales Land. Die Neutralität gehört eher zu den Zeiten des Kalten Krieges. Finnland gehört keinem militärischen Bündnis an, ist ein Teil des Regimes der Nichtpaktgebundenheit und nicht gewillt, diesen Status zu verändern, wie das Regierungsprogramm bestätigt sowie durch den

Bericht über die Politik auf dem Gebiet und Verteidigung bekräftigt, der im September dem Parlament vorgelegt wurde. Nach meiner Meinung besteht ein bestimmter Konsensus in Finnland, dass dieser Status nicht verändert wird.

Jelena Ananjewa, die wissenschaftliche führende Assistentin des Europa-Institutes der AdW RF: Vor kurzem entstand in den internationalen Beziehungen solche Erscheinung wie die „Netzdiplomatie“. Herr Minister, welche Probleme in der Welt und Europa mit diesem internationalen Werkzeug gelöst werden können?

Erkki Tuomioja: Was die „Netzdiplomatie“ betrifft, möchte ich als Beispiel die Verhandlungen und den Abschluss des Abkommens über den Waffenhandel in de USA. Einige Verfasser initiierten diesen Prozess vor sieben Jahren im Rahmen der UNO — Großbritannien, Finnland, Australien, Kenia, Argentinien und Costa-Rica.

Russland und Finnland konnten ihrerseits an der „Netzdiplomatie“ in der Zukunft teilnehmen. Wir besprachen im Einzelnen im Laufe der Verhandlungen mit Sergej Lawrow diese Frage. Wir könnten möglicherweise an den Fragen der Lage der Frauen zusammenarbeiten. Diese wichtigen Fragen werden in den Tagesordnungen der nördlichen Länder im Rahmen der „Netzzusammenarbeit“ mit anderen interessierten Staaten vorgesehen.

Was die EU betrifft, versuchen wir der Erscheinung der neuen Trennlinien zu verhindern. Es gibt schon ihrer mehr als genug. Die Krise in der Eurozone entblößte auch die Rolle, die EURO in diesen Ländern spielt, entblößte die Verantwortung jener Länder, die noch kein Teil der Europa sind. Trotzdem ist EURO das gemeinsame Projekt. Es wird erwartet, dass die Länder außerhalb der Eurozone im weiteren, nicht gleich, nach dem Maße der Regelung der Krise durch uns und die Ausarbeitung für die Verhinderung solcher Krisen in der Zukunft, an die Eurozone anschließen. Dafür braucht man viel Zeit. Nach meiner Meinung wirkt das Prinzip der erweiterten Zusammenarbeit zwischen den kleinen Ländergruppen in der Europäischen Union. Trotzdem betrachtet es Finnland als die außerordentliche Maßnahme in seiner Arbeit. Wir arbeiten zum Beispiel an der gemeinsamen Politik auf dem Gebiete der Verteidigung, vor allem handelt es sich um die Vorbeugung der Krise. Finnland möchte, dass alle 27 Länder gemeinsam ohne Trennlinien arbeiten.

Alexander Konjkw, Mitarbeiter des Analytischen Zentrums bei der Regierung RF: Die ausreichend große Anzahl der russischen Bürger besuchen Finnland. Wie verhalten Sie sich zum visafreien Verkehr zwischen Russland und EU?

Erkki Tuomioja: Wir unternehmen unterschiedliche Schritte, die uns dem visafreien Verkehr näherbringen. Ich glaube nicht, dass es in der absehbaren Zukunft geschieht. Wir brauchen ein paar Jahre dafür.

12 Millionen Menschen überquerten im vorigen Jahr die russisch-finnische Grenze, 1,3 Millionen wurde den Russen ausgegeben. 80 Prozent davon sind die Dauervisen. Obwohl das Visaregime noch besteht, verhindert es nicht den Besuch Finnlands für die Russen. Der Zustrom der Touristen nimmt mit jedem Jahr zu. Ich möchte darauf hinweisen, was ich konsequent bei der Behandlung der Wechselbeziehungen Russland — EU ständig betone, wie heute mit Sergej Lawrow. Ich möchte, dass der Studentenaustausch zwischen Russland und EU wächst. Es handelt sich darum, dass die Studenten aus China und nicht aus Russland überwiegen. Es wäre besser, wenn die Zahl der russischen Studenten und der finnischen in Russland zunimmt. Das könnte man nach dem Masse unseres Überganges zum visafreien Regime erreichen, aber dieses Regime ist kein Hindernis für die Zunahme menschlicher Kontakte.

Dmitrij Klimow, Chefredakteur der Zeitung „Rossijskije Westi“ (Russische Nachrichten): Wie sind die Perspektiven der russisch-finnischen Zusammenarbeit bei der Nutzbarmachung der Arktis?

Erkki Tuomioja: Zwischen Russland und Finnland besteht die bilaterale arktische Partnerschaft, die konkrete Projekte vorsieht. Wir sind Mitglied des Rates Barentssee/Arktische Region, ein der acht Mitglieder des Atlantischen Rates und arbeiten auch mit Kanada zusammen. Der Atlantische Rat ist ein überaus wichtiges Forum für die Entwicklung der Zusammenarbeit und Nutzbarmachung der Arktis, da er nicht nur konkrete Schritte vorsieht, sondern auch die Rechtsrahmen solcher Zusammenarbeit entwickelt. Wir nehmen an, dass der Arktische Rat als das wichtigste Forum agieren muss, um die zukünftige Entwicklung dieser Region zu bestimmen.

Außerhalb dieses Rates und des Rates Barentssee/Atlantische Region gibt es noch viele Mechanismen der Zusammenarbeit. Das beeinflusst ebenfalls die Entwicklung Nordeuropas. Die Zahl der Überquerungen der Grenzen durch Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft, wissenschaftliche und Geschäftskreise wächst. Wir wissen dass die Zahl der ökologischen Herausforderungen zunimmt. Wir wissen, dass Arktis ein sprödes Milieu ist. Deshalb muss man die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, des Verkehrsstruktur verwenden, um diese Region zu beschützen, sowie die ökologischen Standards einzusetzen.



Wadim LUKOW

*Botschafter für
Sonderaufträge,
Kordinator des
Aussenministeriums
Russlands
in Fragen der
„Gruppe der Zwanzig“*



GIPFELTREFFEN GLOBALER ENTSCHEIDUNGEN

ZU ERGEBNISSEN DES TREFFENS FÜHRENDER POLITIKER DER „GRUPPE DER ZWANZIG“ IN SANKT PETERSBURG

Das am 5. und 6. September 2013 in Sankt Petersburg stattgefundenene Gipfeltreffen ist zu einem Höhepunkt des „russischen Jahres“ im Leben der „Zwanzig“ — des Hauptgremiums der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der ihm gehörenden Staaten — geworden.

HERANTRETEN AN DEN VORSITZ

Der Prozess der Erarbeitung der Prioritäten und des Programms für den Vorsitz begann bereits im Frühjahr 2012. Aufmerksam studiert wurden die Erfahrungen unserer Vorgänger sowie die Erfahrungen des Vorsitzes von Russland selbst in den — nach ihrem Masstab und Profil

*Вадим ЛУКОВ, Посол по особым поручениям, координатор МИД Российской Федерации по вопросам «Группы двадцати»
САММИТ ГЛОБАЛЬНЫХ РЕШЕНИЙ*

ähnlichen — Gremien (die „Acht“ im Jahre 2006, die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit in den Jahren 2008-2009 und die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 2012).

Die Festlegung von Prioritäten des Vorsitzes wurde zu einer ernsthaften Herausforderung für die russische Seite. Man musste auf einmal unzählige verschiedene Vektortendenzen in der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Weltfinanzen, in der Evolution von Positionen der „Zwanzig“ berücksichtigen. Ein weiterer Faktor, den man nicht ignorieren durfte, war eine ungleichmässige Realisierung vorangegangener Entscheidungen der „Gruppe der Zwanzig“, was den Anlass bietet, von Zeit zu Zeit Überlegungen über den sinkenden Nutzeffekt dieses Gremiums und seiner Rolle als Mechanismus der globalen Verwaltung anzustellen.

Wenn die russische Seite die Prioritäten ihres Vorsitzes formulierte, ging sie davon aus, dass die Situation in der globalen Wirtschaft heute besser als vor fünf Jahren war, als das erste Gipfeltreffen der „Zwanzig“ stattgefunden hatte. Wiederhergestellt wird das wirtschaftliche Wachstum. Aber die Risiken sind noch recht gross. Hauptprobleme sind: das niedrige Entwicklungstempo der globalen Wirtschaft (das Wachstum des Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2012 — 3,2 Prozent, die Prognose des Internationalen Währungsfonds für das laufende Jahr — 2,9 Prozent), der bleibende — beispiellos hohe — Stand der Arbeitslosigkeit (rund 200 Millionen Personen), ein welcher Investitionszyklus im realen Sektor der Wirtschaft, die verbleibenden erheblichen Spannungen im Budget-Finanz-Bereich vieler Länder der Eurozone, das „überschwappende“ Niveau der Staatsschulden in den USA und Japan. Ein neues negatives Moment war die sich abzeichnende Tendenz zu einer Senkung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in Ländern mit einer im Entstehen begriffenen Marktwirtschaft und in Entwicklungsländern (im Jahre 2012 — 4,9 Prozent, 2013 — 4,5 Prozent).

Es gilt, all diesen Faktoren objektiven Charakters, die einen nicht gerade leichten Hintergrund für den russischen Vorsitz innerhalb der „Zwanzig“ bildet, einen weiteren — subjektiven — Faktor hinzuzufügen. Es handelt sich darum, dass eine ganze Reihe von Politikern und Experten die Skepsis bezüglich der Fähigkeit unseres Landes zielgerichtet schüren, eine kompetente Führung dieses ausserordentlich wichtigen internationalen wirtschaftlichen Gremiums zu sichern. Bezeichnend sind Überlegungen der ehemaligen stellvertretenden Finanzminister der USA — M. Medish und D. Lucic: „Es besteht die reale Besorgnis darum, dass Russland weder konkrete Ziele noch einen eindeutigen Plan dafür hat, wie das Ideenerbe des Gipfeltreffens in Sankt Petersburg sein soll oder sein wird..“

Unter den ausländischen Teilnehmern des Forums der „Grossen Zwanzig“ ist verbreitet die Vorstellung: „Es gibt keinen Plan“. Verbreitet war auch die „bürokratische“ Theorie eines unvermeidlichen Scheiterns des russischen Vorsitzes. Gemäss dieser Theorie sind die intellektuellen und organisatorischen Ressourcen der Ämter aus dem wirtschaftlichen Block der russischen Regierung am Vorabend des russischen Vorsitzes innerhalb der „Zwanzig“ durch die Gewährleistung des Vorsitzes Russlands in einem anderen grossen internationalen Gremium voll und ganz in Anspruch genommen worden, nämlich in der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APWG). Kräfte für die rechtzeitige Erarbeitung der Prioritäten und des Programms innerhalb der „Zwanzig“ werden nicht ausreichen. Daraus resultiert eine „tiefsinnige“ Schlussfolgerung: der russische Vorsitz wird lediglich eine farblose Übergangsperiode von Mexiko zu Australien sein.

PRIORITÄTEN DES VORSITZES TRANSFORMIEREN SICH IN STRATEGISCHE ENTSCHEIDUNGEN DER „ZWANZIG“

In Wirklichkeit hat die russische Seite ein System der Prioritäten ihres Vorsitzes sowie den Plan für deren Realisierung im Voraus vorbereitet. Veröffentlicht wurden sie bereits im Dezember 2012 bei der ersten Begegnung der „Sherpas“ der „Zwanzig“ in Moskau.

Zu seiner erstrangigen Aufgabe bestimmte Russland die Anregung des wirtschaftlichen Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen, vor allem durch die wirksame Regelung und die Erhöhung des Vertrauens auf den Märkten.

Zu anderen Prioritäten wurden:

- die Suche nach neuen Quellen der Finanzierung von Investitionen in den realen Sektor der Wirtschaft;
- die Vervollkommnung des Systems des vielseitigen Handels;
- die Lösung von Problemen der Unterhöhlung der Besteuerungsbasis und des grenzüberschreitenden Bewegung des Profits, der Kampf gegen die Besteuerungsverweigerung, die Vervollkommnung der Transparenz der Besteuerung;
- die Fortsetzung der Reform der internationalen Finanzarchitektur, einschliesslich der Reform des Internationalen Währungsfonds;
- die Vervollkommnung der Regelung von Finanzmärkten, einschliesslich der Lösung des Problems „Die Bank ist zu gross, um pleite zu gehen“;
- die Verringerung von Risiken, die mit der Funktionierung des Schattenbankensystems zusammenhängen;

- die Verstärkung der Zusammenarbeit im Kampf gegen die Geldwäsche und gegen die Finanzierung des Terrorismus;
- die Erweiterung des Zugangs der Bevölkerung zu finanziellen Leistungen und dem Finanzstudium;
- die Festlegung neuer Prioritäten der „Zwanzig“ im Bereich der Förderung der Entwicklung in den ärmsten Ländern der Welt (im Zusammenhang mit der Erfüllung des Seoul-Aktionsplans, den die „Zwanzig“ beim Gipfeltreffen im November 2010 beschlossen hat);
- die Festigung der Stabilität der Energiepolitik und der Stabilität der Weltrohstoffmärkte;
- der Kampf gegen die Veränderung des Klimas;
- die Verstärkung der Zusammenarbeit im Kampf gegen Korruption.

Beim Gipfeltreffen in Sankt Petersburg ist es gelungen, Pläne der Arbeit oder wichtige praktische Entscheidungen fast für jede der erwähnten Prioritäten in Angriff zu nehmen.

Der beschlossene Aktionsplan von Sankt Petersburg bestimmt die Strategie der Teilnehmerstaaten im Hinblick auf die Erreichung eines zuverlässigen, stabilen und ausgewogenen Wachstums. Er enthält einen Konsens zur Frage bezüglich der Notwendigkeit der Verknüpfung einer Politik zur Aufrechterhaltung des gehörigen Tempos des wirtschaftlichen Wachstums mit der Einhaltung mittelfristiger Länderstandards der Fiskalkonsolidierung. Diese Vereinbarung ist schon an sich ein grosser Erfolg des Gipfeltreffens, wenn man bedenkt, wie scharf die vorangegangene Diskussion zwischen den Befürwortern der Betonung auf die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums (USA) und denjenigen war, die für ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen den Massnahmen zur Stimulierung des Wachstums der Fiskalkonsolidierung plädierten (Russland, die Europäische Union, die meisten BRICS-Länder).

Zum ersten Mal in der Praxis der „Zwanzig“ sind für jedes Land mittelfristige Ziele zur Senkung des Budgetdefizits und der Staatsschuld sowie zur Durchführung allumfassender Strukturreformen festgelegt worden. Es handelt sich um herangereifte Schritte zur Regelung des Arbeitsmarktes und der Besteuerung, zur Entwicklung des menschlichen Kapitals, zur Modernisierung der Infrastruktur, zur Regelung von Warenmärkten.

Die „Zwanzig“ schenkte den Fragen der Beschäftigung grosse Aufmerksamkeit. Auf Initiative Russlands wurde erstmalig ein integriertes Herangehen an die Gestaltung der Politik bezüglich des Arbeitsmarktes vorgeschlagen. Sein Sinn besteht in folgendem: die Aufgaben der Schaffung qualitätsgerechter Arbeitsplätze mit den Aufgaben der Entwicklung der Wirtschaft

zu verknüpfen, makroökonomische, finanzielle und soziale Bedingungen sowie den Zusammenhang des Arbeitsmarktes mit Investitionen, Budget und Fiskalpolitik in einem Komplex zu berücksichtigen.

Die führenden Politiker der „Gruppe der Zwanzig“ bestätigten Entscheidungen, die bei den Begegnungen der Minister für Arbeit und Beschäftigung sowie im Rahmen ihrer gemeinsamen Sitzung mit den Finanzministern gefällt worden waren. In der Geschichte der „Zwanzig“ hat eine solche Sitzung zum ersten Mal stattgefunden.

Gestellt wird die Aufgabe der Schaffung neuer qualitätsgerechter Arbeitsplätze mit der besonderen Betonung auf die Stimulierung der Beschäftigung unter den verwundbaren Kategorien der Bürgern, zu denen vor allem junge Leute, Frauen und Menschen mit begrenzten physischen Möglichkeiten gehören.

Vorrangig für den russischen Vorsitz und bahnbrechend für die „Zwanzig“ ist das Thema der Finanzierung von Investitionen geworden. Das ist eine akute Frage für den realen Sektor der Wirtschaft in vielen Ländern der „Zwanzig“ im Hinblick auf die schlagartige Schrumpfung des Volumens der „klassischen“ Bankkreditierung nach der globalen Krise. Ausgearbeitet ist ein Programm zur Durchführung von Studien und zur Erarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung des Investitionsklimas und zur Förderung langfristiger Investitionen.

Im Rahmen der Realisierung dieses Programms wurden bereits konkrete — beim Gipfeltreffen gebilligte — Ergebnisse erzielt. Vor allem sind es Prinzipien der hohen Ebene bezüglich der Beteiligung institutioneller Investoren an der Finanzierung langfristiger Investitionen. Die Teilnehmer des Gipfeltreffens verpflichteten sich, einen Komplex kollektiver und nationaler Massnahmen, die die Investitionsatmosphäre in unseren Ländern erheblich verbessern würden, festzulegen ihre Umsetzung in Angriff zu nehmen.

Die „Zwanzig“ betonte die grundsätzliche Wichtigkeit eines starken vielseitigen Handelssystems und rief alle Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO) auf, die erforderliche Anpassungsfähigkeit für die Durchführung der in diesem Jahr bevorstehenden WTO-Ministerkonferenz zu üben. Die Staaten der „Gruppe der Zwanzig“ verkündeten die Entscheidung, die Wirkungsdauer ihrer Verpflichtung für den Verzicht auf protektionistische Massnahmen zu verlängern. Sie werden bestrebt sein, die Transparenz im Handel, darunter in regionalen Handelsverträgen, zu erhöhen. Die letztgenannte Verpflichtung ist für Russland im Hinblick darauf recht akut, dass der gegenwärtig laufende Prozess des Aufbaus einer transpazifischen und

einer transatlantischen Freihandelszone einen nicht ganz transparenten Charakter für dritte Länder trägt und deren Interessen beeinträchtigen kann.

Neu ist für die „Zwanzig“ das Thema des Kampfes gegen die Verweigerung der Steuerzahlung und gegen eine künstliche Senkung der Besteuerungsbelastung im grenzüberschreitenden Aspekt. Das Gipfeltreffen billigte den gemeinsamen Aktionsplan gegen die Unterhöhung der Besteuerungsbasis und gegen die Verweigerung der Steuerzahlung. Es ist vereinbart worden, gemeinsam einen neuen vielseitigen Standard für den Austausch von Informationen im Besteuerungsbereich festzulegen.

Beim Gipfeltreffen wurde die Entwicklungsstrategie von Sankt Petersburg gebilligt. Sie bestimmt die Prioritäten der weiteren Arbeit der „Gruppe der Zwanzig“ (G-20) zur Förderung von Ländern mit niedrigen Einnahmen: die Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit, die Erweiterung des Zugangs zu finanziellen Leistungen und zur Erhöhung der Ebene finanzieller Kenntnisse, die Schaffung einer modernen Infrastruktur, einschliesslich der energiewirtschaftlichen Entwicklung des menschlichen Kapitals und die Mobilmachung innerer Ressourcen in Entwicklungsländern.

Die führenden G-20-Politiker billigten das Sankt Petersburger strategische Rahmenprogramm zur Bekämpfung der Korruption. Die G-20-Teilnehmer haben sich verpflichtet, die Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der Energiewirtschaft zu entwickeln, damit die Informationen über energiewirtschaftliche Märkte genauer und zugänglicher wären, und Schritte zur Unterstützung der Entwicklung ökologisch sauberer und energiewirksamer Technologien zu unternehmen, damit sich der Nutzeffekt von Märkten erhöht und der Übergang zu einer stabileren Energiewirtschaft der Zukunft geschieht.

Das Sankt Petersburger Gipfeltreffen der „Zwanzig“ hat mit Nachdruck bestätigt, dass dieses Gremium der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht nur von den an ihm teilnehmenden Staaten, sondern auch von der gesamten internationalen Gemeinschaft sehr gefragt ist. Die konkrete und umfassende Charakter der beim Gipfeltreffen gefassten Beschlüsse beweist, dass die Gruppe der „Zwanzig“ eine Schlüsselrolle im modernen System der globalen Verwaltung spielt, während unser Land fähig ist, als intellektueller und politischer Spitzenreiter der „Zwanzig“ souverän aufzutreten.



Gennadi
GATILOW

*Stellvertreter des
Aussenministers
Russlands*



FORMEL EINER REGELUNG IN SYRIEN: EIN INTERSYRISCHER DIALOG — MULTIPLIZIERT MIT EINER WIRKSAMEN ROLLE DER ÄUSSEREN SPIELER

Am 27. September 2013 billigte der UNO-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 2118 zur Unterstützung des am gleichen Tag in den Haag durch die Organisation zum Verbot chemischer Waffen gefassten Beschlusses über die internationale Kontrolle für die syrischen chemischen Waffen mit deren nachfolgender Liquidierung. Dieses Ereignis wurde zum Höhepunkt der in New York zu Ende gegangenen „Ministerwoche“ auf der 68. Tagung der UNO-Vollversammlung. Das war ein Ereignis, auf das alle warteten, doch bei weitem nicht alle daran glaubten, dass es dazu kommt. Letzten Endes gaben aber alle zu, dass ein solches Ergebnis in mancher Hinsicht dank den Bemühungen der russischen Diplomatie möglich wurde, die — mit dem Aussenminister S.W. Lawrow an der Spitze —

*Геннадий ГАТИЛОВ, Заместитель министра иностранных дел Российской Федерации
ФОРМУЛА УРЕГУЛИРОВАНИЯ В СИРИИ: МЕЖСИРИЙСКИЙ ДИАЛОГ, ПОМНОЖЕН-
НЫЙ НА ЭФФЕКТИВНУЮ РОЛЬ ВНЕШНИХ ИГРОКОВ*

tagtäglich mühselige Verhandlungen mit den amerikanischen Partnern führte, um eine Entscheidung durchzusetzen, die nicht nur die Gefahr eines militärischen Schlages gegen Syrien verhüten, sondern auch einen Weg zur politischen Lösung der ausserordentlich komplizierten Krise in der Arabischen Republik Syrien bahnen würde.

Ab diesen Moment begann auch eine qualitative Wende in der Situation rund um die Regelung in Syrien. Die früher — im Mai — erzielte russisch-amerikanische Übereinkunft bezüglich der Einberufung einer Friedenskonferenz über die Arabische Republik Syrien in Verein mit der Resolution 2118 des UNO-Sicherheitsrates demonstrierte, dass sich das Vorhandensein des politischen Willens — mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft — in konkreten Taten materialisieren kann. Dieser Beitrag setzt sich nicht das Ziel, eine allumfassende Analyse der Genesis des vielschichtigen syrischen Konflikts zu erstellen, sondern weist auf die Möglichkeit hin, einige jüngste Ereignisse hervorzuheben, die hoffen lassen, dass der Moment für eine politische Regelung in diesem Land noch nicht versäumt worden ist.

Die Offenheit und Zusammenarbeit der syrischen Regierung in Fragen der chemischen Abrüstung, die strikte — ohne Verfehlungen — Erfüllung der im Rahmen der Konvention übernommenen Verpflichtungen spielten natürlich eine Schlüsselrolle und schufen Bedingungen für die Realisierung der russisch-amerikanischen initiative zur Einberufung der Internationalen Konferenz für die Regelung in der Arabischen Republik Syrien. Wichtig ist, dass der Zusammenhang zwischen der chemischen Abrüstung und dem politischen Prozess in der Resolution 2118 des UNO-Sicherheitsrates festgelegt worden ist. Dadurch ist es endlich gelungen, die Billigung des Genfer Kommuniqués vom 30. Juni 2012 durch den Sicherheitsrat zu erzielen — mehr als ein Jahr nach der Konsens-Akzeptierung des Kommuniqués.

Bekannt ist, dass die früher wiederholt unterbreiteten Vorschläge Russlands, dieses Dokument durch eine Resolution des Sicherheitsrates zu bekräftigen und ihm einen entsprechenden rechtlichen Status zu verleihen, auf die Obstruktion westlicher Mitglieder des Sicherheitsrates stiessen. Sie beharrten darauf, eine solche Entscheidung mit Komponenten der Gewalt gemäss dem Kapitel 7 der UNO-Charta zu „sättigen“ und dadurch einen Hebel zum Druck auf Damaskus und die Möglichkeit eines gewaltsamen Szenariums zu erlangen. Die syrische Opposition wurde dabei überhaupt von jeglicher Verantwortung für ihre Aktivitäten erlöst. Ein solches Herangehen widersprach dem Geist des Genfer Kommuniqués, das den Beitrag aller Seiten zum politischen Prozess und die Verhinderung seiner Vereitelung — durch wen auch immer — voraussetzt.

Eine merkwürdige Situation war im Entstehen begriffen: alle traten — formell — für die baldigste Einstellung der Gewaltanwendung in Syrien ein, für den Beginn eines allumfassenden politischen Dialogs, der den legitimen Erwartungen des syrischen Volkes entsprechen und ihm erlauben soll, selbstständig, auf einem demokratischen Weg seine Zukunft zu bestimmen. Alle waren damit einverstanden, dass zu einem Ergebnis dieses Vorgangs die Schaffung einer solchen Situation in Syrien werden soll, in der ausnahmslos alle Schichten der syrischen Gesellschaft, einschliesslich aller ethnischen und konfessionellen Gruppen, sich gefahrlos und komfortabel fühlen und einen Beitrag zur Entwicklung des syrischen Staates leisten könnten. Die Tatsache, dass gerade solche gemeinsamen Aufgaben uns und unsere Partner zusammenführten, fand Ausdruck unter anderem in einer ganzen Reihe wichtiger internationaler Dokumente, einschliesslich des Genfer Kommuniqués, des Schlusskommuniqués der „Gruppe der Acht“ am Lough Erne usw. Die gemeinsame Auffassung bezüglich der Methoden zur Erreichung der obenerwähnten Ziele wurde jedoch erst denn möglich, nachdem unsere Kollegen die Herangehensweisen an die Situation in der Arabischen Republik Syrien und in der gesamten Region neu bewertet hatten.

Es liegt auf der Hand, dass seit dem Anfang der Unruhen in Syrien die westlichen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates sich keine besondere Mühe gaben, die tiefwurzelnden Prozesse des Geschehnisses zu ergründen, und es als eine neue „Runde des arabischen Frühlings“ hinstellten. Ihnen passte es besser, die komplizierten und widersprüchlichen Ereignisse in der Arabischen Republik Syrien auf die Thesen über den „Kampf für Freiheit und Demokratie“ zurückzuführen. Sie massen auch keine Bedeutung dem Umstand bei, dass in den Reihen der Opposition die Anzahl der fremdländischen bewaffneten Teilnehmer lawinenartig wächst, die über moderne Waffen verfügen, darunter auch über Waffen, die ihnen aus den ausgeraubten libyschen Depots geliefert worden sind. Eine derartige Unterschätzung der syrischen Ereignisse führte dazu, dass sich die westlichen Partner im UNO-Sicherheitsrat beharrlich weigerten, im Sicherheitsrat blutige Terrorakte zu erörtern, die von der radikalen Opposition verübt worden waren. Man erklärte das dadurch, dass die Extremisten angeblich Explosionen gegen das „tyrannische Regime“ organisieren, das selber Greuelthaten gegen das eigene Volk verübt. Aufgetaucht war die Logik der „doppelten Standards“, der Teilung der Terroristen in „schlechte“ und „gute“, eine Logik die unter keinen Umständen gerechtfertigt werden darf.

Mit dem Auswachsen des Konflikts in Syrien erklärten die internationalen terroristischen Gruppierungen diesen Staat für ein „Dschihad-Territorium“, für ein Territorium des Kampfes für die Errichtung eines „Welt-Kali-

fats". Sie bekräftigten ihre Absichten durch Taten: sie zerstörten Klöster und Kirchen, setzten in „befreiten Gebieten“ ihre „Regelungen“ ein, einschliesslich der „Scharia-Gerichte“, in denen Todesurteile gefällt wurden. Selbstverständlich war es den zivilisierten Staaten „peinlich“, derartige Elemente zu unterstützen, die in Syrien Untaten begehen. Insbesondere nachdem man über die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von Terroristen verübt wurden, öffentlich sogar solche — durch den Westen geförderte — Strukturen zu reden begannen wie die Unabhängige Kommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen in Syrien oder rechtschützende nichtstaatliche Organisationen vom Typ „Human Rights Watch“.

Die Entdeckung immer neuer Tatsachen, die davon zeugten, dass das Ziel der „Dschihadisten“ nicht ein Sieg der Demokratie in Syrien, sondern die Errichtung der Kontrolle über Territorien und Infrastrukturen und die Einsetzung der eigenen Regelungen ist, zwangen die Opposition, eine andere These in den Umgang zu setzen. Es galt, eine „gemässigte Alternative“ für die islamischen Banden zu finden. Diese Rolle war zugedacht der Syrischen Freiheitsarmee unter dem Kommando des flüchtigen Generals S. Idris (diese Armee ist der Kampf Flügel der Nationalen Koalition). Der Westen begann, gerade sie als eine weltliche bewaffnete Opposition zu positionieren, die die „westlichen Ideale“ teilt und mit terroristischen Organisationen nichts zu tun hat. Recht bald stellte sich jedoch heraus, dass die Syrische Freiheitsarmee kein geschlossener „Organismus“ ist, sondern aus dutzenden Gruppierungen, darunter auch aus Gruppierungen extremistischer Ausrichtung, besteht, während ihre Mitglieder tatkräftig zu dschihadistischen Strukturen überlaufen, die von ihren Hintermännern bessere Versorgung bekommen und über modernere Waffen verfügen.

Recht aufschlussreich ist in dieser Hinsicht der jüngste Bericht des massgeblichen Zentrums für Rüstungsforschungen, das sich „Jaynes“ nennt. Laut diesem Bericht kämpft in Syrien gegen die Regierung eine „Armee“ aus 100000 Kämpfern, die in tausend zersplitterte Abteilungen „zerfällt“. 10000 von ihnen sind die Befürworter der Idee des „Welt-Dschihad“. 30000 bis 35000 sind radikale Islamisten mit einer ausschliesslich syrischen Tagesordnung. Weitere 30000 sind „gemässigte“ Islamisten. Auf diese Weise ist klar, dass es praktisch keine weltliche oder demokratische Opposition in den Reihen der oppositionellen Kämpfern gibt.

In Ergänzung dazu berichtete das deutsche Magazin „Der Spiegel“ über eine wesentliche Vergrösserung der Anzahl von „Dschihadisten“ aus westlichen Ländern, die sich in die Region des syrischen Konflikts für den Kampf gegen das Regime von B. Assad begeben. Mit dem Hinweis auf einen Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz wird festgestellt, dass sich Syrien in ei-

nen Vorposten der Aktivitäten europäischer Extremisten verwandelt hat. Die früher festgestellten Einzelfälle von Reisen militant gestimmter Islamisten nach Syrien tragen nun einen Massencharakter. Nach vorliegenden Angaben kämpfen heutzutage auf der Seite der Aufständischen etwa Tausend europäischer „Dschihadisten“, darunter aus Grossbritannien — 90 Personen, aus Belgien — 120 Personen, aus Dänemark — 50 Personen und aus Kosovo — 150 Personen. Was die Bundesrepublik Deutschland anbelangt, so befinden sich etwa 200 ihrer Vertreter in Syrien oder sind bereit, jeden Augenblick dorthin zu reisen. Im Internet erschien unlängst ein 150seitiges „Manifest“ holländischer „Dschihadisten“, in dem die Radikaler dem Bund „Al-Kaida“ und seinen Zielen eigentlich Treue schwören. Diese Liste liesse sich fortsetzen.

Und nun eine Mitteilung des türkischen Kommentators F. Taschketin auf dem vielbesuchten Internet-Portal „Al-Monitor“, der sich auf den nahöstlichen Problemen spezialisiert. Er zitiert Informationen über die Ankunft von 160 Kämpfern im türkischen Hafen Mersin — vor einiger Zeit — auf einem Schiff aus Jemen. Für ihren Transport erhielt ein für ihre Ankunft in Syrien verantwortlicher Vermittler angeblich eine Entlohnung in Höhe von 2 Millionen US-Dollar.

Und schliesslich — um das Bild abzurunden — eine journalistische Untersuchung, die in der Zeitung „Figaro“ am 29. Oktober dieses Jahres veröffentlicht worden ist. Sie deckt die Schemen der Lieferung von Waffen an die Aufständischen auf. Diese Waffen werden für das Geld gewisser „Golf-Staaten“ auf dem „schwarzen Markt“, darunter auch in Europa, gekauft. Daraufhin werden all diese Waffen mit Hilfe militärischer Transportflugzeuge derselben Länder zu Militärstützpunkten in den an Syrien grenzenden Staaten gebracht, um im Weiteren — mit Autokonvois — den Aufständischen geliefert zu werden. Auf diese Weise wird das Arsenal der „Dschihadisten“ regelmässig mit vielen Tonnen von Waffen und Munition vervollständigt. Im Internet und in der Presse findet man unzählige Informationen über die Einrichtung von Übungslager für die Ausbildung von Söldnern auf den an Syrien grenzenden Territorien.

Natürlich ist es schwierig, einen solchen Lauf der Ereignisse zu ändern, solange in Syrien gekämpft wird. Der Mord an der zivilen Bevölkerung, die Zerstörungen und die Gewalt werden andauern und dabei die humanitäre Katastrophe in Syrien verschlimmern. Schluss damit kann man nur dann machen können, wenn alle in den Konflikt einbezogenen Spieler — in erster Linie die verfeindeten syrischen Rivalen — zur Erkenntnis gelangen, dass es — ausser der politischen Regelung — keinen anderen Weg gibt. Wie es scheint, ist es ein einfacher und für alle klarer und verständlicher Gedanke. Das Leben selbst weist darauf hin. Um so mehr, dass sich auf dem Kriegsschauplatz ein durchaus konkretes Gleichgewicht der Kräfte ergeben hat.

Die Regierung Syriens hat ihren Standpunkt zugunsten einer friedlichen Lösung eindeutig zum Ausdruck gebracht. Was die Opposition anbetrifft, so ist die Sache schwieriger. Sobald die Rede auf einen Dialog kommt und sich führende Politiker finden, die dazu bereit sind, tauchen im Lager der Opposition sofort Kräfte auf, die beginnen, eigentlich für die Vereitelung des politischen Prozesses zu arbeiten. Das sind diejenigen, die auf einen „Krieg bis zum Endsieg“ setzen. Aufschlussreich in dieser Hinsicht ist die Erklärung von 19 führenden bewaffneten Formationen der syrischen Islamisten („Sukur asch-Scham“, „Ahrar asch-Scham“ u.a.m.), die demonstrativ gewarnt haben, dass sie aus der Nationalen Koalition austreten und selbständig den Kampf für einen islamischen Staat in Syrien fortsetzen, falls die Entscheidung über die Beteiligung an der Friedenskonferenz in Genf gefällt wird. Wie sie behaupten, soll man alle, die für Genf sind, als Verräter mit allen aus der „revolutionären islamischen Rechtsprechung“ resultierenden Folgen betrachten. Die Bedrohung ist mehr als augenfällig!

Die Syrier sind also vor die Wahl gestellt: entweder eine gemeinsame Bewegung in Richtung des Friedens und der Nutzung der Chance, sich über die Zukunft Syriens zu einigen, oder die Fortführung des Kurses auf eine militärische Lösung „auf dem Schlachtfeld“. Ausser Zweifel steht, dass die zweite Variante in eine viel höhere Anzahl von Opfern, in eine Flut von Terrorismus, in eine andauernde unkontrollierbare Verbreitung von Waffen, in eine humanitäre Katastrophe und eine völlige Degradierung der Situation im Menschenrechtsbereich münden würde. Derartige Folgen würden dabei über die Grenzen Syriens überschwappen und die ganze Region aus dem Gleichgewicht bringen.

All das weist auf die Notwendigkeit hin, das Geschehen neu zu bewerten, stellt die Aufgabe, die Anstrengungen all derjenigen zu vereinigen, die keine Alternative zur diplomatischen Lösung des Konflikts sehen. In erster Linie muss vielleicht die Arbeit darauf gerichtet sein, um die streitenden Seiten an einen Verhandlungstisch zu bringen. Wir riefen immer schon die Partner auf, auf den Wunsch zu verzichten, eigene geopolitische Aufgaben auf Kosten Syriens zu lösen, wir riefen sie auf, koordiniert auf die syrischen rivalisierenden Seiten Druck auszuüben, um deren Zustimmung zur Feuereinstellung und zum Beginn eines Dialogs zu erzwingen. Für schädlich und gefährlich halten wir die Logik, der zufolge einige unserer westlichen und arabischen Kollegen beliebige Kräfte unterstützen, die nur ein einziges Ziel vor den Augen haben: „Assad muss gehen“. Dabei haben sie keine eindeutige Vorstellung davon, was diesem Weggang folgen soll. Zitiert wurde das Beispiel Libyens, wo der Zusammenbruch staatlicher Institute, eine Degradierung der Situation auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Sicherheit sowie eine Aufwallung

der terroristischen Gefahr in der Sahara-Sahel-Region zum Ergebnis der äusseren Einmischung zwecks der „Anpflanzung“ der Demokratie worden waren. Geredet wurde darüber, dass Schritte, die sich auf eine weitere Schürung des Konflikts in Syrien richten, nicht zur Errichtung einer Demokratie in diesem Land, sondern zu einer Verstärkung der mit der „Al-Kaida“ affilierten Gruppierungen und zur Ausbreitung des militanten Extremismus führen würden.

Unsererseits liessen wir uns bei unseren Schritten in der internationalen Arena konsequent vom Imperativ der Oberhoheit des Völkerrechts und der Prinzipien der UNO-Charta leiten, in erster Linie der Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten. Ausgehend davon stoppten wir — solidarisch mit den Chinesen — im UNO-Sicherheitsrat dreimal westliche Entwürfe von Resolutionen, die den Weg zu einer bewaffneten Einmischung in den inneren Konflikt in Syrien bahnten. Gestützt auf den gleichen prinzipienfesten Standpunkt, durchkreuzten wir Versuche einiger unserer Partner, gemäss ihrer politischen Tagesordnung den Sinn des Genfer Kommuniqués vom 30. Juni 2012 auszulegen. Wir beharrten darauf, dass in der Resolution 2118 des UNO-Sicherheitsrates die Bestimmung festgelegt wird, der zufolge nicht nur die syrische Regierung, sondern auch die Opposition die Verantwortung für das Verfahren zur Vernichtung chemischer Waffen, darunter auch für die Gewährleistung der Sicherheit des Personals, trägt. Wir fordern die äusseren Spender kämpfender Extremisten auf, dass sie deren mögliche Ränke bei der Verübung von Provokationen vereiteln; wir fordern die Nachbarländer auf, dass sie ihre Territorien für Versuche der „Dschihadisten“ schliessen, Hasardspiele mit chemischen Waffen zu veranstalten. Wohlgermerkt wäre die Einschliessung einer solchen Feststellung in eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates noch vor einiger Zeit undenkbar gewesen, weil unsere westlichen Partner sogar eine hypothetische Möglichkeit leugneten, dass die Radikalen chemische Waffen einsetzen. Auf der Hand liegt es also, dass sich eine bestimmte Veränderung der Denkweise in Richtung einer adäquateren Auffassung der syrischen Realitäten vollzieht.

All das gestattet, über Syrien endlich — wenn auch nicht auf der gleichen Welle, dann zumindest mit dem gemeinsamen Verständnis dafür — nachzudenken, wozu die weitere Degradierung des Konflikts, in erster Linie im Hinblick auf die Ausbreitung des radikalen Extremismus, führen kann. Nicht von ungefähr sprachen sich die führenden Politiker der „Gruppe der Acht“ in der Schlussdeklaration des Gipfeltreffens am Lough Erne zugunsten einer Vereinigung von Anstrengungen der syrischen Behörden und der Opposition gegen die Terroristen aus. Die praktische Umsetzung dieser Aufgabe muss zu einer Priorität von „Genf-2“ werden. Aber auch von diesem Stand-

punkt aus wird die Einberufung dieses Treffens immer akuter. Zu diesem Zweck gilt es aber, den Starrsinn der Opposition zu brechen.

Inzwischen werden bereits bei niemandem mehr Entgegnungen durch den Umstand ausgelöst, dass zum Rückgrat der Konferenz ein direkter intersyrischer inklusiver Dialog werden soll, der auf Grund des Genfer Kommunikués verläuft und auf die Erreichung einer allumfassenden politischen Regelung in der Arabischen Republik Syrien abzielt. Für die syrischen rivalisierenden Seiten ist es eine einmalige Chance, das Blutvergiessen einzustellen und die Verhandlungen über den künftigen Aufbau ihres Staates aufzunehmen. Die Aufgabe der äusseren Spieler ist, Anstrengungen zu vereinigen und den rivalisierenden Seiten bei der Erreichung solcher Übereinkünfte zu helfen, die den Interessen aller Schichten der vielkonfessionellen Gesellschaft in diesem Land entsprechen würden.

Es sei erwähnt, dass die Vorbereitung zur Einberufung der Konferenz nicht ohne Schwierigkeiten verläuft. Unternommen werden Versuche, das Ergebnis der intersyrischen Verhandlungen vorwegzunehmen, für sie einen künstlichen zeitlichen Rahmen festzulegen, gewisse „ernsthafte Folgen“ im Falle einer Nichterfüllung eventueller Übereinkünfte heraufzubeschwören. Eines der jüngsten Beispiele dafür wäre die Londoner Konferenz des sogenannten „Kerns der Gruppe der Freunde Syriens“ am 22. Oktober. An der Konferenz beteiligten sich 11 Staaten, darunter die USA, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland sowie traditionelle Gönnern der syrischen Opposition — Saudi-Arabien, Katar, die Türkei und andere Länder.

Entgegen allen früher erzielten Übereinkünften bezüglich der Wege zur Regelung der syrischen Krise fällt leider in dem — nach den Ergebnissen dieser Begegnung angenommenen — Schlussdokument eindeutig der Versuch auf, die Schlüsselemente des Genfer Kommunikués zu überprüfen und die Ergebnisse von „Genf-2“ vorwegzunehmen. Dabei müssen diese Ergebnisse zu einem Gegenstand der Abstimmung im Rahmen eines politischen Dialogs zwischen der syrischen Regierung und der Opposition werden. Wir können das nicht anders bewerten als einen Versuch, das Scheitern von „Genf-2“ zu provozieren, um sodann die „Weichen umzustellen“ — und zwar von der syrischen Opposition auf die syrischen Behörden. Das geschieht dabei unter den Bedingungen, da sich unsere westlichen Partner vergeblich bemühen, die Teilnahme der oppositionellen Strukturen an der internationalen Konferenz unter dem „Schirm“ der Nationalen Koalition zu gewährleisten.

Was soll also aus „Genf-2“ werden? Welche Schwierigkeiten liegen auf dem Weg des intersyrischen Dialogs? Wie kann man die Erfüllung eventueller Vereinbarungen sichern? Was müssen internationale Spieler sowie die

rivalisierenden syrischen Seiten tun, um den Erfolg der Konferenz zu gewährleisten?

Von unserem Standpunkt aus werden der Verlauf und die Ergebnisse von „Genf-2“ entscheidend davon abhängen, mit welchem Gepäck die wichtigsten Protagonisten zu dem Treffen kommen. Bei der Vorbereitung der Initiative über die Einberufung der Konferenz sind wir mit den Amerikanern übereingekommen, dass Russland die Regierung der Arabischen Republik Syrien überzeugen wird, am Dialog teilzunehmen, während die USA mit der Opposition arbeiten sollen, damit diese eine Delegation bildet, die als Trägerin der Interessen aller Schichten der syrischen Gesellschaft dienen kann. Wir haben unseren Abschnitt des Weges zurückgemacht und sicherten die Zustimmung der syrischen Regierung, nach Genf zu kommen, dabei ohne irgendwelche Vorbedingungen. Damaskus stellte seine Delegation zusammen, die bereit ist, unverzüglich zu den Verhandlungen zu fahren.

Die Amerikaner arbeiten — zumindest im Augenblick der Entstehung dieses Beitrags — immer noch an ihrer „Hausaufgabe“ und versuchen, zersplitterte oppositionelle Gruppen unter dem „Schirm“ der Nationalen Koalition zu gruppieren, die von ihnen tatkräftig unterstützt, darunter auch in finanzieller Hinsicht, wird. Dabei stellen sie den Sachverhalt so hin, als ob die Nationale Koalition nicht nur die ganze syrische Opposition, sondern auch das ganze syrische Volk vertritt. Die jüngsten Ereignisse demonstrierten jedoch, dass diese Emigrantorganisation nicht den Anspruch darauf erheben darf, die Hoffnungen aller Syrier zum Ausdruck zu bringen. Denn sie verfügt nicht über eine breite soziale Basis. Umso weniger darf sie sich „die einzige legitime Vertreterin des syrischen Volkes“ nennen, wie es im Londoner Dokument der „Freunde Syriens“ heisst.

Strittig ist auch die Fähigkeit der Nationalen Koalition, einen Einfluss auf die Mitglieder der oppositionellen Kampfgruppen auszuüben: nicht von ungefähr erklärten bereits, wie oben festgestellt worden ist, mehr als ein Dutzend Gruppierungen, die in Syrien kämpfen, dass sie sich nicht mehr als einen Teil dieser Vereinigung betrachten und nicht gewillt sind, Befehle der sogenannten Syrischen Freiheitsarmee — des militärischen Flügels der Nationalen Koalition — auszuführen.

Unter diesen Bedingungen müssen alle äusseren Spieler einsehen: wenn sie wollen, dass das politische System der Arabischen Republik Syrien pluralistisch wäre, gilt es, den Zusammenschluss der syrischen Opposition nicht ausgehend von ihren eigenen „Vorzügen“ zu fördern, sondern — gestützt auf die Bedeutung der Bildung einer repräsentativen und bevollmächtigten Delegation, die die Vertreter aller Schichten der syrischen Gesellschaft ver-

einigen und sich unmissverständlich von den Extremisten distanzieren würde, die in der Arabischen Republik Syrien am Werk sind. Nur dann, wenn die syrische Opposition nicht auswahlweise, sondern in vollem Ausmass auf der Konferenz vertreten ist, kann man mit der Erzielung solcher Vereinbarungen rechnen, deren Erfüllung zur Einstellung des blutigen Bürgerkrieges führen und die Bewegung in Richtung der Stabilität sichern würde. Wenn man die bedeutsamen politischen Kräfte, die sich sowohl innerhalb Syriens als auch ausserhalb seiner Grenzen wirken, „über Bord“ wirft, bedeutet das, unvermeidlich Probleme mit der Bewertung und Realisierung eventueller Übereinkünfte über die Ergebnisse der Genfer Konferenz zu schaffen.

Weiter. Der intersyrische Dialog muss auf die Erfüllung des Genfer Kommuniqués in vollem Ausmass ausgerichtet sein. Unannehmbar sind Versuche, seine Bestimmungen „kreativ zu entwickeln“, irgendeine Thematik auf Kosten der anderen hervorzuheben. Die Verhandlungen müssen den ganzen Komplex von Fragen berühren, die mit der syrischen Regelung verbunden sind. Einige unserer Partner versuchen, den Sachverhalt so hinzustellen, als ob „Genf-2“ einen Dialog der Regierung und der Opposition ausschliesslich über die Zusammensetzung eines regierenden Übergangorgans bedeutet. Die Bildung dieses Organs ist tatsächlich ein Teil des Pakets von Lösungen, zu denen die Syrier selbständig auf Grund der Ergebnisse der Verhandlungen kommen müssen. Man muss sie aber in Verein mit anderen Aufgaben betrachten. Denn die Seiten werden eine Übereinkunft über viele ausserordentlich wichtige Fragen erzielen müssen, ohne die die Bildung eines provisorischen Kabinetts jeglichen Sinn einbüsst. Dazu gehören sowohl die Feuereinstellung als auch die Vorbereitung auf die Wahlen, die nationale Aussöhnung, die Parameter der Zustellung der internationalen humanitären Hilfe usw.

Wichtig ist, dass alle internationalen Spieler für die Schaffung einer politischen Atmosphäre arbeiten, die die intersyrischen Verhandlungen begünstigen würde. Man darf eine Zuspitzung der Spannungen nicht zulassen, mit welchen Schwierigkeiten der Dialog auch einherschreiten würde. Im Genfer Kommuniqués heisst es eindeutig, dass die syrischen Seiten selbständig — ohne Einmischung und Drohungen von aussen — eine Übereinkunft über die Zukunft ihres Landes erzielen müssen. Arbeitsfragen, die sich im Laufe der Verhandlungen ergeben, müssen von ihren Teilnehmern berufsmässig und ruhig mit dem Beistand des Sondervertreters für Syrien, L. Brahimi, und der Schlüsselspieler — ohne irgendwelche Androhung der Gewaltanwendung an ihre Adresse — gelöst werden. Die äusseren Kräfte — in erster Linie aus den Ländern des Persischen Golfes — müssen dabei den Syrern helfen und dürfen nicht versuchen, auf sie einen Druck auszuüben, um den Verhandlungsprozess zu beeinflussen oder seine Ergebnisse vorwegzunehmen.

Wichtig ist auch die Rolle, die der UNO-Sicherheitsrat spielt. Er darf auf keinen Fall als ein Werkzeug des Drucks von aussen, einschliesslich der Festlegung künstlicher Fristen für die Verhandlungen und der nachfolgenden Verhängung von Sanktionen, missbraucht werden. Die Erklärung des „Kerns der Gruppe der Freunde Syriens“ in London hat demonstriert, dass ein solcher Druck nach Ansicht einer Reihe von Staaten ausschliesslich auf das offizielle Damaskus ausgeübt werden soll. Die Opposition hingegen — vor allem jener Teil von ihr, der von aussen gefördert wird, — soll von der Kritik erlöst werden. Ein solches Herangehen ist absolut unannehmbar und widerspricht der Aufgabe einer allumfassenden Regelung.

Der UNO-Sicherheitsrat kann dabei eine positive Rolle auf der nächsten Etappe spielen, nachdem die Seiten Vereinbarungen erzielen, einschliesslich — möglicherweise — einer Vereinbarung über den Beistand bei der Lösung von Sicherheitsfragen.

Eine ausserordentlich verantwortungsvolle Etappe ist die Implementierung von Beschlüssen über die Ergebnisse des intersyrischen Dialogs. Das zu erreichen wird kaum leichter sein, als die Verhandlungen selbst in die Wege zu leiten. Die Erzielung von Vereinbarungen wird wohl den in Syrien kämpfenden „Dschihadisten“ gegen den Strich laufen, die eine freigebige finanzielle und militärische Hilfe aus dem Ausland bekommen und bestrebt sind, ihren Einflussbereich zu erweitern. Ein Durchbruch auf dem politischen Weg läuft ihren Interessen und den Zielen einiger ihrer äusseren Gönner zuwider. Sie können versuchen, die Umsetzung von Vereinbarungen zu vereiteln. Darunter auch durch die Organisierung von Provokationen, einschliesslich des Einsatzes chemischer Giftstoffe, wie sie es im Raum von Ost-Guta bei Damaskus am 21. August getan haben. Damals rechneten die Radikalen (und gerade sie waren die Drahtzieher des Angriffs) damit, dass westliche Länder diese Gelegenheit nutzen würden, um dem Regime die „Verübung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ vorzuwerfen und einen Schlag gegen Syrien zu führen.

Ergeben wird sich auf dieser Etappe die Aufgabe abgestimmter gemeinsamer Aktionen der internationalen Gemeinschaft zur Ausmerzung des Terrorismus in der Arabischen Republik Syrien. Wenn man fortsetzt, die Terroristen in „eigene“ und „fremde“ zu teilen, bedeutet das, die Aktivitäten der „Al-Kaida“ zu begünstigen. Die Geschichte hat gezeigt, womit das enden kann.

Auf die Radikalen können auch deren äussere Gönner einen Einfluss ausüben, vor allem die Monarchien des Persischen Golfes und die Türkei. Der Westen hat bereits begonnen, die Gefahr des zunehmenden Einflusses radikaler Gruppierungen zu erkennen (in der Presse wird bereits offen erörtert, dass Extremisten Waffen rauben, die für die Syrische Freiheitsarmee bestimmt sind. Erwähnt werden auch Fälle, da sich die Syrische Freiheitsarmee mit den

Regierungstruppen vereinigt, um die Islamisten zu bekämpfen). Es sieht danach aus, dass auch Ankara die Folgen eines Liebäugeln mit den „Dschihadisten“ nun erkennt: während seiner Ansprache auf der 68. Tagung der UNO-Vollversammlung wies der Präsident der Türkei A. Gül darauf hin, dass den Bürgerkrieg in der Arabischen Republik Syrien „extremistische Gruppierungen missbrauchen können, die autonome Strukturen einrichten, die Syrien selbst und die Nachbarländer bedrohen“. Also kann der Kampf gegen Terrorismus zu einer Aufgabe werden, die die Staaten, die politische Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Realisierung des Punktes des Genfer Communiqués der „Gruppe der Acht“ (Gipfeltreffen am Lough Erne, 2013) zusammenführt, der die Notwendigkeit vorsieht, die Kräfte der Regierung und der Opposition zwecks der Vertreibung von Terroristen zu vereinigen.

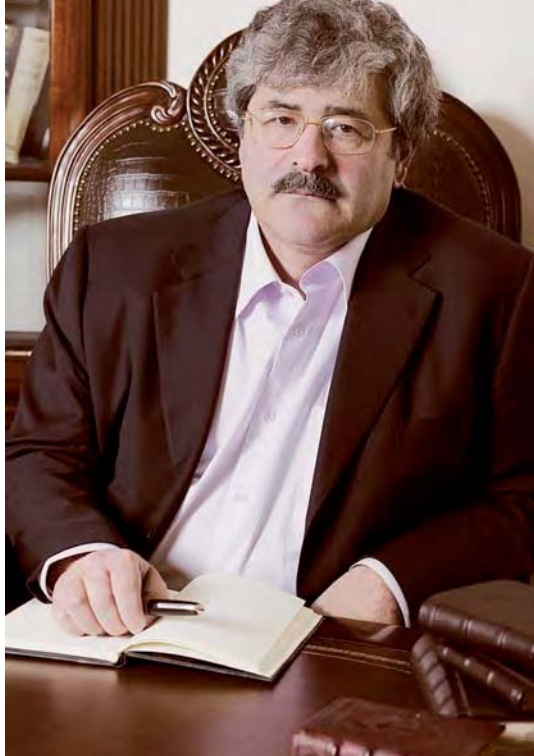
Das ist nur ein Teil komplizierter Fragen, die man im Kontext der Internationalen Konferenz lösen muss. Russland gehört zu den wenigen Staaten (ist vielleicht der einzige Staat), die konstruktive Beziehungen mit den beiden syrischen rivalisierenden Seiten aufgebaut haben. Russland unterbreitet keine unrealistischen politisierenden Anfragen, ist zu einer gegenständlichen und angespannten Arbeit für die erfolgreiche Durchführung der Konferenz bereit. In einer Situation, da wir eine ganze Reihe von Beispielen katastrophaler Folgen der Gewaltanwendung gegen souveräne Staaten in Verletzung des Völkerrechts zwecks Erreichung eigensüchtiger Konjunkturziele beobachten, muss „Genf-2“ zu einem Muster der einträchtigen kollektiven Arbeit bei der Beilegung einer ausserordentlich komplizierten Krise der Gegenwart auf Grund des Völkerrechts — über die mühselige Suche nach Kompromissen — werden. Nur so ist es möglich, die Unterhöhnung der auf Grund der UNO-Charta fassenden Weltordnung zu verhüten, die berufen ist, die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu gewährleisten. In Übereinstimmung mit dieser Weltordnung ist der Krieg als Mittel zur Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten für vogelfrei erklärt worden. Wir müssen alle Anstrengungen dafür einsetzen, damit in den internationalen Beziehungen die Vorrangstellung des Völkerrechts, in Syrien aber eine langfristige Beilegung des Konflikts garantiert wäre, die allen Syrern gestattet, in Frieden, Sicherheit und Gleichberechtigung zu leben.



Armen
OGANESSJAN

*Chefredakteur der
Zeitschrift
„Internationales Leben“*

ogannessjan@interaffair.ru



SYRIEN: WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG FÜR „DIE VERANTWORTUNG FÜR DIE VERTEIDIGUNG“

In der Twitter-Polemik mit Alexander Puschkow betonte der US-Botschafter M. Macfaul: „Er (Präsident Obama) ist bestrebt, das Völkerrecht zu vereidigen, das den Einsatz der chemischen Waffe verbietet“. Diese Position fällt sicher mit der letzten Rede des Staatssekretärs der USA John Carrey, der unterstrich, dass solche Verbrechen gegen die Menschheit dürfen nicht unbestraft bleiben.

Diese These ist eigentlich unbestreitbar. Niemand widerlegt sie. Die Frage besteht jedoch darin, wie und aufgrund welcher Kriterien dieses Verbrechen bestraft werden kann? Es fällt leicht, jedes von solchen Verbrechen mit Tomahawks und unbemannten Flugzeugen zu bestrafen. Wenn das ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, muss die Menschlichkeit

Армен ОГАНЕСЯН, Главный редактор журнала «Международная жизнь»
СИРИЯ: КТО НЕСЕТ ОТВЕТСТВЕННОСТЬ ЗА «ОТВЕТСТВЕННОСТЬ ПО ЗАЩИТЕ»

selbst ein Richter ein. Wenn jemand im Namen der Menschheit die Ermittlung, Verifikation und die Vollstreckung des Rechts im Namen der Menschheit durchführen wird, ist es absurd vom Standpunkt des Völkerrechtes und ausgehend von der Philosophie solcher Herangehensweise auch gefährlich. Angesichts solcher Fülle von Protesten und berechtigten und festen Widerlegungen auch seitens der Verbündeten legitimiert jede „messianische“ Aktion nicht das Völkerrecht, sondern persönliche bzw. kollektive Inquisition.

Das Ziel rechtfertigt nicht bekanntlich die Mittel. Es wäre absurd die Interessen des Völkerrechtes zu verteidigen, indem man dieses Völkerrecht, unter dem darunter auch die Unterschrift der Vereinigten Staaten steht, verletzt. Man kann zwar die Berufung darauf hören, dass die von der UNO angenommene Resolution unter dem Namen „Die Verantwortung für die Verteidigung“ angeblich das Recht solcher Vergeltungsschläge vorsieht. Solche Resolution unter der Nummer 1674 wurde tatsächlich vom Sicherheitsrat der UNO bewilligt. Sogar mehr: Ihr lag das Dokument zugrunde, das einstimmig von allen Staaten auf dem repräsentativen Weltsummit der UNO 2005 bestätigt war. Gleichzeitig mit humanitären, diplomatischen und anderen friedlichen Mitteln, erkennt diese Resolution die Möglichkeit, wohlgemerkt nur die Möglichkeit, der entschlossenen kollektiven Aktionen („We are prepared to take collective action“). Laut Resolution können diese entschlossenen Handlungen, die darauf gerichtet sind „die Bevölkerung gegen Genozid, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verteidigen“ nur im Rahmen der UNO realisiert werden.

Man muss darauf hinweisen, dass die Vereinigten Staaten keinen geringen Beitrag zur Ausarbeitung dieser Resolution leisteten. Der ehemalige Staatssekretär der USA M-Albrigt und der Sondervertreter des US-Präsidenten in Sudan, P.Williamson waren Ko-Vorsitzende der Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung der Resolution „Die Verantwortung für die Verteidigung“. Im Vortrag der von ihnen geleiteten Arbeitsgruppe wurde besonders betont, dass jede von den Aktionen im Rahmen dieser Resolution entsprechend den UN-Statuten durchgeführt werden müssen. Das bedeutet, dass das Organ, das den endgültigen Beschluss fasst, der UN-Sicherheitsrat ist. Dieses Dokument fällt erstmals dadurch auf, dass es keinen Automatismus bei der Annahme der Gegenmaßnahmen vorsieht, die militärisch sein konnten. Es schließt zweitens jegliche einzelne oder kollektive Aktionen ohne Begrüßung des Sicherheitsrates, indem sie diese außer Gesetz setzen.

Wie begründet der britische General Lord Donat betonte, ist sogar der eklatante Einsatz der chemischen Waffe keine offene Einladung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes. Dabei neigt General zur Version des Einsatzes der chemischen Waffe durch die Asad-Regierungstruppen.

Die Vereinigte Staaten hielten sich übrigens nicht immer an den Grundsatz der Unabwendbarkeit der Bestrafung in solche Fällen. Gideon Rachman erinnert in der Zeitung „Financial Times“ daran, dass Amerika, die sich seit als Garant 1945 der globalen Sicherheit sieht, niemals die militärische Einmischung mit dem Ziel vorsah, den Konflikt vorzubeugen oder der Verletzung der Menschenrechte ein Ende zu bereiten.

Es gibt jedoch noch eine juristische Norm, die sowohl für das nationale als auch das Völkerrecht obligat ist. Das ist die Präsomption der Unschuldigkeit. In unserer virtuellen Welt ist es mindestens haltlos, den Vidoaufnahmen bzw. auch Abhörgeräten zu vertrauen. Die Inszenierung des Überfalls der in die polnische Uniform umgekleideten Kriminellen auf die deutsche Rundfunkstation spielte doch die tragische Rolle bei der Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Man muss stark an die moralischen Grundsätze der Opposition glauben, um die eventuellen Manipulationen und Fälschungen seitens der Asad-Gegner auszuschließen. Die letzten Angaben der deutschen Aufklärung bezweifeln die Möglichkeit solcher Handlungen seitens der Regierungstruppen. Wir beobachten außerdem den vollständigen Wirrwarr bei der Einschätzung der eventuellen Motive solcher Handlungen des offiziellen Damaskus. Alle Kundschafterdienste, die die militärische Aktion aktiv unterstützen, haben unterschiedliche Meinung und alle Versionen sind unlogisch und widerspruchsvoll.

Recht haben selbstverständlich auch jene, die behaupten, dass die UN-Inspektion die Hauptfrage nicht beantwortet, wer die chemische Waffe in Syrien einsetzte? Der „Inspirator“ könnte zum Beispiel eine der Gruppe der sonderbeauftragten Gruppe der nahen und fernen Länder sein. Die Argumente für mögliche Schlussfolgerungen müssen erstens veröffentlicht werden und sozusagen „auf dem Tisch liegen“. Der Sicherheitsrat kann zu guter Letzt die vorgelegten Schlüsse der Kommission analysieren, die dann der syrischen Resolution zugrunde liegen können. Die Versetzung des Schlages ohne Entscheidung der Kommission und Besprechung deren Arbeit werden viele Menschen beleidigen, die mutig ihr Leben riskierten auf der Suche nach der Wahrheit und eine offene Herausforderung an die UNO und das Völkerrecht darstellen. Solcher Beschluss bestätigt im Wesentlichen die Meinung jener Skeptiker, die hinter seinen

Handlungen keinen Wunsch sehen, Moral und Recht zu verteidigen, sondern nur das Bestreben, ihre weitgehenden geopolitischen Pläne zu realisieren.

Die amerikanische Außenpolitik steht wirklich am roten Faden, der nicht vom Präsidenten Obama, sondern von der neuen Realpolitik verlegt ist, die darin besteht, dass niemand zur Zeit imstande ist alleine „die Bürde des weißen Menschen bezüglich der übrigen Welt zu tragen. Wenn wir natürliche nicht wünschen, dass die Welt ins Chaos versinkt. Die Zeiten von Kipling gehören endgültig der Vergangenheit.



Alexej PODZEROB

*führender
wissenschaftlicher
Mitarbeiter des Zentrums
für arabische und
islamische Studien am
Institut für Orientkunde
der Akademie der
Wissenschaften
Russlands,
Ausserordentlicher und
Bevollmächtigter
Botschafter*

podtserob@yandex.ru



DAS ENDE DES ISLAMISMUS IN DER ARABISCHEN WELT?

Im Nahen Osten herrscht eine komplizierte Situation. In einer Reihe von Ländern erleiden die Islamisten Niederlagen, in anderen Staaten leisten sie Widerstand.

Die Situation wird selbstverständlich von den Zuständen in Ägypten beeinflusst. Präsident Mohammed Mursi wurde im Juni 2012 gewählt, für ihn stimmten 52 Prozent der Ägypter. Dabei stimmten für den Repräsentanten der Vereinigung „Muslimbrüder“, Mohammed Mursi, die Massen, die kaum lesen und schreiben (wenn überhaupt) konnten. Die Elite stimmte aber dagegen. Der neugewählte Präsident betrat den Weg der Verwandlung Ägyptens in eine „islamische Republik“. Fünf Vertreter der Vereinigung „Muslimbrüder“ wurden zu Ministern ernannt, acht weitere erhielten hohe

Алексей ПОДЦЕРОБ, ведущий научный сотрудник Центра арабских и исламских исследований Института востоковедения РАН, Чрезвычайный и Полномочный посол
КОНЕЦ ИСЛАМИЗМА В АРАБСКОМ МИРЕ?

Posten in der Verwaltung des Präsidenten, 25 — die Posten von Stellvertretern der Gouverneure, 12 wurden zu Oberbürgermeistern nominiert. Mohammed Mursi versuchte, die Kontrolle über die gesetzgebende, exekutive und gerichtliche Gewalt sowie über die Massenmedien zu errichten. Im November 2012 fasst M. Mursi den Beschluss, dem zufolge die Gerichte Entscheidungen des Präsidenten nicht anfechten durften. Unter ihm wurde im Jahre 2012 eine neue Verfassung der Arabischen Republik Ägypten formuliert, die unter anderem die Rechte der Frauen begrenzte sowie verkündete, dass die Führung der Universität Al-Azhar, die auf die politischen Prozesse in der arabischen Welt einen starken Einfluss ausübt, als der „höchste und einzige Schiedsrichter in Fragen der Scharia“ und die „Hauptquelle legaler Gesetze“ gilt.

Inzwischen wuchs die Anzahl der Ägypter, die von weniger als zwei US-Dollar pro Tag lebten, in der Zeitspanne 2011-2012 von 40 auf 50 Prozent. Die Arbeitslosigkeit unter den Einwohner Ägyptens im Alter unter 30 Jahren erreichte 82 Prozent. Der Tourismus, der 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gebracht hat, erlebt bei weitem nicht die besten Zeiten: im Jahre 2010 erhielt Ägypten von seinen Gästen 13,6 Milliarden US-Dollar, während es seit Beginn des laufenden Jahres 4 US-Dollar waren. Ungünstig verhält es sich auch mit dem Suez-Kanal: in der ersten Hälfte dieses Jahres haben sich die Einnahmen aus dieser Quelle — im Vergleich zur ersten Jahreshälfte von 2012 — um 4 Prozent, das heisst um 2,4 Milliarden US-Dollar verringert. Unter dem gestürzten Präsidenten Husni Mubarak hatte Ägypten über 36 Milliarden US-Dollar an Goldvorräten verfügt, während Ende Juni 2013 lediglich 15 Milliarden US-Dollar verblieben. Im vorigen Jahr schnellten die Verbraucherpreise um 8,3 Prozent hoch. In diesem Jahr wird ein Preisanstieg um 8,4 Prozent erwartet. Der jährliche Produktionszuwachs, der zu den Zeiten von Husni Mubarak 6 Prozent ausmachte, stürzte im Jahre 2012 auf 2 Prozent herab. Die Bevölkerung reagierte natürlich auf die Geschehnisse. Im Jahre 2013 gab es in Ägypten 1014 Streiks und 558 Demonstrationen gegen den sinkenden Lebensstandard. Auf der Sinai-Halbinsel kam es zu Aktivitäten von Dschihad-Kämpfern.

Natürlich versuchte Mohammed Mursi, gegen die schwierige wirtschaftliche Lage zu kämpfen. Die Besteuerung der reichsten Ägypter wurde von 20 auf 25 Prozent erhöht. Eingeführt wurden Abgaben bei den Geschäften mit Fusion und Einverleibung in Höhe von 10 Prozent. Die Besteuerung wurde auf 25 Waren und Dienstleistungen ausgedehnt, darunter auf Wein, Bier, Tabak, alkoholfreie Getränke, Nutzung von Mobiltelefonen, Fahrzeuge mit Klimaanlage, Öl, Bauarmaturen, Düngemittel und Insektenbekämpfungsmitt-

tel; erhöht wurden die Kosten für die Durchfahrt von Schiffen durch den Suez-Kanal. Ägypten erhielt Anleihen aus Katar, Saudi-Arabien, Libyen und der Türkei in Höhe von 9 Milliarden US-Dollar. Aber die Gewährung einer Anleihe von 4,8 Milliarden US-Dollar aus der Internationalen Währungsbank scheiterte, weil diese von der Regierung Ägyptens verlangte, auf Zuwendungen für die Wirtschaft zu verzichten, auf die 20-25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entfallen.

Im Sommer 2013 schloss sich die Bevölkerung der Arabischen Republik Ägypten zusammen. Gegen das Regime Mursis stellten sich Geschäftsleute und Oligarchen (die der Opposition Geld spendeten), die Militärs, die Polizei, die *Silowiki* (die Vertreter der Geheimdienste und der Streitkräfte), die Anhänger demokratischer Umgestaltungen sowie die fundamentalistischen Parteien „An-Nur“ und „Salafistischer Aufruf“. Zu Oppositionskräften gehörten „Tammarud“ (Meuterei), die Nationalfront der Rettung, die Ägyptische Konferenzpartei, „Karama“ (Partei der Verantwortung) und „Dustur“ (Partei der Verfassung).

Zunächst begann eine Sammlung von Unterschriften unter dem Appell an M. Mursi, auf den Posten des Präsidenten der Arabischen Republik Ägypten zu verzichten (insgesamt wurden 23-30 Millionen Unterschriften gesammelt). Sodann füllten die Protestierenden den Tahrir-Platz und andere Plätze Kairo sowie anderer ägyptischer Städte. Es begannen Überfälle auf Vertretungen der „Muslimbrüder“ und der regierenden „Partei der Freiheit und Gerechtigkeit“, während die bewaffneten Islamischen Milizen der „Muslimbruderschaft“ gegen die Protestierenden voringen. Dann entschloss sich die Armee zur Einmischung und stellte an M. Mursi das Ultimatum, sich mit der Opposition im Laufe von 48 Stunden auszusöhnen.

Da sich der Präsident der Arabischen Republik Ägypten weigerte, dieser Aufforderung nachzugehen, vollbrachten die Streitkräfte — unterstützt durch die Polizei und die Sonderdienste, durch den Grossen Mufti, den Patriarchen der koptischen Kirche und der Führung des Verfassungsgerichts — einen Umsturz. Festgenommen wurden M. Mursi und 300 Anführer der „Ichwan“, der Vorsitzende der „Partei der Freiheit und Gerechtigkeit“, Saad al-Katatni. Besetzt wurden die Bauten von Fernsehzentren, von wo Sendungen islamischer Kanäle ausgestrahlt worden waren. Nichtsdestoweniger erlaubte man dem abgesetzten Präsidenten, sich mit der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik, Catharine Ashton, und dem Leiter der Delegation der Afrikanischen Union, A. Konare, zu treffen. Der Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, G. Westerwelle, richtete an die ägyptischen Behörden die Bitte, ihm eine Be-

gegnung mit M. Mursi zu erlauben, erhielt jedoch eine Absage. Den Aussenministern Haled al-Atyje (Katar) und Abdallaa ben Zaid (Vereinigte Arabische Emirate) sowie dem stellvertretenden US-Aussenminister W. Burnes und dem Sondervertreter der Europäischen Union für den Südlichen Mittelmeerraum, B. Leon, wurde aber gestattet, sich mit dem Stellvertreter des Obersten Berater der „Muslimbruderschaft“, Hejrat asch-Schater, zu treffen. W. Burnes durfte mit Saad al-Katatni verhandeln.

Inzwischen ist M. Mursi des Hochverrats, der Spionage und der Zusammenarbeit mit der palästinensischen Islamischen Widerstandsbewegung beschuldigt worden. Ihm wird auch die gesetzwidrige Befreiung aus dem Gefängnis zu Beginn des Jahres 2012 vorgeworfen. Der Oberste Berater Muhammed Badia sowie Hejrat asch-Schater, Raschid Bajumi, der Kanzlei-Chef des Präsidenten Ägyptens, Ahmed Abd al-Aty, und der Sicherheitsberater des Präsidenten, Ejman Hudud, werden beschuldigt (Muhammed Badia in Abwesenheit, weil dieser auf der Flucht ist), an einem Mord und an der Aufwiegelung zum Mord an friedlichen Demonstranten, an ihrer gewaltsamen Festnahme und an der Anwendung von Folterungen beteiligt zu sein. Vorgeworfen wird ihnen auch der gesetzwidrige Besitz von Waffen und Sprengstoffen. Die Angehörigen der „Ichwan“-Milizen vermischten sich daraufhin mit den protestierenden „Moslembrüdern“ und beantworteten all diese Handlungen mit dem Versuch, den festgenommenen Staatschef zu befreien. Im Ergebnis des Angriffs kamen 34 Personen ums Leben, während 200 Angreifer festgenommen wurden. Die Organisation „Al-Gamaa al-Islamija“ unterstützte ihrerseits die Formationen der „Muslimbruderschaft“ und betonte, dass sie auf den Weg des Terrors zurückkehrt, wenn man M. Mursi aus der Haft nicht entlässt.

Auf Beschluss des Oberkommandos der Streitkräfte wurde der Leiter des Verfassungsgerichts Adli Mansur zum provisorischen Präsidenten Ägyptens ernannt. Das Oberkommando der Streitkräfte versprach, die Verfassung zu verändern, sie einem Volksentscheid vorzulegen und die Wahlen im Januar-Februar 2014 durchführen zu lassen. Mehr als 30 Millionen Menschen unterstützten in Kairo die Militärs. Die Anhänger der „Muslimbruderschaft“ versuchten auf den Plätzen vor der Moschee Rabaa al-Adawija und vor der Universität Kairo Manifestationen der Islamisten zu veranstalten. In anderen Städten kam es zu Auftritten der „Muslimbrüder“, doch wurden sie von der Armee auseinandergesagt. Später versuchte die „Muslimbruderschaft“, Demonstrationen zu organisieren, die aber von den Streitkräften niedergeschlagen wurden. Inzwischen belebte sich auf der Sinai-Halbinsel die Dschihad-Bewegung. Allerdings ist die Situation für die „Ichwan“-Anhängern

nicht günstig, und sie werden einen Krieg wie in Syrien kaum entfesseln können.

Die Reaktion auf die Geschehnisse unter den führenden Politikern des Westens ist eigentlich eindeutig: niemand aus den Vertretern der im Westen regierenden Elite hält die Ereignisse in Ägypten für einen Militärputsch. Präsident Barack Obama erklärte allerdings, dass die Amerikaner „tiefe Besorgnis im Zusammenhang mit dem Beschluss der Militärs empfinden, die Verfassung ausser Kraft zu setzen“, liess die Lieferung von F-16-Flugzeugen nach Ägypten stoppen und setzte die amerikanisch-ägyptischen Manöver „Bright start“ aus. Doch betonte er zugleich, dass „die langfristige Zusammenarbeit mit der Arabischen Republik Ägypten auf gegenseitigen Interessen und Werten beruht“. Catharine Ashton sowie die Aussenminister Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland — L. Fabius und G. Westerwelle — verlangten die Befreiung M. Mursis (was die ägyptischen Behörden im Hinblick darauf kaum akzeptieren würden, dass der abgesetzte Präsident auf seiner Rückkehr an die Machtspitze beharrt).

Die Reaktion unter den arabischen Ländern zeigt, dass diese Staaten das gesamte Geschehen in Ägypten unterstützen. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait stellten dem ägyptischen Staat 12 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Libyen beschloss, an die Arabischen Republik Ägypten monatlich 1 Million Barrel Erdöl zu liefern. Jordanien solidarisierte sich mit den Behörden von Kairo. Präsident Baschar Assad betonte, dass die Geschehnisse in Ägypten „den Zusammenbruch dessen bedeuten, was man den politischen Islam nennt“.

Andererseits stellte sich die Türkei gegen die neue Führung der Arabischen Republik Ägypten. Ankara kritisierte das Vorgehen der ägyptischen Armee und stoppte die Wirkung von 27 Dokumenten, die während des Besuchs des Premierministers T. Erdogan in Kairo im Jahre 2012 unterzeichnet worden waren. Die Türkei unterbrach beispielsweise die Lieferung von zehn unbemannten Flugzeugen und blies gemeinsame militärische Übungen ab, liquidierte die See-Verbindung zwischen Iskenderun (Alexandretta) und Port Said und weigerte sich — darüber hinaus — nach Kairo einen Botschafter zu entsenden, dessen Ernennung Anfang Juli stattgefunden hatte. Ausserdem fasste der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanistischen Union am 5. Juli 2013 den Beschluss, die Mitgliedschaft Ägyptens aufs Eis zu legen, weil der Machtwechsel in Kairo verfassungswidrig ist. Allerdings kam eine von A. Konare geleitete Delegation der Afrikanistischen Union, die sich Ende Juli — Anfang August in Ägypten aufhielt, zu dem Schluss, dass es keinen Militärputsch gegeben hatte.

Die Armee legte die Wahlen für den Anfang des Jahres 2014 fest, was eine wohldurchdachte Geste war. Denn es handelt sich nicht so sehr darum, dass es erforderlich ist, Korrekturen in der Verfassung vorzunehmen und diese zu bestätigen, um dann die Wahlen des neuen Parlaments und des Präsidenten durchzuführen, wie darum, dass die Militärs Zeit brauchen, um die Aktivitäten der „Muslimbrüder“ zu verhüten und — was besonders wichtig ist — die Reformen umzusetzen, die eine Hoffnung auf die Zukunft eröffnen. Wenn ihnen das misslingt, kann die Zukunft eine Spaltung der Kräfte, die sich gegen die Islamisten stellen, sowie eine Wiedergeburt der Autorität der „Muslimbrüder“ bewirken.

Was Syrien anbelangt, so behalten die Rebellen, deren Zahl auf 100000 geschätzt wird, in ihrer Macht einen bedeutenden Teil der Provinzen Idlib, Chaleb, Latakia und Deir az-Zora sowie — teilweise — Guta und Gegenden im Raum der Grenzen zur Türkei und Jordanien. Der übrige Teil des Landes befindet sich — im grossen und ganzen — unter der Kontrolle regierungstreuer Streitkräfte. Die Tatsache, dass die syrische Armee Al-Kussejra, das von den Kämpfern aus der „Brigade Faruk“ verteidigt wurde, sowie Homs eingenommen hatte, war ein strategischer Erfolg des Regimes Syriens, weil sich die Überzeugung abzeichnete, dass es den Krieg gewinnt. Auf Seiten der Regierung kämpfen „Hisbollah“ und, wie die Presse mitteilt, irakische schiitische Formationen, iranische Berater wirken in den Regierungstruppen.

Die Rebellen besitzen neben Handfeuerwaffen bepanzerte Fahrzeuge, Artilleriegeschütze, Panzerabwehrraketen, Granatwerfer, Fla-Anlagen, Panzerwesten sowie Raketensysteme für Salvenbeschuss, mit denen sie von den britischen und arabischen Sonderdiensten versorgt werden.

Die Opposition teilt sich eine innere und eine äussere (was übrigens recht bedingt ist). Die inneren Gegner stellen sich gegen das Regime des Präsidenten Baschar Assad, nehmen jedoch an den Kampfhandlungen nicht teil. Die äussere Opposition beteiligt sich am Aufstand. An ihrer Seite kämpft die Syrische Freiheitsarmee. Ausserdem gibt es noch Salafiten, deren grösste Organisation „Dshabcha an-nusra“ heisst. Auf der Seite der bewaffneten Aufständischen beteiligen sich an den Kämpfen die Saudi-Araber (Anzahl: 4000 Personen), die Jordanier (500 Kämpfer), die Iraker, Libyer, Palästinenser, Tunesier, Amerikaner, Kanadier, Europäer sowie Russen (deren Zahl 200 übersteigt).

Die Anhänger des Fundamentalismus stellen sich sowohl gegen die Regierungskräfte als auch gegen säkularistische Feinde des Regimes. Wie der Leiter der UNO-Kommission zur Untersuchung eventueller Menschenrechtsverletzungen in Syrien P. Sergio Pinheiro erklärt hat, tritt ein unbedeutender Teil der Opposition für die Verwandlung der Arabischen Republik Syrien in

eine demokratische Republik, während der grössere Teil bestrebt ist, das Land in einen theokratischen Staat zu verwandeln.

Zu einer ernsthaften Niederlage der Rebellen wurden Zusammenstösse mit kurdischen Formationen, die den Angriff der Aufständischen abwehrten. Als eine Antwort darauf haben „Dshabcha an-nusra“ und „Islamischer Staat von Irak und Levante“, die mit „Al-Kaida“ verbündet sind, die Einwohner zweier syrischer Dörfer — Tell Arran und Tell-Hassil — als Geisel festgenommen und 450 von ihnen hingerichtet.

Im Westen werden stets Gerüchte breitgetreten, dass in Syrien angeblich chemische Waffen zum Einsatz kommen. Die Opposition beschuldigt deswegen die Regierung, während das syrische Regime die Schuld den Rebellen zuschiebt. B. Assad erklärte, dass „der Einsatz derartiger Waffen den Tod von tausenden und aber tausenden Menschen im Laufe von wenigen Minuten bedeutet. Und wer hätte so was verheimlichen können?“. In der Türkei wurde ein Auto mit Zarin entdeckt, das den Mitgliedern der salafistischen Organisation „Dshabcha an-nusra“ gehörte. Nichtsdestoweniger sind die Vereinigten Staaten, wie der Stellvertreter des Sicherheitsberaters des US-Präsidenten, Ben Rhodes, am 13. Juli 2013 erklärte, zu dem Schluss gekommen, dass das Regime Giftkampfstoffe eingesetzt hatte. Daraufhin fassten die USA den Beschluss, mit den Waffenlieferungen an die Freie Syrische Armee (FSA), in der die „Muslimbrüder“ die Hauptrolle spielen, zu beginnen.

Barack Obama beschloss, den Kongress darüber zu konsultieren, ob es sich lohnt, das syrische Territorium mit Raketen zu beschliessen, bevor entsprechende diesbezügliche Entscheidungen gefallen sind. Seinen Standpunkt bestimmt der Umstand, dass sich die meisten Amerikaner (48 Prozent) gegen die Gewaltanwendung in der Arabischen Republik Syrien stellen, während die Minderheit (29 Prozent) den Standpunkt des Präsidenten unterstützt. Gleichzeitig erklärte jedoch B. Rhodes, dass in Syrien keine flugfreie Zone eingeführt wird. Man erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die Invasion in Irak im Jahre 2003 begann, nachdem die USA verkündet hatten, ihnen stünden zweifelsfreie Zeugnisse darüber zur Verfügung, dass Bagdad über Massenvernichtungswaffen verfügt. Bekanntlich überzeugte sich die ganze Welt später, dass Irak über die Massenvernichtungswaffen nicht verfügt. Nichtsdestoweniger erklärte Frankreich, dass die Regierung der Arabischen Republik Syrien Kampfstoffe eingesetzt hatte. Die Franzosen gaben bekannt, dass sie sich anschicken, Waffen an die Freie Syrische Armee (FSA) zu liefern.

Allem Anschein nach wird das durch den Standpunkt der „Total“ S. A. vorausbestimmt, die plant, eine Kontrolle über die durch die Arabische Republik

Syrien verlegten Erdölleitungen aus Irak zum Mittelmeer zu errichten. Einen solchen Standpunkt teilen Kanada und Australien sowie Grossbritannien, obwohl sie am amerikanischen Angriff nicht teilnehmen wollen. Russland verfügt über Informationen, denen zufolge der Einsatz von chemischen Waffen in Syrien durch die Rebellen vorgenommen worden ist. Diese Informationen hat die russische Seite an die Organisation der Vereinten Nationen übergeben.

Russische Journalisten, die die Arabischen Republik Syrien besuchten, übergaben an das UNO-Sekretariat Videoaufzeichnungen darüber, dass die Rebellen Kampfstoffe eingesetzt hatten. Carla del Ponte, die das Mitglied der technischen Mission der UNO-Experten zur Untersuchung von Informationen über den Einsatz der chemischen Waffen in Syrien ist, hat betont, dass die gesammelten Unterlagen auf den Einsatz von Kampfstoffen durch die Rebellen hinweisen. Ende September übergab der Aussenminister der Russischen Föderation S.W. Lawrow an den US-Aussenminister J. Kerry ein Dokument, das davon zeugt, dass die Rebellen chemische Waffen am 21. August dieses Jahres in einem Vorort von Damaskus eingesetzt hatten.

Am 9. September 2013 hat S.W. Lawrow vorgeschlagen, die Kampfstoffe der Arabischen Republik Syrien unter die internationale Kontrolle zu stellen, was erlauben würde, den Schlag gegen Syrien abzuwenden. Am 10. September kündigte der syrische Aussenminister Walid Muallem an, sein Land schliesse sich der Konvention über das Verbot chemischer Waffen an und sei gewillt, die Kampfstoffe zu vernichten. Am 10. Oktober 2013 schlug B. Obama den Kongressabgeordneten vor, die Abstimmung über eine Resolution aufzuschieben, die ihm gestatten würde, Streitkräfte gegen Syrien einzusetzen (eine solche Abstimmung sollte am 11. Oktober stattfinden). Im September dieses Jahres wurde — aufgrund der Verhandlungen zwischen S. W. Lawrow und John Kerry — eine Übereinkunft bezüglich der Vernichtung chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien erzielt. Parallel dazu beschloss der Sicherheitsrat am 27. September 2013 die Resolution 2118, in der über die Unterstützung von Massnahmen zur Vernichtung von Kampfstoffen in Syrien die Rede war. Gleichzeitig hiess es in dieser Entscheidung, dass es zulässig wäre, Massnahmen im Rahmen des Artikels VII der Charta der Vereinten Nationen zu ergreifen, wenn irgendeine Seite chemische Waffen einsetzen wird. Die Ergreifung derartiger Massnahmen würde jedoch eine neue Resolution des Sicherheitsrates erfordern. Dank den durch die russische Diplomatie angeregten Handlungen ist es also gelungen, den amerikanischen Schlag gegen Syrien aufzuschieben oder abzuwehren.

Die Liga Arabischer Staaten suspendierte die Mitgliedschaft Syriens, verhängte Sanktionen gegen Syrien und erlaubte den Mitgliedsländern, den Aufständischen militärische Hilfe zu erweisen. Katar, Saudi-Arabien, Libyen, Jordanien, sunnitische Kampfformationen aus dem Libanon sowie die Türkei stellen der Opposition Waffen zur Verfügung. Inzwischen kündigte die Türkei an, dass sie sich anschickt, am Angriff auf die Arabische Republik Syrien teilzunehmen, und das Königreich Saudi-Arabien die Erklärung abgab, dass es den Wunsch der Amerikaner unterstützt, gegen Syrien vorzugehen, während sich Jordanien, Irak, Ägypten, Algerien und Marokko gegen den geplanten Schlag stellten. Die Europäische Union verhängte Sanktionen und nahm das Embargo für die Lieferungen von Waffen an die Rebellen nicht wieder auf, empfahl allerdings den ihr angehörenden Ländern, auf der gegebenen Etappe zu den obenerwähnten Lieferungen nicht überzugehen.

England, das bereits nicht militärische bepanzerte Fahrzeuge und Panzerwesten liefert, arbeitet auf eine Aufhebung des Embargos für die Lieferungen von Waffen hin. Frankreich hat beschlossen, das Verbot für die Waffenlieferungen aufzuheben, während Deutschland sich gegen die Versorgung der Aufständischen mit den Waffen stellt.

Israel deklariert zwar, sich neutral zu verhalten, doch hat seine Luftwaffe im Laufe des zurückliegenden Jahres dreimal Syrien angegriffen. Die israelische Presse schrieb, dass sich die Luftangriffe gegen die Bewaffnung richteten, die für „Hisbollah“ bestimmt war: die Boden-Boden-Raketen „Fateh-110“ und „SKAD“, chemische Kampfstoffe, russische schiffsbekämpfende Raketen vom Typ „Jachont“ und Luftabwehrraketen SA-17. Erstaunen muss dabei der Umstand hervorrufen, dass die Anhänger der erwähnten schiitischen Organisation in kürzester Frist gelernt haben, derart komplizierte Waffen einzusetzen.

Die un stabile Situation, die — seit Beginn des Aufstandes — auf den Golan-Höhen herrscht, zwang, japanische, kroatische und österreichische Militärangehörigen aus dem Bestand der UNO-Streitkräfte für die Kontrolle über die Trennung verfeindeter Seiten abzuziehen. Als eine besonders starke Beeinträchtigung erwies sich der Abzug des österreichischen Kontingents. Allerdings erzielte der UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon eine Vereinbarung, der zufolge die Österreicher durch die Kontingente aus anderen Ländern ersetzt werden.

Ein ernsthaftes Problem sind Flüchtlinge aus Syrien, deren Zahl — nach den Angaben der UNO — 2 Millionen erreicht. Davon halten sich 550000 Flüchtlinge in Jordanien auf, 300000 bis 450000 in der Türkei, 300000 bis 500000 im Libanon. Hinzu kommen 500000 Syrer, die aus Syrien legal ausge-

wandert sind. In der letzten Zeit siedelten Kurden aus Syrien nach dem Irakischen Kurdistan über.

Die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft sieht die Lösung des Problems der politischen Regelung in der Arabischen Republik Syrien auf dem Wege der Einberufung einer internationalen Konferenz. Allerdings ergeben sich auf dem Wege ihrer Einberufung Hindernisse. Das syrische Regime bequeme sich zur Einberufung der Konferenz. Aber B. Assad verkündete in einer Ansprache, dass die Syrer nur mit denjenigen verhandeln wollen, die sich durch blutige Untaten nicht befleckt haben. Die äusseren Gegner haben ihre Zustimmung zur Einberufung der Konferenz mit der Entmachtung B. Assads und mit der Unterbrechung der Offensive der Regierungstruppen verknüpft. Später knüpften sie ihre Beteiligung an der Konferenz an die Bedingung, dass sie die Wege zur Entmachtung des syrischen Präsidenten erörtern wird.

Besonders steht die Frage bezüglich der Einladung Irans und Saudi-Arabiens: die Vereinigten Staaten und westeuropäische Länder sind mit dem Vorschlag Russlands nicht einverstanden, die Teilnahme Teherans zuzulassen. Washington ist der Meinung, dass das Ziel der Konferenz die Entmachtung des syrischen Präsidenten und die Bildung einer Koalitionsregierung sein muss. Vom Standpunkt Moskaus aus müssen die Seiten selbständig — ohne Einmischung von aussen — eine Einigung erzielen. Das Aussenministerium der Russischen Föderation warnt dabei, dass ungeachtet der errungenen Siege das Regime kaum damit rechnen kann, dass der Abschluss des Krieges in akzeptablen Fristen kommen wird. S.W. Lawrow und John Kerry erklärten Anfang Oktober 2013, dass sie auf die Einberufung der Konferenz in der zweiten Novemberhälfte dieses Jahres hoffen.

Wie am 16. Mai 2013 der Beirutener Fernsehkanal „Al-Manar“ mit dem Hinweis auf den Zentralen Nachrichtendienst der USA (CIA) mitgeteilt hat, würden 75 Prozent der syrischen Wähler, wenn die Wahlen heute stattfinden würden, für Baschar Assad stimmen. Von diesem Standpunkt aus wird die Opposition (wenn die Lage unverändert bleibt) früher oder später niederkämpft sein. Aber es bleiben äussere Faktoren. Erstens: die Verlegung zusätzlicher Verstärkungen aus dem Bestand islamischer Freiwilliger nach Syrien. Zweitens: die Lieferungen von Waffen an die Aufständischen aus den USA und aus europäischen Staaten sowie aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Hinzu kommt, dass die Erklärung flugfreier Zonen durch die Mitglieder der EU nicht ausgeschlossen ist. Aufgrund dieses Umstandes ist es schwer vorauszusagen, wie sich die Geschehnisse entwickeln werden. Umso mehr im Hinblick auf das Beispiel Libyens, wo trotz der Unterstützung, die die Mehrheit der Bevölkerung dem Führer der libyschen Revolution Muammar Gad-

dafi erwies, die offene Hilfe des Westens und der arabischen Länder für die Kräfte der Aufständischen zu einem Zusammenbruch des Regimes führte.

Auch in Tunesien ist die Situation unruhig. Im Februar und Juli 2013 begannen — im Zusammenhang mit der Ermordung des Chefs der „Partei Vereinigter Patriotischer Demokraten“, Schukri bel-Ejd, und des Führers der Partei „Volksbewegung“ Muhammed Brahmi — in Tunesien Demonstrationen. In der Hauptstadt und in anderen Städten gingen tausende Menschen auf die Strasse. Sie verlangten die Entmachtung der Bewegung „Ennahda“. Der Gewerkschaftsdachverband Tunesiens (UGTT), der 600000 Mitglieder zählt, schloss sich den Protestierern an. In der Stadt Tunis steckte die aufgebrauchte Menschenmenge das Hauptquartier der Bewegung „Ennahda“ in Brand. Auch in einer Reihe anderer Ortschaften wurden die Büros der Bewegung „Ennahda“ demoliert. Andererseits begannen Banden von Islamisten, Gegendemonstrationen und Zusammenstöße mit der Opposition zu veranstalten. Gleichzeitig regten im Raum der tunesisch-algerischen Grenze integristische bewaffnete Formationen ihre Aktivitäten, weswegen Grenzgebiete im Raum Kaserin gesperrt wurden.

In diesem Zusammenhang fasste die Regierung den Beschluss über Selbstauflösung. Der Premierminister und Generalsekretär der Bewegung „Ennahda“, Hamadi Dshebali, trat zurück. Mit der Bildung einer neuen Regierung wurde der Innenminister und Stellvertreter der Bewegung „Ennahda“, Ali Larahedu beauftragt, den tausende Manifestanten zum Rücktritt aufgerufen hatten, weil er den Mord an Schukri bel-Ejd nicht hatte verhindern können. In der von ihm gebildeten Regierung fielen der Bewegung „Ennahda“ 28 Prozent der Sitze zu, während im alten Regierungskabinett sie über 40 Prozent der Posten verfügt hatte. An parteilose Minister wurden 48 Prozent der Kabinettsposten vergeben. Unabhängig sind die Minister für auswärtige Angelegenheiten, für innere Angelegenheiten und für Justiz. Also stimmte die Bewegung „Ennahda“ den Zugeständnissen zu. Doch dauerten die Unruhen an. Am 7. August 2013 fasste Mustafa ben Dshafar, Vorsitzender der Nationalen Gründungsversammlung, den Beschluss, diese zu schliessen. Später trat die Regierung zurück.

Tunesien steht vor komplizierten Aufgaben. Im Jahre 2012 wurde lediglich die Hälfte von Budgetmitteln verausgabt, die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Inzwischen gibt es in Tunesien 700000 Arbeitslose, was 18 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausmacht (im Vergleich zu 13 Prozent im Jahre 2010). Dabei erreicht der Arbeitslosenstand in einigen Landesgebieten 50 Prozent. Der Rückgang des Tourismus wirkt sich auf 30 Prozent der Beschäftigten aus. Ausländische Touristen haben bis 50 Prozent

der Einnahmen in das lokale Budget gebracht. Im Jahre 2011 schrumpfte die Wirtschaft Tunesiens — erstmalig seit 1986 — um 1,8 Prozent. Das Budgetdefizit betrug im vorigen Jahr 7,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu 2,6 Prozent im Jahre 2010. Die Devisenreserven machten 7,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, was gestattete, für den Import im Laufe von drei Monaten zu zahlen. Die Inflation erreichte — nach verschiedenen Angaben — gegen Ende des Jahres 5,5 bis 10 Prozent. Infolgedessen senkte „Standard & Poor's“ das Rating Tunesiens auf „BB-1“.

Im Ergebnis ging die Popularität der Regierung der Bewegung „Ennahda“ zurück. 92 Prozent aller Tunesier glauben, dass im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit Wirtschaftsfragen stehen müssen, während 78 Prozent der Meinung sind, dass sich in der Zeit, in der die „Ennahda“ an der Macht gewesen ist, die Wirtschaftslage nicht verbessert hat. Die Einwohner Tunesiens glauben, dass nicht nur die Geschäftskreise, sondern auch die Regierung keine gehörige Aufmerksamkeit den Zuständen im Bereich der Beschäftigung schenken.

Die Angelegenheit beschränkt sich nicht auf die Wirtschaft allein. Die Tunesier behaupten, dass die „Ennahda“ Kontakte zu tunesischen Privatsektoren hergestellt hat und Demonstrationen unterdrückt. Der „Partei der islamischen Befreiung“ („His ut-Tahrir al-Islami“) ist es gelungen, am Gebäude der Nationalen Gründungsversammlung 2500 Demonstranten zu versammeln, die die Errichtung eines Kalifats und die Einführung der Scharia verlangten. Die Ausschreitungen der Extremisten im Sommer 2012 zwangen die Behörden, in der Hauptstadt die Sperrstunde für mehrere Tage zu verhängen, während am 4. September des vorigen Jahres die Salafiten einen Überfall auf die Botschaft der USA verübten. Zahlreiche gewerkschaftliche und oppositionelle Bewegungen beschuldigen islamistische Gruppierungen, ihre Hauptquartiere und ihre Aktivisten überfallen zu haben. Zwangsweise erhebt sich die Frage, ob die Salafiten im Leben Tunesiens dominieren würden, während sich das Land in einen Stützpunkt zur Ausbildung von Kampfgruppenmitgliedern für das Ausland verwandelt.

„Standard & Poor's“ hält für den ersten Grund einer Herabstufung von Ratingnoten für Investitionen die Instabilität der politischen Situation. Die einen ängstigen sich, dass sie die gewohnten Lebensbedingungen unter der Herrschaft von Imamen einbüßen müssen, die anderen fürchten sich vor einer Gefahr der Repressalien im Fall eines Sieges der Opposition. Angst gibt es aber auch in einer anderen Hinsicht. Denn die Bewegung „Ennahda“ hat sich in eine homogene Partei doch nicht verwandelt: die einen Mitglieder der „Ennahda“ treten für ein pragmatisches Herangehen an die Situation ein, während die anderen auf der Anwendung islamischer Gesetze bestehen.

Die Wahlen werden zeigen, welche Partei den stärksten Einfluss genießt. Aber wann werden diese Wahlen stattfinden? Einige Parteien verlangen, die Wahlen auf den Herbst dieses Jahres zu übertragen.

Und noch etwas. Das Land ist überflutet mit Teilnehmern bewaffneter Gruppen sowie mit Waffenlagern, die man mit beneidenswerter Regelmäßigkeit immer wieder entdeckt. Nicht ausgeschlossen ist, dass ein Teil der Bewegung „Ennahda“, die dem militanten Flügel nahesteht, und die Vertreter der Salafiten zu den Waffen greifen können, wenn sie mit den Ergebnissen der Wahlen unzufrieden sind. Ein Silberstreifen am Horizont rührte allerdings davon her, dass die Bewegung „Ennahda“ den Forderungen der Opposition zustimmte, eine Regierung der Technokraten zu bilden.

Am 3. Oktober 2011 endete — formell — der Krieg in Libyen. Dank den Fliegerangriffen der Luftstreitkräfte der NATO und dem bewaffneten Vorgehen der Aufständischen, die durch Formationen aus dem Ausland unterstützt worden waren, wurde M. Gaddafi — nach acht Monaten Widerstand — gestürzt. Bei der Bekämpfung des Regimes Gaddafis vereinigten sich Salafiten aus dem Bestand der „Libyschen Islamischen Kampfgruppe“, die Spitze der Stämme aus der Kyrenaika, die unzufriedenen Vertreter der Bourgeoisie, die ihren Einfluss im Tourismus, bei den Dienstleistungen, auf dem Erdölgebiet, im Bauwesen, in der Medizin an die Amerikaner verloren hatten, sowie die Jugend und die heutigen mittelständischen Schichten. Ausgelöst wurde die Unzufriedenheit auch durch die Entlassung von 400000 von 1 Million Staatsangestellten (die allerdings eine Entschädigung in Höhe von 200 US-Dollar allmonatlich im Laufe von drei Jahren bekommen haben).

Hinzuweisen wäre auch auf die Existenz der Arbeitslosigkeit, obwohl das Regime dafür nicht verantwortlich ist. In der Dschamahiriyya (wie sich Syrien unter Gaddafi nannte) wurden hunderte Landparzellen mit den auf ihnen gebauten Häusern zur Pacht angeboten und an der Küste zahlreiche fischverarbeitende Fabriken errichtet. Unter den Libyern fand sich jedoch niemand, der sich mit Landwirtschaft oder Fischerei und Fischverarbeitung abgeben wollte. Die Einwohner lebten vom Geld, das aus dem Erdölverkauf stammte, während an den Ölquellen ausländische Fachkräfte arbeiteten.

Gestürzt wurde das Regime von Gaddafi um einen Preis von 25000 Toten und 50000 Verwundeten, was insgesamt 1,1 Prozent der Bevölkerung Libyens ausmachte. Die Morde an Aktivisten, Juristen und Beamten dauern in Libyen immer noch an. Die Staatsmacht fiel jedoch nicht in die Hände der Triebkräfte der „arabischen Meuterei“. Der Durchbruch zur Macht gelang weder der Spitze der Stämme der Kyrenaika noch den Salafiten, noch der Bourgeoisie, noch den militanten Gruppen aus Zlitan und anderen Städten. Die Macht er-

oberten die Tripolitanier sowie Emigranten, die aus dem Ausland gekommen waren.

Die Situation in Libyen sieht heutzutage folgendermassen aus. Im August 2012 übergab der Nationale Übergangsrat die Macht dem gewählten Parlament — dem Allgemeinen Nationalkongress. Die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft werden auf das Konto der neuen Behörden überwiesen. In einige Ortschaften marschierten Truppen des neuen Regimes ein. Aber das ist eigentlich alles, was die neue Regierung erreichen konnte.

Die provisorische Regierung Libyens legte die letzte Frist für die Abgabe von Waffen fest; dem 20. Dezember 2012. Die Bevölkerung gehorchte jedoch nicht. Zahlreiche bewaffnete Gruppen füllten Tripoli, Bengasi, Sirte und andere grössere Städte. Die Zusammenstösse zwischen ihnen hören nicht auf. Am 28. Februar 2013 umzingelten die „Revolutionäre“ die Gebäude der Ministerien für innere und für äussere Angelegenheiten und verlangten den Rücktritt von Beamten, die mit dem Regime von Gaddafi liiert gewesen waren. Im Raum von Kufra und Sebha kam es zu Kämpfen zwischen der arabischen Bevölkerung und dem Stamm Tubu. Im Süden des Landes dauern Repressalien gegen die Tuareg an. Die Sintan-Brigade ist wegen ihrer Ambitionen bei der jetzigen Führung in Ungnade gefallen und hat zugleich eine Reihe von Zusammenstössen mit der Libyschen Islambewegung (so nennt sich nach dem Sieg die Libysch-Islamische Kampfgruppe) provoziert. Fast völlig zerstört sind die Städte Sirte, Beni-Walid und Tawerga, deren Bevölkerung einer ethnischen Säuberung ausgesetzt wurde, weil sie den gestürzten M. Gaddafi unterstützt hatte. In Tripoli und anderen Städten herrschen in der Nacht organisierte Verbrecherbanden, weswegen die Einwohner fürchten, ihre Häuser zu verlassen.

In Libyen, wo ein bedeutender Teil der Bevölkerung in Tripolitanien und Fezzana den ehemaligen Herrscher M. Gaddafi unterstützt hat, dauert der Widerstand gegen die Behörden an. Mehrere Tage lang wurde die grüne Fahne des ehemaligen Regimes über Beni-Walid gehisst. Dabei waren aus der Stadt die Milizen der Stämme vertrieben, die sie zuvor besetzt hielten. Fortgesetzt wird der Widerstand der Anhänger der Dschamahiriyya. Als Beispiel kann man Sebha zitieren, wo am 12. April 2013 eine Brigade der Regierungstruppen angegriffen worden ist. Am 11. September 2012 wurden in Bengasi vier Amerikaner getötet, darunter der Botschafter Chris Stevens. Daraufhin verliessen Bengasi die Vertreter einer Reihe von Ländern. Am 23. April 2013 wurde ein Fahrzeug vor dem Botschaftsgebäude Frankreichs in Tripoli gesprengt. Zwei französische Wachmänner wurden in Mitleidenchaft gezogen. Anfang Oktober 2013 ereignete sich ein Überfall auf die Bot-

schaft der Russischen Föderation. Danach musste man das Botschaftspersonal evakuieren.

Aus Gefängnissen wurden Menschen, die durch das frühere Regime eingekerkert worden waren, (zugleich aber auch Kriminelle) befreit. Inzwischen füllten sich die Gefängnisse — durch die Bemühungen „revolutionärer Brigaden“ — mit 7000 neuen Andersdenkenden. Sejf al-Islam Gaddafi wird in Sintan festgehalten. Dabei wird nicht beabsichtigt, ihn an Tripoli oder an das Internationale Kriminalgericht auszuliefern. In Libyen sitzen zwei russische Bürger — A.I. Schadow und W.W. Dolgow — sowie 19 Ukrainer und drei Weissrussen ein, denen vorgeworfen wird, die Technik des früheren Regimes repariert zu haben.

Christen werden von Salafiten angegriffen. Zerstört wurden unter anderem zwei Kirchen in Tripoli, eine Kirche in Bengasi und eine in Misurat. Unter Arrest sind 15 Personen, denen Proselytismus vorgeworfen wird, während 50 Menschen festgenommen wurden, die aus diesem Anlass bei einer Demonstration dagegen protestiert hatten. Zwei ägyptische Christen sind ermordet worden. Die griechische Kirche in Tripoli wurde geschlossen, während wohltätige katholische Missionen das Land verlassen mussten. Mehr noch: nur wenige tausende von 100000 Christen blieben in Libyen. Die russisch-orthodoxe Kirche hat eine Erklärung veröffentlicht, in der Beunruhigung im Zusammenhang damit zum Ausdruck gebracht worden ist, dass in Libyen religiöse Spannungen schlagartig zunehmen. Geäußert wurde in der Erklärung auch Befremden bezüglich der recht gleichgültigen Reaktion der Weltgemeinschaft auf Fälle einer Diskriminierung von Christen in Libyen.

Die Situation in Libyen wird durch die schwere wirtschaftliche Lage beeinträchtigt. Städte und Ortschaften, die sich in Müllhaufen verwandelt haben, brauchen für den Wiederaufbau 10 Milliarden US-Dollar und eine Frist von zehn Jahren. Dem Regime mangelt es an Geld. Dabei fragt es sich: Wo sind eigentlich 250 Milliarden US-Dollar, die den Libyern aus dem Verkauf ihres Erdöl zustehen und die an westlichen Banken „eingefroren“ sind?

Eine weitere Besonderheit Libyens ist, dass in der neuen Führung keine bedeutsame Persönlichkeiten vertreten sind. Abdel Salam Dschellud. Mustafa al-Harrubi und Huswejldi al-Hmejdi, Mitglieder des Revolutionsrates der Grossen Sozialistischen Libyschen Volks-Dschamahiriyya, die auf die Seite der jetzigen Machthaber übergelaufen sind, bleiben überhaupt nicht gefragt. Auch unter den neuen Machthabern findet sich keiner, der sich — auch nur entfernt — mit Gaddafi messen könnte.

In aussenpolitischer Hinsicht versorgt der Führer der Libyschen Islamischen Bewegung und Chef der Partei „Al-Watan“, Abdel Hakim Belhadsch,

die Aufständischen in Syrien mit Waffen, was eine Verletzung der vom UNO-Sicherheitsrat verhängten antilibyschen Sanktionen bedeutet. Der Aussenminister der Russischen Föderation, S.W. Lawrow, lenkte die Aufmerksamkeit auf diese Tatsache und verlangte vom Ausschuss des UNO-Sicherheitsrates für Sanktionen bezüglich Libyen, sich mit diesen Mitteilungen zu befassen. Leider verspäten sich die im Zusammenhang mit dieser Initiative ergriffenen Massnahmen.

Die Zukunft des Landes bleibt also unklar. Libyen „somalisiert sich“. Auf lange Sicht hängt die Entwicklung der Ereignisse davon ab, ob es den Behörden gelingt, die Entwaffnung der Stämme durchzusetzen. Chancen dafür sind minimal. Also bleibt der folgende Schritt: die in Tripoli sitzende Führung muss eine Politik betreiben, die den Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. In Libyen aber, wo 130 Stämme miteinander rivalisieren, erscheint das kaum wahrscheinlich.

Insgesamt ist die Situation in der arabischen Welt vorerst recht unbestimmt. Nichtsdestoweniger wird aber klar, dass sich immer mehr Menschen gegen den Islamismus stellen. Die Anhänger des gemässigten Islams wie auch salafistische Organisationen müssen sich jedoch mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage befassen. Falls sie dabei scheitern, wird sich die Bevölkerung möglicherweise wieder den Islamisten zuwenden. Man darf den Umstand nicht übersehen, dass der moderne Islamismus seit Ende des 19. Jahrhunderts existiert. Und keine einfache Aufgabe ist es, sich von ihm zu erlösen.

Besonders bezeichnend ist die Rolle der USA. Von der angekündigten Demokratisierung zeugt keineswegs der Sturz prowestlicher Regimes in Ägypten, Libyen, Tunesien und Syrien. Ungewollt ergibt sich der Eindruck: das Hauptziel der USA ist, im Nahen Osten eine chaotische Situation zu schaffen und dadurch die Politik Chinas, Japans, Indiens und Südkoreas sowie der grössten europäischen Staaten in dieser Region zu schädigen. Selbstverständlich wird sich diese Politik auch auf Russland auswirken. Zugleich ist diese Politik für Washington gefährlich, weil sie nicht imstande ist, den Salafismus zu kontrollieren. Man darf nicht vergessen, dass die bedenkenlose Unterstützung der „Al-Kaida“ gegen die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan und die dort stationierte Sowjetarmee letzten Endes einen Schlag der Terroristen gegen die Vereinigten Staaten selbst ausgelöst hat.



Alexej
MESCHKOW

Stellvertreter des
Aussenministers
Russlands

AMeshkov@mid.ru



GERÜCHTE ÜBER EINEN BALDIGEN ZUSAMMENBRUCH DER EUROPÄISCHEN UNION ERSCHEINEN UNS ALS VERFRÜHT

„Internationales Leben“: In europäischen — unter anderem in französischen — Massenmedien taucht gelegentlich die Meinung auf, dass der Kreml gegen die Europäer spielt. Womit hängen — Ihrer Ansicht nach — die in der letzten Zeit aufkommenden aggressiven Stimmungen in Bezug auf Russland zusammen?

Alexej Meschkow: Ich kann nicht der Behauptung zustimmen, dass in Bezug auf Russland in Europa Stimmungen aufgekommen sind, die man als aggressiv bezeichnen könnte. Nehmen wir beispielsweise Frankreich. Meine jüngsten Kontakte mit französischen Vertretern, darunter mit Deputierten der Nationalversammlung und des Oberhauses — des Senats Frankreichs — hinterliessen den Eindruck vom aufrichtigen Interesse der

*Алексей МЕШКОВ, Заместитель министра иностранных дел Российской Федерации
СЛУХИ О СКОРОМ РАСПАДЕ ЕВРОПЕЙСКОГО СОЮЗА, КАК НАМ ПРЕДСТАВЛЯЕТСЯ,
ПРЕЖДЕВРЕМЕННЫ*

französischen Seite an der Vertiefung und Festigung der Beziehungen Russlands nicht nur mit einzelnen Ländern Europas, sondern auch mit unserer strategischen Partnerin — der Europäischen Union. Gerade ausgehend von einem solchen gegenseitigen Interesse an der Entwicklung der Zusammenarbeit, darunter auch im Rahmen einer Verstärkung von Kontakten zwischen den Menschen und im Rahmen der Bildung eines einheitlichen rechtlichen und humanitären Raums in Europa, bauen wir unsere Aussenpolitik in der europäischen Richtung auf. Dieser Kurs hat auch seine Gegner, aber sind sie in der eindeutigen Minderheit.

„Internationales Leben“: Im Laufe der letzten Jahre macht die Europäische Union eine tiefgreifende Krise durch, nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine institutionelle, moralische Krise. Hätte Europa schon vor zehn Jahren einen anderen Weg einschlagen und die jetzige Entwicklung der Ereignisse vermeiden können?

Alexej Meschkow: Die Einführung der einheitlichen Währung Euro und eine grossangelegte Ausdehnung gen Osten im Jahre 2004 wurden als ein Höhepunkt des 20jährigen — ausreichend dynamischen — Prozesses der Eurointegration sowohl „in der Vertikale“ als auch „in der Horizontale“ aufgefasst. Scharfe Krisen, die die EU heimgesucht hatten: die institutionelle Krise (2005-2009) und die finanziell-ökonomische Krise (2008-2009), deckten systembezogene Misshelligkeiten auf, die sich auf alle Bereiche der Entwicklung und Politik der EU auswirkten.

Heutzutage spricht man im Westen über eine Störung der Homogenität in der EU-28, über Merkmale einer erheblichen Differenzierung von Interessen der Mitgliedsländer der Europäischen Union, über eine Störung des Gleichgewichts zwischen den Entwicklungsstrategien der Integration „in die Breite“ und „in die Tiefe“. Wie Politologen zugeben, beeinflussen die erwähnten Faktoren den Zustand des Bereichs der ökonomischen Integration, einschliesslich ihrer sozialen Aspekte. Nicht aufhören wollen Diskussionen bezüglich der Wege zur Überwindung von Krisenerscheinungen in der Europäischen Union, darunter bezüglich des Bedarfs an neuen institutionellen Reformen. In Europa spricht man nun offen vom Wachstum des Euroskeptizismus und sogar „eurozentrifugaler Tendenzen“.

Heute ist es schwierig, darüber zu urteilen, ob die Europäische Union vor zehn Jahren hätte einen anderen Weg einschlagen können. Die Geschichte kennt bekanntlich kein Konjunktiv. Eins ist völlig klar: die Europäische Union tritt in eine recht komplizierte Periode ihrer Entwicklung ein. Diese Periode unterscheidet sich wesentlich von der vorangegangenen Zeitspanne. Und die Euroinstitute und EU-Mitgliedsländer werden

ohne Zweifel eine bestimmte Zeit brauchen, um sich an moderne Realitäten der Eurointegration anzupassen.

„Internationales Leben“: Können sich vielleicht die Euroskeptiker als Hellseher erweisen, während die zentrifugalen Tendenzen zu einer Realität werden?

Alexej Meschkow: Ja, tatsächlich. Heute erlebt Europa nicht seine besten Zeiten.

Hier sind die durchschnittlichen Kennziffern für die Länder der Europäischen Union: im laufenden Jahr wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nicht höher als 1,8 Prozent erwartet (im Vergleich zu 4,3 Prozent des Vorkrisenjahres 2008), die Inflation beträgt 1,6 Prozent, die Arbeitslosigkeit beläuft sich auf rund 20 Millionen Personen; unter den jungen Menschen im Alter bis 25 Jahren erreicht der Stand der Arbeitslosigkeit 55 Prozent. Unter der Armutsgrenze leben heute 16 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union.

Heute wird niemand voraussagen wollen, wie lange die Krisenerscheinungen im EU-Raum bestehen bleiben und deren Folgen zu spüren sind.

Die Eurogemeinschaft wendet unter diesen Bedingungen tatkräftige Anstrengungen auf, um Wege zum Ausgang aus der bestehenden Situation zu finden. Verschärft wird die Budget- und Finanzdisziplin; man sucht nach Reserven für die Anregung des wirtschaftlichen Wachstums und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze; studiert wird die Möglichkeit für die Reformen von Instituten der Europäischen Union. Im Hinblick auf derartige Aktivitäten und auf die Stimmung zugunsten der Wahrung der Lebensfähigkeit der EU wird es wahrscheinlich gelingen, zentrifugale Kräfte in diesem politisch-ökonomischen Gebilde zu neutralisieren.

Die Antwort auf diese Frage würde ich wie folge verallgemeinern: Gerüchte über einen baldigen Zusammenbruch der Europäischen Union erscheinen uns als verfrüht.

„Internationales Leben“: Sind Sie der Meinung, dass die Hauptursache der Krise in der stürmischen Erweiterung der Europäischen Union, darunter durch wirtschaftlich ungenügend entwickelte osteuropäische Staaten, liegt?

Alexej Meschkow: Die Hauptursache liegt — ohne Zweifel — nicht darin. Die stürmische Erweiterung der Europäischen Union spielte natürlich ihre Rolle, dabei eine recht bedeutsame Rolle. Wenn Sie wollen, wurde der Faktor eines „bedenkenlosen“ Vormarsches gen Osten zu einer wichtigen Komponente in der Gesamtheit von Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise, von der die Europäische Union erfasst worden war. Als eine anschau-

liche Bestätigung dieser Schlussfolgerung können Diskussionen dienen, die sich in den EU-Ländern zum Thema eines Kerns und einer Peripherie, des Nordens und des Südens, der Eurozone und aller anderen, eines „Europas zweier Geschwindigkeiten immer tatkräftiger entfalten“.

Die Erweiterung der Europäischen Union, die von Brüssel in Kategorien der Verbreitung eines Areals des Friedens, der Demokratie und des wirtschaftlichen Wohlstandes ausgelegt wird, geschah in mancher Hinsicht ohne Berücksichtigung des realen Grads der Bereitschaft von Kandidaten für den Beitritt in die EU, ohne Berücksichtigung ihrer faktischen Übereinstimmung mit den Forderungen, die Brüssel an sie stellte. Neue Mitglieder wurden in den Jahren 2004 und 2007 des Öfteren gleichsam auf Vorschuss aufgenommen. Gemeint hat man, dass sie später vieles verbessern und die hohen Standards nachholen würden. Wie man sieht, ist es bei weitem nicht allen gelungen.

Die durch die Europäische Union vorgenommene Umwertung der Erfahrungen vorangegangener Etappen der Ausdehnung Europas zeugt davon, dass das „alte Europa“ einen Systemfehler in den strategischen Berechnungen geopolitischer Ambitionen der EU und ihrer integrierenden Fähigkeiten einsieht. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwingen nun — infolgedessen — die Europäische Union, in erster Linie für die Rettung der jetzigen Mitgliedstaaten zu sorgen (zu Griechenland, Portugal und Irland können sich auch andere Länder gesellen), während es danach aussieht, dass der Enthusiasmus in Bezug auf die weitere Erweiterung bei den EU-Mitgliedern schrumpft.

Denn es ist kein Geheimnis, dass die Beschlüsse über die Erweiterung der Europäischen Union in den Jahren 2004 und 2007 in hohem Masse aus politischen Überlegungen gefasst worden sind. Die Absicht bezog sich wohl darauf, dass die neuen EU-Mitglieder mit Unterstützung der finanziellen EU-Zuwendungen viele sozial-ökonomische Probleme ausreichend schnell lösen und den Abstand im Grad der wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten überwinden können. Das Leben hat jedoch gezeigt, dass dafür noch viele Jahre gebraucht werden. Diese Ungleichartigkeit verstärkt lediglich die Unausgeglichenheit in der ökonomischen Konstruktion der Europäischen Union und erschwert den Ausgang aus der andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise.

Unsererseits haben wir wiederholt das Interesse an einer stabilen, starken und ganzheitlichen Europäischen Union betont. Die EU ist unsere Schlüsselpartnerin in Handel und Wirtschaft, und wir bewahren einen bedeutenden Teil der Gold- und Devisenreserven in Euro auf. Aufrichtig

wünschen wir unseren europäischen Partnern den baldigsten Austritt aus dem Krisenbereich.

„Internationales Leben“: Kann man denn darüber reden, dass die Krise das Vertrauen zu den politischen Systemen der Europäischen Union untergraben hat?

Alexej Meschkow: Auf der Hand sind, wie ich glaube, alle Merkmale einer solchen Tendenz, die aufhorchen lässt. Das Vertrauen — zu politischen Systemen der EU-Länder insgesamt und zu europäischen Politikern im Besonderen — seitens der Bürger ist im Sinken begriffen. Davon zeugen die Umfragen der öffentlichen Meinung, die elektorale Aktivität der Bevölkerung (die Wahlbeteiligung nimmt fortwährend ab), die Entstehung neuer „originellen“ Formen des Ausdrucks von Unzufriedenheit bei den Bürgern. Vor aller Augen ist das Beispiel Griechenlands: wir dürfen nicht vergessen, mit welchen Schwierigkeiten dort eine neue Regierung gebildet worden ist. Übrigens reden auch die EU-Mitglieder selbst mit allem Ernst über die Gefahren des politischen Bereichs, die aus wirtschaftlichen Misshelligkeiten resultieren. Also ist das ein tatsächlich sehr akutes Thema. Davon, inwieweit Europa mit der Aufgabe der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise fertig wird, hängt in mancher Hinsicht auch seine politische Zukunft ab. Falls sich negative Tendenzen in der Wirtschaft weiterhin vertiefen, was, wie Sie wohl verstehen, soziale Erschütterungen in sich birgt, darf man die Möglichkeit voll und ganz nicht ausschliessen, dass in den EU-Ländern „systemfremde“ Politiker an die Macht kommen, darunter auch Extremisten vom äusserst rechten Flügel.

Das Wachstum von Äusserungen des Menschenhasses, Populismus und Rassismus wird heutzutage in vielen Mitgliedsländern der Europäischen Union beobachtet. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus gesetzmässig, dass im Zuge der im Mai des kommenden Jahres bevorstehenden Wahlen zum Europarlament entsprechende Parteien mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit um die Sessel der Eurodeputierten tatkräftig kämpfen werden. Nicht ausgeschlossen ist, dass sie Unterstützung unter einem Teil der Wähler finden, die unter der Wirtschaftskrise gelitten haben und nicht bereit sind, sich unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit in den Feinheiten der Migrationspolitik der Europäischen Union auszukennen. Die meisten solcher Parteien sind eindeutig ausgeprägte „Euroskeptiker“, und man kann vermuten, dass die Bewegung der Europäischen Union in Richtung der weiteren wirtschaftlichen und politischen Integration nicht sehr einfach sein wird.

„Internationales Leben“: Praktisch in allen Staaten der Europäischen Union ist das Problem der Migration akut, insbesondere der Migration aus

Staaten, die sich zum Islam bekennen. Viele Menschen — und sogar auf der höchsten Ebene — geben zu, dass sich die Idee der Multikulturalismus in Europa nicht bewährt hat. Wie sieht die Politik der Europäischen Union in dieser Richtung aus?

Alexej Meschkow: Diese Frage berührt auf ein Mal viele komplizierte Themen des heutigen Westeuropas, vielleicht — in einen oder anderen Hinsicht — auch des ganzen Kontinents. Die Gesetzmässigkeit, wenn man dieses Wort benutzt, besteht wohl darin, dass die Menschen zum Leben Gegenden und Länder auswählen, wo es ihnen komfortabler geht, wo sie eine besser bezahlte Arbeit finden. Es besteht aber auch ein anderer interessanter Aspekt. Einige nichteuropäische Länder betrieben eine zielgerichtete Politik, deren Sinn darin besteht, sich — über eine kontrollierbare Migration der Bevölkerung — europäische Erfahrungen anzueignen und diese nach der Heimkehr bei sich zu realisieren.

Unsere Frage betrifft konkret das Thema der Adaptation und Integration von Migranten in unseren Tagen. Dabei sei festgestellt, dass neben der äusseren Migration, sagen wir in die Länder der Europäischen Union aus dem Süden, innerhalb der EU — nach dem Beitritt einer Reihe osteuropäischer Länder zu ihr — lebhafte Migrationsströme in westlicher Richtung zu beobachten waren. Begrüsst wurde diese Tatsache bei weitem nicht von allen Westeuropäern, obwohl eine solche Migration dem innerhalb der EU geltenden freizügigen Platzwechsel der Arbeitskräfte entspricht.

Wenn die Experten der Eurokommission die äussere Migration vor dem Hintergrund der demographischen Situation in den EU-Ländern analysieren, stellen sie unter anderem fest, dass im Laufe der kommenden 50 Jahren die arbeitsfähige Bevölkerung in der Europäischen Union schätzungsweise um 100 Millionen bei der allgemeinen natürlichen Bevölkerungszuwachs abnehmen soll. Daraus wird der Schluss gezogen, dass der Zustrom von Arbeitskräften aus dem Ausland eine wirtschaftliche Unumgänglichkeit ist.

Das von uns erwähnte Problem der heutigen europäischen Gesellschaft besteht darin, dass die Emigranten, die in die Länder Westeuropas auf einer durchaus gesetzmässigen Grundlage kommen (gerade das sichert ihnen das Recht auf soziale Beihilfen zu, über die — sagen wir — die Franzosen selbst verfügen), sich in geringerer Masse als früher in die Gesellschaft integrieren, die sie aufnimmt, und es vorziehen, in einer Gemeinde der Landsleute (oder der Glaubensgenossen) zu leben, dabei — nicht selten — gemäss ihren eigenen Regeln und Gepflogenheiten. Sowohl die Regierungen der interessierten Länder als auch internationale Organisatio-

nen, unter anderem der Europarat, suchen nach einer Lösung der Aufgabe der Integration und Assimilierung von Migranten.

Wenn man den Multikulturalismus als eine Theorie und Praxis versteht, die das Zusammenleben und Zusammenwirken (Dialog) von Trägern verschiedener Kulturen auf einem bestimmten Territorium (in einem Staat, Gebiet usw.) voraussetzt, so haben die führenden Politiker Frankreichs und Deutschlands wohl eine sich vertiefende Spaltung in der Gesellschaft nach ethnischen Merkmalen gemeint, ihre Fragmentierung und — schliesslich — die Ablehnung der „Anderen“ durch die lokale Bevölkerung. Im Laufe von mehreren Jahrzehnten setzte der europäische gesellschaftliche Gedanke die Betonung auf die Förderung von Rechten verschiedener Gruppen und Minderheiten, gelegentlich in Beeinträchtigung der legitimen Interessen der Mehrheit. Dabei hat ja niemand das Sprichwort abgeschafft: Stecke deinen Löffel nicht in anderer Leute Töpfe.

Wie ich glaube, hat darauf ein anderer Kritiker des formellen Multikulturalismus — der britische Premierminister D. Cameron — in seiner Ansprache auf der Parlamentarischen Versammlung des Europarates im Frühjahr 2011 eine gute Antwort gegeben. Er liess dem Beitrag der nationalen Gruppen zur Geschichte des Landes Gerechtigkeit widerfahren und sprach sich daraufhin dafür aus, dass sich die Behörden zu ihnen als zum Teil eines geschlossenen Ganzen verhalten sollen. Statt die Unterschiede dieser Gruppen hervorzuheben, müssen die Behörden die Betonung auf die Zugehörigkeit zu einer umfassenderen Gemeinschaft setzen, die zum Wohl des ganzen Landes arbeitet. Selbstverständlich ist es ein allgemeines Herangehen, es kommt auf konkrete Wege seiner Umsetzung an, auf Mechanismen der Integration in die Gesellschaft des Gastgeberstaates.

„Internationales Leben“: Russland und Europa erleben in der letzten Zeit irgendein „Hass-Liebe-Verhältnis“: auf der Ebene der Staatsoberhäupter — ein „Liebe-Verhältnis“, auf der Ebene der Abgeordneten des Europarlaments und der Presse — ein „Hass-Verhältnis“. Wie kann man unter solchen Bedingungen eine wirksame Zusammenarbeit aufbauen?

Alexej Meschkow: Die Wörter „Hass“ und „Liebe“ befinden sich ausserhalb des diplomatischen Lexikons. Zugleich wird eine gewisse Gesetzmässigkeit beobachtet: je niedriger der Grad der Verantwortung, umso höher das Niveau der emotionellen Zügellosigkeit.

Russland und die Europäische Union entwickeln ihre gegenseitigen Beziehungen auf einer gesunden pragmatischen Basis. Betont wird das immer während der Begegnungen führender Politiker unserer Seiten auf ho-

her und höchster Ebene. Besonders wichtig ist das, weil das Potential bei weitem noch nicht erschöpft ist.

Was das Europarlament anbelangt, so schenken wir dem Geschehen in seinen Mauern erforderliche Aufmerksamkeit. Leider muss man konstatieren, dass der reale Beitrag der Europarlamentarier zur Festigung der positiven Tagesordnung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union vorerst recht bescheiden bleibt. Ich möchte betonen: wir sind nicht gegen die partnerschaftliche Kritik an unsere Adresse, doch befremdet uns der behelrende Ton und der aufdringliche Wunsch, sich „lauthals“ in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, während sich in der Europäischen Union selbst nicht wenige recht schwerewiegende Probleme angehäuft haben. Vielleicht besteht hier ein gewisser Zusammenhang. Jedenfalls sind wir bereit, mit unseren EU-Partnern in allen Richtungen und auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten. Nur durch einen Dialog kann man Berührungspunkte für Positionen finden.

„Internationales Leben“: Nicht einfacher sind unsere Beziehungen im Europarat und in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Recht oft hört man von dort Ansprüche und sogar Kränkungen. Gibt es irgendeinen positiven Sinn der Teilnahme Russlands an diesen Organisationen?

Alexej Meschkow: In Anspruch genommen wird leider heutzutage die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit des Öfteren nur für besonders problembeladene Aspekte der internationalen Beziehungen, die die gewaltige tagtägliche Arbeit bei der Lösung akuter Probleme der Weltpolitik in den Hintergrund verdrängen. In vollem Masse bezieht sich das auf den Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren vollwertiges Mitglied Russland ist. Im Fall der OSZE gehört Russland auch noch zu deren Mitbegründern. Das sind Gremien für den ständigen vielseitigen Dialog sowohl innerhalb Europas als auch mit den Ländern Asiens und Nordamerikas.

Der Europarat bietet den Mitgliedsländern einen wirksamen Platz für die Zusammenarbeit in Fragen der Menschenrechte, der Demokratie und der Oberhoheit des Gesetzes, in Fragen der Kultur, der Jugend und des Sports. Die Grundlage der Arbeit ist ein einheitliches europäisches rechtliches Feld, das heisst ein gigantisches Massiv juristisch verpflichtender Dokumente, die gleichermaßen für alle Mitgliedsländer gelten, in Verein mit unabhängigen Kontrollmechanismen.

Es gilt auch, die Tatsache zu berücksichtigen, dass Russland seit 1996 ein vollwertiges Mitglied des Europarates ist. Und ausgerechnet darin

spiegelt sich die Zugehörigkeit unseres Landes zum europäischen Entwicklungsmodell wider. Russland hat seine Stimme in allen Organen und Strukturen des Europarates: im Ministerkabinett, in der Parlamentarischen Versammlung, im Kongress lokaler und regionaler Behörden, in der Konferenz internationaler nichtstaatlicher Organisationen, in zahlreichen Monitoring- und Konventionsmechanismen. In Zusammenarbeit mit 46 Partnern — Mitgliedern dieser Organisation — fördert Russland konsequent ein gleichberechtigtes und verantwortungsbewusstes Herangehen an die Lösung zahlreicher lebenswichtiger Probleme, vor die unser gemeinsamer Kontinent — Europa — gestellt ist.

Es gibt einen weiteren wichtigen Aspekt. In den langen Jahren seiner Existenz (Gründungsjahr: 1949) hat der Europarat unschätzbare Erfahrungen bei der Lösung von Problemen gesammelt, die in verschiedenen Mitgliedsländern gemeinsam für alle sind und sich von Land zu Land wiederholen. Solche Erfahrungen sind wertvoll, nur muss man sie nutzen können.

In der OSZE eine machtvolle Auswahl politischer Verpflichtungen und Vereinbarungen im Bereich der gesamteuropäischen Sicherheit und Zusammenarbeit entstanden, die militärische, ökonomische und humanitäre Aspekte umfassen. Sie stellen einen unabdingbaren Teil des modernen Systems internationaler Beziehungen dar. Diese Prinzipien sind für alle Staaten der OSZE lebenswichtig. Zu ihnen gehören sowohl die Unteilbarkeit der Sicherheit, das heisst die Verpflichtung von Staaten, ihre Sicherheit nicht auf Kosten der anderen zu festigen, als auch der gemeinsame Kampf gegen transnationale Drohungen, die sich auf alle beziehen: gegen den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und den Rauschgiftschmuggel.

Der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bleiben aber zugleich auch noch politische Organisationen, in denen des Öfteren nicht immer identische Interessen verschiedener Staaten miteinander kollidieren. In Organisationen mit einer derart inhaltsreichen und komplexen Tagesordnung ist leider die Versuchung gelegentlich gross, wichtige gesellschaftspolitische Themen — wie beispielsweise Menschenrechte — für die Realisierung engpolitischer Ziele zu missbrauchen. Leider begegnet Russland regelmässig einem solchen Herangehen seitens seiner Partner. Oft mündet das in lauthalse politische Erklärungen, in eine harte — aber bei weitem nicht immer begründete — Kritik an unsere Adresse. Natürlich muss man zugeben, dass die Praxis und die Verfahren in der OSZE nicht ideal sind. Schliesslich hat ja die Organisation immer noch keine Satzung. Auch andere Aspekte verlangen ei-

ne Nachbearbeitung. Infolgedessen erweist sich die Arbeit in der Organisation nicht selten als eine Geisel der politischen Konjunktur.

Nichtsdestoweniger kann ich gewissen Behauptungen nicht zustimmen, denen zufolge die Stimme Russlands von der Tribüne europäischer Organisationen nicht hörbar ist. Unser unverändertes Herangehen ist, korrekt und argumentiert auf die Kritik zu reagieren, stets auf Mängel und Missverhältnisse in den Verfahren und Verhaltensregeln hinzuweisen, die sich auf die tagtägliche Tätigkeit und das Image dieser regionalen Strukturen negativ auswirken. Seinerseits benutzt Russland selbst tatkräftig das Gremium der OSZE, um seine derartigen Prioritäten voranzubringen wie etwa die Liberalisierung von Visumbestimmungen, der Schutz der Rechte von Landsleuten, der Widerstand gegen die Äusserungen des Neonazismus, der Kampf gegen die Verfälschung der Geschichte, der Schutz von Rechten der Kinder in Mischehen, die Sicherung der sozial-ökonomischen Rechte des Menschen in der Krisenperiode. Augenblicklich lassen sich natürlich diese Probleme nicht lösen, doch bringt die beharrliche Arbeit nach und nach Früchte.

In Anwendung auf den Europarat sehen wir im Prinzip unsere Aufgabe in seiner Festigung als einer selbständigen universellen europäischen Organisation, die — dank ihren einmaligen Konventionsmechanismen — die Geschlossenheit des rechtlichen und humanitären Raums des Kontinents sichert, wie es in der erneuerten Konzeption der Aussenpolitik der Russischen Föderation formuliert worden ist.

„Internationales Leben“: Im Juni dieses Jahres haben Sie eine interinstitutionelle Delegation Russlands auf der Jahreskonferenz der OSZE zur Übersicht von Problemen auf dem Gebiet der Sicherheit geleitet. Kann man — Ihrer Meinung nach — darüber reden, dass die Teilnehmerstaaten der OSZE zu einer Modernisierung der Organisation in Fragen der Gewährleistung der „harten“ Sicherheit, unter anderem auch zu einer Erneuerung der gesamten OSZE, bereit sind?

Alexej Meschkow: Völlig richtig haben Sie eine der Schlüsselprobleme der OSZE definiert, deren ursprüngliche Bestimmung in der Aufrechterhaltung eines gleichberechtigten und entgegenkommenden politischen Dialogs im Rahmen der drei Dimensionen der Organisation liegt: der militärisch-politischen, der ökonomisch-ökologischen und der humanitären Dimension. Im Laufe vieler Jahre konzentrierten sich unsere westlichen Partner ausschliesslich auf die dritte Dimension, auf den menschenrechtlichen „Korb“, was gelegentlich Formen einer einfachen Anhäufung von Verpflichtungen in diesem Bereich annahm, während die Kontrolle über die Einhaltung dieser Verpflichtungen schwach und einseitig blieb.

Vor diesem Hintergrund blieb die Arbeit im Bereich der „harten“ Sicherheit eindeutig vernachlässigt. Die Dominierung enger Gruppeninteressen gefährdete einerseits den in den Jahren ihrer Existenz gesammelten Vorrat an militärisch-politischen Vereinbarungen, die eine Art „Firmenzeichen“ der OSZE darstellten. Andererseits blieb die Organisation eindeutig hinter den Forderungen der Zeit zurück, die dem Widerstand gegen neue Herausforderungen und Drohungen wie Terrorismus, Rauschgiftschmuggel, organisiertes Verbrechen galten. All das konnte letzten Endes nicht umhin, die Nachfrage nach OSZE unter deren Teilnehmerstaaten zu beeinträchtigen.

Wir rechnen damit, dass sich unsere Partner darüber im Klaren sind: die Überwindung der bestehenden Systemkrise in der Organisation tut not. Zeugnisse dafür sind die auf höchster Ebene in Astana im Jahre 2012 abgestimmte zukunftsorientierte politische Schlussdeklaration, die den Aufbau einer Gemeinschaft der gleichen und unteilbaren Sicherheit im euroatlantischen und eurasischen Raum verkündet, sowie die vorjährige Entscheidung des OSZE-Außenministerrates in Dublin über den Start des Prozesses „Helsinki plus 40“, der berufen ist, zum 40jährigen Jubiläum der Organisation im Jahre 2015 die strategische Sicht ihrer Tätigkeit im 21. Jahrhundert zu bestimmen.

Den Schlüssel zum Erfolg in der Erneuerung der OSZE werden — unserer Meinung nach — die Festigung ihrer Organisationsstruktur bei der bedingungslosen Einhaltung der Konsensgrundlage für die Beschlussfassung in ihrem Rahmen, die Sättigung der Tagesordnung der Organisation mit Fragen bedeuten, die den Zusammenhalt fördern und Sicherheitsprobleme widerspiegeln, mit Fragen, die für alle akut sind. Ausgerechnet ein solches Herangehen war in der neuen Fassung der Konzeption der Außenpolitik Russlands verankert worden, die im Februar dieses Jahres bestätigt wurde.

„Internationales Leben“: Ein stabiler Dialog über energiewirtschaftliche Fragen ist sowohl für Russland als auch für die EU von Vorteil. In den letzten Jahren sind jedoch nicht wenige Widersprüche und strittige Situationen entstanden. Wie stabil bleibt der Kredit des Vertrauens auf beiden Seiten?

Alexej Meschkow: Unser wichtigstes Werkzeug des Zusammenwirkens mit der Europäischen Union auf dem Gebiet der Energiewirtschaft — der energiewirtschaftliche Dialog zwischen Russland und der EU — arbeitet nach wie vor ohne irgendwelche Störungen. Im Laufe des Jahres 2012 hat man tatkräftig am „Fahrplan“ der energiewirtschaftlichen

Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU bis zum Jahre 2050 gearbeitet (unterzeichnet im März 2013). Im Dezember 2012 begann (auf dem Gelände der Kompressorenstation „Russkaja“) der Bau der Erdgasleitung „Südstrom“.

Es hat auch unangenehme Momente gegeben wie etwa die Anregung einer Antimonopol-Untersuchung gegen die „Gasprom“-Gruppe (wir erblicken in dieser Untersuchung auch einen recht auffallenden politischen Hintergrund). Nach und nach vollzogen sich Veränderungen auf dem Erdgasmarkt der Europäischen Union: wegen der zunehmenden Förderung von Schiefergas in den USA begannen solche Länder wie Katar, sich immer mehr auf die Europäische Union zu orientieren. In Verein mit anderen Faktoren übte das einen senkenden Druck auf die Preise für diesen Rohstoff aus.

Wie wir sehen, haben Europas Märkte, darunter auch der Erdgasmarkt, gewisse Änderungen durchgemacht. Wir berücksichtigen auch eine ernsthafte Einwirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Europäische Union. Die Konkurrenzfähigkeit sinkt. Deshalb ist man in der EU bestrebt, die Unkosten, unter anderem durch vorteilhaftere Preise für Energieträger, zu senken. All das ist eine zu erwartende Entwicklung der Ereignisse (daraus resultiert auch die Neigung unserer Partner zum Verzicht auf das vertragliche Prinzip „Nimm oder zahl“, auf die Anknüpfung des Erdgaspreises an den „Erdölkorb“). Wir sind der Meinung, dass es gilt, die goldene Mitte zu finden, damit die Verkäufer und die Käufer insgesamt zufrieden wären. Eigentlich befassen wir uns damit. Der Verhandlungsvorgang läuft, wenn auch langsam. Ich bin überzeugt, dass wir letzten Endes die gemeinsame Sprache mit unseren Partnern aus der Europäischen Union finden werden. Gründe für einen solchen Optimismus sind recht ernsthaft: geographisch sind wir Nachbarn, Russland verfügt über den Rohstoff, den die Europäische Union braucht, eine kostspielige Infrastruktur ist bereits gebaut worden (zu einem grösseren Teil noch von unseren Vätern und Grossvätern). All das wird sowohl in Russland als auch in der EU berücksichtigt.

„Internationales Leben“: Kann man sagen, dass das „Dritte energiewirtschaftliche Paket“ zu einem Reizerreger in den Beziehungen zwischen der EU und Russland geworden ist?

Alexej Meschkow: Das „Dritte energiewirtschaftliche Paket“ und die Methoden seiner Verwirklichung sind ein Reizerreger in unseren Beziehungen.

Das Erste, worauf wir die Aufmerksamkeit der Partner lenken, ist die retroaktive Methode seiner Anwendung. Das heisst, die Wirkung des „Pa-

kets“ wird auf Rechte und Verpflichtungen ausgedehnt, die vor seiner Annahme entstanden sind.

Zweitens: unsere europäischen Partner setzen faktisch das „Dritte energiewirtschaftliche Paket“ höher als ihre internationalen Vereinbarungen. Die Implementierung des „Dritten energiewirtschaftlichen Pakets“ verletzt beispielsweise unser lange zuvor unterzeichnetes Basisabkommen — das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU — sowie bilaterale Verträge mit einer Reihe von EU-Ländern über die Förderung und den Schutz von Investitionen. Verletzt werden auch einige Verpflichtungen der EU im Rahmen der Welthandelsorganisation (WHO).

Was die Verhandlungen unmittelbar anbetrifft, so läuft der Dialog auf den verschiedensten Ebenen. Es handelt sich nicht so sehr um das „Dritte energiewirtschaftliche Paket“ wie um die Nichtanwendung einer Reihe seiner Bestimmungen (was durch das „Paket“ selbst gestattet wird).

Schon im Dezember des vorigen Jahres übergaben wir den Partnern beispielsweise den Entwurf eines Abkommens, das sich auf grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte bezog. Obwohl in der Europäischen Kommission uns bereits signalisiert worden ist, dass man den Abschluss eines solchen Abkommens nicht für zweckmässig hält, lassen wir vorerst eine solche Möglichkeit nicht fallen. Gleichzeitig sind wir bereit, diese Frage auch im Rahmen der Verhandlungen über ein neues Basisabkommen zu erörtern, das den obenerwähnten Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU ersetzen soll. Wir hoffen, dass die Arbeit an diesem Dokument bald wiederaufgenommen wird.

Wir haben auch nichts gegen die Erzielung von Vereinbarungen über einzelne konkrete Projekte. Beispielsweise laufen gegenwärtig recht lebhaft Konsultationen über die Nutzung der Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung (OPAL), die eine Überlandfortsetzung der Erdgasleitung „Nordstrom“ ist. An diesen Konsultationen nehmen die Vertreter des Ministeriums für Energiewirtschaft Russlands, der Europäischen Kommission, des deutschen Energieregulierers und der Offenen Aktiengesellschaft „Gasprom“ teil.

Was geschieht, wenn wir keine gegenseitige Verständigung erzielen? Falls Meinungsverschiedenheiten aufkommen, ist es üblich, in erster Linie zu versuchen, zu einer Übereinkunft zu gelangen. Wenn das nicht geschieht, rufen die Seiten das Gericht an. Wir sind der Meinung, dass sich uns noch viele Möglichkeiten bieten, eine Übereinkunft zu erzielen. Doch dürfen wir auch die Möglichkeit einer schiedsgerichtlichen Lösung strittiger Momente, darunter auch im Rahmen der WHO, nicht ausschliessen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass nirgendwo und niemals auf offizieller Ebene in der EU darüber geredet wurde, dass die Erdgaslieferungen aus Russland unkritisch werden. Im Gegenteil: der Rückgang der eigenen Erdgasgewinnung in der EU geschieht in einem so schnellen Tempo, dass sogar eine gewisse Verringerung des Erdgasverbrauchs wegen der Krise diesen Rückgang nicht ausgleichen kann. Gemäss unseren Bewertungen — wie auch gemäss den Bewertungen der Europäischen Union — wird die EU in den nächsten Jahrzehnten mehr Erdgas brauchen. Einige Länder verhandeln bereits mit uns über eine Vergrößerung der Lieferungen dieses Rohstoffes.

Die Europäische Union wird noch viele Jahrzehnte lang unser Schlüsselmarkt für den Absatz von Erdgas bleiben.

„Internationales Leben“: Seit recht geraumer Zeit wird über ein neues Basisabkommen mit der Europäischen Union verhandelt. Kann man die Frist der Unterzeichnung dieses Dokuments andeuten?

Alexej Meschkow: Ich möchte Sie versichern, dass Russland daran interessiert ist, das neue Basisabkommen mit der Europäischen Union so schnell wie möglich abzuschliessen. Das bestehende Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU aus dem Jahre 1994 ist in mancher Hinsicht überholt, und unsere Beziehungen sind schon längst über seinen Rahmen hinausgewachsen.

Die Vertreter Russlands und der EU haben bereits eine ernsthafte Arbeit bei der Vorbereitung des neuen Basisabkommens geleistet. Inzwischen sind die Hauptanstrengungen auf die Abstimmung des wirtschaftlichen Abschnitts des Abkommens konzentriert. Wenn man den Umfang unserer Handels- und Investitionsverbindungen und den Wunsch unserer Partner berücksichtigt, in den neuen Basisvertrag einen möglichst breiten Kreis von Fragen aufzunehmen, ist eine Übereinkunft bezüglich des erwähnten Abschnitts des Dokuments eine recht komplizierte Aufgabe. Wichtig ist für uns, dass die Europäische Kommission nicht versuchen würde, uns eine zusätzliche — über die Bedingungen unseres Beitritts zur Welthandelsorganisation hinausgehende — Liberalisierung des Handels- und Investitionsregimes aufzuzwingen.

Darüber hinaus ist es erforderlich, im Zuge der Arbeit am neuen Basisabkommen eine Formel zu finden, die erlauben würde, im Dokument neue Realien zu widerspiegeln, die mit dem Voranbringen eurasischer Integrationsprozesse zusammenhängen. Denn in einer Reihe von Bereichen sind Russland, Weissrussland und Kasachstan zu einem einheitlichen Regime der Regelung übergegangen: gebildet ist ein übernationales Organ — die

Eurasische Wirtschaftskommission, an die bedeutsame ökonomische Funktionen übergegangen sind.

Wir hoffen, dass es uns im Ergebnis gelingen kann, einen Kompromiss in allen verbleibenden Fragen zu erzielen und ein Dokument vorzubereiten, das auf langfristige Ziele und Prioritäten des Zusammenwirkens ausgerichtet ist. Das neue Basisabkommen muss ein Vorankommen in unseren Beziehungen sichern, ihnen Stabilität und Voraussagbarkeit verleihen.

„Internationales Leben“: Ist die russische Seite dadurch beunruhigt, dass die Europäische Union die erste Klage gegen Russland im Zusammenhang mit der Entsorgungsabgabe für Autos eingereicht hat?

Alexej Meschkow: Die Nutzung der WHO für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten ist eine normale Praxis, weil in diesem Bereich Länder immer nicht wenige gegenseitige Ansprüche haben.

Russland und die EU besprechen lebhaft gegenseitige Ansprüche im Kontext der Einhaltung von Regeln der Welthandelsorganisation. Unter anderem sind es Anti-Dumping-Gebühren der Europäischen Union für russische Erzeugnisse des Hüttenwesens und für Mineräldüngemittel, die Thematik des „Dritten energiewirtschaftlichen Pakets“ sowie eine Reihe anderer Themen.

Was die Entsorgungsgebühr anbelangt, so betone ich, dass sich die EU nicht gegen die Gebühr als solche stellt (ähnliche Gebühren werden auch in den Mitgliedsländern der Europäischen Union erhoben), sondern lediglich auf Merkmale hinweist, die darauf schliessen lassen, dass lediglich einzelne Parameter der Gebühr mit den Normen der WHO nicht übereinstimmen. Früher fanden mehrere Konsultationsrunden mit der EU über diese Frage statt, und wir rückten sehr nah an eine Regelung des Problems heran. In den nächsten Tagen sollen die Konsultationen fortgesetzt werden, jetzt aber in Übereinstimmung mit den Gepflogenheiten der Welthandelsorganisation.

Ich wiederhole: die Tatsache, dass in der WHO einzelne Länder die Handelsmassnahmen der Partner anfechten, ist eine übliche Praxis. Russland hat ebenfalls ein solches Recht und wird es bei Bedarf benutzen.

„Internationales Leben“: Man kann die Frage des visumsfreien Verkehrs zwischen Russland und der EU schwer unbeachtet lassen. Wie verlaufen die entsprechenden Verhandlungen?

Alexej Meschkow: Der visumsfreie Dialog zwischen Russland und der EU dauert schon seit acht Jahren. Und wir sind bei der Lösung einer Reihe praktischer Fragen — ohne Zweifel — vorangekommen, was darauf hoffen lässt, dass die Ziele der Einführung des visumsfreien Verkehrs in eine reale Perspektive gerückt sind. Gegenwärtig leisten die beiden Seiten eine um-

fangreiche und tatkräftige Arbeit bei der strikten Erfüllung von Forderungen aus der Liste „Gemeinsame Schritte bezüglich des Übergangs zum visumsfreien Verkehr bei kurzfristigen Reisen der Bürger Russlands und der EU“. Zu Ende ging unlängst die Russland-Reise einer nächsten Expertenmission der EU im Zusammenhang mit dem abschliessenden — vierten — Block („Auswärtige Verbindungen“) der Liste. Die russische Seite erfüllte ihre Verpflichtungen und befriedigte alle Bitten der Partner bezüglich der Veranstaltung von Begegnungen mit Vertretern verschiedener Ministerien und Ämtern sowohl in Moskau als auch in der Provinz (die Experten besuchten die Städte Kasan, Wladikawkas und Grozny).

Für Ende September dieses Jahres ist unsere Antwortmission bezüglich des vierten Blocks geplant. Nach dem Austausch entsprechender Berichte über diesen Abschnitt der Liste kann man annehmen, dass der Prozess der Implementierung der „gemeinsamen Schritte“ im grossen und ganzen abgeschlossen ist. Bis zum Ende dieses Jahres werden wir mit der EU zusätzliche Informationen über verbleibende Fragen austauschen. Wir werden darauf hinarbeiten, um ab Beginn des Jahres 2014 unmittelbar die Verhandlungen über den Entwurf eines Abkommens für die Abschaffung von Visen aufzunehmen.

„Internationales Leben“: Wie kommt die Zusammenarbeit Russland — NATO voran?

Alexej Meschkow: Was die Beziehungen Russlands mit der NATO anbetrifft, ist in den letzten Jahren viel geleistet worden. Hergestellt ist die Zusammenarbeit in Fragen, die von gegenseitigem Interesse sind. Lebhaft arbeiten unsere Experten zusammen, obwohl ihre Arbeit nicht immer bemerkbar ist. Im Wachsen begriffen ist das Potential der praktischen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus (der Austausch von Informationen, der Schutz gegen terroristische Gefahr aus der Luft und bei Massenveranstaltungen, das Auffinden selbstgemachter Sprengsätze), im Kampf gegen die Piraterie, im militärischen Bereich (die Suche und Bergung auf hoher See, die rückwärtige Sicherstellung, der Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Verteidigungsreformen), beim Reagieren auf technologische und Naturkatastrophen.

Uns ist es gelungen, von der Konstatierung der Aufgaben beim Reagieren auf gemeinsame Herausforderungen der Sicherheit zu den gegenseitig nutzbringenden Projekten und Mechanismen der praktischen Zusammenarbeit überzugehen; die meisten von ihnen werden unter normalen Bedingungen — ohne Störungen — realisiert und bringen durchaus spürbare Ergebnisse.

Unserer Zusammenarbeit mangelt es zugleich — gelegentlich — an tiefgreifendem Inhalt, an gehörigem Vertrauensstand. Befremdend ist für uns, dass unter den Bedingungen, da in Europa Widersprüche fehlen, die zu einem grossangelegten militärischen Konflikt führen können, wir in einzelnen Ländern der NATO die Neigung beobachten, sich auf die Aufgaben der kollektiven Verteidigung zu konzentrieren und den Mythos einer „Gefahr aus dem Osten“ aufzuwärmen. Ein solcher unausgesprochener Sinn fällt im Zusammenhang mit der Durchführung der Truppenübung „Steadfast Jazz“ in diesem Jahr auf dem Territorium Polens und des Baltikums aufgrund eines Szenariums aus dem Artikel 5 des Vertrages von Washington auf. Bei uns müssen sich einfach Fragen ergeben: Den Angriff von Truppen aus welchem Land/welchen Ländern will man im Nord-Osten Europas abwehren? Wird dadurch vielleicht eine Generallinie in der militärischen Planung der Allianz auf lange Sicht vorgegeben?

Ich glaube nicht, dass unter den jetzigen Bedingungen die Wiederbelebung der überholten Mythen „über die Gefahr aus dem Osten“ und die Förderung der Logik von „Frontstaaten“ für die Festigung der europäischen Sicherheit und der Beziehungen zwischen Russland und der EU förderlich sind. Nicht förderlich sind in dieser Hinsicht auch Versuche, die öffentliche Meinung zu überzeugen, Verteidigungsausgaben zu vergrössern. Dabei wird die öffentliche Meinung durch das Wachstum von Militärausgaben in Russland eingeschüchtert. Denn wir verheimlichen ja schliesslich nicht, dass dieses Wachstum durch die in der Vergangenheit chronische und nicht ausreichende Finanzierung der Umrüstungsprogramme und der sozialen Unterstützung der Militärangehörigen in der Russischen Armee hervorgerufen ist. Das Militärbudget Russlands ist heute vergleichbar mit den Verteidigungsausgaben Frankreichs und Grossbritanniens. Dabei haben wir die längste Landgrenze in der Welt. Wenn man den Stand der Militärausgaben pro 1 Kilometer Grenze berechnet, steht Russland — aufgrund verschiedener Schätzungen — nur auf dem 40. Platz in der Weltrangliste.

Eine ernsthafte Prüfung für unsere Fähigkeit, zu einem gemeinsamen Raum der unteilbaren Sicherheit voranzukommen (nicht aber zur Errichtung von Trennungslinien zurückzugehen), ist die Situation um das europäische System der Raketenabwehr. Hier ist es wichtig, die Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der legitimen Interessen der gegenseitigen Sicherheit aufzubauen.

„Internationales Leben“: Der Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan dauert an. Welche Schritte unternimmt die Allianz, um die Stabilität und Sicherheit in dieser Region aufrechtzuerhalten?

Alexej Meschkow: Ein Schlüsselgebiet der Zusammenarbeit Russlands mit der Nordatlantischen Allianz ist Afghanistan. Wir verheimlichen nicht, dass uns die Situation äusserst beunruhigt, die in der Islamischen Republik Afghanistan und in der anliegenden Region Zentralasiens nach dem Abzug der Truppen der Internationalen Streitkräfte für Sicherheit in Afghanistan entstehen kann. Nicht überzeugt sind wir, dass die afghanische Armee und Polizei imstande sein werden, die Revanche der Taliban zu verhindern. Zu hoch ist das Risiko, dass die mit solchen Mühen ausgebildeten afghanischen Sicherheitskräfte den extremistischen Kräften nicht die gehörige Abfuhr werden erteilen können.

Wir befinden uns viel näher zu Afghanistan und sind in höherem Masse daran interessiert, dass die schlimmsten Szenarien nicht in Erfüllung gehen. Zu diesem Zweck ist es wichtig, das Zusammenwirken fortzusetzen. Ich möchte auch daran erinnern, dass es uns äusserst schwierig sein wird, dies ohne eine völkerrechtliche Grundlage zu tun. Alle unsere Projekte für Afghanistan sind durch entsprechende Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates „abgesegnet“.

Wichtig ist, die gemeinsamen Anstrengungen bei der Ausbildung von Fachkräften für rauschgiftbekämpfende Strukturen in Afghanistan, Pakistan und in Ländern Zentralasiens fortzusetzen, darunter auch in Ausbildungszentren in Russland. Es gilt, durch gemeinsame Anstrengungen die Sperrung von Kanälen für den Rauschgiftschmuggel zu erzielen.

Wir erweisen den Internationalen Streitkräften in Afghanistan tatkräftige Unterstützung in Fragen ihrer Transitversorgung. und arbeitet bereits recht gut d Der Trust-Fonds des Rates Russland-NATO für die Ausbildung des Personals der Hubschraubertechnik Afghanistans ist gegründet worden und arbeitet bereits recht gut.

Nach und nach — vorerst mit Schwierigkeiten — werden Kontakte der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS), darunter auch Kontakte betreffs Afghanistans, mit den NATO-Kollegen hergestellt. Seit 2004 verkündet die OVKS unverändert ihre Bereitschaft zu einer gleichberechtigten und gegenseitig nutzbringenden Zusammenarbeit mit der NATO in solchen Richtungen wie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die gesetzwidrige Verbreitung von Rauschgiftmitteln und Waffen, die Stärkung der Sicherheit von Grenzen.

Die Erklärung der im April 2012 in Astana stattgefundenen Sitzung des Aussenministerrates der OVKS-Mitgliedsländer enthält einen Appell an die Mitgliedsländer der NATO „zur Herstellung einer konstruktiven Zusammenarbeit“, darunter in der Frage „der Wiederherstellung der Stabili-

tät in Afghanistan, insbesondere bei der Verhütung der vom Territorium dieses Landes ausgehenden Herausforderungen und Drohungen“. Wir gehen von der Einsicht aus, dass sich solche Probleme wie die Stabilisierung der Situation in Afghanistan, die Bildung des terrorbekämpfenden und des rauschgiftbekämpfenden Gürtels rund um die Islamische Republik Afghanistan in einseitigem Verfahren nicht lösen lassen. Für die Erfüllung dieser Aufgaben ist die Konsolidierung von Anstrengungen aller regionalen Organisationen geboten.

Die Allianz zieht jedoch der Herstellung des Zusammenwirkens mit der OVKS die Anknüpfung der Beziehungen an deren einzelne Mitgliedsstaaten vor. Wir hoffen, dass früher oder später unsere NATO-Partner zu der Erkenntnis kommen, dass es not tut, die Zusammenarbeit zwischen den zwei Organisationen — vor allem in der afghanischen Richtung — zu pflegen.

Wir hoffen, dass in der NATO ein solches produktivwidriges Herangehen an das Zusammenwirken mit der OVKS überprüft sein wird. Ausgerechnet im Hinblick auf Afghanistan kann die Zusammenarbeit einen realen „Mehrwert“ bringen.

„Internationales Leben“: Wie wird das Problem der Sicherheit Europas fast 40 Jahre nach der Unterzeichnung der Akte von Helsinki gelöst?

Alexej Meschkow: Wenn wir die Sicherheit Europas gehörig gewährleisten wollen, müssen wir eindeutig erkennen, dass die strikte Einhaltung von Normen und Prinzipien des Völkerrechts ein Unterpfeiler der Voraussetzbarkeit und Stabilität ist, insbesondere im Bereich des Krisenreagierens. Die Oberhoheit des Rechts hat in den internationalen Beziehungen die gleiche wichtige Bedeutung wie in den inneren Angelegenheiten.

Wir sind überzeugt: der Weg zur Schaffung des gemeinsamen Raums der Sicherheit führt über die praktische Verwirklichung des wiederholt deklarierten Prinzips ihrer Unteilbarkeit. Die Festigung der eigenen Sicherheit auf Kosten einer Schwächung des Partners ist eine ungerechtfertigte Zerstreung von Ressourcen — ob nun von politischen oder materiellen.

Gegen gemeinsame Herausforderungen und Drohungen gemeinsam zu kämpfen, ist viel wirksamer und kostengünstiger als im Alleingang oder im Format geschlossener Militärblocke. Wichtig ist es, den militärisch-politischen Realien „nachzuhelfen“, damit sie den Stand fortgeschrittener handelsökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Verbindungen zwischen unseren Ländern erreichen.

Ausgerechnet diese Prinzipien waren im Vorschlag Russlands zum Abschluss eines Vertrages über die europäische Sicherheit (VES) enthalten.

Dieser Vorschlag trägt keinen Konjunkturcharakter und bleibt auf dem Verhandlungstisch liegen.

Die durch die Initiative des Vertrages über die europäische Sicherheit angeregten und auf die Festigung der europäischen Stabilität ausgerichteten umfassenden internationalen Diskussionen ermuntern die Partner zur Unterbreitung eigener Vorschläge, die mit der Philosophie russischer Herangehensweisen gleichklingend sind. Wir hörten viele von ihnen auf der vom Verteidigungsministerium Russlands einberufenen internationalen Konferenz „Militärische und politische Aspekte der europäischen Sicherheit“ am 23. und 24. Mai in Moskau.

An der Erörterung von Perspektiven der Gewährleistung der euro-atlantischen Sicherheit beteiligt sich lebhaft die wissenschaftlich-politische Gemeinschaft, die neue, nicht übermäßig politisierte Herangehensweisen und Ideen auf diesem Gebiet unterbreitet.

Eine gute Möglichkeit, moderne Herausforderungen und Drohungen zu bewerten und ein optimales Modell ihrer Verhütung im Rahmen bestehender internationaler Mechanismen zu wählen, ist der von mir bereits erwähnte Prozess „Helsinki plus 40“. Wir hoffen, dass es uns gelingt, eine gemeinsame strategische Sicht der Ziele und Aufgaben der OSZE auszuarbeiten. Darauf zielt ein Auftrag des Gipfeltreffens in Astana aus dem Jahre 2010 für die Bildung einer „Gemeinschaft der Sicherheit“ ab. Wir rechnen damit, dass der gestartete Dialog erlaubt, das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit in eine praktische Ebene zu verlegen, und — durch Staaten und Ländergruppen — die Erfüllung der Verpflichtung gewährleistet, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der anderen zu stärken, und die Reform der OSZE voranbringt.

„Internationales Leben“: Werden irgendwelche neuen Formate des Zusammenwirkens zwischen Russland und der EU zwecks der Gewährleistung der Sicherheit des Kontinents benutzt?

Alexej Meschkow: Gekommen ist tatsächlich die Zeit einer „Netz-Diplomatie“, die die Festigung der Sicherheit im Euroatlantischen Raum mit dem Aufbau einer zuverlässigen Struktur der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Asiatisch-Pazifischen Region und in anderen Weltregionen voraussetzt.

In der Perspektive könnte man auf die Bildung eines ausgedehnten Sicherheitsraums hinarbeiten, der aus regionalen — zu einem „Ring“ vereinigten — Segmenten besteht, dessen Teilnehmer durch einen Komplex juristischer und politischer Verpflichtungen miteinander verbunden wären. Diese Segmente könnten, wie S.W. Lawrow auf der 48. Münchner Konfe-

renz zu Fragen der Sicherheit gesagt hat, einen Gürtel bilden, der folgende Komponenten umfasst: die Länder des Vertrages über die europäische Sicherheit (OSZE-Teilnehmerstaaten), die Asiatisch-Pazifische Region, Afghanistan mit seiner Umgebung (bei der Ausarbeitung der durch den UNO-Sicherheitsrat „abgesegneten“, sich überschneidenden Garantien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des neutralen Afghanistan und seiner Nachbarn), den Bereich des Persischen Golfes, den Nahen Osten (aufgrund der Erreichung einer arabisch-israelischen Regelung bei internationalen Garantien), den Süd-Kaukasus (bei kollektiven Garantien einseitiger Verpflichtungen für die Nichtanwendung der Gewalt: gewährleistet durch Georgien, Abchasien und Süd-Ossetien), die Zusammenarbeit im Rahmen des Arktischen Rates.

Was eigentlich das Zusammenwirken Russlands mit der Europäischen Union im Raum der äusseren Sicherheit anbelangt, so vollzieht es sich in Übereinstimmung mit dem sogenannten „dritten Fahrplan“ (beschlossen auf dem Gipfeltreffen Russland — EU am 10. Mai 2005). Der „Fahrplan“ sieht fünf Hauptrichtungen des Zusammenwirkens vor: einen verstärkten Dialog und die Zusammenarbeit in der internationalen Arena; den Kampf gegen Terrorismus; die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägern, eine Verschärfung von Bedingungen der Exportkontrolle und die Abrüstung; die Zusammenarbeit bei der Überwindung von Krisen; die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivilschutzes.

Die aufgezählten Aspekte sind ein unabdingbares Attribut der Tagesordnung von Begegnungen zwischen Russland und der EU auf höchster Ebene. Keine Ausnahme war auch das jüngste Gipfeltreffen, das am 3. und 4. Juni dieses Jahres in Jekaterinburg stattgefunden hat.

Lebhaft benutzt werden verschiedene Formate politischer Konsultationen. Regelmässig finden — unter anderem auch „auf den Feldern“ der Vollversammlung der UNO — sowohl einzelne Begegnungen des Aussenministers Russlands, S.W. Lawrow, mit der Hohen Vertreterin der EU für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik und Stellvertreterin des Vorsitzenden der Europäischen Kommission, Catherine Ashton, statt (im Jahre 2012 in New York am 26. September, in Dublin am 6. Dezember; im Jahre 2013 in Brüssel am 19. Februar) als auch die Verhandlungen mit Aussenministern der EU-Mitgliedsländer (Luxemburg, am 14. Oktober 2012). Aufrechterhalten werden Kontakte auf der Ebene der politischen Direktoren (das jüngste Treffen hat in Moskau am 13. Mai 2013 stattgefunden). Auch werden Konsultationen von Experten über wichtigste internationale Probleme, die Situation in einzelnen Regionen und Ländern veran-

staltet. Regelmässig geschehen in Brüssel Begegnungen zwischen dem ständigen Vertreter Russlands bei der EU einerseits und der Führung des Ausschusses für politische Fragen und Sicherheit der Europäischen Union andererseits. Seit 2010 funktioniert die Arbeitsgruppe Russland-EU für militärische Fragen.

Immer weitgehender wird die Annahme gemeinsamer Erklärungen über aktuelle Fragen der internationalen Tagesordnung praktiziert. (Die jüngste entsprechende Erklärung S. W. Lawrows und C. Ashtons über die Problematik der nahöstlichen Regelung wurde auf dem Dezember-Gipfeltreffen 2012 Russland-EU in Brüssel angenommen).

Gesammelt sind positive Erfahrungen des Zusammenwirkens bei der Krisenregelung „im Feld“: die Beteiligung russischer Vertreter an der Polizei-Mission der EU in Tschad und in Bosnien-Herzegowina (2003—2006), die Heranziehung des russischen Truppenkontingents an das Unternehmen der EU in Tschad und in der Zentralen Afrikanischen Republik (2008—2009), das jetzige Zusammenwirken der Seestreitkräfte Russlands und des Kommandos der EU-Operation „Atlanta“ (EUNAVFOR Somalia) im Rahmen der internationalen Antipiraterie-Aktion im Raum des Horns von Afrika.

Also handelt es sich nicht um eine mechanische Vervielfältigung von Formaten des Dialogs über Sicherheitsfragen. Heutzutage besteht ein Bedarf an enger koordinierten Schritten, die auf die Lösung von Problemfragen abzielen. Vorerst empfinden wir hier aber ein gewisses Defizit an Vertrauen. In der Folge trägt das Zusammenwirken Russland- EU keinen ausreichenden Systemcharakter und wird — in seinem Potential — nicht in vollem Masse realisiert. Die russische Seite steht offen zur gleichberechtigten Zusammenarbeit mit der EU in einem derart ausserordentlich wichtigen und empfindlichen Bereich wie die Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit und Stabilität. Wir rechnen mit einem solchen Herangehen auch seitens der EU.

„Internationales Leben“: Nun wollen wir zu bilateralen Beziehungen übergehen. Gegenwärtig verläuft das Jahr der Gegenseitigkeit Russland-Niederlande. Die Niederlande sind ein kleines europäisches Land, das mit Russland tatkräftig, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft, zusammenarbeitet und zu den drei grössten ausländischen Investoren in unserem Land gehört. Welche — besonders wichtige — Projekte wären hier beachtenswert?

Alexej Meschkow: Wie Sie völlig mit Recht festgestellt haben, gehören die Niederlande zu der Drei der grössten ausländischen Investoren in

Russland. Tatsächlich: die Summe der gesammelten Investitionen aus Holland in die russische Wirtschaft, beeindruckt — 63 Milliarden US-Dollar. Wollen wir aber auch nicht vergessen, dass die Holländer mit uns auch in Handel und Wirtschaft tatkräftig zusammenarbeiten. Holland nimmt den zweiten Platz (nach China) im Aussenhandel Russlands mit den Ländern der Welt und den ersten Platz unter den Ländern Europas ein.

Wovon spricht das? Anscheinend davon, dass die Niederlande unser bewährter und zuverlässiger Partner sind. Die Geschäftsleute aus diesem Land blicken mit Optimismus auf die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit uns, betreten entschlossen unsere Märkte, arbeiten lebhaft mit russischen Unternehmern zusammen.

Wenn man über die investitionsbezogene Zusammenarbeit redet, soll man darauf hinweisen, dass auf dem Territorium unseres Landes zahlreiche Grossprojekte realisiert werden. Der Konzern „Shell“ beteiligt sich beispielsweise am Projekt „Sachalin-2“, an der Erschliessung der Salym-Erdölvorkommen, arbeitet mit „Gasprom“ auf dem Gebiet der geologischen Erkundungen zusammen, im Bereich der Erschliessung von Lagerstätten neuer kohlenwasserstoffhaltiger Rohstoffe auf dem russischen arktischen Schelf und im Bereich der Gewinnung solcher Rohstoffe, im Bereich der Erkundung und Förderung von Schieferöl. Die Gesellschaft „Gasunie“ arbeitet lebhaft mit „Gasprom“ am Projekt „Nordstrom“ zusammen. Die holländische Finanzfirma „ING Group“ betreibt in unserem Land erfolgreich Bank- und Leasinggeschäfte. In Russland sind auch solche Gesellschaften am Werk wie „DSM“, „Akzo Nobel“, „Philips“, „Unilever“, „Friesland Campina“, „Heineken“, „Farm Frites“, „NAKO“ u.a.m. Wie Sie wohl verstehen, sind es sehr grosse Gelder, die in die Produktion in unserem Land investiert worden sind.

Das hohe Volumen holländischer Investitionen erklärt sich natürlich zum Teil durch die Repatriierung russischer Kapitalien. Im Prinzip ist das eine normale Praxis in den heutigen internationalen Beziehungen, die uns völlig zufriedenstellt. Erkenntlich sind wir gegenüber der Regierung der Niederlande dafür, dass sie zu diesem Zweck günstige Bedingungen schafft und die Entwicklung des investitions-mässigen Zusammenwirkens zwischen unseren Ländern sowie das gegenseitige Eindringen von Kapitalien begünstigt.

„Internationales Leben“: Die russisch-französischen Beziehungen trugen traditionell eine positive Entwicklungsdynamik. Es sei darauf hinzuweisen, dass dies auch für die sowjetischen Zeiten gegolten hat. Heute entsteht der Eindruck, dass das Potential unseres Zusammenwirkens nicht in ausreichendem Masse realisiert wird. Stimmt das?

Alexej Meschkow: Ich glaube nicht, dass es gerecht wäre, von einer grossen Dynamik der Beziehungen in der sowjetischen Periode — im Vergleich zum heutigen Tag — zu reden. Im Gegenteil, ich würde es für nötig halten, etwas anderes zu betonen: die Kontinuität in der Aufrechterhaltung enger freundschaftlicher Verbindungen, die von Russland und Frankreich auf allen Ebenen demonstriert werden — von den Besuchen der Staatsoberhäupter bis zu den tagtäglichen Kontakten einfacher Bürger. Seit vielen Jahrzehnten bleibt Frankreich ein strategischer Partner Russlands in Europa und in der ganzen Welt. Diese Partnerschaft ist unter General de Gaulle geboren und wurzelt in unserem gemeinsamen Kampf gegen den Nazismus in den Jahren des Zweiten Weltkrieges. Konsequenterweise gesteuert wurde und wird der Kurs auf die Annäherung an Russland vom Präsidenten J. Chirac, seinem Nachfolger N. Sarkozy und der jetzigen Landesführung mit dem Präsidenten F. Hollande an der Spitze. Grundsätzlich wichtig ist, das sowohl in Russland als auch in Frankreich — unabhängig von der politischen Konjunktur — die Stärkung der gegenseitig nutzbringenden Beziehungen zwischen unseren Ländern zu vorrangigen Aufgaben in der internationalen Arena gehört.

Übrigens sind auch im Bereich der Wirtschaft die russisch-französischen Verbindungen viel vielfältiger und intensiver als in der Sowjetzeit geworden. Einfach war früher unsere Zusammenarbeit — beispielsweise in der Raumfahrt — etwas Aussergewöhnliches, während sie heute eine Selbstverständlichkeit darstellt. Obwohl man auch unsere heutigen gemeinsamen Projekte mit allem Grund zu Durchbruchleistungen zählen kann. Ich nenne lediglich zwei von ihnen: den Start russischer Trägerraketen vom Kosmodrom in der Französisch-Guayana und den Bau von Landungs-Hubschrauberträgerschiffen für die Bedürfnisse der Seestreitkräfte Russlands.

Sogar vom Standpunkt der Handelsstatistik aus ist es um unsere Beziehungen mit Frankreich gar nicht schlecht bestellt. Und das ungeachtet der Krise, die der französischen Wirtschaft und den russisch-französischen kommerziellen Projekten einen schmerzlichen Schlag versetzt hat. Freilich gibt es ein chronisches Problem des Missverhältnisses von Investitionen zugunsten französischer Kapitalanlagen in die russische Wirtschaft. Doch arbeiten wir an diesem Problem gemeinsam mit den französischen Partnern, und ich glaube, dass sich die ersten positiven Veränderungen bereits in der nächsten Zeit einstellen werden.

„Internationales Leben“: Wie kann man die Initiativen Frankreichs bewerten, deren Zweck ist, die Rolle und das friedensstiftende Potential der

Europäischen Union bei der Lösung von Krisensituationen in der Welt zu erhöhen?

Alexej Meschkow: Die Aufgabe der Erhöhung der Rolle und des friedensstiftenden Potentials der Europäischen Union war von der Führung Frankreichs zu einer Prioritätsaufgabe schon lange vor der Zeit erklärt worden, als F. Hollande zum französischen Präsidenten wurde. Eine andere Sache ist, dass die Geschehnisse in Mali den Franzosen die Möglichkeit verschafft haben, im Namen der Europäischen Union ein friedensstiftendes Unternehmen in dieser Region Afrikas praktisch zu realisieren. Russland hat, wie Sie wohl wissen, seine Unterstützung dem französischen Vorgehen in Mali zum Ausdruck gebracht. Dabei ging Russland davon aus, dass das Ziel des Unternehmens war, die Ausbreitung extremistischer — in diesem Fall islamsicher — Ideen und verbrecherischer Aktivitäten von Bandenformationen auf die ganze Region nicht zuzulassen.

Russland verfügt über insgesamt erfolgreiche Erfahrungen einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Union auf dem Gebiet der Krisenregelung. Es genügt wohl der Hinweis auf militärische Einsätze in der Zentralafrikanischen Republik, in Tschad und am Horn von Afrika. Es gelingt jedoch nicht, um sich eine Systembasis für unser gemeinsames — mit der EU — Reagieren durch den Abschluss des entsprechenden Rahmenabkommens zu verschaffen. Und das geschieht nicht aus Verschulden Russlands. Unsere europäischen Partner können sich keine andere Formel des Zusammenwirkens ausser einer Beteiligung Russlands an den Unternehmen vorstellen, die von der Europäischen Union durchgeführt werden. Wir schlagen aber eine andere — ausgewogenere — Variante vor: im Abkommen Szenarien vorzusehen, wenn Russland an den Unternehmen unter der Ägide der EU teilnimmt, wenn sich Länder der Europäischen Union an Unternehmen bei der führenden Rolle Russlands beteiligen, und wenn die Verwirklichung von Operationen auf einer strikt gleichberechtigten Grundlage — ohne die Bestimmung eines „Führenden“ und eines „Geführten“ — geschieht. Leider ist die Europäische Union nicht bereit, diesem Vorschlag zuzustimmen.

„Internationales Leben“: Italien nimmt den zweiten Platz unter den Produzentländern in Europa ein und stellt die zweitstärkste — nach Deutschland — Volkswirtschaft in der Währungsunion dar. Wie stehen — Ihrer Ansicht nach — die Chancen Italiens, die Krise in seiner Volkswirtschaft zu überwinden?

Alexej Meschkow: In erster Linie möchte ich darauf hinweisen, dass man sich in Russland von einer verantwortungsvollen Herangehensweise

bezüglich der Eurozone leiten lässt. Nach wie vor bewahren wir einen bedeutenden Teil unserer internationalen Reserven gerade in Euro auf und unternehmen keinerlei einseitige Schritte, die den Stand der einheitlichen europäischen Währung beeinträchtigen könnten. Deshalb werden wir unsere europäischen Partner — ausgehend von der Gemeinsamkeit unserer langfristigen Ziele — unterstützen.

Selbstverständlich verfolgen wir aufmerksam, was sich in der Wirtschaft Italiens abspielt, wie die wirtschaftlichen Systeme unserer beiden Länder zusammenhängen. Ich bin überzeugt, dass die jetzige Regierung Italiens mit Enrico Letta an der Spitze Aufgaben meistert, vor die das italienische Kabinett im ökonomischen und sozialen Bereich gestellt ist. Aufrichtig wünschen wir unseren italienischen Freunden Erfolg auf diesem Gebiet.

Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass Russland und Italien überzeugt sind: die Belebung bilateraler der Beziehungen in Handel und Wirtschaft sowie auf dem Gebiet der Investitionen, insbesondere auf der Ebene des kleineren und mittleren Business, deren Übergang zu einer neuen Qualität, die sich auf die Realisierung wissenschaftsintensiver, hochtechnologischer Projekte orientiert, im Wachsen begriffen ist. Heute nimmt Italien den vierten Platz nach dem Volumen des Warenaustausches mit unserem Land ein. Wie aus den Informationen des Föderalen Zolldienstes Russlands hervorgeht, beläuft sich der Warenumsatz nach den Ergebnissen des Jahres 2012 auf 45,8 Milliarden US-Dollar. Im Januar-Mai 2013 überstieg der Umfang des gegenseitigen Handels die Summe von 21,5 Milliarden US-Dollar bei einem Zuwachs — im Vergleich mit der entsprechenden Periode des Jahres 2012 — um 23,6 Prozent.

Zufrieden gestellt sind wir damit, dass die ungünstige Weltkonjunktur, wie sie in den letzten Jahren bestand, die Verbesserung und Umsetzung wichtiger Vereinbarungen auf dem wirtschaftlichen Gebiet nicht beeinträchtigte. Es handelt sich um solche aussichtsreiche gemeinsame Projekte wie die Verlegung eines neuen Erdgastransportnetzes aus Russland in den Süden Europas über das Schwarze Meer (Projekt „Südstrom“), die Zusammenarbeit der Offenen Aktiengesellschaft „NK Rosneft“ und des italienischen Konzerns „ENI“ bei der gemeinsamen Erschließung von Lagerstätten des Schelfs im Schwarzen Meer und in der Barentssee, Projekte auf dem Gebiet der Elektroenergetik, die mit der italienischen Gesellschaft „ENEL“ realisiert werden, die Zusammenarbeit mit dem Konzern „FIAT“ auf dem Gebiet des Kraftfahrzeugbaus und der Produktion von Landmaschinen, Projekte mit dem Konzern „Pirelli“ in der Produktion von Autoreifenzeugnissen, mit der Gesellschaft „Augusta Westland“ auf dem Ge-

biet des Hubschrauberbaus sowie das Zusammenwirken russischer Firmen mit den Unternehmen des italienischen Konzerns „Finmeccanica“ insgesamt (das Projekt des Mittelstreckenflugzeugs „Superjet-100“, die Modernisierung russischer Eisenbahnlinien).

Also rechnen wir mit dem weiteren lebhaften Zusammenwirken mit italienischen Partnern auf dem Gebiet der Wirtschaft in verschiedenen Richtungen.

„Internationales Leben“: Welche Massnahmen sind auf dem humanitären Gebiet geplant?

Alexej Meschkow: Gegenwärtig laufen Vorbereitungen auf die Durchführung — vom Ende 2013 bis einschliesslich 2014 — eines Touristikjahres Italiens in Russland und eines Touristikjahres Russlands in Italien. Eine Vereinbarung darüber wurde im Zuge der XIII. Tagung des Russisch-Italienischen Rates für ökonomische, industrielle und währungsfinanzielle Zusammenarbeit im Dezember 2012 erzielt. Der Minister für Kultur der Russischen Föderation, W. R. Medinskij, und der Minister für regionale Angelegenheiten, Tourismus und Sport Italiens unterzeichneten am 20. März 2013 eine entsprechende Erklärung. Wir sind überzeugt: eine derart grossangelegte Initiative wird es gestatten, Ströme von Touristen zwischen unseren Ländern erheblich anwachsen zu lassen, und eine umfassendere Bekanntschaft der Russen und der Italiener mit dem kulturellen und geistigen Erbe der beiden Länder fördern.

Beabsichtigt wird, dem Zusammenwirken russischer und italiensicher Regionen — im Rahmen der gegenseitigen Touristikjahre — besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Auf der Ebene führender Reisebüros zweier Länder wird geplant, neue touristische Routen durch interessante russische und italienische Städte zu eröffnen, die bis jetzt von gegenseitigen Strömen der Touristen noch nicht erfasst worden sind. Sowohl auf der russischen als auch auf der italienischen Seite werden — in Verein mit Massnahmen touristischer Ausrichtung — begleitende Kulturinitiativen (Konzerte, Ausstellungen, Filmvorführungen) geplant.

„Internationales Leben“: Schon seit langem beobachten wir die Entwicklung der wirtschaftlichen Krise in Griechenland. Gibt es eine Aussicht auf den Ausgang Griechenlands aus dem wirtschaftlichen Abgrund?

Alexej Meschkow: Griechenland ist unser traditioneller Partner, mit dem Russland die Zusammenarbeit auf verschiedensten Gebieten pflegt. Selbstverständlich sind wir deswegen an einer Verbesserung der sozial-ökonomischen Situation in diesem Land interessiert. Wir wissen, dass sich die Koalitionsregierung des Premierministers A. Samaras tatkräftig be-

müht, die Lage im Finanz- und Wirtschaftsbereich zu verbessern. Ohne Zweifel sind die von der Regierung ergriffenen Massnahmen recht schmerzlich. Sie werden von machtvollen Protesten griechischer Werktätigen begleitet. Wir hoffen, dass die mit Unterstützung europäischer Partner Griechenlands und europäischer Finanzinstitute (des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank) unternommenen Schritte positive Ergebnisse zeitigen werden.

Im Rahmen von Antikrisenmassnahmen hat die griechische Führung ein ausreichend ambitioniertes Programm der Privatisierung von Objekten aus dem Staatsbesitz vorbereitet und setzt dieses Programm auch um. Russische Geschäftskreise bekunden Interesse für die Teilnahme an Privatisierungsprozessen in Griechenland.

Hinzufügen möchte ich auch, dass ungeachtet der Krise der russisch-griechische Warenumsatz im Jahre 2012 um mehr als 22 Prozent im Vergleich zum Jahr 2011 gewachsen ist. Im Wachstum begriffen ist auch der Strom von Touristen aus Russland nach Griechenland. Also wäre es durchaus realistisch, über die Aussichten des Ausgangs Griechenlands aus dem „ökonomischen Abgrund“ zu reden.





Sergej RJABKOW

*Stellvertreter des
Aussenministers
Russlands*

RUSSLAND — USA: WIR WERDEN VERSUCHEN, DIE INTERFACE-BEREICHE GEGENSEITIGER ERWARTUNGEN UND MÖGLICHKEITEN AUSZUBAUEN

Internationales Leben“: Zu den „heissen“ Informationsthemen gehört das Gipfeltreffen der „Gruppe der Acht“ am Lough Erne. Konnte denn die „Gruppe der Acht“ bestätigen, dass sie ein Forum für die Erörterung geopolitischer Probleme bleibt und sich zur Realisierung von Verpflichtungen bekennt, die auf die Lösung sozialer Probleme gerichtet sind?

Sergej Rjabkow: Ich kann das Geschehen in der „Gruppe der Acht“ in der letzten Zeit als eine ökonomische Renaissance bezeichnen. Als die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (auch als „Gruppe der Zwanzig“ oder G20 bezeichnet) im Entstehen begriffen war, tauchten Vermutungen auf, dass die Funktion des Hauptkoordinators der

*Сергей РЯБКОВ, Заместитель министра иностранных дел России
РОССИЯ — США: БУДЕМ ПЫТАТЬСЯ РАСШИРЯТЬ ИНТЕРФЕЙСЫ ВЗАИМНЫХ ОЖИДАНИЙ
И ВОЗМОЖНОСТЕЙ*

internationalen Wirtschaftsprozesse, darunter der Handelsprozesse, und Entscheidungen gerade dieser Gruppe zufallen würde. Natürlich darf man die Bedeutung der G20 nicht unterschätzen, doch behielt sich die „Gruppe der Acht“ eine gewisse ökonomische Nische vor.

In der Frage ist die soziale Komponente berührt worden. Ich glaube, dass Themen, an denen die „Gruppe der Acht“ arbeitet, darunter auch die „Partnerschaft von Deauville“ (das ist die soziale Komponente der Stabilisierung im Nahen Osten), sowie Fragen der Besteuerung, der Durchsichtigkeit der Tätigkeit verschiedener Zweige eine durchaus konkrete soziale Ausrichtung aufweisen. Natürlich darf man alles nicht darauf zurückführen, dass diese Thematik in der Tätigkeit der „Gruppe der Acht“ vorhanden — dabei recht deutlich vorhanden — ist. Das ist eine Tatsache. Auch entspricht das unseren Interessen. Wir unterstützen das.

„Internationales Leben“: Fragen der Wirtschaft hängen unmittelbar mit sozialen Fragen zusammen, das ist klar. In Schweden, Grossbritannien und anderen europäischen Ländern rufen Probleme mit Migrantinnen eine soziale Spannung innerhalb der Gesellschaft hervor. Wenn wir das Thema der Arbeitslosigkeit nehmen, wem fällt die Priorität bei der Erörterung zu?

Sergej Rjabkow: Ich glaube, dass diese Thematik mehr zum Bereich der Verantwortung der UNO und ihrer spezialisierten Einrichtungen sowie zum Bereich der Verantwortung regionaler Strukturen — wie etwa die Europäische Union — gehört, wo tatsächlich grosse Probleme bestehen, insbesondere in Ländern, die im Rahmen des Budgets durch finanzielle Erschwernisse belastet sind. Aber die „Gruppe der Acht“ bleibt nicht unbeteiligt.

Verständlicherweise bleiben in ihrer Gesamtheit die Aufgaben der Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Erweiterung des Beschäftigungsbereichs, der Gewährleistung eines stabilen wirtschaftlichen Wachstums im Gesichtsfeld führender Politiker der G-8-Länder. Russland führt den Vorsitz in der G-20-Gruppe im laufenden Jahr und machte das Thema der Beschäftigung zu einem führenden Thema in seiner Vorsitzperiode. Ich bin überzeugt, dass die Ergebnisse von Lough Erne von uns berücksichtigt werden, wenn es zur endgültigen Abfassung von Schlussdokumenten des G-20-Gipfels in Sankt Petersburg kommt.

„Internationales Leben“: Ja, das wird umso interessanter sein, weil zur „Gruppe der Acht“ Länder gehören, in denen die Bilder auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit völlig unterschiedlich sind. In den USA ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit praktisch auf den Vorkriegsstand zu minimieren. In Europa ist das Gegenteil der Fall. Das „Eurobarometer“ lieferte vor einem Monat

Zahlen, die davon reden, dass ein Anti-Rekord erzielt worden ist: der höchste Stand der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren.

Sergej Rjabkow: Aber die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern sind auch sehr gross.

„Internationales Leben“: Sind Sie der Meinung, dass Russland die Probleme der strategischen Regelung im Bereich der Energiewirtschaft wieder auf die Tagesordnung setzen muss, weil die im Rahmen des Sankt Petersburger Plans beschlossenen Aktionen und Entscheidungen faktisch ohne eine Fortsetzung geblieben sind?

Sergej Rjabkow: Ich würde den Worten nicht zustimmen, dass diese Entscheidungen ohne eine Fortsetzung geblieben sind. Sie sind nicht vergessen worden und tauchen bei der Erörterung dieser Thematik in verschiedenen internationalen Gremien — in der einen oder anderen Form — immer wieder auf.

Während des Gipfeltreffens „der Gruppe der Acht“ in Sankt Petersburg im Jahre 2006 traten wesentliche Veränderungen auf den Weltmärkten ein, darunter beim Handel mit Waren, die für uns von erstrangiger Bedeutung sind. Das sind Erdgas, verflüssigtes Erdgas und sonstige Arten von kohlenwasserstoffhaltigen Rohstoffen, die Lieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen u.a.m.

Wir wollen, dass eine richtige, zuverlässige, vernünftige und ausgewogene Bilanz der Interessen der Lieferanten und der Käufer gewahrt bleibt. In diesem Bereich kann es kein Diktat der Käufer geben. Wahrscheinlich wäre es genau so falsch, auch von einem Diktat der Lieferanten zu reden.

Im Jahre 2014, wenn Russland die Pflichten des Vorsitzenden in der „Gruppe der Acht“ wieder übernimmt, werden wir ohne Zweifel auf diese Thematik — bereits auf einer neuen historischen Etappe — zurückgreifen. Im Juli des laufenden Jahres fand in Moskau ein Forum von Ländern, die Erdgas exportieren, statt. Das Gremium verlief auf höchster Ebene. Hier fanden sich Themen, die besprochen werden mussten. Beispielsweise: Wie kann man die Folgen der Geschehnisse in Form einer „Schiefergas-Revolution“ in den USA sowie eine Veränderung der Nachfrage in verschiedenen Segmenten dieses Marktes beurteilen? Die Möglichkeiten der Angebote haben sich ebenfalls verändert. All das ist recht bedeutungsvoll.

Aber die Entscheidungen von Sankt Petersburg (ich spreche erneut über das Gipfeltreffen der „Gruppe der Acht“ im Jahre 2006), die sich auf die Gewährleistung der Stabilität dieses Schlüsselsegments der Weltwirtschaft beziehen, behalten in vollem Masse ihre Aktualität. Wir werden auch weiterhin

in Übereinstimmung mit den Konzeptionen, mit der Ideologie der Lösung dieser Probleme arbeiten, die sich damals ergeben haben.

„Internationales Leben“: Interessant ist folgendes: als im USA-Senat die Kandidatur von Ernest Moniz für den Posten des Ministers für Energiewirtschaft zur Diskussion stand, wurden ihm derart ungewöhnliche geopolitische Aufgaben gestellt wie etwa die Aufgabe, sich nicht nur mit der Zukunft des Schiefergases in Amerika zu beschäftigen, sondern die Technologien der Gewinnung von Schiefergas nach China zu bringen, wo die Schiefergasvorräte um 50 Prozent grösser als in den USA sind. Zu diesem Thema fanden Verhandlungen mit Europa statt, die keineswegs einfach waren. Kann man denn sagen, dass wir uns im Bereich der Energiewirtschaft — bei allen Unterschieden und Gegensätzlichkeiten der Interessen — irgendwelchen Entscheidungen nähern, die die Situation harmonisieren?

Sergej Rjabkow: Was die Ernennung des Herrn Moniz zum Minister für Energiewirtschaft anbelangt, so kann ich sagen, dass es für uns wichtig war, einen direkten Kanal des Dialogs, des Meinungsaustausches mit diesem neuen Leiter einer führenden Struktureinheit der amerikanischen Administration herzustellen. Wir haben zahlreiche Berührungspunkte und Richtungen der gemeinsamen Arbeit — von der Erschliessung der Schelfvorkommen kohlenwasserstoffhaltiger Rohstoffe bis zur Atomenergiewirtschaft.

Nicht wünschenswert wäre es, wenn sich der Bereich der Energiewirtschaft, der Energiesicherheit — vom Standpunkt des Angebots und der Nachfrage aus — in eine Wechselmünze im geopolitischen Spiel verwandelt. Mit diesen Fragen müssen sich Fachleute beschäftigen, diejenigen, die verstehe, wovon die Rede ist. Für mich ist es nicht leicht, darüber zu reden, weil ich kein Fachmann bin, doch möchte ich es mir gestatten, einige Überlegungen zu darzulegen.

Die Technologie der hydraulischen Zerreissung von Schiefergasschichten ist nicht eindeutig genug bezüglich der Folgen für den Umweltschutz, bezüglich der Mengen von Wasserressourcen, die dafür erforderlich wären. Nicht zu übersehen ist auch die schnelle Erschöpfung der Vorkommen. Die Leistung von Bohrungen an derartigen Vorkommen ist eine recht komplizierte Frage. Die Erschöpfung der Leistung von Schichten tritt des Öfteren schnell ein. Nicht meine Sache ist es, dafür Einschätzungen zu geben, wer und was planen kann, welche Investitionen für diesen Zweig erforderlich sind.

Wir sind dazu entschlossen, wir wollen und werden all diese Aspekte mit den chinesischen und den amerikanischen Partnern sowie mit denjenigen in West- und Osteuropa erörtern, die sich für die Problematik der Gewinnung

von Schiefergas interessieren und damit rechnen, dass sich hier zusätzliche Möglichkeiten bieten werden. Aber niemand darf die Zuverlässigkeit Russlands als eines erprobten — im Laufe von Jahrzehnten bewährten — Lieferanten von Erdöl und Erdgas in Zweifel ziehen. Das möchte ich nochmal betonen.

„Internationales Leben“: Inzwischen ist bekannt geworden, dass die USA die vierte Etappe der Entfaltung des Raketenabwehrsystems in Europa korrigieren und die Fristen seiner Verwirklichung bis zum Jahr 2022 verlängern wollen. Darüber hinaus wollen die USA für ein diensthabendes System in Polen angeblich Raketen der früheren Modifikation liefern. In seiner Botschaft an den Präsidenten W. Putin schlug der Präsident der USA B. Obama vor, ein juristisch verpflichtendes Abkommen über die Transparenz in der Frage des Raketenabwehrsystems abzuschliessen. Stimmt es? Kann man damit rechnen, dass es eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, einen russisch-amerikanischen Kompromiss bezüglich der Raketenverteidigung zu erzielen.

Sergej Rjabkow: Was das Angebot anbelangt, ein juristisch verpflichtendes Abkommen über die Transparenz abzuschliessen, so sieht die Situation folgendermassen aus. Die Transparenz ist wichtig, aber nicht ausreichend. Wir schlagen vor, ein Abkommen nicht über die Transparenz abzuschliessen, sondern über juristisch verpflichtende Garantien der Nichtausrichtung des amerikanischen Raketenabwehrsystems gegen die russischen Truppen der Raketenabwehrverteidigung.

Damit dieses Abkommen arbeitsfähig — jedoch nicht deklarativ, nicht unmotiviert — wäre, müssen in ihm gegenseitig abgestimmte, durchdachte militärisch-technische Parameter, Kriterien zur Gewährleistung eben dieser Nichtausrichtung festgelegt werden.

Nicht ausreichend wäre einfach die Transparenz oder die Übertragung der einen oder anderen Informationen in einem gewissen Umfang, der Informationen darüber, was die amerikanische Seite beabsichtigt, im Bereich der Entwicklung der eigenen Systeme der Raketenabwehrverteidigung zu tun.

Vorschläge, die die amerikanische Seite diesbezüglich unterbreitet hat, entbehren nicht einer Konkretion, weisen eine gewisse Verknüpfung an Diskussionen auf, die zwischen unseren Ländern auf verschiedenen Ebenen in den letzten Jahren stattgefunden haben. Von diesem Standpunkt aus darf man nicht behaupten, dass diese Vorschläge dekorativ oder nicht ernst zu nehmend wären. Ich möchte betonen, dass wir die Ernsthaftigkeit dieser Vorschläge feststellen, jedoch sie für nicht ausreichend halten.

Bezüglich der 4. Etappe des europäischen etappenmässigen adaptiven Herangehens geschah, soweit uns bekannt ist, der Verzicht auf das frühere

Schema der Unterbringung der Abfangrakete der Modifikation SM-3 Block 2B in Europa. Eine solche Rakete gibt es vorerst nicht, an der Entwicklung der Rakete wird erst weitergearbeitet. Laut der Entscheidung, die von der amerikanischen Seite bekanntgegeben worden ist, werden die Arbeiten vorerst den Rahmen der Forschung und Entwicklung (FuE) nicht verlassen. Mindestens geschieht bis zum Jahre 2022 keine Realisierung der 4. Etappe.

Nun geht es darum, was weiter kommt. Vor dem Jahr 2022 wird nichts geschehen, aber was dann? Soll oder nicht soll dann irgendeine andere Abfangrakete entwickelt sein? All das ist recht unsicher, schwankend, alles ändert sich. Wir haben bereits festgestellt: aufgetaucht sind Ideen der Entwicklung eines neuen universellen Abfang-Sprengkopfes für die eventuelle Installation in Raketen verschiedener Typen. Das heisst, der Kopfteil, den die amerikanischen Militärs für den Abfang von gegnerischen Raketen einsetzen können, soll vereinheitlicht werden. anscheinend sollen dort modernste Technologien angewandt werden, was eine wesentliche Verstärkung der Möglichkeiten der USA im Bereich der Raketenabwehrverteidigung bedeuten wird.

Auch können wir die Wiederaufnahme der Erörterung des Themas nicht unbeachtete lassen, welches sich darauf bezieht, dass mehrere Kampfteile im Rahmen der Entwicklung neuer Abfangsysteme in einen Träger eingebaut werden. Das sind Mehrfachgefechtsköpfe in den Abfangraketen der Raketenabwehrverteidigung. Das Bild ändert sich laufend, und wir dürfen das nicht übersehen.

„Internationales Leben“: Wie reagiert Russland auf neue Angebote des Präsidenten der USA B. Obama bezüglich des Beginns neuer Verhandlungen über eine wesentliche Verringerung der Kernwaffenpotentiale Russlands und der USA? Zeichnet sich eine auffallende Verschiebung zugunsten der USA nicht ab, denen ein hochentwickeltes nichtatomares strategisches Potential gehört?

Sergej Rjabkow: Russland reagiert normal, gefasst. Seine Reaktion läuft auf folgendes hinaus: Bevor wir uns mit der Erörterung dessen abgeben, ob weitere Kürzungen der Kernwaffen erforderlich sind, müssen wir — erstens — auf dem Wege der Realisierung des in Kraft bleibenden Vertrages über die Verringerung strategischer Waffen (START) vorankommen, der im Jahre 2010 unterzeichnete worden ist (hier haben wir nicht einmal die Hälfte des Weges zurückgelegt). Zweitens: man muss eine annehmbare Formel der Lösung der Raketenabwehrverteidigung finden. Russland tritt für die bekannte Herangehensweise ein, die bereits wiederholt dargelegt worden ist.

Ich glaube, dass diese Herangehensweise ausreichend logisch und vernünftig ist.

Darüber hinaus entwickelt sich die Situation auf eine solche Weise, dass auf den Gesamtzustand der strategischen Stabilität — sowohl im bilateralen russisch-amerikanischen Segment dieser strategischen Stabilität als auch in globaler Hinsicht — den zunehmenden Einfluss solche Faktoren ausüben wie beispielsweise die Perspektive des Auftauchens von Waffen im Welt-raum (das ist eine sehr ernstzunehmende Frage). Dazu gehört auch, sagen wir, das Fehlen von Fortschritten in der Richtung, die dem Vertrag über das allumfassende Verbot von Kernwaffenversuche einen fürwahr universellen Charakter verleihen soll.

Wir haben bedeutende Sujets für die Diskussion mit den Amerikanern im Zusammenhang mit der Realisierung des sogenannten Konzeption des „globalen blitzartigen Schlages“ durch Washington; dieser Konzeption werden strategische Waffen in nichtatomarer Ausrüstung zugrunde liegen. Auch gibt es Missverhältnisse bei herkömmlichen Rüstungen.

Ich spreche schon gar nicht darüber, dass wir — bis in die Unendlichkeit — mit den USA nicht über Kürzungen und Begrenzungen nuklearer Rüstungen in einer Situation verhandeln können, da in einer Reihe von Ländern ein Ausbau sowohl des nuklearen Waffenpotentials als auch des Raketenpotentials geschieht. Immer dringlicher wird die Notwendigkeit, dem Prozess der Abrüstung einen multilateralen Charakter zu verleihen.

Dieser Komplex von Fragen darf im Dialog mit den USA nicht einfach unberührt bleiben, wenn es um die Aussichten der weiteren Kürzungen nuklearer Arsenalen geht. Darin besteht der Sinn unserer Reaktion.

„Internationales Leben“: Angesichts all dieser Aspekte kann man wohl sagen, dass die „nukleare Null“ vorerst ein unerreichbares Ideal — jedenfalls in einer kurzfristigen Perspektive — bleibt.

Sergej Rjabkow: Die „nukleare Null“ ist möglich, und darüber sprachen sogar diejenigen, die Ende der 1960er Jahre am grundlegenden Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen arbeiteten.

Wenn man den Artikel 6 des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen aufmerksam liest, wird klar, dass es um eine allgemeine und vollständige Abrüstung geht, allerdings ohne eine Teilung in eine „nukleare Null“ und eine „nichtnukleare Null“. Man denke nur: auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, auf dem Höhepunkt der Konfrontation konnten die Politiker und Diplomaten sich nicht einfach ein solches Ziel in Form einer Lösung oder einer politischen Direktive setzen, sondern auch es in vertraglicher Form niederschreiben.

Russland bleibt voll und ganz seinen Verpflichtungen aus dem Artikel 6 des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen treu, ist nie den Gesprächen über eine „nukleare Null“ ausgewichen und wird es auch künftighin niemals tun. Aber das darf kein Selbstzweck, keine alleinige Aufgabe, die alles andere überschattet, sein. Sonst werden wir die Grundlagen der nationalen Sicherheit unterhöheln.

„Internationales Leben“: Ist der russisch-amerikanische „Krieg der Listen“ zu Ende gegangen? Wie ist es mit den russischen Kindern bestellt, die von den amerikanischen Bürgern adoptiert worden sind? Verfolgt die russische Botschaft in den USA ihre Lage? Wie verhält sich das amerikanische Aussenministerium in dieser Frage? Halten es die Amerikaner für nötig, die Situation in dieser für die Russen empfindlichen Frage zu normalisieren?

Sergej Rjabkow: Verfolgt wird die Situation ständig, tagtäglich (das ist keine Übertreibung), nicht nur durch die Botschaft Russlands in Washington, sondern auch durch unsere Generalkonsulate, die sich in verschiedenen Regionen der USA — von San Franzisko bis Houston und New York — befinden.

Leider können wir nach wie vor nicht sagen, dass uns ein vollständiges Bild dessen zur Verfügung steht, wie die aus Russland adoptierten Kinder in amerikanischen Familien leben. Dieses Bild ist fragmentarisch, des Öfteren bruchstückartig. Manchmal müssen wir diese Informationen aus den entsprechenden Einrichtungen vor Ort in den USA buchstäblich „herauspressen“. Natürlich könnte das US-Aussenministerium hier mehr Hartnäckigkeit und Bereitschaft zur Kooperation zeigen.

Erstrangige Bedeutung wird diesem Umstand beigemessen unter anderem vom Bevollmächtigten beim Präsidenten der Russischen Föderation für die Rechte des Kindes, P.A. Astachow, vom Bevollmächtigten des Innenministeriums Russlands für Menschenrechte, Demokratie und Oberhoheit des Rechts, K.K. Dolgow, sowie von Einrichtungen des russischen Aussenministeriums und von russischen Konsulaten. Auf diese Weise werden wir diesen Komplex von Fragen auch weiterhin verfolgen.

„Internationales Leben“: Handelt es sich im grossen und ganzen um Kinder, die sich bereits in den Familien amerikanischer Adoptiveltern befinden? Müssen wir die Kontrolle einer neuen Qualität einführen?

Sergej Rjabkow: Ja, wir müssen Informationen bekommen, wenn ein Kind verunglückt. Bekommen müssen diese Informationen im On-Line-Verfahren, schnell, ohne bürokratische Filter, ohne die Notwendigkeit, sich vielfach zu vergewissern, welche Verantwortungsstufe zur Kompetenz der

Munizipalbehörden und zur Kompetenz der Behörden von Bundesstaaten gehört.

Das ist ein kompliziertes Thema unter Berücksichtigung der amerikanischen staatlichen Organisation. Nichtsdestoweniger dürfen wir aus menschlichen Erwägungen, im Hinblick auf das augenfällige Interesse, das in der russischen Gesellschaft für die Geschicke unserer Mitbürger erhalten bleibt, einfach nicht auf eine andere Weise handeln. Das gehört zu den Themen, die auf allen Ebenen im Zuge bevorstehender Kontakte zur Sprache kommen werden.

„Internationales Leben“: Gibt es in den USA irgendein föderales Gesetz, das diesen Bereich regelt?

Sergej Rjabkow: Leider gibt es eine solche Rechtsvorschrift nicht. Einst wurde ein bilaterales Abkommen abgeschlossen. Aber vor dem Hintergrund dramatischer Ereignisse mit russischen Kindern, vor dem Hintergrund von Tragödien, die hintereinander erfolgten und die Grundlagen der Auffassung dieser Richtung unserer Arbeit mit den Amerikanern erschütterten, kam es zu einem Verzicht auf dieses Abkommen. Das Abkommen wurde gekündigt. Und obwohl wir heute unter den Bedingungen lediglich der formellen Wirkung des Adoptionsabkommens arbeiten, stützen wir uns — im grossen und ganzen — auf die Bestimmungen der bilateralen Konsularkonvention.

Das sind juristische Instrumente, die in unseren Händen bleiben. Was mit dem Abkommen geschehen ist, befreit die amerikanische Seite keineswegs von der Verantwortung. Wir brauchen eine höhere Offenheit, eine Kooperationswilligkeit, eine Ausrichtung auf die Zusammenarbeit in diesem Bereich. Sonst lassen sich die Probleme nicht lösen und Hindernisse für neue tragische Ereignisse nicht schaffen, unter denen Kinder leiden können, die aus Russland adoptiert worden sind.

„Internationales Leben“: Eine Grundlage der Festigung bilateraler Beziehungen war immer schon — und wird wohl auch bleiben — eine grossangelegte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wie sieht die Lage in diesem Bereich der russisch-amerikanischen Beziehungen heutzutage aus?

Sergej Rjabkow: 32 Milliarden Dollar Warenumsatz im vorigen Jahr sind natürlich lächerlich im Hinblick auf das Ausmass nicht nur der amerikanischen, sondern auch der russischen Wirtschaft. Das ruft ein Lächeln hervor vor dem Hintergrund des Handelsumfangs, den Russland — sagen wir — mit den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland, der Volksrepublik China und anderen Ländern hat, die zu seinen sieben grössten Handelspartnern gehören.

Es gibt markante Projekte. Man darf die Augen nicht davor verschliessen, dass inzwischen bedeutende Vereinbarungen erzielt worden sind. Zum Beispiel die Vereinbarungen zwischen „Rosneft“ und „ExxonMobil“ — mit der Aussicht auf ausserordentlich grossangelegte Investitionen. Natürlich ist es eine Planung auf lange Sicht. Aber wichtig ist, dass bereits eine bestätigte Ausrichtung der zwei Giganten darauf besteht, nicht einfach die Absicht, miteinander enger zusammenzuwirken, sondern sich — in einem gewissen Sinne — im Investitionsbereich, in den Richtungen der Gewinnung zu verflechten.

„Boing“ und „Rostechologii“ sind ebenfalls ein herrliches Beispiel der langfristigen stabilen Zusammenarbeit, nämlich einer Zusammenarbeit mit Arbeitsplätzen, die unter anderem auch bei uns geschaffen werden. Investitionen, die aus den USA in unseren Maschinenbau, in den Konsumtionsbereich, in die Herstellung von Waren für den russischen Markt fliesen, sind für alle sichtbar. Es fliesen Investitionen auch aus Russland in die USA.

Wir sind durchaus der Aufgabe gewachsen, den Warenumsatz im Bereich bis zu zehn Prozent im Jahr wachsen zu lassen. Es besteht eine Präsidentenkommission, in der sich eine ganze Reihe von Arbeitsgruppen mit der ökonomischen Problematik beschäftigt. Heutzutage ist gerade der Augenblick, da wir — gemeinsam mit den USA — sehen, was man unternehmen kann, um die Leistungsfähigkeit dieser Strukturen zu erhöhen.

Eine qualitative Veränderung wird aber nicht stattfinden, solange die Geschäftswelt der einen und der anderen Seite den realen Bedarf aneinander nicht spürt, kein Interesse dafür empfindet, um nach neuen Ebenen für die Anwendung ihrer Anstrengungen zu suchen.

Aber von einem politischen Standpunkt aus wäre die Erreichung dieser neuen gegenseitigen Empfindung der Möglichkeiten und des Potentials sehr wichtig, weil sich die politischen Beziehungen — ohne eine zuverlässige wirtschaftliche Basis, ohne eine grossangelegte Zusammenarbeit im Handels- und Investitionsbereich — verwundbar bleiben und des Öfteren „durchrutschen“. Uns als einer aussenpolitischen Behörde hat der Präsident Russlands die Aufgabe gestellt, ein solches Zusammenwirken allseitig zu fördern. Eben damit befassen wir uns heutzutage viel tatkräftiger als in der Vergangenheit.

„Internationales Leben“: Unlängst hat Sergej Rogow, Direktor des Instituts der USA und Kanadas, den Artikel „Obama-Doktrin: Der Herr der zwei Ringe“ veröffentlicht. Im Artikel geht es darum, dass die USA beabsichtigen, sich an die Spitze zweier gigantischer Wirtschaftsblöcke — des Transatlanti-

schen und des Pazifischen Blocks — zu stellen. Das muss den Amerikanern die Weltführung sichern. Ist eine solche Absicht der USA realisierbar? Welcher Platz kommt Russland in dieser amerikanisch-chinesischen Konfrontation zu?

Sergej Rjabkow: Ich glaube, dass man solche Initiativen der Administration von B. Obama denkbar ernst nehmen muss. Sowohl in der pazifischen als auch in der transatlantischen Richtung beginnt die Arbeit (sie hat bereits begonnen) auf dem Wege der weiteren Liberalisierung von Investitionsbedingungen, der Schaffung von Möglichkeiten für die Äusserung der Konkurrenzvorteile der ökonomischen Strukturen und Ordnungen, die in Ländern entstanden sind, die für die Arbeit im Rahmen dieser zwei grossen Initiativen gewonnen werden.

Ich bin überzeugt, dass die Arbeit recht lang sein wird. Das ist nicht die Lösung irgendeiner Aufgabe, die man im Laufe einer Woche oder eines Monats in einem Dokument niederschreiben kann, um dann das Blatt zu wenden und sich mit etwas Anderem zu beschäftigen.

Die USA haben einen kolossalen Umfang des Handels über den Atlantik und den Stillen Ozean. Die Europäische Union und die Länder der Asiatisch-Pazifischen Region haben ausserordentlich machtvolle Aussenwirtschaft- und Aussenhandelspotentiale und Interessen auf diesem Gebiet und sind sehr genau ausgerichtet. Die Verknüpfung dieses ganzen Komplexes, die Erzielung eines gemeinsamen Nenners wird nicht einfach sein. Aber der politische Wille ist in den USA vorhanden. Ich glaube, dass die anderen Partner, die an diesen Prozessen teilnehmen, hier für sich gewisse Möglichkeiten erblicken.

Bezüglich des von gewissen Analytikern beliebten Themas der geopolitischen Rivalität zwischen den USA und China kann ich sagen, dass der Umfang des Handels zwischen den beiden Ländern schon längst den Stand von mehr als 500 Milliarden US-Dollar im Jahr übertroffen hat. Hinzu kommen der Umfang von Investitionen, darunter aus China in die USA, und viele Zehntausende chinesischer Studenten an Hochschulen in den USA, das beispiellose Volumen des Kaufs amerikanischer staatlicher Obligationen durch die Volksrepublik China — all das sind Merkmale der gegenseitigen Abhängigkeit der zwei Länder. Ohne Rivalität kommt man wohl auch nicht. Doch darf man auch den Umstand nicht übersehen, wie eng die Volkswirtschaften der USA und der Volksrepublik China heute miteinander verflochten sind.

„Internationales Leben“: Dem terroristischen Überfall in Boston folgten die Erklärungen Russlands und der USA darüber, dass die Zusammenarbeit der Geheimdienste der zwei Länder bei der Bekämpfung terroristischer Dro-

hungen verstärkt werden soll. Folgten diesen Erklärungen irgendwelche konkreten Taten?

Sergej Rjabkow: Ja, es folgten solche Taten. Wenn ich mich jetzt über diese Taten auslassen würde, wäre das selbst der Logik solcher Taten und der Zusammenarbeit unserer entsprechenden Dienste entgegengesetzt. Ich versichere aber Ihnen, dass eine recht tatkräftige Arbeit geleistet wird, darunter auch die Arbeit, die gegen die Terroristen gerichtet ist. Hier ist das Potential für die gegenseitige Verständigung zwischen Moskau und Washington erheblich.

Auch früher arbeiteten wir nicht schlecht miteinander zusammen. Nun — nach dem Geschehen in Boston — haben sich die politischen Impulse und der praktische Bedarf an einer solchen Zusammenarbeit erneut in einem Punkt konzentriert. Die Arbeit aktiviert sich und hebt sich auf neue Ebenen.

„Internationales Leben“: Laufen die Verhandlungen mit den Amerikanern über die Situation rund um Afghanistan?

Sergej Rjabkow: Ich möchte sagen, dass recht viele widersprüchliche Informationen darüber einlaufen, wie hoch der Umfang der Produktion und der Lieferungen afghanischer Rauschgiftmittel auf die Aussenmärkte ist. Mal wird berichtet, dass irgendeine Pilzart den ganzen Mohn in Afghanistan auffrisst. Dann klärt sich, dass es keine derartige Pilzart gibt, sondern sich — im Gegenteil — die Gelegenheit bietet, Heroinlieferungen aus „alten Vorräten“ auf dem Weltmarkt „unterzubringen“.

Das ist ein Problem, das den Frieden und die Stabilität gefährdet. Wir stellen dieses Problem in den Vordergrund unserer Gespräche mit den Amerikanern, wenn auf der Tagesordnung Afghanistan steht. Wir wollen das auch weiterhin tun, insbesondere im Hinblick auf eine Veränderung der Konfiguration der amerikanistischen Präsenz in diesem Land ab nächstes Jahr.

Für uns ist äusserst wichtig, eine solche Ebene des Zusammenwirkens (nicht einfach eine Ebene der gegenseitigen Verständigung) zu erreichen, um die weitere Verstärkung der afghanischen Rauschgiftverseuchung auszuschliessen, die unmittelbar die Sicherheit unseres Landes unterhöhlt.

Afghanistan bedeutet auch vieles andere mehr. Unter anderem sind das auch Aussichten für die dortige internationale militärische Präsenz nach 2014. Aufrichtig gesagt, sind uns die Pläne der amerikanischen Partner auf diesem Gebiet — wie auch die Pläne anderer NATO-Länder — nicht ganz verständlich. Doch gibt es internationale Formate, eine Kontaktgruppe für Afghanistan, an deren Tätigkeit wir auf einer soliden Ebene teilnehmen. Es

gibt Möglichkeiten, das sowohl in der UNO als auch in der „Gruppe der Acht“ und im bilateralen Dialog mit den USA und der EU ständig zu erörtern. All das will man einsetzen.

„Internationales Leben“: Nach dem BRICS-Gipfel in der Republik Südafrika begann das Gerede darüber, dass nun BRICS tatkräftig auch mit Afrika zusammenarbeiten wird. Stimmt das?

Sergej Rjabkow: Alle Länder des afrikanischen Kontinents und die Führung der afrikanischen Integrationsstrukturen und Integrationsvereinigungen, die sich mit der Sicherheit beschäftigen, zeigen dafür Interesse. Nach Durban wurden führende Politiker aus 18 Ländern eingeladen. Das war die erste BRICS-Veranstaltung im Format outreach, und sie verlief gerade mit afrikanischen führenden Politikern. Diese Arbeit mit afrikanischen Partnern wollen wir fortsetzen. Überzeugt bin ich, dass auch die Brasilianer dasselbe sagen werden, wenn an sie der Vorsitz in BRICS im kommenden Jahr übergeht.

„Internationales Leben“: Wie real ist der Beitritt neuer Mitglieder zu der Vereinigung BRICS? Was sagen dazu die BRICS-Mitglieder selber?

Sergej Rjabkow: Vor einer gewissen Zeit sind wir im BRICS-Format übereingekommen, dass die Vereinigung einen gewissen Weg der Konsolidierung zurücklegen muss. Erforderlich ist eine bestimmte Periode der weiteren Aneinanderreihung als Partner, die in einem immer weiteren Kreis von Fragen in dieser Vereinigung miteinander kooperieren.

Man kann sich nicht mit dem Übergang von Absichtserklärungen, von der Feststellung gemeinsamer Positionen zu konkreten — des Öfteren gar nicht einfachen — Projekten befassen und gleichzeitig auf den Ausbau der Vereinigung hinarbeiten. Die Struktur muss erwachsener sein. Ich glaube, dass unsere Hauptanstrengungen in der kommenden Periode darauf konzentriert sein werden.

„Internationales Leben“: Und abschliessend eine Frage über Lateinamerika. Die Epoche von Hugo Chavez ist zu Ende gegangen. Werden sich die Entwicklungsvektoren in dieser Region nicht ändern? Wird Lateinamerika in die früheren Zeiten der Monroe-Doktrin nicht zurückfallen?

Sergej Rjabkow: Die Rolle von Hugo Chavez als eines führenden Politikers in Venezuela und ausserhalb dessen Grenzen ist ausserordentlich wichtig. Sein Nachlass bleibt in mancher Hinsicht eine Stütze für die Politiker in Venezuela und anderen Ländern. Aber der Abgang von Hugo Chavez oder — sagen wir — eine Veränderung der politischen Konfiguration in anderen Ländern der Lateinamerikanischen Region an sich schaffen objektive Tendenzen nicht ab.

Ohne Zweifel wird Lateinamerika zu einem zunehmend selbständigen und einflussreichen internationalen Spieler. Lateinamerika konnte beweisen, dass seine ökonomischen und sozialen Modelle wirksam sind, unter anderem im Hinblick auf die Abwehr der Weltwirtschaftskrise. Armut und Elend in der Region schrumpfen immer mehr. All das stimmt mit der Ideologie und Praxis des bolivarianischen Sozialismus von Hugo Chavez überein. Ich bin überzeugt, dass der Nachlass von Chavez ihn als Person und Politiker für viele Jahre überlebt.



Juri SCHAFRANIK

Vorsitzender des
Vorstandes der
Zwischenstaatlichen
Erdölgesellschaft (russ.
Abk. MGNK)
„SojusNefteGas“,
Präsident des Fonds
„Weltpolitik und
Weltressourcen“

referent@cng.msk.ru



INLANDPREISE FÜR ERDGAS SENKEN UND DIE GANZE INDUSTRIE MIT ERDGAS AUSREICHEND VERSORGEN

Internationales Leben“: Mit welchen Herausforderungen ist heute die Erdgasindustrie Russlands konfrontiert?

Juri Schafranik: Das erste, was mir in den Sinn kommt, ist die Weltwirtschaftskrise, die ohne Zweifel auch die Weltenergiewirtschaft berührt. Aber ich würde dieses Problem unter einem anderen Gesichtswinkel betrachten: die Krise besteht nicht darin, dass irgendwo ein Konkurrent erschienen ist, sondern darin, ob deine Leistungen gut sind und inwieweit du richtig handelst.

Wir leben in einer Welt, die sich schnell ändert. Die Welt spricht von Schiefergas. Entdeckt sind oder werden Erdgasvorkommen in Ostafrika.

Юрий ШАФРАНИК, Председатель правления МГНК «СоюзНефтеГаз»,
президент Фонда «Мировая политика и ресурсы»

СНИЗИТЬ ВНУТРЕННИЕ ЦЕНЫ НА ГАЗ И НАСЫТИТЬ ГАЗОМ ВСЮ ПРОМЫШЛЕННОСТЬ

Erdgas wird im Persischen Golf, in Iran und in Turkmenien gewonnen. All das ist Konkurrenz. All das bedeutet moderne Herausforderungen.

Schön, aufgetaucht ist Schiefergas. Haben wir aber davon erst heute erfahren? Nein. Als Fachmann weiss ich davon schon seit langem. Um heute wirksam zu arbeiten, gilt es, sich einen Vorlauf zu verschaffen, die Ereignisse vorzuschauen, sich auf sie vorzubereiten.

Im letzten Jahrzehnt ist die Energiewirtschaft Russlands — Erdöl und Erdgas — voll und ganz nach sowjetischem Mass wiederhergestellt worden. Erreicht haben wir ein Maximum, das uns einst — bezüglich Erdgas, Erdöl und Erdölprodukte — zustand. Wir haben den sowjetischen Export auf mehr als das Doppelte überboten. Wir haben eine Infrastruktur aufgebaut und bauen daran weiterhin: gemeint ist das Baltische Rohrleitungssystem, der „Nordstrom“, der „Südstrom“ und die Kapazitäten im Osten.

Ja, wir haben das Potential wiederaufgebaut. Aber das Problem besteht eben darin, dass es sich um einen Wiederaufbau gehandelt hat. Nun müssen wir aber vom Wiederaufbau des Erdgaspotentials zu seiner Weiterentwicklung übergehen. Das ist eine richtige Herausforderung!

Alles Übrige ist entweder der Dilettantismus derjenigen, die sich damit befassen, oder der Dilettantismus derjenigen, die darüber schreiben.

„Internationales Leben“: Es gibt eine Meinung, die besagt, dass unsere Energieressourcen einen Hebel für den Druck auf europäische Staaten bedeuten. Was denken Sie darüber?

Juri Schafranik: Ich bin überzeugt, dass eine solche Fragestellung falsch und nicht korrekt ist. Europa ist ein Verbraucher von russischem Erdgas. Unsererseits verlegen wir Rohrleitungen in verschiedene Richtungen. Wegen der Probleme, die sich mit Transitländern ergeben hatten, mussten wir uns zur Verwirklichung ausserordentlich schwieriger Projekte — „Nordstrom“, der „Südstrom“ — entschliessen. Schwierig sind diese Projekte sowohl in ökonomischer als auch in physischer Hinsicht und vor allem in finanzieller Hinsicht.

Ich bedauere nicht einfach die hohen Geldausgaben. Viel günstiger wäre es gewesen, eine Übereinkunft mit den Transitländern zu erzielen. 15 Jahre lang versuchten wir, mit der Ukraine eine gemeinsame Sprache

über dieses Problem zu finden. Aber mit Misserfolg. Unsere Partner hatten sich an billiges Erdgas gewöhnt. Ihnen fiel es schwer, sich damit abzufinden, dass sich die Situation geändert hat. Als ich noch Minister war, wurde ein Regierungsabkommen über den Übergang zu den Weltpreisen für Erdgas und Erdöl unterzeichnet. Bezüglich des Erdöls wurden die Vereinbarungen sofort erfüllt. Bezüglich des Erdgases waren wir zu Zugeständnissen bereit, und standen so viel zu, dass es zu einer Zuspitzung der Lage (!) kam.

Ich wiederhole nochmal: natürlich bedauere ich die eingefrorenen Preise, aber unser Land tut alles, um ein konkurrenzfähiger Spieler auf dem europäischen Markt zu sein. Und es tut richtig so.

Diverse Erklärungen sind aber entweder Provokationen oder Äußerungen des Dilettantismus, oder auch Ränke der Konkurrenten.

„Internationales Leben“: Wie würden Sie eventuelle Absprachen zwischen der Ukraine und europäischen Ländern über umkehrbare Erdgaslieferungen kommentieren?

Juri Schafranik: Das ist eine schwierige politische Frage. Denn Energiewirtschaft bleibt eben Energiewirtschaft, Politik bleibt aber Politik. Ich möchte mich mit politischen Fragen nicht abgeben. Aber ich würde folgendes sagen: stellen wir uns vor, dass wir anstelle der Führung der Ukraine sind. Das Leben ist schwer, die Preise sind im Wachsen begriffen. Es gilt, alles nachzurechnen. Aber es liess sich nichts richtig rechnen. Was tun? Nach einem Ausweg suchen.

Und es wäre sinnlos, ja zwecklos, das der Ukraine zu verübeln. Wir würden wohl nach Varianten suchen: Schiefergas und Schwarzmeerschelf, ein Terminal auf der Krim für die Einfuhr von verflüssigtem Erdgas. All das dürfen wir in Russland nie vergessen: wir haben es mit unserem allernächsten und wichtigen Partner zu tun, mit einem uns nahestehenden und brüderlichen Volk, mit dem uns die jahrhundertlange Geschichte, die Politik und Wirtschaft verbinden.

Der zweite Teil der Frage: umkehrbare Erdgaslieferungen von russischem Erdgas über Europa. Aber Entschuldigung, das ist ja Unsinn. Und wir müssen so schnell wie möglich in Verträgen über Erdgaslieferung an jedes europäische Land festlegen, dass im Falle des Weiterverkaufs von aus Russland geliefertem Erdgas ein Mehrpreis verlangt wird. Habt ihr den Preis bezahlt, dann dürft ihr das Erdgas liefern, wem ihr wollt.

Also wird in dieser Richtung eine mühselige, ernsthafte Arbeit russischer Produzenten und Exporteure — im gegebenen Fall die Arbeit von „Gasprom“ — erforderlich. Zugleich brauchen wir einen politischen Dialog, Begegnungen, Erläuterungen unseres Standpunktes. Und je offener das geschieht, umso besser ist es.

„Internationales Leben“: Die zwei grössten Volkswirtschaften der Welt — China und die USA — sind zugleich die grössten Verbraucher von Energieressourcen. Wie solle Russland die Beziehungen mit ihnen gestalten?

Juri Schafranik: China ist unser geographischer und historischer Partner. Auf dem Gebiet der Infrastruktur für Erdöl im Osten haben wir bereits viel getan. Heute müssen wir gerade mit der Niederbringung von Bohrungen und mit der Erschliessung neuer Vorkommen befassen. Eben darin sind wir heute im Rückstand.

In dieser Richtung sind wir auch auf dem Gebiet der Infrastruktur für Erdgas zurückgeblieben. Ja, man kann über die Insel Sachalin reden. Wir beginnen bereits uns damit zu befassen. Es gilt, Projekte in drei Richtungen zu entwickeln: die Lieferung von Erdgas nach China die Verflüssigung von Erdgas auf unserem Territorium und die Verschickung und Ausfuhr von Erdgas übers Meer sowie die Verarbeitung im Inland. Dafür gibt es keine Alternative.

Nach China wird Erdgas aus Turkmenien geliefert. China hat bereits Rohrleitungen verlegt und betreibt Gewinnung. Das ist Tatsache. Und soweit ich verstehe, ruft das unsererseits keine Befürchtungen hervor. Hinzu kommt: lieber soll turkmenisches Erdgas nach China fliessen als mit uns auf dem europäischen Markt konkurrieren.

China verfolgt eine sehr genaue Strategie in der Energiewirtschaft: den Korridor Usbekistan — Kasachstan — Turkmenien — Kaspisches Meer. Mit diesem Korridor befasst sich China.

Amerika bringt von 80 bis 100 Millionen Meter Bohrungen im Jahr nieder. Die höchste Errungenschaft der Sowjetunion waren 30 Millionen Meter. Heute haben wir 20 Millionen Meter erreicht.

Sie bringen vier bis fünf Mal mehr Bohrungen als wir nieder. Das ist eine richtige Herausforderung, nicht aber die Tatsache, dass Amerika Schiefergas fördert. Wir müssen viel mehr Bohrungen niederbringen, um den heutigen Stand der Förderung aufrechtzuerhalten. Dabei müssen wir

die in Russland produzierten Ausrüstungen, zumindest eine Hybride aus russischen und westlichen Ausrüstungen, neue bei uns entwickelte Technologien einsetzen.

Die USA vollbrachten einen ausserordentlich ernsthaften Durchbruch und erschütterten den Markt: sie erreichten die Selbstversorgung. Mehr noch: sie senkten den Inlandpreis für Erdgas fast um die Hälfte und unterstützten damit erheblich ihre eigene Industrie. Mit ausserordentlicher Kraft warf Amerika zusätzliche Erdgasmengen auf den Binnenmarkt, beeinflusste ihn, die Preise und die Erdgaslieferungen. Über Nacht hat sich alles verändert. Das ist Tatsache.

Ich schliesse die Möglichkeit nicht aus, dass in zwei oder drei Jahren die USA mit den Lieferungen von eigenem Erdgas in andere Länder beginnen. Aber heute befassen sie sich damit vorerst nicht.

Amerika ist ein grosses Land und hat grossartige Energiegesellschaften, die in aller Welt, einschliesslich China, arbeiten.

„Internationales Leben“: Und abschliessend die Frage — Wie bewerten Sie die Prognose, dass der Erdölpreis in Kürze auf 80 US-Dollar pro Barrel sinken wird?

Juri Schafranik: Über Preise darf man nur mit Vorsicht reden. Bedenken Sie nur die Spannungen im Nahen Osten. Und was wird, wenn morgen eine Zuspitzung der Spannungen in Irfan und sodann in Saudi-Arabien eintritt? Ist so was möglich? Durchaus. Wozu das führen kann, ist schwer zu sagen. Die Preise können sowohl hochschnellen als auch herunterfallen.

Wenn keine Umstände höherer Gewalt eintreten, wird der Basispreis für die nächsten ein Paar Jahre bei 100 US-Dollar liegen. Dieser Preis ist für uns bereits nicht sehr günstig. Er lässt uns leben, aber nicht ohne Schwierigkeiten. Kurzfristig kann der Preis auf 80 US-Dollar fallen oder auf 110 US-Dollar steigen.

In Europa spitzt sich die Konkurrenz zu. „Gasprom“ hat in diesem Zusammenhang grosse Probleme, die ihrer Lösung harren. „Gasprom“ wird sich sicherlich mit den Preisen befassen, aber auch gewisse Verluste hinnehmen müssen. Doch ist es für uns vorteilhaft, Erdgas nach Europa zu liefern.

Angesichts der entstandenen Situation bin ich der Meinung, dass man sich das Ziel stecken kann, den russischen Markt mit Erdgas zu sättigen

und dessen Preis zu senken. Warum konnten die Amerikaner Schiefergas für ihr Land nutzen, während wir nicht imstande sind, unser Erdgas zu verwerten, das unsere Industrie einfach dringend braucht? Wir müssen das tun. Wie man zu sagen pflegt: jede Medaille hat zwei Seiten. Vielleicht wird das uns dazu bewegen, dass wir uns mit dem Binnenmarkt für Erdgas beschäftigen. Es gilt, die Binnenpreise für Erdgas zu senken und die ganze Industrie mit Erdgas ausreichend zu versorgen. Der Nutzeffekt wird kolossal sein!



Juri BELOBROW

Wissenschaftlicher Oberassistent des Instituts für aktuelle internationale Probleme der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums Russland, Kandidat der politischen Wissenschaften

Yuriy.belobrov@dipacademie.ru

EUROPÄISCHE SICHERHEIT AUF DEM SCHEIDEWEGE

Bei nahezu vier Jahrzehnte nach der Unterzeichnung der Helsinkier Schlussakte bleibt nach wie vor das Problem der Gewährleistung der europäischen Sicherheit eine der ungelösten Schlüsselprobleme der internationalen Beziehungen. Die nach dem Abschluss des Kalten Krieges entstandenen rosigen Hoffnungen auf deren endgültige gegenseitig annehmbare Lösung schlugen fehl. In der Region herrscht das gegenseitige Misstrauen und die Regierungen halten sich an entgegengesetzte Herangehensweisen an die Unterhaltung der Sicherheit auf dem Kontinent. Der Westen, der bedeutende strategische Vorteile über Russland im Ergebnisse der großangelegten Verschiebungen in der geopolitischen Landschaft in Europa und der Osterweiterung der Nato erreichte, ist an der Veränderung

Юрий БЕЛОБРОВ, Старший научный сотрудник Института актуальных международных проблем Дипломатической академии МИД России, кандидат политических наук
ЕВРОПЕЙСКАЯ БЕЗОПАСНОСТЬ НА ПЕРЕПУТЬЕ

daraus entstandenen günstigen Situation nicht gewillt, das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent grundlegend zu verändern.

Die Regierungen der westlichen Länder deklarieren nach wie vor die Annahme des Prinzips der gleichen und unteilbaren europäischen Sicherheit, verankert in der Grundlegenden Akte Russland — Nato 1997, in der Europäischen Sicherheitscharta, angenommen von der OSCE von 1999 sowie in der Römischen Deklaration „Die Beziehungen Russland — Nato: neue Qualität“ von 2002 über die Schaffung des Rates Russland — Nato und anderen Urkunden. Solche Anerkennung verpflichtet jedoch nicht diesem Prinzip in der realen Politik zu folgen.

Trotzdem zieht die Mehrheit dieser Staaten vor, Europa in Verbündete und potentielle Gegner zu teilen. So wird in der Lissaboner Strategischen Konzeption der Nato von 2010 darauf hingewiesen, dass sich die Unteilbarkeit der Sicherheit nur auf die Mitgliedsländer beiderseits des Atlantiks verbreite und sie bereit sind, diese gemeinsam auf der Grundlage der Solidarität und der Einheit der Nationen zu verteidigen.¹

Sogar mehr: Indem die Nato-Länder einseitig das europäische Raketenabwehrsystem entwickeln, die Nato gen Osten im Balkan erweitern und ihre Truppen auf dem Territorium der neuen Blockmitglieder stationieren wird, verletzen die Nato-Länder das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit. Sie ignorieren Besorgnisse Russlands und dessen Verbündeten dadurch, dass diese einseitigen Aktionen diese in die ungleiche Lage stellen, die Sicherheit untergraben und neue Trennlinien in Europa heraufbeschwören. Die Versuche Russlands und dessen Partner, diese Fragen auf dem politisch-diplomatischen Wege werden hartnäckig von den Nato-Ländern brüskiert.

Im letzten Jahrzehnt unternahm Moskau mehrere praktische Schritte und eine Serie von Vorschlägen, die auf die Überwindung der entstandenen Sackgassensituation auf diesem Gebiet gerichtet sind. Russland ratifizierte unter den ersten Teilnehmerstaaten des Vertrages über die konventionellen Rüstungen das Abkommen über die Anpassung des Vertrages von 1999, führte vollständig das begrenztes Militärkontingent aus Georgien und Transnistrien und schlug eine breite Palette von Entscheidungen vor, deren Annahme zur schnellen Ratifizierung des angepassten Vertrages über die konventionellen Waffen durch die Nato-Länder führen würde.

Russland trug Rechnung der sinkenden Rolle der OBSC in den Fragen der militärpolitischen Sicherheit auf dem Kontinent und schlug vor, diese Organisation zu reformieren, um die Effizienz deren Tätigkeit zu erhöhen. Die von Russland eingebrachten Vorschläge haben zur Erneuerung der Wiener Urkunde von 1999 zu den Vertrauensmaßnahmen auf dem militärischen Gebiet zur

Folge. Russland entwickelte schließlich 2008 die Idee der kollektiven Ausarbeitung des Vertrages über die europäische Sicherheit, in der die Prinzipien der gleichen und unteilbaren Sicherheit den juristisch verpflichtenden Charakter und also als die oobligate Norm für die Staatstätigkeit werden konnte.

Der taktische Moment für die Veröffentlichung der Idee des Vertrages über die Reduzierung der konventionellen Rüstungen wurde sehr günstig gewählt. Die sich um sie entfachte Diskussion in den nordatlantischen Ländern half die Angriffe der Nato-Länder auf Russland im Zusammenhang mit der Aufhaltung deren Realisierung durch Russland zu stoppen und die Aufrollung der antirussischen propagandistischen Kampagne nach dem von der J.Bush-Administration inspirierten für den Westen misslungenen Kriegskonflikts mit Georgien gegen Südossetien, Abchasien und faktisch gegen Russland zu verhindern. Strategisch gesehen, schlug Russland mit der Idee des Vertrages über die Reduzierung der Europa die positive Alternative der Nato-zentristischen Sicherheit und der Nato-Osterweiterung, was mit der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland trüchtig war.

DIVERSE REAKTIONEN

Von Anfang an wurde die russische Initiative unterschiedlich von verschiedenen europäischen Ländern empfangen. Neue Mitglieder der Nord-europäischen Union verhielten sich dazu reserviert, obwohl mehrere führende Länder (Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien) an der Zusammenarbeit mit Moskau zum Vertrag über die Reduzierung positiv interessiert waren. Die Staatsführung dieser Länder war der Meinung, dass der Dialog mit Russland zu dieser Problematik die zunehmenden Spannungen in den Beziehungen mit Moskau abschwächen wird. Der Präsident Frankreichs N. Sarkausie schlug sogar vor, das Sondertreffen mit den Staatsoberhäuptern und Regierungschefs der europäischen Länder durchzuführen, um russische Idee zu besprechen. Dieser Vorschlag wurde von einigen Ländern, darunter auch Russland unterstützt. Unter solchen Bedingungen waren auch die USA gezwungen, die russische Initiative als "wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Fragen der Sicherheit in Europa" anzuerkennen und erklären, dass sie von der B.Obama-Regierung aufmerksam analysiert wird.²

Im Großen und Ganzen entwickelte sich die internationale Diskussion zum Vertrag der Reduzierung der konventionellen Waffen 2009 positiv. Man besprach die russische Idee auf dem Forum über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und auf der Tagung des Ständigen OSCE-Rates. Wichtige Rolle bei der Institutionalierung des Diskussionsprozesses spielten die informellen Treffen der Außenminister der OSCE-Mitgliedsstaates auf der griechischen In-

sel Korfu im Juni 2009 und die Jahreskonferenz zu den Problemen auf dem Gebiet der Sicherheit. Das ermöglichte Russland am Vorabend der 17.Sitzung der OSCE-Außenminister in Athen, allen OSCE-Mitgliedern und den wichtigsten militärpolitischen Organisationen den Entwurf des Vertrages über die europäische Sicherheit zu unterbreiten, in dem einzelne Bemerkungen der Partner berücksichtigt wurden. Zur Problematik der Unteilbarkeit der Sicherheit wurde ebenfalls die ausreichend breite Basis in der Form der Deklaration der Gipfeltreffen der OSCE in Astana und im Russland-Nato-Rat in Lisabon entwickelt.

Nach dem Maß der Vertiefung der Besprechung des russischen Projekts veränderte sich jedoch die Stellungnahme der Nato-Länder bezüglich des Wesens unserer Idee zusehends negativ. Vereinigte Staaten, Großbritannien und einzelne neue Nato-Länder, die dem Reduzierungsvertrag widerspruchsvolle und haltlose Argumentation gegenüberstellten.

Als Inspirator der negativen Herangehensweise agierte der Staatssekretär der USA H. Clinton. Sie deklarierte 2010 die ziemlich jesuitische Position der USA: Einerseits akzeptieren allgemein die USA die Ziele der unteilbaren europäischen Sicherheit und einige andere Ideen. Andererseits wurde in Washington betont, dass solche Aufgaben im Rahmen solcher Einrichtungen wie OSCE und Russland-Nato-Rat und nicht im Rahmen der Verhandlungen über neue Verträge gelöst werden können, weil das ein langer und arbeitsraubender Prozess sei.³ Bald darauf erklärten die USA unmissverständlich, dass es günstiger wäre, praktische Seite zu betonen und auf keine anspruchsvollen Ideen einzugehen.

Im ähnlichen Geist sprach sich der Generalsekretär der Nato A.F. Rasmussen aus, der betonte, dass der neue Vertrag unnötig sei, da bestehende europäische Institutionen, Gesetze und Normen bereits die Fragen decken, die im Projekt des Reduzierungsvertrages enthalten sind. Er berief sich als Beispiel auf den Russland-Nato-Rat und die Charta der europäischen Sicherheit der OSCE von 1999. Gleichzeitig rief er auf, die Arbeit des Russland-Nato-Rates als Hauptmechanismus der Konsultationen zwischen Russland und dem Westen zu den Sicherheitsproblemen zu beleben.⁴

Die USA entwickelte praktisch sofort die Tätigkeit hinter den Kulissen gegen die russische Initiative im Rahmen von OSCE, Nato und anderen Strukturen. Unter dem mächtigen Druck Washingtons mussten die meisten westeuropäischen Länder ihre ursprüngliche Position zur Unterstützung der Idee des Sicherheitsvertrages überprüfen. Der Abgang von der ehemaligen Linie wurde im Wesentlichen durch Beweisführung motiviert, die keinen Bezug auf den ehemaligen Vertragsentwurf hatten.

So erklärte zum Beispiel der Außenminister Frankreichs B.Coussiner, dass die russischen Vorschläge das Problem des russisch-georgischen Konflikts außer

Acht lassen. Der britische OSCE-Vertreter verband die Möglichkeit der Behandlung der Vorschläge der RF mit der Überwindung der Krise rund um den Reduzierungsvertrag. Der Staatsminister der BRD für außenpolitische Fragen B. Hoyer brachte den Skeptizismus zum Ausdruck, dass die Konzeption der unteilbaren Sicherheit mit der Freiheit jedes Landes sich in Einklang lässt, auf annehmbare Bündnisse einzugehen. Die Oberste Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik C. Ashton erinnerte daran, dass die EU das Recht der Staaten anerkennt, nach ihrer Wahl die Sicherheitsbündnisse einzugehen.⁵

Im allgemeinen begann der Westen die Initiativen Russlands als einen gewissen Versuch zu betrachten, Nato und EU zu spalten bzw. abzuschwächen, die Ostereiterung der Nato und die Aufrollung des amerikanischen Raketenabwehrsystems zu stoppen, sowie den Versuch die eigenen Positionen der „nationalen Großmacht“ im postsowjetischen Raum zu konsolidieren und gleichzeitig mit den USA und EU den internationalen Status zu erlangen. Das Wichtigste bestand jedoch darin, dass die meisten Westeuropäer Angst hatten, dass der Vertrag über die europäische Sicherheit das Bestehen der Nato in Frage stellen kann, die nach wie vor als Hauptgarantie deren Sicherheit galt.

HALTLOSE BEWEISFÜHRUNG

Solche Wende in der Position der alten Nato-Mitglieder erschwerte die weitere Entwicklung der Diskussionen zu der russischen Initiative im OSCE-Rahmen. Der Westen blockierte faktisch die Behandlung der russischen Urkunde in allen Strukturen der Organisation. Um die negative Einstellung zur Idee dieses Vertrages zu begründen und gleichzeitig den konstruktiven Dialog zu dieser Problematik einzustellen, arbeiteten die Nato-Experten, die mitunter zum Gedankengut des Kalten Krieges griffen, eiligst die breite Auswahl der Argumente aus.

Es wird im einzelnen in den kritischen an die Adresse des russischen Projektes der europäischen Sicherheit gerichteten Bemerkungen behauptet, dass dieses Papier unterschiedliche Vorstellungen Russlands und des Westens über das Wesen der Sicherheit widerspiegelt, schafft Hindernisse für die Nato bei der Annahme der Aktionen sogar im Falle der Selbstverteidigung und deshalb unrealistisch sei. Der Amerikaner S. Pfeifer beruft sich konkret auf den Artikel 2 des Vertragsentwurfes und weist darauf hin, dass die Teilnehmer darin die Verpflichtung übernehmen müssen, keine Handlungen zu unternehmen werden, die die Sicherheit anderer Teilnehmer antasten. Er ist der Meinung, dass die Annahme der Formulierung in deren jetzigen Form zu zahlreichen Streitigkeiten führen würde. Russland wird behaupten, dass die Nato-Erweiterung seine Sicherheit antasten wird. Für die Nato wird unannehmbar, dass sie ihre Beschlüsse in Abhängigkeit vom Wunsch Moskaus gestellt wird.⁶

Der andere westliche Politiker aus der amerikanischen Universität der nationalen Verteidigung J. Francois behauptet, dass im Artikel 7 des Vertragsentwurfes der Versuch unternommen wird, den Artikel 5 des Washingtoner Vertrages über die Schaffung der Nato umzuformulieren, damit die Teilnehmer des Vertrages über die europäische Sicherheit das Recht auf die militärische Einmischung bei der Unterstützung eines jeden Landes haben werden, die der Aggression unterlag bzw. bedroht wird. Solche Lage ist für die Nato unakzeptabel, da sie die Fähigkeit der Nato untergraben, Artikel 5 anzuwenden sowie die Politik der offenen Türen der Allianz torpedieren wird.⁷ Bezugnehmend auf die Einstellung des Vertrages über die Streitkräfte in Europa und die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens behaupten westliche Analysten, dass Russland selbst den Vertrag verletzen, falls er eingenommen wird.

Vom Standpunkt einiger russischen Politologen kann man die vorsichtige Haltung zur Idee des Vertrages über die europäische Sicherheit durch einige objektive Gründe erklären, die in der europäischen Geschichte sowie im Charakter der Wechselbeziehungen in der modernen Welt in der gegenwärtigen Etappe verborgen sind. A. Gromyko weist mit Recht darauf hin, dass das integrale System der Sicherheit seit den Zeiten des Römischen Reiches in Europa nie bestand. Der europäische Kontinent teilte sich immer in einige Sicherheitszonen, im besten Falle in zwei wie in der Epoche der bipolaren Welt. Es gibt außerdem in den nordatlantischen Ländern kein Verständnis für die Methoden der Gewährleistung der Sicherheit. Die Europäische Union bevorzugt die „weiche Kraft“. „Pool der Souveränitäten“ und die Verwischung der Staatsgrenzen. Die USA treten für die Unantastbarkeit der eigenen Grenzen und die Unantastbarkeit ihrer Souveränität sowie die Bereitschaft die Gewalt, darunter auch präventiv anzuwenden, ein. Russland befindet sich nach seiner Meinung in der Mitte zwischen diesen Positionen.

Nicht minder wichtiger Faktor besteht darin, dass die Zahl der Akteure in Europa bedeutend zunahm und die Fesseln der Nato und EU bedeutend abgeschwächt sind. Der einst einheitliche nordatlantische Raum zerfällt mindestens in die USA und EU. Die EU ist ebenfalls nicht gleichmäßig, sie besteht aus „dem alten“ und „neuen Europa“ und diese Länder verhalten sich unterschiedlich zu Russland, so meint der russische Analyst. Das erschwert wesentlich die Ausarbeitung des Vertrages über die europäische Sicherheit durch die Länder der Region.⁸

Die russische Idee der Festigung des Prinzips der Unteilbarkeit der europäischen Sicherheit in der Form des internationalen Rechtsdokuments wie auch andere Initiativen wird offensichtlich mit mehreren Hindernissen konfrontiert. Ihre Realisierung sowohl in der Gegenwart, als auch in der absehbaren Zukunft kommt nicht in Frage. Die Analysten beiderseits des Atlantiks ersehen darin,

dass die Herangehensweisen Russlands und der Nato zu den Fragen der Sicherheit grundsätzlich unterschiedlich sind, was besonders im Rahmen der Nato und der Organisation des Vertrages über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auffällt. Russland erkennt nicht die zentrale Rolle der Nato in den Fragen der europäischen Sicherheit an, der Westen jedoch strebt danach.

In diesem Zusammenhang entsteht die Frage, gibt es einen Ausweg aus der entstandenen tiefen Krise in den Beziehungen zwischen Russland und Nato zu den Fragen der europäischen Sicherheit? Muss man deshalb die russische Initiative des Vertrages über die europäische Sicherheit als nicht zeitgemäß anerkennen und mindestens vorläufig keinen Dialog zu dieser Problematik durchführen? Gerade solche Herangehensweise schlagen manche amerikanischen Politologen den Europäern vor. Unter der Berufung auf die Sackgassensituation beilte sich zum Beispiel R. Weitz aus dem Zentrum für das Studium der neuen amerikanischen Sicherheit seine Mutmaßungen darüber zu veröffentlichen, dass die Idee des Vertrages schon tot sei. Sogar Präsident W.W. Putin trat anstatt ihrer Entwicklung auf den Weg der Festigung der Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit ein und präsentierte die andere, entgegengesetzte Initiative der Schaffung der Eurasischen Union, die diese Länder um Russland scharen und vom andren Europa distanzieren wird.⁹

Der Aufmerksamkeit des Westens entging nicht die Tatsache, dass in der außenpolitischen Konzeption, die im Februar 2013 vom Präsident bestätigt war, unter den Prioritäten in der europäischen Richtung der Vertrag über die europäische Sicherheit konkret nicht anwesend ist. Es wird nur allgemein darauf hingewiesen, dass Russland konsequent plädiert, dass die politischen Verpflichtungen über die Unteilbarkeit auf dem Kontinent unbedingt die juristisch obligate Form annehmen müssen. In diesem Zusammenhang nahmen einzelne Analysten an, dass Moskau anscheinend zum Schluss kam, dass die praktische Verwirklichung dieser Initiative nur möglich sein wird, wenn die Rüstungsparität zwischen der Nato und den Ländern der Organisation des Vertrages über die europäische Sicherheit wiederhergestellt wird bzw. beide militärische Blocks gleichzeitig aufgelöst werden. Dann wird die Notwendigkeit entstehen, die bestehenden militärischen Allianzen durch die neue allgemeine Struktur in Europa zu ersetzen.

Der Außenminister RF S.W. Lawrow antwortete auf solche Meinungen, indem er betonte, dass Russland nach wie vorain der Notwendigkeit überzeugt ist, den mehrmals verkündeten Grundsatz der Unteilbarkeit der Sicherheit juristisch bindend zu machen, damit er real funktioniert. Die russische Initiative des Abschlusses des Vertrages über die europäische Sicherheit trägt keinen Konjunkturcharakter, so Lawrow, und bleibt auf der Tagesordnung¹⁰. Man kann sich, wie man sagt, klarer nicht ausdrücken. Daraus folgt, dass Russland

auf die Idee eines solchen Vertrages nicht verzichtet. Es verlegt sie nur in die Klasse der langfristigen Prioritätsaufgaben seiner Außenpolitik. Nach allem urteilend, ist Moskau nicht gewillt, den Dialog mit dem Westen zu dieser Problematik einzustellen oder gar stoppen. Es wird dabei vollständig berücksichtigt, dass die Notwendigkeit der Fortsetzung des Dialogs von einem breiten Kreis der einflussreichen Kräfte der meisten Nato-Länder anerkannt wird, die begreifen, dass die bestehende Architektur der Sicherheit in Europa nicht fähig ist, den modernen Herausforderungen standzuhalten. Ihre Kompliziertheit darf keinesfalls hinter dem Schirm der Nato-Erweiterung versteckt werden, die zur Annäherung des Westens mit Moskau nicht beiträgt.

Den realistische denkenden westlichen Vertretern ist es überaus offensichtlich, dass die Einstellung der Diskussion zum Problem der Sicherheit entschlossene und einseitige Handlungen der RF bei der Durchsetzung seiner Interessen zur Folge haben wird. Der Analyst S. Fernandez beruft sich auf die neue Militärdoktrin der RF und die Position des Präsidenten W. W. Putin und nimmt an, dass Russland möglicherweise diesen Weg schon betrat. Da der Beitritt Russlands zur Nato von seinem Standpunkt aus unmöglich sei, muss man trotzdem *modus vivendi* und *modus operandi* finden, um gegensätzliche Elemente der europäischen Sicherheit auszubalanzieren. In diesem Zusammenhang müssen nach seiner Meinung einige wichtige Prinzipien, die im Vertragsentwurf über die europäische Sicherheit enthalten sind, aufmerksam analysiert werden, da sie kritische Bedeutung für weitere Zusammenarbeit mit Russland sowohl im Kontext der Beziehungen Russland — Nato, als auch im Rahmen des russisch-amerikanischen Dialogs zu den Fragen der Sicherheit haben werden.¹¹

Die schon oben erwähnte J. Francois weist auch auf die Wichtigkeit des Nato-Russland-Dialogs zu allen Aspekten der Sicherheit, sie ist überzeugt, dass ohne Russland es unmöglich sei, das ungeteilte Europa zu schaffen. Russische Sorgen, die dessen Ausschluss aus den Rahmen der europäischen Sicherheit betreffen, müssen ernst und gründlich beantwortet werden. Im Vertragsentwurf sind mehrere Grundsätze enthalten, die berücksichtigt und analysiert werden müssen. Darunter: Achtung der territorialen Integrität, Vorbeugung der Konflikte, Nichtanwendung der Gewalt oder deren Bedrohung, sowie Transparenz. Sie schlägt vor, im Rahmen des Russland — Nato-Rates auf der Grundlage der genannten Prinzipien des Vertrages über die europäische Sicherheit die Regeln des allgemeinen Verständnisses der europäischen Sicherheit in der Form der neuen politischen Deklaration anzunehmen, dank denen Russland kein Gefühl haben wird, dass seine Interessen ignoriert werden. Dass soll der lange Streit um die „wesentlichen Streitkräfte“ beenden.

Gleichzeitig empfiehlt sie den Regierungen der Nato-Länder die "roten Linien" übereinzustimmen, die bei dem Dialog zu den Fragen der Sicherheit mit Russland nicht übertreten werden dürfen. Vor allen solche, die nach ihrer Meinung, unannehmbar sind, zum Beispiel der juristisch bindender Vertrag über die Sicherheit oder die Übergabe der Nato-Vollmachten an ein anderes Organ, dass die Fähigkeit der Allianz beschränken sollte, neue Mitglieder aufzunehmen, was nach ihrer Meinung zur Destabilisierung der bestehenden Abkommen und Bündnisse führen würde.¹²

Über die Wichtigkeit des Beginns eines realen und inhaltsreichen Dialogs zuerst mit den Nato-Verbündeten und daraufhin mit Russland über das neue allumfassende System der europäischen Sicherheit, in dessen Rahmen Russland die gewichtige Stimme und den effizienten Mechanismus der schnellen Reagierung auf die Vorbeugung, Außerkraftsetzung und Lösung der Konflikte haben wird, wird in den Vorträgen des Belfer-Zentrums für Wissenschaft und internationale Beziehungen sowie des Internationalen Instituts für Zusammenarbeit Ost — West gesprochen.

Besonders deutlich betonte die Notwendigkeit der Perestrojka des bestehenden instabilen Systems der Sicherheit auf dem Kontinent die Gruppe der Autoren, einschließlich des ehemaligen Außenministers I.S. Iwanow, die im Februar 2012 den Bericht „Auf dem Wege zur nordatlantischen Gemeinschaft der Sicherheit“ veröffentlichte.

Ihre Schlüsse laufen im Einzelnen darauf hinaus, dass man anstatt sich meistens auf die Erweiterung der bestehenden Bündnisse zu stützen, neue Institutionen zu schaffen, neue Verträge und Deklarationen vorzubereiten, müsse man mindestens die vollständige Transformation und Demilitarisierung der strategischen Beziehungen zwischen USA/Nato und Russland und anderen Staaten vorzunehmen. Man muss das Misstrauen überwinden und nach der historischen Versöhnung der Staaten der Euroatlantischen Region streben, zwischen denen die Feindschaft besteht. Er begründet zu diesem Zweck die Idee des Aufbaus der integrierten, unteilbaren, wirksamen und durch keine Barrieren geteilten Gemeinschaft der Sicherheit, in der alle Mitglieder die Streitigkeiten ausschließlich mit diplomatischen, rechtmäßigen und anderen gewaltlosen Mitteln lösen können, das heißt ohne Anwendung der militärischen Gewalt oder deren Bedrohung.¹³

Dieselben und anderen angesehenen Verfasser zu beiden Seiten des Atlantiks boten 2013 in Entwicklung dieser Idee den Regierungen, Parlamentariern und der Öffentlichkeit der Länder der Euroatlantischen Region eine neue Abhandlung „Die Festigung der gegenseitigen Sicherheit in der Euroatlantischen Region“ an. Der zentrale Gedanke des Werkes ist die Idee über die Notwendig-

keit des dringenden Beginns des politischen Dialogs, der sich gegen die Differenzen bei der Beurteilung der Drohungen und die kollektive Ausarbeitung der Strategie der Erhöhung des Niveaus der Sicherheit in der Euroatlantischen Region richtet. In der Abhandlung wird anerkannt (obwohl indirekt) dass die bestehenden Verhandlungsmechanismen wie OSCE und der Russland-Nato-Rat im Wesentlichen den Aufgaben nicht gewachsen sind, für die sie geschaffen waren. In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, den grundsätzlich neuen Beratungsmechanismus in der Form des euroatlantischen Forums für die Sicherheit zu schaffen, in dessen Rahmen die effektive Zusammenarbeit gewährleistet werden muss, um den neuen Herausforderungen und Bedrohungen zu trotzen und den allgemeinen Raum der Sicherheit in der Region zu formieren.

Diese Experten sind der Meinung, dass das neuentstandene Forum zur Übereinstimmung der praktischen Schritte beitragen muss, um die Prioritätsprobleme auf dem Gebiet der Abrüstung, einschließlich der Raketenabwehr, der nuklearen, kosmischen und konventionellen Waffen sowie die elektronisch Sicherheit und der Ausarbeitung des einschlägigen Abkommens zu unternehmen.¹⁴

Das Dargelegte zusammenfassend, muss man feststellen, dass zur Zeit die militärpolitische Situation und der Zustand der zwischenstaatlichen Beziehungen im Euroatlantik im Großen und Ganzen für die Festigung des Prinzips der Unteilbarkeit der europäischen Sicherheit in der Form des völkerrechtlichen Papiers ungünstig sind. In der gegenwärtigen Etappe ist der Westen kaum bereit und wird lange nicht bereit sein, diesen radikalen Schritt wie der Abschluss eines solchen Abkommen, das grundlegend die Situation in der Region verändern wird, zu unternehmen. Es ist vorläufig in der absehbaren Zukunft kaum zu erwarten, dass sich unsere westlichen Partner ihre Position bezüglich der Teilung Europas in zwei rivalisierenden Lager teilen. Mindestens wenn Russland in die westliche Welt unter den Bedingungen der Unterstellung an USA und EU als Partner eingeht. Russland hat zur Zeit keine Hebel, um den Westen zu überzeugen, dass seine negative Position zum Vertrag über die europäische Sicherheit und anderen Initiativen auf dem Gebiet der Sicherheit zu revidieren. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Dialog zu dieser Frage eingestellt werden muss.

Die Situation in der Welt, inklusive Europa transformiert sich nach wie vor sowohl in Richtung Polizentrismus, Turbulenz und Zuspitzung der Widersprüche in der militärpolitischen Sphäre, als auch der objektiven Notwendigkeit der Annäherung, um zunehmende Bedrohung an die regionale und globale Sicherheit. Das kann letzten Endes den Westen zwingen, seine jetzige renitente Position zu ändern. Denn wie um Jahrhundertwende solche namhafte westlichen Experten wie J. Godbay und P. Boovald betonten, haben Russland und der Westen gemeinsame grundlegende Interessen auf dem Gebiet der Sicherheit, was es ermöglicht enge und stabile Zusammenarbeit in Ganz zu bringen.¹⁵

Es wäre außerdem angebracht, daran zu erinnern, dass es den euroatlantischen Ländern und Japan 1928 unter den schlimmeren Bedingungen als heute, den Bryan - Callog - Pakt abzuschließen, der zwar den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern, aber für einige Zeit die Situation in der Welt stabilisieren konnte. Die Idee des Vertrages über die europäische Sicherheit ist sicher großangelegter und konkreter als der genannte Pakt. Sie verlangt unsererseits systematische eindringliche Anstrengungen zu derer Umsetzung ins Leben.

Es scheint außerdem, dass der Aufbau der gleichen und unteilbaren Sicherheit in der Euroatlantischen Region auf der Grundlage des Vertrages über die europäische Sicherheit nicht als ein minutiöses Ziel, sondern als ein langwieriger und überaus komplizierter Prozess betrachtet werden muss, der ohne Zweifel die grundlegende Transformation der Beziehungen zwischen den euroatlantischen Staaten verlangen wird. Man muss dementsprechend die langwierige Diskussion zu den Fragen der Sicherheit haben, wobei nicht nur im OSCE-Rahmen, die lange noch politisch impotent bleiben wird, sondern auch auf allen einschlägigen Plätzen, einschließlich selbstverständlich des gerade für diesen Zweck geschaffenen Russland-Nato-Rates. Es ist sehr wichtig, dass es nicht in heftige Auseinandersetzungen ausartet. Man muss an der Suche nach den neuen Herangehensweisen für die Lösung dieses überaus komplizierten Problems energisch arbeiten. Berücksichtigt werden müssen ohne Zweifel die Empfehlungen einiger angesehenen internationalen Experten über die Formierung des neuen Euroatlantischen Forums über die Sicherheit als einer passenderen Aufrollung des großangelegten Dialogs zum breiten Kreis der Sicherheit in der Region.

Es ist außerdem wichtig, daran zu denken, dass der Aufbau der gleichen und unteilbaren Sicherheit im Euroatlantik die erstrangige Aufgabe nicht nur für die Regierungen, sondern auch für die bürgerliche Gesellschaft ist, die sich aktiv an deren praktischen Realisierung beteiligen sollte. Wie unser weltberühmter Allforscher K. E. Ziolkowski betonte: „Was heute unmöglich ist, wird morgen möglich“.

1. Aktive Teilnahme, moderne Verteidigung. Strategische Konzeption der Verteidigung und Gewährleistung der Sicherheit der Mitglieder der Organisation des Nordatlantischen Vertrages. Bestätigt durch die Staatsoberhäupter und Regierungschefs in Lissabon im Dezember 2010. // NATO Public Diplomacy Division. 1110 Brussels, Belgium, 2010, Seite 6
2. Mitteilung von „Ria Nowosti“ vom 1. Dezember 2000. // <http://e.rian.ru/world/20091202/1570638066.html>

3. Hillary Clinton's Remarks on the Future of European Security // U.S. Department of State. 2010. 29 January <http://www.state.gov/secretary/rm/2010/01/01/136273.htm>
4. Von Twickel Nikolaus, NATO Chief Says Medvedev's Pact Unneeded // The Moscow Times 2009. 18 December // <http://www.themoscowtimes/article/nato-chief-says-medvedevs-pact-unneeded/396393.html>
5. Zit. nach Weitz R. The Rise and Fall of Medvedev's European Security Treaty / The German Marshall Fund of the United States. Foreign Policy and Civil Society Programm. 2012. May // info@gmfus.org
6. Russia Drafts European Security Pact // www.armscontrol.org/act/2010-01-02/Europaen_Security
7. Francois Isabelle. Whither Medvedev Initiative on European Security? // Transatlantik Current. National Defense University, Institute for National Strategic Studies. 2011. December.
8. Die Sicherheit Europas. M.: Die ganze Welt, 2011, Seite 704. (*Besopasnost Ewropy. M.: Wes' mir*).
9. Weitz R. Op.sit.
10. Die Ansprache des Außenministers der Russischen Föderation auf der internationalen Konferenz „Militärs und politische Aspekte der europäischen Sicherheit“. Moskau. Den 23. Mai 2013 // www.mid.ru/brp-4.nsf.
11. Fernandes Sandra. The Idea of European Security: the Renewed Russian Dilemma // <http://www.printfriendly.com/print?url=http://www.e-rr.info/2012/10/25>
12. Francois Isabelle. Op.sit.
13. Auf dem Wege zur Euroatlantischen Gemeinschaft der Sicherheit. Schlussreferat der Euroatlantische Initiative auf dem Gebiet der Sicherheit. Carnegie Endowment for International Peace, 2012 // CarnegieEndowment.org/pubs
14. Der Vortrag „Die Festigung der gegenseitigen Sicherheit in der Euroatlantischen Region“ / Die Initiative zur Reduzierung der nuklearen Gefahr. 2013 // www.BuildingMutualSecurity.org
15. Goodbay J., Buvalda P., Trenin D. Die Strategie der stabilen Welt. M.: Internationale Beziehungen, 2003, Seite 58.



Nikolai PLATOSCHKIN

Dozent des Lehrstuhls für Weltwirtschaft und internationale ökonomischen Beziehungen der Moskauer Staatlichen Universität, Kandidat der historischen Wissenschaften

platoschkin@mail.ru

„DER EUROPÄISCHE KANZLER“ ODER DAS ENDE DER ÄRA VON ANGELA MERKEL? ZU DEN WAHLERGEBNISSEN IN DEN BUNDESTAG DER BRD

Die Ergebnisse der am 22. September stattgefundenen Parlamentswahlen in Deutschland wurden von vielen internationalen und deutschen Massenmedien als persönlicher Triumph von Angela Merkel bewertet, die an der Spitze der Regierung der BRD seit 2005 steht. Manche beeilten sich den jubelnden CDU-Chef als „Kanzler Europas“ zu charakterisieren. Ist es dem so?

Merkel ging 2009 und 2013 zu den Wahlen unter der Losung der von ihnen bevorzugten rechtszentristischen Koalition mit der FDP, die sich in der letzten Zeit in der ökonomischen Sphäre nach rechts verschob. Der deutsche Bürger, beängstigt durch die Weltkrise und den finanziellen Zusammenbruch in einigen Ländern der Eurozone, wollte nicht die Pferde

*Николай ПЛАТОШКИН, Доцент кафедры мировой экономики и международных экономических отношений МосГУ, кандидат исторических наук
«ЕВРОПЕЙСКИЙ КАНЦЛЕР» ИЛИ ЗАКАТ ЭРЫ АНГЕЛЫ МЕРКЕЛЬ?*

bei der Übersetzung wechseln und wählte Merkel. Freie Demokraten wurden zu den wahren Siegern, die die besten Wahlergebnisse (mehr als 14 Prozent der Stimmen) in ihrer Geschichte erreichten. Manche Wähler meinten, dass sich die „bürgerlichen“ Parteien besser in der Wirtschaft auskennen, als „die Linken“ die zu „sozialen Verschwendungen“ geneigt sind. Die FDP versprach außerdem die Steuern für die Geschäftswelt und einfache Bürger zu senken.

Gerade Merkel aber ließ den „Steuerdurchbruch“ nicht zu, der von den Liberalen weit und breit versprochen wurde. Die „Lokomotive der Eurozone“ hatte einfach kein Geld, um die Löcher im eigenen Staatshaushalt zu verstopfen, geschweige denn sich auf die Steuereinnahmen zu verzichten.

Die Liberalen mussten während der Wahlen von 2013 für ihre Widerspenstigkeit an Frau Merkel voll bezahlen. Die FDP verlor fast 10 Prozent der Stimmen und sollte auf den Bundestag verzichten. Es war den Wählern nicht geheuer zumute, Rainer Brüderle als den führenden Kandidat der FDP zu sehen, eines Politikers der 1980er Epoche. Wie es im Hollywoodfilm heißt, einen Mann „aus dem anderen Leben“.

Das Hauptziel von Merkel, das darin bestand, die Koalition mit den Liberalen aber in der für die CDU günstigen Konstellation fortzusetzen, wurde also nicht erreicht. Die rechtszentristische Koalition im Großen verlor die Stimmen. Wenn der Block CDU/CSU addierte am 22. September 2013 7,7 Prozent (insgesamt 41,5 Prozent), so verlor die FDP 9,9 Prozent. Für die Merkel-Koalition ein Verlust von — 2,2 Prozent.

Mit anderen Worten entnahmen sie die Stimmen ihrer erfolglosen Verbündeten, versetzten ihnen den Todesstoß und mussten im Parlament mit den Linken konfrontieren. Das ist jedoch beileibe kein Triumph. Nicht alles ist in Ordnung auch am linken Teil des deutschen politischen Spektrums. Seine Hauptkraft, die Sozialdemokraten hatten wie bei den vorigen Wahlen schwache Leistung erbracht, nahm jedoch um 2,7 Prozent Stimmen zu (insgesamt 25,7 Prozent). Diesmal schoben viele die Schuld für die Stagnation in die Schuhe des ältesten Kanzlerkandidaten Paire Steinbrück, „der bei der Wahlkampagne zu emotionell“ war.

Es scheint, dass der Untergang der SPD noch 1983 in der „alten“ BRD begann, als die mit dem rechten Kursus der Sozialdemokraten unzufriedenen Wähler den freien Weg der neuen radikaleren Partien, den „Grünen“ gaben. Die SPD verpasste ihre Chance in den 1990er Jahren, wo sie keine Wurzeln in der ehemaligen DDR ernsthaft lassen konnte. Die Sozialdemokraten ließen sich durch die Brandmarkung des „Totalitarismus“ hinreißen, was den Ostdeutschen nicht gefiel. Im neuen Deutschland entstand die neue Linke

Partei (bis 2007) — die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS), die sich auf der Grundlage der regierenden Partei der DDR — SED entwickelte.

Die SPD konnte nicht die verlorenen linken Wähler zurückbringen und verlor nach wie vor aktiv die Stimmen. Die Koalition der Sozialdemokraten und der „Grünen“, die unter den linken Losungen 1998 an die Macht gekommen ist, wurde vom Kanzler und Chef der SPD Gerhard Schröder auf das linke Geleis überführt. Die Sozialdemokraten traten damals praktisch gegen ihre Wählerreserve; den Gewerkschaften. Was zu einer Reihen von Niederlagen der Partei in den Wahlen 2005, 2009 und 2013 führte. Die BRD-Wähler verstehen einfach nicht, wozu sie die Partei brauchen, die sich von der rechtszentristischen CDU nicht unterscheidet.

Mit einem kleinen Zeitinterval den Weg der SPD „erfolgreich“ wiederholen die Grünen. Ehemalige Radikale und Stürmer, die 1980 die „philisterhafte“ Öffentlichkeit 1980 durch Blue Jeans in Bundestag und leidenschaftliche Nato-Kritik schokierten, sind grau, solide und langweilig geworden. Das Thema der Umwelt ist mit der Zeit inaktuell geworden, die „Grünen“ konnten jedoch nichts Neues anbieten. Die ehemalige DDR haben die „Grünen“ ebenfalls aus denselben Gründen wie SPD verloren: viele Wähler in den neuen Ländern teilten nicht den tierischen Antikommunismus der westdeutschen Parteien. Es nimmt kein Wunder, dass die „Grünen“ auf dem regionalen und kommunalen Niveau bis zur Koalition mit der CDU herabgesunken sind, was viele Anhänger als offenen Verrat der Ideale eingeschätzt haben. Wenn die jetzige SPD der CDU von 1990 gleicht, erinnern die „Grünen“ die SPD selbst von 1980. Es nimmt kein Wunder, dass sie die Stimmen sammeln konnten, die die Sozialdemokraten der linken Wählerschaft verloren.

Nach den Wahlen 2013 trat die gesamte Parteiführung zurück. Die Partei konnte nicht wiederholen, den ehrenvollen dritten Platz im Marathon der deutschen Parteien einnehmen. Wie in der FDP konnten alle „Lokomotiven“ der Wählerliste der „Grünen“ im besten Falle das wohlwollende Auditorium der „Disco 1980“ zusammensetzen.

Zum Bronzепreisträger in der Wahlkampagne wurde die Linke Partei, die noch vor kurzem alle übrigen Parteien der BRD für die Kaste der Unantastbaren hielten. Das seien die ehemaligen Kommunisten aus der DDR und jegliche Koalition mit ihnen ist für alle „demokratischen“ Parteien undenkbar ist. Aber schon 1990 stand fest, dass die damalige PDS verantwortungsvoll auf dem kommunalen und regionalen Niveau regieren kann. Schröder wollte nicht diese unumstößliche Tatsache auf dem Bundesniveau anerkennen und musste 2005 den Kanzlerposten verlassen. Die Sozialdemokraten sagten sich zur Freude der CDU von seinem Verbündeten, hinter dem stabil jeder zehnte deutsche Wähler steht.

Entgegen den Prognosen, laut denen die Popularität der Linden in der Alt-DDR sinken wird, wenn die ältere („durch den Kommunismus vergifteten“) Ostdeutschen gehen, erhielt die Linke Partei während der Wahlen 2013 den traditionsreichen Anteil von 20 bis 25 Prozent der Wählerschaft in Ostdeutschland. Die mehrmals von den Politologen zum Verschwinden verurteilten DDR-Kommunisten überwandern außerdem die 5-Prozent-Hürde in sieben westlichen Ländern, darunter auch in der Heimat Gerhard Schröders Niedersachsen. In Bremen bekamen sie sogar den größeren Anteil als durchschnittlich im Lande (10 Prozent gegen 8,6 Prozent).

Nach dem Bundestag käme beinahe die eben gebildete Partei (eher Bewegung) „Alternative für Deutschland“, deren einzige Forderung faktisch im Austritt aus der Eurozone bestand. Der „Alternative“ gehören sowohl rechte, als auch linke an, aber würde diese Partei den Bundestag erreichen, (wofür ihr nur 0,1 Prozent fehlten) wäre die Lage des „europäischen Kanzlers Merkel“, zum Beispiel vom Standpunkt des Images Deutschlands als „Motor“ der europäischen Integration einfach hoffnungslos.

Dieses Image ist jedoch trügerisch, was die Wahlergebnisse bei den Bundestagswahlen vom 22. September 2013 bewiesen. Die Sieger waren die Euroskeptiker — „die Koalition“ von CDU/CSU, Linker Partei und der „Alternative“, die insgesamt 55 Prozent der Stimmen erhielten. Dazu kommt mit Vorbehalten der SPD-Kandidat zum Kanzlerposten P.Steinbrück. Es kommt, dass es im „europäischen“ Deutschland drei Viertel, wenn nicht mehr Euroskeptiker gibt.

Die Christlichen Demokraten beteuerten den Wählern trotz der „proeuropäische Rhetorik Merkels, dass Deutschland keine Hilfe den angeblich „faulen“ südlichen Ländern der Eurozone wie Griechenland, Spanien, Portugal und Italien erweisen wird. In der Tat arbeiten dieselben Griechen im Jahr mehr als die Deutschen, in Spanien ist die Staatsschuld bedeutend niedriger als bei den „sparsamen“ Westdeutschen. Aber gerade die auf Initiative Berlins geschaffene Eurozone torpedierte völlig Industrie und Landwirtschaft dieser Länder, indem sie diese zum günstigen Markt für deutsche Waren wurden. Der Austritt zum Beispiel Griechenlands aus der Eurozone und die Schaffung der dortigen „billigen“ Währung könnten schnell mindestens Weinbau und Tourismus reanimieren und die Russen würden gern die Türkei als Urlaubsort gegen die Heimat von Wein, Oliven und Demokratie wechseln.

Für Deutschland wäre jedoch der „Schmarotzer“ aus der Eurozone zu einem Alpdruck, Zusammenbruch des Exports (Grundlage des deutschen Wohlstandes) und Beginn der latenten Wirtschaftskrise. Nicht von ungefähr bestand Deutschland nach den Parlamentswahlen in Griechenland 2012 auf die Erhaltung dieses Landes in der Eurozone entgegen den Willen der griechischen

Wähler. Das wäre, gelinde gesagt, ein seltsamer Masochismus der „sparsamen Bürger“, die angeblich müde waren, die „faulen Südländer“ zu sponsorn.

Viele deutsche Wähler verstehen dabei in vielem intuitiv, dass die gesamteuropäische Valuta für Deutschland sehr wertvoll ist. Etwa 70 Prozent wollen EURO behalten und nur 27 Prozent wollen es aufheben (April 2013). Je reicher sind die Befragten, desto aktiver unterstützen sie EURO. Unter den Parteimitgliedern der Angela-Merkel-Partei sind es 75 Prozent.

Der CDU gelang es jedoch im Bewusstsein vieler Deutschen das günstige Image der Retter der Eurounion einprägen, das der Wirklichkeit nicht entspricht, weil dieselben Griechen mehr von dem Internationalen Währungsfonds unterstützt werden und von diesem Standpunkt aus unternahm Russland nicht weniger für die „Rettung“ Griechenlands als Deutschland.

Man muss auf den von Berlin vorgeschlagene Plan zur „Rettung“ Zyperns auf Kosten der Gelder der russischen Einleger und Gesellschaften auf dieser Insel hinweisen. Dabei gerade Russland und gar nicht Deutschland dem EU-Mitglied Zypern einen soliden Kredit unter günstigen Bedingungen gewährte.

Andere Sache, dass gerade von Berlin für Südeuropa aufgezwungenes Regime der harten Sparsamkeit diese Länder in die vollständige Sackgasse führte, der Ausweg ist jedoch bei der Beibehaltung von EURO überhaupt nicht ersichtlich ist.

Man muss sich daran erinnern, wie „dankbar“ der „europäische Kanzler“ in Athen empfangen wurde. Es fällt schwer, den Griechen die schwarze Undankbarkeit vorzuwerfen, wenn man berücksichtigt, dass das Bruttoprodukt 2012 um 7,9 Prozent gesunken ist und in diesem Jahr weiter stürzt.

Die einfachen Deutschen sind in Vielem nicht mit dem Kanzler, sondern mit den Griechen solidarisch. 91 Prozent der befragten Bundesbürger nahmen im August 2013 an, dass die Schuldenkrise in der Eurozone bei weitem nicht überwunden ist und nur 17 Prozent waren der Meinung, dass sie meistens überwunden ist. Besonders unangenehm für den Kanzler war, dass nur einer von zehn Deutschen ist überzeugt, dass die Politiker dem Volk die ganze Wahrheit über die Ursachen der europäischen Krise sagen.

Also gerade die „soliden“ und „europäischen“ christlichen Demokraten führten während den Wahlen 2013 die populistischen Wahlkampagnen, die fern von der Wahrheit war durch. In der Tat unterstützen gerade andere Länder der Eurozone die deutsche Wirtschaft mittels der Kredite des Internationalen Valutafonds und nicht umgekehrt. Populistisch und haltlos war auch die Forderung der CDU, die Türkei in die EU nicht zuzulassen. Die „Europäer“ von Merkel waren die einzige Partei in der BRD, die kategorisch gegen jegliche Doppelbürgerschaft sogar für die „europäischen Brüder“ auftrat.

„Die Alternative für Deutschland“ war in diesem Sinne ehrlicher. Der Kurs auf harte Sparsamkeit in den Ländern Südeuropas wird letzten Endes die deutsche Wirtschaft „decken“ und die Kapitäne der deutschen Industrie verstehen das zu gut. In diesem Sinne sind die „Marginalier“ aus der „Alternative“ viel solider als die CDU, weil auf ihrer Seite unumstößliche Tatsachen stehen: die Integration in der Eurozone nach dem deutschen Musterbeispiel ist in die Sackgasse geraten und die fehlerfreie „deutsche Lokomotive“ strebt auch danach.

Die Linke Partei ist für Europa, aber kein solches, das sich Merkel wünscht. Linke wollen gerade den sozialen Ausweg aus der Krise der Eurozone, der mit Hilfe der sozialen Ausgaben erneut den Mechanismus der Konsumtion und folglich der Produktion in Gang bringt. Einer der größten ökonomischen Guru des Westens Lord Cains, wenn er noch lebte, wäre damit zufrieden.

Die SPD zerriss sich wie üblich in der Frage Europa entzwei, indem sie versuchte auf zwei Stühlen zu sitzen: die „faulen Südländer“ zu kritisieren und die raue Sparsamkeit a la Merkel zu brandmarken. Im ersteren Falle glaubten die Wähler mehr dem Kanzler, im zweiten den Linken und der „Alternative“. Die Sozialdemokraten wollen hartnäckig fremde Rolle auf der fremden Bühne spielen.

Über „europäischen“ Stimmungen in der SPD zeugt mindestens die Tatsache, dass Parteimitglied Thilo Sarazin, der über die Finanzen der deutschen Hauptstadt regiert, und später zum Vorstandsmitglied der Bundesbank wurde, das Antiimmigrationsbuch, Bestseller „Deutschland liquidiert sich selbst“ herausgab. Schon während der Arbeit in Berlin bezeichnete Sarazin türkische Einwanderer (die Deutschland selbst für die schwarze Arbeit 1960 eingeladen hat) als „Plebejer“, die den „elitären“ Charakter der deutschen Hauptstadt verderben. Obwohl die SPD beschloss Sarazin wegen des Fremdenhasses aus den Parteilisten auszuschließen, veröffentlichte er das nächste Buch „EURO ist Europa nicht nötig“. Der Titel spricht für sich selbst.

Die Thesen Sarazins gegen Türken und Araber unterstützten im Jahre 2010 37 Prozent der Deutschen, 42 Prozent waren dagegen. Für Sarazin stimmten 52 Prozent der „liberalen“ FDP, 45 Prozent der CDU/CSU, 36 Prozent der Sozialdemokraten, aber nur 20 Prozent der Mitglieder der Linken Partei, 39 Prozent bezeichneten Islam als militante Religion, wobei solche Meinung immer populärer wird.

Die „Grünen“ verstanden nicht die Stimmung der Wähler, wenn sie von der Erweiterung der Rechte des Europarlaments sprachen. Die Deutschen lieben keine langweiligen „Eurobürokraten“ und in diesem Sinne war die Forderung der ehemaligen Radikale ein Spott.

Sowohl die SPD und die „Grünen“ unterstützten, obwohl mit Vorbehalten, die Mitgliedschaft der islamischen Türkei in der Europäischen Union, wofür sie die „rote Karte“ von der deutschen Wählerschaft bekamen, die von der EU und Migranten müde ist.

Bei aller Skepsis der Bürger der BRD bezüglich EURO sind sie doch meistens der Meinung, dass gerade der Block CDU/CSU besser als die anderen Parteien die ökonomischen Probleme der BRD meistern kann, was dem Erfolg Angela Merkels vom 22. September 2013 zugrunde lag. Das Wachstum des Bruttonominalprodukts im ersten Halbjahr 2013 (0 — 0,7 Prozent) im Weltmaßstab beeindruckt wenig, aber vor der stagnierenden Eurozone ist es mehr als akzeptabel. Dieses Wachstum ist jedoch abschwingend, wird schwächer mit jedem Jahr nach der Krise. Wenn 2011 „die Lokomotive“ Europas um 3 Prozent zunahm, so 2012 nur um 0,7 Prozent. Dasselbe schwache Wachstum beobachtet man in der anderen größten Wirtschaft Europas, in der französischen — 0 — 0,5 Prozent.

Obwohl vor dem Hintergrund Griechenlands, Italiens (minus 0,3 Prozent), Spaniens (Minus 0,4 Prozent) sieht das führende französisch-deutsche Tandem einfach hervorragend aus.

Die Beziehungen mit Russland spielten keine bemerkbare Rolle im Wahlkampf, obwohl die CDU und die „Grünen“ versuchten schwach das Thema der „Menschenrechte“ im rätselhaften Moskau zu strapazieren. Die Wähler waren jedoch um die Krise im eigenen Haus besorgt, reagierten darauf lahm. Russische soziale Minderheiten sind ihnen fremd.

Vielleicht ist es schade, dass die deutschen Parteien in ihrer Wahl-, besonders europäischen Rhetorik das Thema Russland umgingen?

Angela Merkel für ihr Teil verhält sich gut ohne Zweifel zu Russland schon seit ihrer Schulzeit (als sie die Sowjetunion besuchte). Als Politiker muss sie der öffentlichen Meinung Deutschlands die Rechnung tragen, die unter der Mainstreamstimmung der Massenmedien die Russen nicht liebt.

Diese Massenmedien spürten im Sommer 2013 feinfühlig die Stimmung der Industriegewaltigen: zwei Drittel der befragten Mitarbeiter der deutschen Firmen waren mit dem hohen Niveau des Protektionismus in Russland (besonders mit den außerordentlich hohen Zolltarifen) ein Jahr nach dem Eintritt Moskaus in die WHO unzufrieden. Obwohl der Gerechtigkeit halber betonen muss, dass Russland vom Niveau des in der Eurozone bestehenden Protektionismus nur träumen kann. Besonders beeindruckend sind die allen WHO-Normen widersprechenden enormen Subsidien an die europäischen, darunter auch deutschen Agrariern. Gerade dank ihnen kostet der Zucker in Deutschland wunderlicherweise billiger als in Brasilien.

Wie seltsam es auch scheinen mag, hat diese Skepsis eine angenehme Grundlage für Russland. 83 Prozent der deutschen Firmen halten die Aussichten der russischen Wirtschaft für gut (Januar 2013) und sind gewillt Exporte und Investitionen in unser Land zu erweitern. 65 Prozent der Gesellschaften wünschen das Personal in Russland zu vergrößern und insgesamt 800 Millionen Euro zu investieren.

Das längst überholte Visa-Regime erschwert normale (wie auch kulturelle, wissenschaftliche usw.) Beziehungen zwischen Moskau und Berlin. Gerade darauf weisen die deutschen Unternehmer in der obengenannten Umfrage hin. Man kann ihnen Recht geben.

Man kann annehmen, dass gerade Investoren und Touristen aus Russland den neuen Atem der verdächtig lange stolpernden Europäischen Union geben können. Im Süden Europas versteht man es gerne und hilfsbereit den Russen die Gästevisa für längere Zeiten anzubieten. Die Bürger Russlands hinterließen einigen Einschätzungen zufolge nur im Einzelhandel in der EU mehr als 18 Milliarden Euro, was für die wirkliche Rettung Griechenlands ausreichen würde. Und wenn in Berlin wirklich um die Menschenrechten, darunter der Bewegungsfreiheit besorgt sind, so ist es die höchste Zeit, den Russen den visafreien Verkehr für die Europäische Union zu erlauben. Selbstverständlich können auch die Europäer frei in Russland reisen. Das wird den einfachen Menschen sowohl in Russland, als auch in Europa helfen, dabei heute mehr den letzteren.

Das Folgen den Rezepten der harten Sparsamkeit und die „Errichtung der belagerten Festung Europa“ in der Eurozone ist auch für Deutschland gefährlich. Die EU wird das ohne Zweifel mit der Zeit verstehen und die Russen werden möglicherweise als Partner um Hilfe gebeten.

Das Wichtigste besteht darin, hier nicht zu zögern und die Beziehungen auf der gleichberechtigten und ehrlichen Grundlage aufzubauen. Jegliche Regierung Deutschland wird nach dem 22. September 2013 „das russische Thema“ nicht außer Acht lassen. In Moskau ist man auf den Dialog mit seinem traditionellen privilegierten Partner bereit. Ohne Vorurteile und mit neuen Ideen.



Sergej SCHARKO

*Dozent der Abteilung
Orientkunde der Fakultät
für Philosophie der
Nationalen
Forschungsuniversität
„Hochschule für
Ökonomie“,
Kandidat der politischen
Wissenschaften*

shuaige@bk.ru



ZENTRALASIEN ALS EURASISCHES GEOPOLITISCHES ZENTRUM: NEUE MÖGLICHKEITEN ODER ILLUSIONEN?

Die neue Postkrisenperiode der Weltgeopolitik verspricht ein Erwachen des Interesses für Entwicklungswirtschaften und Entwicklungsregionen. Denn die grössten Weltmächte scheiterten bezüglich der Vorteile des anglo-amerikanischen liberal-ökonomischen Entwicklungsmodells, das sich angeblich an Prozesse der Globalisierung und Krisen besser anpasst. Zu neuen Entwicklungsregionen gehört Zentralasien (Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan), das die Vorräte an seinen Naturschätzen vorerst noch nicht aufgebraucht hat.

Die Region Zentralasiens und des anliegenden Becken des Kaspischen Meeres beherbergt — als Bodenschätze — die Vorräte an Erdgas und Erdöl,

*Сергей ШАРКО, Доцент отделения востоковедения факультета философии НИУ ВШЭ,
кандидат политических наук*

**ЦЕНТРАЛЬНАЯ АЗИЯ КАК ЕВРАЗИЙСКИЙ ГЕОПОЛИТИЧЕСКИЙ ЦЕНТР:
НОВЫЕ ВОЗМОЖНОСТИ ИЛИ ИЛЛЮЗИИ?**

die die Lagerstätten Kuweits, des Mexikanischen Golfes und der Nordsee übertreffen. Durch den eurasischen postsowjetischen Raum verlaufen wichtigste Transportnetze, die imstande sind, die Industrieregionen des Westens mit den recht entfernten östlichen Regionen Eurasiens zu verbinden, ein „Fester“ im Süden — in den Bereich des Indischen Ozeans — zu öffnen, zentralasiatische Rohstoffströme über die Strasse von Malakka nach Japan, Südkorea und in die USA zu lenken und Festlandrouten im Südosten in Richtung China zu verstärken.

Der Westen, der sich kaum von der schockartigen Konsolidierung mit der globalen Peripherie während der Weltfinanzkrise erholt hatte, verschärfte — mit den USA an der Spitze — die Bedingungen der internationalen Konkurrenz im Kampf um den geopolitischen Raum. Im Gesichtsfeld der weltweiten Geopolitik bleiben nach wie vor globale Ressourcen, strategische Kommunikationen und Schlüsselregionen der Welt. Wenn man nach den jüngsten Geschehnissen urteilt (die amerikanistische Hysterie im UNO-Sicherheitsrat bezüglich der Blockierung — durch Russland und China — eines Entwurfs der Resolution über die Überwindung des bewaffneten Konflikts in Syrien, den die Liga Arabischer Staaten mit Wissen der USA unterbreitet hat, sowie bezüglich eines Embargos für iranisches Erdöl seitens der europäischen Länder), begann der Westen, neue konfrontationsbeladene Szenarien ins Spiel zu bringen, in denen dem Raum Zentralasiens die eigene Rolle zusteht: Zentralasien muss auf seine Stunde warten, wenn es die westliche internationale Koalition brauchen wird, einen politischen Druck auszuüben, weil dort die Amerikaner nach wie vor Areale — bis zu besseren Zeiten — „sicherstellen“ und „einfrieren“ sowie eine instabile Situation in den benachbarten und naheliegenden Ländern, die den USA nicht genehm sind, schüren.

Besonders zugespitzt wird die strategische Situation in Zentralasien nicht nur durch die Überschneidung von Zonen internationaler wirtschaftlicher Expansion, sondern auch durch die Zusammenstöße des engstirnigen klanbezogenen Egoismus der regierenden Eliten mit allgemeinen nationalen Interessen der Massen innerhalb einzelner zentralasiatischer Staaten. Umso mehr, dass sich der postsowjetische Raum Zentralasiens nach dem Zusammenbruch der UdSSR immer noch durch innere Instabilität auszeichnet. Prozesse der Selbstidentifizierung einzelner zentralasiatischer Staaten und dieser ganzen Region verlaufen schmerzhaft und widersprüchlich. Beispielsweise wendet sich das neue Oberhaupt Kirgisiens, A. Atambajew, der den Ruf eines ausgesprochen russlandfreundlichen Politikers genießt, von Russland ab.

Russland kann ein militärisches Schlüsselobjekt in Zentralasien einbüßen. Die jetzige Regierung Kirgisiens versucht, die Erfüllung ihrer Schuldenverpflichtungen gegenüber der Russischen Föderation bezüglich der Erhaltung eines russischen Luftwaffenstützpunktes im kirgisischen Kant sowie ihrer internationalen Verpflichtungen im Rahmen der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) zu verweigern, und zieht in Zweifel die Kampffähigkeit der im Februar 2009 gebildeten Kollektiven Kräfte des operativen Reagierens. Das kann dazu führen, dass Kirgisien — auf lange Sicht — eine Reihe grossangelegter wirtschaftlicher Projekte zugunsten freigebigerer Spieler (China, die USA oder die Türkei) überprüft. Die kirgisische Elite tritt jedoch dabei in ein ausserordentlich verworrenes geopolitisches Spiel mit stärksten Weltmächten ein und vergisst recht schnell die gegenseitige Verletzlichkeit regionaler Länder, die in einem Boot sitzen, woran — neben der globalen Krise — auch die Revolution des Jahres 2010 erinnert, die dem Machtantritt des Präsidenten der Republik Kirgisien, A. Atambajew, vorangegangen ist.

Vom Standpunkt neuer international-politischer Realitäten zeichnet sich die praktische Untersuchung des Problems der Selbstidentifizierung Zentralasiens als eines eurasischen geopolitischen Schlüsselzentrums durch zwei Haupttendenzen aus. Die erste Tendenz ist das Studium von Faktoren des Einflusses politischer, ökonomischer, militärisch-politischer und anderer Prozesse in den Ländern Zentralasien auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Die politische Situation in Zentralasien entglitt der Kontrolle Russlands und wurde offen für den Einfluss des benachbarten Chinas und einer ganzen Reihe anderer Staaten und Weltkraftzentren. Was stellt in diesem Fall Zentralasien dar: einen Bereich der postsowjetischen Geopolitik oder einen Bereich des offenen Expansionismus seitens der Weltmächte?

Die zweite Tendenz ist der Einfluss nicht nur der Weltkrise, sondern auch der globalen Geopolitik auf aussenpolitische Herangehensweisen moderner Eliten zentralasiatischer Staaten an die neuen Tendenzen unter den Bedingungen der Globalisierung und Regionalisierung. In einer Situation, da die USA freigebige Versprechungen wirtschaftlicher Hilfe verteilen, während einzelne Länder der Region an der unverzüglichen Einstreichung von Dividenden aus einer militärischen oder sonstigen Zusammenarbeit interessiert sind, ist die Anwendung verschiedener taktischer Herangehensweisen an die Gestaltung der Aussenpolitik in Zentralasien recht wahrscheinlich und voraussagbar. Wird aber eine erneuerte Aussenpolitik einzelner zentralasiatischer Staaten ihren Völkern neue reale Möglichkeiten bieten oder aber lediglich neue Illusionen bewirken? Was wird Zentralasien in die globale geo-

politische Transformation der modernen Welt mitbringen? Wie wird das reale Ergebnis des internationalen Zusammenwirkens sein: Zusammenarbeit oder Konfrontation?

DIE GEOPOLITISCHE BEDEUTUNG DES BEGRIFFS „REGION ZENTRALASIEN“

Den Begriff „Region Zentralasien“ führte in den politischen Weltumgang der Präsident Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, ein. Auf dem Gipfeltreffen der Staaten Mittelasiens im Jahre 1992 schlug er vor, auf die Definition „Mittelasien und Kasachstan“ zugunsten des Begriffs „Zentralasien“¹ zu verzichten, der sich auf alle postsowjetischen Staaten dieser Region erstreckt. Dieser Begriff versinnbildlichte, wie sich N. Nasarbajew vorstellte, die Entstehung einer postsowjetischen Region oder einer — nach dem Zeitalter des Kalten Krieges — neuen Region aus den fünf obenerwähnten Republiken, die früher in der Weltgemeinschaft im Status souveräner Staaten existiert hatten.

Dieser Begriff erwies sich als recht umfangreich nach seinem geopolitischen Inhalt. Für die neuen unabhängigen Republiken wurde er nicht nur zur Verkörperung einer vielversprechenden Euphorie infolge der Demokratie und Freiheit, infolge der politischen Ambitionen der regierenden Eliten, die die Unabhängigkeit bei der Fassung eigener Entscheidungen im voraus genossen und bestrebt waren, sich so schnell wie möglich von Russland zu distanzieren, sondern auch zur Verkörperung der Befürchtungen bezüglich einer selbständigen sozial-ökonomischen Entwicklung auf den Trümmern des — nicht ohne ihre Teilnahme — zusammengebrochenen sowjetischen Systems. In geopolitischer Hinsicht symbolisiert der neue Begriff ein dreifaches Ergebnis: erstens legt er den gleichzeitigen Prozess einer Umorientierung traditioneller und wirtschaftlicher Verbindungen neuer Staaten fest, zweitens verankert er ihren Status als völkerrechtlicher Subjekte der Weltpolitik, drittens gewährleistet er ihre maximal lange Existenz, darunter auch die gemeinsame Entwicklung, schützt allerdings nicht vor den einen oder anderen negativen Veränderungen geopolitischen und geoökonomischen Charakters im gesamtregionalen Rahmen.

In international-politischer Hinsicht schmeckte der Begriff „Region Zentralasien“ den USA sowie den Westmächten, weil er auf eine neue Weise das für Amerika langersehnte Zeitalter einer globalen Umverteilung der Einflussbereiche bezeichnete, einer Umverteilung, die mit der Desintegration des sowjetischen geopolitischen Raums begonnen hatte. Die neue Definition diente tatsächlich als ein Symbol der politischen Distanzierung neugegrün-

deter unabhängiger Republiken von Russland als von einem völkerrechtlichen Nachfolger der ehemaligen UdSSR. Die Doktrin von M. Albright und Z. Brzeziński hat sich — unter den neuen geopolitischen Bedingungen — für den Schlag gegen das System russischer Transportkommunikationen in Zentralasien entschieden. Diese Entscheidung gehört zu den wichtigsten Richtungen im Hinblick auf die Isolierung Russlands mit Hilfe einer geopolitischen Umorientierung der Länder Zentralasiens auf Projekte einer modernen Entsprechung des Grossen Seidenwegs.

Besonders genau wurde die neue Doktrin von der US-Aussenministerin in der Administration Clinton am 9. Dezember 1998 im Interview mit der französischen Zeitung „Le Monde“ definiert. In diesem Interview erklärte M. Albright öffentlich: „Von nun an soll und wird die NATO nicht aufgrund von Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen wirken. Sonst wird die NATO gezwungen sein, sich der UNO zu unterwerfen. Die Nordatlantische Allianz darf nicht eine Geisel des Veto-Rechts im Sicherheitsrat sein. Die Hauptkraft der NATO muss darin bestehen, dass die NATO absolut selbständig wirken und Entscheidungen treffen wird. Die neurostenische Autorität der UNO muss — auf entschiedenste Weise — beseitigt sein“².

In einer Interpretation S. Huntingtons verknüpft die obenerwähnte Doktrin den Wiederaufbau des Grossen Seidenwegs mit den kulturell-zivilisatorischen Widersprüchen der Völker Eurasiens. In Übereinstimmung mit der Logik einer „Kollision von Zivilisationen“ wird die Entscheidung der Sicherheitsprobleme im künftigen globalen Raum des Grossen Seidenwegs auf den Schutz der Identität vor anderen — für Zentralasien feindlichen — Zivilisationen gerichtet sein.

Im Ergebnis werden — entgegen allen Deklarationen — die mit der neuen historischen Renaissance verbundenen Prozesse der Selbstidentifizierung der Region durch den Westen auf künstliche Weise angeheizt, was nicht zentripetale, sondern — im Gegenteil — zentrifugale Kräfte in der Region verstärkt. Der Direktor des Atlantischen Zentrums der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen (Universität) des Aussenministeriums Russlands, Andrej Kasanzew, vertritt beispielsweise in seinen Überlegungen — vom Standpunkt der äusseren Einmischung und der Überwiegung zentrifugaler Tendenzen in Zentralasien aus — die Meinung, dass „die Schwäche zentralasiatischer Staaten und die wichtige geopolitische Rolle der Region einen hohen Grad der Einbeziehung von Grossmächten in regionale Angelegenheiten bedingen, was ja auch den Sinn des „Neuen Grossen Spiels“ ausmacht“³. Man kann seiner Meinung zustimmen, dass die Staaten Zentralasiens selbst keinen besonderen Wunsch zu einer Konsolidierung be-

kunden und deshalb den zentrifugalen Tendenzen nicht erfolgreich widerstehen können.

Kaum jemand wird heute die Tatsache bestreiten wollen, dass die Haupttendenz in der Aussenpolitik aller Staaten Zentralasiens das Wachstum der Bedeutung der nationalistischen Komponente ist. Die nationalistische Komponente erlangt historisch gefärbte Schattierungen und findet ihren widersprüchlichen Ausdruck im Kontext sowohl konkreter bilateraler Beziehungen zwischen den Ländern der Region und als auch der internationalen Beziehungen. Auf diese Weise kommt das bestehende System der internationalen Beziehungen in Bewegung. War vielleicht die Aussenministerin der USA, Condoleezza Rice, die sich von der Strategie des Kampfes von G. Bush gegen den internationalen Terrorismus hinreissen liess, nicht imstande, ausländische Investoren zu überzeugen, dass amerikanische Projekte neuer globaler Kommunikationen in Zentralasien gefahrlos und aussichtsreich sind? Sind zu einem auffallenden Fehler für die Amerikaner die politischen Ambitionen von Condoleezza Rice geworden, die einst nicht imstande war, den Einzug der Republiken Zentralasiens auf die energiewirtschaftliche Weltmärkte in Umgehung Russlands zu gewährleisten? In leer stehende infrastrukturelle Nischen in Zentralasien stürzten andere regionale Spieler.

In der Konzeption von H. Clinton wird der Begriff „Region Zentralasien“ ebenfalls gefragt, weil sich der Fokus der globalen Strategie Barack Obamas in Richtung der künftigen Entwicklung der Region nach dem Abzug amerikanischer militärischer Kräfte aus Afghanistan verschiebt. In der amerikanischen Interpretation erlebt jedoch diese Definition durchaus voraussagbare — um nicht zu sagen gesetzmässige — Änderungen in Gestalt geopolitischer Metamorphosen. Wie es jetzt in der Konzeption der amerikanischen Konzeption der amerikanischen Geopolitik üblich ist, wird statt des Begriffs „Region Zentralasien“ in den wissenschaftlichen Weltumgang ein neuer Begriff eingeführt, der dem alten Begriff identisch ist: der Begriff „Grosses Zentralasien“⁴. Auf Initiative des hinreichend bekannten Politologen Frederick Starr sollte man die Region Zentralasien in einem breiteren Format betrachten und ihr — neben den fünf obenerwähnten Staaten — auch die Republik Afghanistan zurechnen.

Der von Starr formulierte neue Ton der amerikanischen Geopolitik entspricht dem Prinzip „Erweitere und herrsche“, das eine — nach Ansicht der Amerikaner und Europäer — erfolgreiche Erprobung in der Politik der Osterweiterung der Europäischen Union und der NATO durchgemacht hat. Wie erklärt sich denn die Tatsache, dass — trotz der Gefahr eines Zerfalls der Eurozone — die EU-Länder, die soeben den Vertrag über die Einhaltung der

Budget-Disziplin unterzeichnet haben, nun wieder von einer Erweiterung dieser Zone durch den Anschluss eines neuen Mitglieds in Gestalt Serbiens sprechen, ohne sich Sorgen darum zu machen, dass ihm das Schicksal Griechenlands bevorsteht?

Die H. Clinton-Doktrin, die auf eine Ausdehnung des Netzes der partnerschaftlichen Beziehungen der USA mit den zentralasiatischen Staaten mittels der sechs Transportkorridoren, die Zentralasien überqueren, und der Rohrleitung Turkmenistan — Afghanistan — Pakistan — Indien gerichtet ist, wird ausführlich genug von Robert Blake, Assistent des Büros für Angelegenheiten Süd- und Zentralasien, kommentiert (er ist ein Stellvertreter von H. Clinton). Wenn man nach seinen Äusserungen urteilt, würde die Integrierung des durch den Krieg geschwächten Afghanistans in Zentralasien ausnahmslos allen zentralasiatischen Partnern der USA nutzen und sie auf den Weg der Demokratie lenken, den Kirgisien als das erste Land unter ihnen im Jahre 2011 nach der Revolution bereits betreten hat. In seiner Ansprache auf einem Forum über Zentralasien in Washington erklärte Blake, dass „das von H. Clinton gemalte Bild eines neuen Seidenwegs von den zentralasiatischen Ländern unmittelbar nach der Veröffentlichung der Doktrin akzeptiert worden war“⁵.

Wie R. Blake betont hat, bestehen die Bemühungen der USA in der Unterstützung aller Länder dieser Region durch die Hilfeleistung beim Aufbau eines Netzes von Überlandstrassen, Brücken, Erdöl- und Erdgasleitungen und Eisenbahnlinien, was die Lösung der Aufgabe einer Annäherung Afghanistans an die Nachbarländer entschlossener erleichtern wird. Seiner Meinung nach wird Afghanistan, falls es sich entschlossen in das wirtschaftliche Leben der Region integriert, für Privatinvestitionen verlockender werden, was ihm gestatten soll, sich zu entwickeln und Vorteile aus Naturschätzen zu ziehen sowie wirtschaftliche Möglichkeiten seinem Volk zu sichern.

H. Clinton glaubt, dass alle Länder Zentralasiens eigene Schritte zur Verstärkung ihrer Integration mit Afghanistan tun werden. Usbekistan, Turkmenistan und Tadshikistan fördern dann die Gewährung von Rabatten für Elektrizität. Usbekistan und Turkmenistan erweitern den Eisenbahnverkehr in Afghanistan, während Kasachstan die Heranbildung afghanischer Studenten begünstigt. In Bekräftigung dieser Meinung beruft sich R. Blake auf die Tatsache, dass alle Länder Zentralasiens an den jüngsten Afghanistan-Konferenzen in Bonn und Istanbul teilgenommen haben. Der auf den beiden Konferenzen erzielte Konsens wird die gemeinsamen Anstrengungen auf die künftige Entwicklung Afghanistans lenken. Seiner Meinung nach gebe es

keine Hindernisse für die Verbreitung der unmittelbar von H. Clinton erarbeiteten Sicht des neuen Seidenweges.

Die amerikanischen Projekte H. Clintons bereiten die Länder Zentralasiens im Voraus darauf vor, dass ihnen die Last der internationalen Verantwortung für den Krieg der USA in Afghanistan aufgebürdet wird. Eine solche Verschiebung der Verantwortung für seine Schuldenverpflichtungen, das Budgetdefizit und die Krisenemission hat Amerika bereits auf die Schultern von Ländern und Regionen in der ganzen Welt während der Weltfinanzkrise übertragen. Kasachstan, das — in den Spuren Russlands — die Entwicklung der Marktinstiute mehr als andere zentralasiatische Staaten beschleunigt, litt infolge finanzieller Erschütterungen auf dem Weltmarkt mehr als die anderen Staaten Zentralasiens. Das kasachstanische Banksystem, das in den Weltmarkt besonders stark integriert war, wurde dem Krisenschock in einem besonders hohen Masse ausgesetzt. Denn dieses System benutzte moderne Formen der Hypothek-Kreditierung, der Investitionen in den Wertpapiermarkt und der Entwicklung des Effektenmarktes.

Aus diesem Grund stösst Kasachstan, das zwar über einen machtvollen industriellen Komplex und bedeutende Investitionsressourcen verfügt, heute auf schwerwiegende Probleme. Verknüpft sind diese Probleme mit der Zahlungsunfähigkeit der Kreditnehmer im Rahmen der Hypothek-Kredite, mit ihrer massenweisen Insolvenz, mit der Entwertung des auf dem Wertpapiermarkt untergebrachten Kapitals.

Usbekistan — hingegen — entglitt den meisten Problemen, die mit der Weltfinanzkrise zusammenhängen, weil seine Wirtschaft in die Weltmärkte weniger integriert war. Der reale Sektor der usbekischen Wirtschaft stützt sich aber auf ein schwaches Banksystem. Die Regulierbarkeit seiner Nationalwirtschaft senkt die Faktoren der Verletzbarkeit durch spekulatives Kapital, rettet jedoch nicht vor einem Wachstum der Inflationsrate, dem Absinken des Bruttoinlandsprodukts und einer Verringerung der zahlungsfähigen Verbrauchernachfrage.

Kirgisien und Tadshikistan sind aber — ihrerseits — für eine Systemkrise anfällig, was sich durch einen Niedergang in allen Wirtschaftszweigen auszeichnet. Das Problem einer Verringerung des Tempos im realen Wirtschaftssektor Kirgisiens und Tadshikistans wird durch die hohe Inflation belastet.

Die Postkrisenperiode bringt also diesen Republiken viele Probleme. Allem Anschein nach werden diese Länder Zentralasiens — gemäss den Absichten H. Clintons — einen hohen Preis für die politische Loyalität seitens der USA sowie für die Folgen des afghanischen Krieges zahlen müssen.

Es liegt auf der Hand, dass sich die amerikanischen Regierungskreise an eine strategische Langzeitlinie in Zentralasien als ein Bereich für den Transit militärischer Güter und für den Standort militärischer US-Stützpunkte halten. Umgesetzt wird die amerikanische Strategie in Zentralasien bereits seit der aussenpolitischen Doktrin von Bush aus dem Jahre 2001. Im Einklang mit verschiedenartigen geopolitischen Konzeptionen wird der jetzige Kurs der USA fortgesetzt sein, bis sich der Prozess der Bildung eines neuen Systems internationaler Beziehungen abschliesst, das die globale Dominierung Amerikas sichert.

Haben sich aber die amerikanischen Geostrategen, die die Absichten ihrer politischen und militärischen Elite nähren, je die Gedanken darüber gemacht, inwieweit die Pläne von H. Clinton gerechtfertigt wären, die für die Periode von 2014 bis 2024 berechnet (und nach einem idealen amerikanischen Mass erarbeitet) worden sind? Inwieweit beeinflussbar sind sie durch die politische Konjunktur unter den Bedingungen des traditionellen amerikanischen Machtwechsels und der Folgen eventuellere Irrtümer dieser Macht? Wird der Preis konzeptueller Verrechnungen im aussenpolitischen Bereich durch die Verluste der Initiativen der USA im Rennen um den Einfluss in Zentralasien gemessen? Und schliesslich: Inwieweit entsprechen die amerikanischen Pläne den Realitäten Zentralasien (im Kontext der Verspätung der einen oder anderen amerikanischen Initiativen)? Denn die strategische Situation in Zentralasien ändert sich bereits heutzutage grundlegend. Wie kann man die Folgen des zunehmenden Einflusses Chinas voraussehen, wenn dieses Land beginnt, seine westlichen Provinzen entschlossener zu entwickeln (deren Entwicklung ohne einen Durchbruch, sozusagen ohne einen stürmischen Sprung Zentralasiens in den sogenannten geopolitischen Bereich undenkbar ist)?

HAUPTFAKTOREN DER GEOPOLITISCHEN VERLETZBARKEIT DER REGION ZENTRALASIEN

Für heute bleibt die Frage offen, inwieweit die Region Zentralasiens in politischer, ökonomischer, militärisch-politischer und zivilisatorischer Hinsicht zustande gekommen ist. Zentralasien vereinigt Staaten, die in ökonomischer Hinsicht unterschiedlich sind und sich durch politische, strategische und — in geringerem Masse — ethnische und konfessionelle Dominanten voneinander unterscheiden.

Inzwischen haben sich in Zentralasien eigene Besonderheiten herausgebildet, die sich sowohl als positive als auch als negative Faktoren äussern können. Erstens: Zentralasien ist eine ausreichend ganzheitliche — in terri-

torialer Beziehung — Region, die ihre Grenzen zwischen den interregionalen staatlich-territorialen Einheiten und Nachbarländern erneut wiederhergestellt und zugleich die Grenzen des postsowjetischen Raums nicht verlassen hat.

Das Problem der territorialen Grenzziehung innerhalb Zentralasiens bewirkte kein Konfliktpotential, brachte jedoch gewisse grenzmässige zwischenstaatliche Reibungen hervor, deren Grund im historischen Charakter der Beziehungen zwischen den Ländern Mittelasiens im Bestand der UdSSR wurzelte. Wie der russische Wissenschaftler G.D. Agafonow feststellt, „tragen Grenzreibungen einen intergemeindlichen Charakter und beziehen sich in erster Linie auf Streitigkeiten wegen landwirtschaftlicher Ländereien, Wasserquellen und der Freiheit von Verkehrsverbindungen. Gezwungen, darauf zu reagieren, sind natürlich auch die Behörden entsprechender Länder. Mit der Entstehung ernsthafter zwischenstaatlicher Widersprüche oder — umso mehr — der Konflikte auf diesem Boden im zentralasiatischen Raum braucht man wohl nicht zu rechnen, obwohl es innerhalb und ausserhalb dieser Länder destruktive Kräfte gibt, die an der Instabilität der Lage interessiert sind. Alle Staaten, mit Ausnahme Turkmeniens, gehören hier der Europäisch-Asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit an, deren Potential imstande ist, die Reibungen unter den Mitgliedern dieser Organisationen beizulegen“⁶.

Seinerseits geht der amerikanische Spezialist für Zentralasien, F. Starr, von der Konzeption der „Grossen Zentralasien“ aus und vertritt — zum Unterschied von G. Agafonow die Meinung, dass die Länder Zentralasiens einer territorialen Expansion seitens der Sowjetunion ausgesetzt worden sind, während zur Zeit der Prozess einer energiewirtschaftlichen Expansion der Region seitens Russlands verläuft.

Aber eine solche Meinung leugnet eigentlich — paradoxerweise — schon die Tatsache der historischen Existenz zentralasiatischer Republiken im Bestand der ehemaligen UdSSR. Mehr noch: man kann bemerken, dass einzelne Sowjetrepubliken sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR in den Grenzen konstituierten, über die sie früher nicht verfügten. Von dieser historischen Tatsache zeugen immer noch die Benennungen der — jetzt nicht mehr russischen, sondern kasachischen — Städte wie Petropawlowsk und Pawlodar. Darüber hinaus gibt es auch noch ein anderes Argument in Form einer Experteneinschätzung auswärtiger Beobachter. Wenn russische Wissenschaftler eine Übersicht der — unter anderem indischer — Studien zum Problem der gegenseitigen Beziehungen zentralasiatischer Staaten mit

Russland und China erstellten, lenkten sie die Aufmerksamkeit auf die Schlussfolgerung der Inder darüber, dass „in den Beziehungen untereinander die zentralasiatischen Republiken — durch ihre Nabelschnur — nicht mit China, sondern mit Russland verbunden sind“⁷.

Als ein Beispiel moderner grenzbezogener Reibungen kann die einseitige Aufstellung drei Meer hoher Sperranlagen — durch Usbekistan — längs der Grenze zu Kirgisien im Gebiet Andishan am 10. Juni 2009 dienen. Zwischen diesen Ländern gibt es eine bestimmte Zahl strittiger Gegenden, die jedes Land für sein Territorium hält. Im Einklang mit den gemeinsamen Vereinbarungen sind jedoch die Seiten nicht berechtigt, irgendwelche einseitige Handlungen bis zum endgültigen Abschluss der Demarkation der Grenze zu unternehmen.

Was territoriale Fragen zentralasiatischer Staaten mit China anbelangt, so bestehen besondere Verträge und Vereinbarungen mit den Grenzländern Kasachstan, Kirgisien und Tadshikistan. Dazu gehört beispielsweise das Protokoll über die Demarkation der Grenze zwischen Republik Kasachstan und der Volksrepublik China vom 10. Mai 2002. Dieses Protokoll hat die juristische Festlegung der kasachstanisch-chinesischen Grenze mit einer Länge von 1782 Kilometern abgeschlossen, von denen 1215 Kilometer auf die Festlandgrenze und 567 Kilometer auf die Wassergrenze entfallen.

Die politischen Aspekte des Prozesses zur Regelung von Staatsgrenzen zwischen Ländern Zentralasiens und China werden gegenwärtig wissenschaftlich analysiert. Die zentralasiatische Presse äusserte zugleich unterschiedliche Meinungen bezüglich der territorialen Politik Chinas in Zentralasien. Wie S. Bagdassarow glaubt, „betreibt China nach dem Zusammenbruch der UdSSR eine ausserordentlich lebhaftige Politik in Zentralasien, die sich auf die Gewinnung nicht sehr grosser, in schwerzugänglichen Gegenden liegender Territorien richtet. Zu derartigen Landerwerbungen kam es infolge der Verhandlungen über umstrittene Territorien mit Kasachstan, Kirgisien und Tadshikistan sowie auch mit Russland (eine recht bekannte Erwerbung im Amur-Raum). Die Chinesen bilden überall Kommissionen, die sich mit der Teilung der sogenannten umstrittenen Territorien befassen, obwohl diese Territorien vor dem Zusammenbruch der UdSSR als umstritten nicht galten. Tadshikistan trat beispielsweise 1000 Quadratkilometer im schwerzugänglichen Rayon Murgab an China ab. Wiederholt hielt ich mich dort auf und kann behaupten, dass es in dieser Hochgebirgsregion (fünf Kilometer über dem Meeresspiegel) nichts Wertvolles gibt. Aber das ist ein strategischer Ort, der in Zukunft erlauben könnte, das Autonome Gebiet Berg-Badachschan und insbesondere Wege zu kontrollieren, die in das Fer-

gana-Tal führen. In dieser Region bekundet China Ansprüche an Tadschikistan in Höhe von 28000 Quadratkilometern, was mit der Fläche des ganzen heutigen Armenien vergleichbar ist¹⁸.

Neben einer aktiven territorialen Expansion ist China in wirtschaftlichen Fragen äusserst rührig. Wie Zeugen bekunden, schenkt China recht ernsthafte Aufmerksamkeit den strategischen Punkten Zentralasiens, die später zu einem überzeugenden Argument im künftigen geopolitischen Spiel um den Einfluss in einer Region werden kann, die sich in der Tiefe des kontinentalen Zentralasiens befindet.

Befürchtungen werden also keineswegs durch die Politik Russlands, sondern von geopolitischen Folgen ausgelöst, die die Rolle Russlands bei der Lösung territorialer Probleme Zentralasiens zunichte gemacht haben. Darüber hinaus: gemäss einer Prognose des russischen Chinaforschers A. A. Maslow „werden in den Ländern Zentralasiens nach einigen Jahren bis 8 Millionen Chinesen leben, die ausgerechnet aus dem Autonomen Gebiet Hsindjiang-Uigur stammen“⁹. Zwei Drittel von diesen 8 Millionen Chinesen werden sich dabei in Kasachstan niederlassen. Wie A. A. Maslow meint, „gibt es hier einen nordwestlichen Vektor der chinesischen Politik. Er hängt mit folgendem zusammen. Die chinesische Bevölkerung im Autonomen Gebiet Hsindjiang-Uigur, das an Kasachstan grenzt, nimmt in den letzten Jahren rasant zu. Heute zählt sie 30 Millionen Menschen, was eigentlich gar nicht wenig ist. Bald soll sie auf 100 Millionen wachsen. Infolgedessen muss sie sich „ergiessen“ ins Ausland“¹⁰.

Auch in der westlichen Presse wird eine Belebung der Politik Chinas bezüglich des Baus von Verkehrskommunikationen in Zentralasien während der globalen Finanzkrise erörtert. Britische Analytiker schreiben: „Während die reichen Länder Milliarden für die Rettung der Banken verausgabten, verkündete China im September — ohne viel Lärm — Pläne zur Investierung von 100 Milliarden US-Dollar in den Bau von Autostrassen und Eisenbahnen, die berufen sind, das schwerzugängliche Zentralasien für die übrige Welt zu öffnen. In den kommenden Jahrzehnten sollen mehr als 20000 Kilometer Eisenbahnlinien gebaut werden, um chinesische Waren nach Zentralasien, Erdöl und Metalle aber nach China zu bringen. Eisenbahnen, die nach Russland, Europa, Iran und Pakistan führen, sollen dafür sorgen, dass eine Entsprechung des alten Seidenweges entsteht. Es wird erwartet, dass das Projekt, das zu einer Zeit in Erfüllung geht, da sogar rückständigste und isolierte Länder Zentralasiens beginnen, sich nach Investitionen von aussen umzusehen, der verspäteten Integration der Region mit den globalen Märkten einen Anstoss verleihen wird“¹¹. Es sieht danach aus, dass in den nächs-

ten Jahrzehnten das in Entwicklung begriffene China — von politischen Aspekten der Regelung staatlicher Grenzen mit den Ländern Zentralasiens ausgehend — nicht zögern wird, diese Region zur Zone seiner lebenswichtigen geopolitischen Interessen zu erklären.

Zweitens: die nächste Eigenheit Zentralasiens ist nicht durch die Grenzen der Region bedingt, sondern durch deren Struktur, die vom Standpunkt der Identifizierung der Region als geopolitisches Zentrum Osteurasien aus von besonderem Interesse ist. Zentralasien ist eine — ihrer Struktur nach — ausserordentlich komplizierte, ethnisch zersplitterte Zone widersprüchlicher Beziehungen der Völker und neuer staatlicher Gebilde. Die Struktur Zentralasiens ist desadaptiert gegenüber der äusseren Einwirkung wegen der Verletzung bestehender historischer Verbindungen. Jeder einzelne Teil dieser Struktur war — im Bestand der ehemaligen Sowjetunion — eine abgestimmte unabdingbare Komponente eines Ganzen im gesamten System der Lebenstätigkeit eines früher einheitlichen hochzentralisierten Staates. Eine Destrukturierung des einheitlichen politischen Systems hat in mancher Hinsicht die diskriminierende Politik des totalen Herauspressens der Russen aus Zentralasien prädestiniert und verschlimmerte — auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR — die komplizierte widersprüchliche Lage russischer Landsleute.

Die russische Politikerin und Wissenschaftlerin N.A. Narotschnizkaja stellt fest: „Was mit den Russen geschehen ist, kennt weder juristische noch historische Präzedenzfälle in der Welt. Es handelt sich nicht um eine Zerstreuung in fremden Ländern, nicht um die „Eingemeindung“ durch längst bestehende Staaten zu Bedingungen, die als juristische Normen ihrer Epoche anerkannt werden (dann wäre die Verwandlung in nationale Minderheiten natürlich und rechtmässig), sondern um eine willkürliche Teilung des einheitlichen russischen Volkes auf dem Territorium seiner eigenen Staatlichkeit“¹².

In innenpolitischer Hinsicht führt der in Zentralasien verlaufende Prozess der Identifizierung, der sich lediglich auf die ethische Komponente orientiert, die Völker innerhalb multinationaler Staaten immer weiter auseinander.

In international-politischer Hinsicht ist Zentralasien seinerseits auch eine eigenartige „Bruchstelle“ an der Grenze vektorverschiedener geopolitischer, geostrategischer und geoökonomischer Interessen der globalen Spieler (USA, Europäische Union, Japan) und der makroregionalen Spieler (China, Russland, Iran, Türkei, Indien, die reichen Nahostländer wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait sowie Irak, Syrien, Libanon und

Israel). Ungeachtet des Umstandes, dass sich einzelne nationale Republiken Zentralasiens in regionale Prozesse auf unterschiedliche Weise einfügen, strukturiert das Vorhandensein gemeinsamer Systemprobleme der postsozialistischen Evolution den Prozess des Anreihens dieser Staaten rund um Russland als um einen neuentstehenden Kern zur Wiederherstellung der ökonomischen Geschlossenheit des postsowjetischen Raums im Kontext einer reintegrationsorientierten Annäherung. Ausnahme ist Turkmenistan, das — ausser der GUS — keiner Integrationsgruppierung (die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit, die Europäisch-Asiatische Wirtschaftsgemeinschaft und die Konferenz für Zusammenwirken und vertrauensbildende Massnahmen in Asien) angehört.

Die Position einer politischen Absonderung Turkmenistans mit Elementen der Isolierung und Fragmentierung als einer Tendenz, die der Regionalisierung zuwiderläuft, erweitert nicht den Freiheitsgrad des aussenpolitischen Manövers der führenden turkmenischen Politiker, sondern — vielmehr — hält das Land an der Peripherie regionaler Prozesse. Kann denn die Neutralitätspolitik, bei der Turkmenistan bestrebt ist, jeglichen ausländischen Einfluss zu vermeiden, die Stabilität in Zentralasien beeinflussen?

Nach der Meinung russischer Wissenschaftler „hat Aschchabad Chancen für die Nachsicht der Amerikaner, wenn es den USA bei der Errichtung ihrer Kontrolle in Zentralasien und in der Kaspischen Region keine Schwierigkeiten bereitet. Wenn jedoch Washington brauchen wird, seine Militärstützpunkte in Turkmenien einzurichten (beispielsweise im Falle einer Entscheidung bezüglich einer militärischen Operation in Iran), wird es der turkmenischen Führung kaum gelingen, die Neutralität zu wahren. Deshalb kann Aschchabad, wenn es sich an einem solchen Kurs festhält, sogar entgegen dem eigenen Wunsch eine destruktive Rolle bei der Wahrung der Stabilität in Zentralasien spielen. Und es sieht danach aus, dass die turkmenische militärische Führung das zu begreifen beginnt“¹³. Die Einrichtung eines Militärstützpunktes der USA in der Stadt Mary und der Transit militärischer Güter durch das turkmenische Territorium werden die geopolitische Verletzbarkeit der Region insgesamt erhöhen. Mit der Verschlechterung der innenpolitischen Situation in Iran, was mit den nächsten Wahlen des Staatsoberhauptes, mit dem iranischen Atomprogramm sowie mit dem Einfluss der Nachbarstaaten (Israel) zusammenhängt, wird sich der äussere Druck der USA auf die Führung Turkmenistans verstärken. Mit dem Machtantritt einer neuen Führung ändern sich aussenpolitische Prioritäten Turkmenistans.

Nach Ansicht ausländischer Experten „geschieht eine besonders radikale Transformation in Turkmenistan, wo der neue Staatschef Gurbanguly Berdymuhammedow erklärte, dass sich sein Land für ausländische Investitionen öffnet, und Schluss mit der jahrelangen Isolation machte, in die Turkmenistan durch seinen Vorgänger herabgestuft worden war, rückte dieses Land in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Erdölgesellschaften, während Russland, Europa und China um den Zugang zu gigantischen Erdgasvorräten des Landes wetteifern“¹⁴. Sie nehmen an, dass Berdymuhammedow die Interessen der Investoren gegeneinander geschickt ausspielt, während seine wichtigste Priorität gegenwärtig ist, das ausländische Kapital für die Reformen der Landwirtschaft und des Sozialbereichs des Landes zu gewinnen: sowohl das eine als auch das andere befinden sich gegenwärtig im Niedergang.

In der Postkrisenperiode ist der russische Faktor in Zentralasien auffällender als zuvor, weil westliche Länder ihre investitionsmäßigen Möglichkeiten erschöpft hatten, als sie Geld in die Rettung eigener Volkswirtschaften vor der Weltfinanzkrise stecken mussten. Die Schuldenkrise der Europäischen Union beschränkt sich nicht allein auf das Fehlen des Geldes. Sie hat Mängel in den Modellen der Wirtschaftsentwicklung selbst entdeckt. Deshalb bringt das einfache Einpumpen von Geld nicht das erwünschte Ergebnis. Das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands macht lediglich 0,3 Prozent des Gesamtumfangs der Weltwirtschaft aus. Aber die Schuldenkrise, die seit 2010 Griechenland erfasst hat, ist zur Ursache vieler Unannehmlichkeiten in aller Welt geworden. Und umgekehrt: die chinesischen Investitionsmöglichkeiten werden praktisch unerschöpflich. China hat den höchsten Stand der Ansammlung von Devisenreserven durch gigantische „Preis-Trichter“ überboten und diversifiziert jetzt die Transformation des Yuan aus einer nationalen Währung in eine regionale Währung, später aber auch in eine Weltwährung. Urteilen kann man darüber ausgehend von seiner Stabilität und seiner Einführung in bilaterale Geschäfte chinesischer Partner in der Region, unter anderem in Japan, sowie in BRICS-Ländern.

Drittens: Zentralasien ist dem Einfluss heutiger Welt- und Regionaltendenzen ganz besonders ausgesetzt und erlangt immer ausgeprägtere Merkmale eines Areals der grenzüberschreitenden und grenznahen Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft. Der neue Anreiz für ein offeneres internationales Zusammenwirken geht vom Wunsch zentralasiatischer Staaten aus, so schnell wie nur möglich die Folgen der weltumfassenden Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden und aus ihr mit minimalen Verlusten herauszukommen. Regionale Prozesse verlaufen aber vor dem Hintergrund einer schmerzlichen marktbezogenen Transformation nationaler Volkswirtschaften.

ten und einer Zuspitzung strategischer Rivalität in verschiedenen Bereichen: im Brennstoffbereich, auf dem Gebiet der Energiewirtschaft und im Rohstoffressourcenbereich, der beispielsweise mit dem Zugang zu Trinkwasserquellen zusammenhängt.

WACHSTUM DES GEOPOLITISCHEN EINFLUSSES DER REGION ZENTRALASIEN ODER GEFAHR IHRES ZUSAMMENBRUCHS?

Vom Standpunkt des Einflusses von Faktoren der geopolitischen Verletzbarkeit ist die Identifizierung Zentralasiens als eines eurasischen geopolitischen Schlüsselzentrums von grundsätzlicher Bedeutung für die Lebenstätigkeit dieser Staaten. Die strategische Situation in dieser Region ist widersprüchlich und verworren. Sie zeichnet sich durch das Wachstum der Drohungen des internationalen Terrorismus, Separatismus und Extremismus aus, durch die politische Instabilität innerhalb einzelner neuer Staaten, durch unterschiedlich zielende Vektoren ihrer Aussenpolitik, durch das Vorhandensein ernsthafter Krisenerscheinungen im Bankenbereich, durch die Stagnation des Industriesektors der Wirtschaft, durch das Defizit staatlicher Haushalte und durch ein Absinken des Wachstumstempo des Bruttoinlandsprodukts.

Ein geopolitisches Zentrum kann als eine Art Schutzschild für die Staaten und die Region insgesamt in der internationalen politischen Arena sowie als Schutz ihrer potentiellen Verletzbarkeit auftreten. Ein solcher Schild fand seine Anwendung: im Jahre 2005 verlangte die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit auf Bitte der usbekischen Regierung von den USA, amerikanische Militärstützpunkte in Usbekistan und Kirgisien zu liquidieren. Obwohl sich eine Tendenz zum Übergang in Fragen der Gewährleistung der nationalen Sicherheit auf die Ebene vielseitiger Strukturen (wie etwa die Regionale Terrorbekämpfende Struktur der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit) abgezeichnet hat, sind einzelne Staaten geneigt, einen zwiespältigen Standpunkt einzunehmen.

Die regierenden Kreise entschlossen sich gelegentlich nicht nur zu einer wirtschaftlichen, sondern auch zu einer militärisch-politischen Zusammenarbeit mit ausserregionalen Mächten. Im Zuge der Wahlkampagne versprach Atambajew, den amerikanischen Luftstützpunkt in Manas zu schliessen. Moskau war entschlossen, die Auszahlung eines vergünstigten Kredits aus dem Antikrisenfonds der Europäisch-Asiatische Wirtschaftsgemeinschaft in Höhe von 106 Millionen US-Dollar und 30 Millionen US-Dollar aus dem Kredit der Russischen Föderation zu unterstützen. Kirgisiens Position begann jedoch, sich zu ändern, und sein Oberhaupt hielt sein Versprechen nicht. Am

ähnlichen politischen Feilschen beteiligte sich auch sein Vorgänger K. Baki-ew, der aus Russland einen Vorschuss in Höhe von 150 Millionen US-Dollar und einen vergünstigten Kredit in Höhe von 300 Millionen US-Dollar erhalten hatte.

Russland ist bestrebt, ein Abkommen über die Zusammenlegung aller seiner Militärobjekte in Kirgisien zu einem einheitlichen Militärstützpunkt abzuschliessen. Die Gültigkeitsdauer dieses Abkommens beträgt 49 Jahre (mit der automatischen Verlängerung um je weitere 25 Jahre). Auf dem Territorium Kasachstan mietet Russland vier militärische Prüfkomplexe sowie den Raumfahrtkomplex „Baikonur“, dessen Mietfrist bis zum Jahre 2050 verlängert worden ist. Gebaut wird am gemeinsamen Raketenkomplex „Baiterek“.

Dem geopolitischen Zentrum kommt eine besondere Rolle zu: im Hinblick entweder auf die Kontrolle über den Zugang zu wichtigsten Gegenden oder auf die Weigerung der Gewährung von Ressourcen an andere handelnde Personen. Eine ganze Gruppe ungelöster Fragen stellt einzelne zentralasiatische Staaten vor ein recht ernsthaftes Problem — das Problem der Verdrängung an die Peripherie regionaler Prozesse. Deshalb wäre es für die Länder der Region viel besser, sich zusammenzuhalten. Im Aspekt der Äußerung von Integrationstendenzen in Zentralasien gilt es aber, auf den widersprüchlichen Charakter allgemeiner systembezogener Probleme und Situationen hinzuweisen, die im wirtschaftlichen Bereich entstehen. Gerade die Unmenge ungelöster und neuentstehender Aufgaben nimmt den Staaten Zentralasiens die Möglichkeit des politischen Manövers in der Kontrolle über den gemeinsamen geopolitischen Raum. Dazu zählt die Notwendigkeit einer beschleunigten Modernisierung und der Mangel — genauer das Defizit — der für deren vollwertige Verwirklichung erforderlichen Ressourcen (der finanziellen und technologischen Ressourcen, der Produktions- und Kooperationsressourcen, der demographischen und anderer Ressourcen) sowie die Notwendigkeit der Gründung exportorientierter Produktionsstätten. Dabei muss man Schwierigkeiten beim Einzug auf die Aussenmärkte in Kauf nehmen.

Auf regionalen und globalen Märkten ist bereits eine harte internationale Konkurrenz entstanden, haben sich deren starke und schwache Teilnehmer abgezeichnet. Ostasiatische Länder, die auf die Spezifik ihrer Entwicklungsmodelle, einschliesslich des chinesischen Modells, stützen, demonstrieren beispielsweise ihre Vorzüge ungeachtet negativer Folgen der Postkrisenepoche der Weltwirtschaft und des Weltfinanzsystems. Und schliesslich darf noch ein widersprüchliches Problem nicht unerwähnt bleiben: die Notwendigkeit, für ein günstiges Investitionsklima in Zentralasien zu sorgen, und —

zugleich — die Gefahr des systembezogenen Auswaschens der nationalen strategischen Ressourcen in einzelnen Ländern der Region.

Schon die Existenz des geopolitischen Zentrums Zentralasien im neuen osteurasischen Raum hat ernstzunehmende politische und zivilisatorische Folgen für Nachbarstaaten, deren Vorgehen tatkräftiger ist. Ist die Region imstande, ihre territoriale, zivilisatorische und sonstige Ganzheit zu wahren und einen Einfluss ausserhalb der Grenzen ihres eigenen Territoriums auszuüben? In Zentralasien beobachtet man eine komplizierte Situation, die die Ganzheit dieser Region gefährdet. Vorerst noch nicht festgelegt ist die Teilung Zentralasiens in Einflussbereiche äusserer und regionaler Mächte, der Weltmächte sowie machtvoller geoökonomischer Zentren. Aber geostrategische Schemen einer neuen Umverteilung der Region — zumindest in theoretischer Hinsicht — sind bereits vorbereitet und werden erneuert.

Eine ganze Gruppe von Ländern wie das antiamerikanische Iran, die prowestliche Türkei, die USA, die Länder der Europäischen Union, China und andere tragen ihre geostrategischen Projekte nach Zentralasien herein. Die Situation wird dadurch belastet, dass Zentralasien — in zivilisatorischer Hinsicht — bei der Lösung von Problemen der Selbstidentifizierung die Etappe seiner historischen Renaissance durchmacht. Die Vertreter der zentralasiatischen Mentalität selbst erklären: „Heutzutage gibt es wohl kein Land der ehemaligen UdSSR, in dem eine Renaissance der Religion nicht zu beobachten wäre“¹⁵.

Die Idee eines muslimischen Grossreichs lebt und erwacht in der politischen Kultur und im Bewusstsein religiöser Führer Irans, das sich den neuen Grossreichambitionen der Türkei entgegenstellt. Nach ihnen erwachen geopolitische Bestrebungen in Irak, Syrien, Libanon und Israel, die — gemeinsam mit Turkmenistan, Usbekistan, Tadshikistan, Afghanistan und der Türkei — einst dem einheitlichen persischen Achämenidenreich angehört haben. Türkische Neonationalisten erblicken eine neue Vorausbestimmung türkischer Völker mit der Türkei an der Spitze, um im Becken des Kaspischen Meeres und in ganz Mittelasien zu dominieren, dessen Eroberung durch das Ottomanische Reich im 16. Jahrhundert misslungen ist.

Einzelne zentralasiatische Republiken überprüfen konzeptuelle Grundlagen ihrer künftigen Entwicklung, die immer mehr mit dem Aufbau eines islamischen Staates zusammenhängen. Nicht ausgeschlossen ist unter anderem, dass sich Tadshikistan, das zu den schwächsten Vertretern der Region gehört, in einen islamischen Staat verwandelt, wo das Staatsoberhaupt gleichzeitig auch der politische und religiöse Führer ist. Politische Folgen sind dabei unvermeidlich. Spezialisten sagen voraus: „Angesichts des potentiellen

ökonomischen und sonstigen Gewichts der islamischen Länder glaubt eine Reihe von Experten Tadshikistans fest, dass die Annäherung an die Glaubensbrüder für ihr Land nicht unbemerkt bleibt. Das Erste, was man erwarten kann, ist die geistig-politische Annäherung an islamische Länder und eine Distanzierung von Russland. Dazu gehört beispielsweise die Wiederherstellung der nationalen Variante beim Schreiben des Namens des Staatsoberhauptes.

Bezeichnend ist, dass die faktische Rückkehr zur nationalen Form der Rechtschreibung von Namen nichts Religiöses bedeutet, sondern als ein weiterer Schritt aufgefasst wird, der Tadshikistan von dem russischen Einfluss entfernt. Dieses Ereignis, das, wie es scheint, unbedeutend ist, hat aber russische Politiker aufgeregt. Hinzufügen müsste man häufige Begegnungen des Präsidenten E. Rachmon mit dem Präsidenten Irans Ahmadineschad, vier Begegnungen im Laufe des vorigen Jahres, sowie die Öffnung des persisch-sprachigen Fernsehens Tadshikistans, Irans und Afghanistans. Hinzu kommen auch häufige Besuche des tadshikischen Staatsoberhauptes in den Ländern der arabischen Welt. Das spezifische Gewicht derartiger Besuche nimmt zu. All das wird — in Tadshikistan — als die nationale Wiedergeburt des Lebens des Landes nach mehr als hundert Jahren des russischen Einflusses auf Tadshikistan aufgefasst, während auswärtige Beobachter das als eine zunehmende Distanzierung von Russland bewerten¹⁶.

Worin liegt die Gefahr des islamischen Faktors? Einerseits besitzt der Islam ohne die radikale Komponente, die den Extremismus und Terrorismus als eine Methode des politischen Kampfes verwendet, ein positives Potential. Die religiöse Ressource fördert die Konsolidierung bei der Definition der Identität, führt also zu einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft. Andererseits wird die Idee, deren Ziel ist, grössere islamische Kalifate in verschiedenen Regionen des östlichen Eurasiens zu gründen, von diversen terroristischen Organisationen missbraucht. Bei einer solchen Bewertung von Problemen der Regionalisierung verwandeln sich islamische Führer in einen Mechanismus der globalen Strategie ausländischer Staaten, die bestrebt sind, ihre Kontrolle über aussichtsreiche Gebiete der Rohstoffgewinnung in der Region zu errichten.

Ist die „Region Zentralasien“ imstande, einen Einfluss ausserhalb der Grenzen ihres Territoriums auszuüben? Gemäss der Rangstellung von Ländern im Hinblick auf das Potential des internationalen Einflusses gehört Russland zur ersten Sieben von Spitzenreitern — nach den USA, China, Japan, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien. Was die postsowjetischen Länder Zentralasiens anbelangt, so folgen hinter Russland mit einem

gewaltigen — aber durchaus erklärbaren — Abstand Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisien und Tadshikistan. Verstanden wird unter dem internationalen Einfluss die Fähigkeit eines Staates, Veränderungen im Verhalten anderer Staaten auszulösen, eine Einwirkung auf die internationale Umgebung in seinem eigenen Interesse auszuüben.

Unter dem Potential des internationalen Einflusses versteht man die Gesamtheit verschiedenartiger Mittel und Ressourcen, über die der Staat verfügt, um einen Einfluss auszuüben. Eine besondere Rolle kommt in Zentralasien dem zivilisatorischen Faktor des Einflusses zu. Im Hinblick auf den zivilisatorischen Einfluss Zentralasiens stecken die Ursachen in der Vergangenheit. Eine Verstärkung nationalistischer Tendenzen in der Ideologie Usbekistans hängt mit der Wiedergeburt der Idee eines künftigen vereinigten Staates in Zentralasien zusammen. Die konzeptuelle Begründung dieser explosionsgefährlichen Idee wurzelt im Grossreich Tamerlans, das im 14. und 15. Jahrhundert das politische Zentrum Mittelasiens im Raum zwischen der Wolga und dem Kaukasischen Bergrücken einerseits und Indien andererseits mit der Hauptstadt in Samarkand (wörtlich: „Strahlender Stern des Ostens“) war. Die subjektive Stimmung einzelner Kreise der usbekischen politischen und militärischen Elite bei der Vereinigung zentralasiatischer Völker (Uiguren, Kasachen, Turkmenen, Tadshiken, Kirgisien, Mongolen, Chasaren usw.) rund um das usbekische Volk lässt Nachbarstaaten, insbesondere China, aufhorchen.

Die einen oder anderen Ideen der Konsolidierung verschiedener Völker auf dem historischen Boden der nationalistischen Traditionen gehören zu destruktiven Faktoren, die imstande sind, nicht einfach zu einer Veränderung der Grenzen zwischen einzelnen Ländern Zentralasien zu führen, sondern einen Mechanismus der nicht voraussagbaren geopolitischen Transformation der Region und der ganzen Welt anzulassen. Die äussere Einwirkung destruktiven Charakters, die von der religiösen Stimmung der Völker Zentralasien in Form einer nationalen Idee der Wiedergeburt genährt wird, kann die politische Stabilität innerhalb Chinas stören.

Die geopolitischen Veränderungen können mit dem chinesischen Hsindjiang beginnen, weil China das Problem des Uigur-Separatismus als ein Problem „geteilter Völker“, deren Wurzeln in Zentralasien liegen, nicht gelöst hat. Wichtig ist dabei auch der islamische Faktor, der — zusammen mit dem Uigur-Separatismus — die Rolle eines Anregers buddhistischer Probleme des chinesischen Tibets spielen kann. Der Schleif der Instabilität wird auch andere Länder berühren. Das Ausmass kommender Drohungen ruft schon heute Beunruhigung hervor. Spezialisten stellen fest: „China hat das soge-

nannte Autonome Gebiet Hsindjiang-Uigur (Ost-Turkestan). Das Gebiet grenzt an das afghanische Badachschan, den Wachan-Korridor, an Kirgisien und Tadshikistan im Raum Murgab. Die Hauptbevölkerung sind Uiguren, eine Völkerschaft der Turkabstammung, verwandt mit Usbeken. Auf dem Territorium dieses Autonomen Gebiets sind extremistische Gruppierungen radikaler Ausrichtung tätig, die am Vorabend der Olympiade in Peking mehrere terroristische Aktionen verübt haben. Sie arbeiten mit einer Reihe extremistischer Organisationen Zentralasiens, Afghanistans und Pakistans sowie mit der „Islamischen Partei Turkestans“ eng zusammen. Als sich im Jahre 2002 die Frage bezüglich der Umbenennung der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ erhob, war die erste Variante die Bezeichnung „Islamische Bewegung Zentralasiens“, der sich radikale uigurische Gruppen aus dem Autonomen Gebiet Hsindjiang-Uigur anschließen sollten. Deshalb müssen Russland und China im Kampf gegen den Terrorismus ihre Aktionen koordinieren“¹⁷.

Der wachsende geopolitische Einfluss Zentralasiens zeichnet sich also durch die Einwirkung sowohl positiver als auch negativer Faktoren aus. Kann denn Amerika die beiden Staaten — Russland und China — stören, deren Zusammenwirken mit zentralasiatischen Ländern zu festigen?

Eine geopolitische Bestrebung für die USA ist die Bildung eines einheitlichen kontrollierbaren geschlossenen Rings, dem die Länder Zentralasiens, des Nahen Ostens sowie Afghanistan angehören. Falls dieser Ring sich in ein Gebiet der Instabilität verwandelt, wird die Notwendigkeit und Möglichkeit der globalen Dominierung der USA zu einem überzeugenden Argument werden, vor allem für Russland und China.

Wie russische Spezialisten vermuten, wird — in militärisch-politischer Hinsicht — die Kontrolle der USA über Zentralasien „erlauben, eine tiefgreifende Spaltung des asiatischen Kontinents zu verwirklichen, und eine Trennlinie zwischen Russland und Indien, Russland und West-China zu bewirken sowie von ihnen Iran abzugrenzen. Eine solche Trennlinie kann sich vom asiatischen NATO-Vorposten — der Türkei — bis zur Mongolei erstrecken und das „bezwungene“ Irak, das „befriedete“ Afghanistan, das „allianzsüchtige“ Georgien sowie Aserbaidshan, das „in die Allianz angelockt“ wird, und einige Staaten Mittelasiens umfassen. In ökonomischer Hinsicht stellt das unter die Kontrolle des Westens den ganzen kaspischen und zentralasiatischen Erdölraum. Auf politischer Ebene bietet das einen Hebel zur Einwirkung auf die Situation in der Sibirisch-Fernöstlichen Region Russlands, in West-China und in Nord-Indien. Deshalb können die ökonomischen und militärisch-politischen Interessen der USA und ihrer Verbündeten in Zentralasien einer-

seits und sowie Russlands, Chinas, Indiens und der mit ihnen zusammenwirkenden Ländern andererseits in einen ernsthaften Widerspruch zueinander geraten und in einen offenen Widerstreit münden“¹⁸.

Wenn die USA das iranische Problem zuspitzen, sind sie bestrebt, unter ihre Kontrolle die Erdöl- und Erdgasküste des Persischen Golfes sowie die Kaspische Region zu stellen, um die Tiefe Asiens bis nach Sibirien und dem Fernen Osten Russlands einzudringen. Im Hinblick auf die strategische Präsenz der USA in Zentralasien wird der Mongolei „grosse Aufmerksamkeit geschenkt, damit es möglich wäre, sich zwischen China und Russland einzukleimen und dadurch die Trennlinie auf dem Kontinent vom Mittelmeer bis nach Transbaikalien und bis zur Wüste Gobi zu verlängern. Der Besitz von Luftwaffenstützpunkten mit Frühwarnflugzeugen vom Typ AWACS würde dabei den Amerikanern gestatten, den grösseren Teil Sibiriens und des Fernen Ostens Russlands sowie die östlichen Gebiete Chinas und einen bedeutenden Teil seiner zentralen Gebiete zu kontrollieren, was heute lediglich aus dem Weltraum geschieht“¹⁹.

Abschliessend kann man sagen, dass der Prozess der Identifizierung Zentralasiens als eines eurasischen geopolitischen Zentrums noch nicht abgeschlossen ist. Zentralasien leistet — als eine neugebildete Region nach dem Zeitalter des Kalten Krieges — seinen Beitrag zur geopolitischen Transformierung der Welt. Regionale Prozesse sind widersprüchlich genug für beliebige Prognosen. Die neuen Republiken haben den Paroxysmus der Ablehnung ihrer sowjetischen Vergangenheit durchgemacht, werden aber noch wiederholt die sich ihnen bietenden Möglichkeiten — dank der Globalisierung und Regionalisierung — nutzen müssen und dem Einfluss neuer Illusionen auf der Jagd nach ungerechtfertigten Hoffnungen bei Kontakten mit erstzunehmenden Spielern der Weltgeopolitik ausgesetzt sein.

Es läuft die dritte Dekade ihrer selbständigen Existenz. Herangewachsen ist eine neue Generation, die keine nostalgische Verbindung mit der russischen Vergangenheit hat. Inzwischen richtet sich der Vektor der Arbeitsemigration aus den Ländern Zentralasiens nach Russland. Falls reale Drohungen für die regionale Stabilität aufkommen, werden zentralasiatische Staaten eine höhere politische Geschlossenheit und Solidarität — zum Unterschied von den neuen Staaten des europäischen Teils des postsowjetischen Raums — bekunden. Ungeachtet zahlreicher Probleme bewegt sich Zentralasien mehr zu einer Integration unter Beteiligung Russlands und Chinas als zu einer Regionalisierung oder einer verschiedenartigen Konfiguration

einzelner isolierter Staaten. Zugleich distanzieren sich einzelne Republiken von Russland zugunsten der islamischen Welt.

1. Eine solche Definition wird heutzutage nicht selten in den Massenmedien benutzt. Vom Standpunkt der geographischen Wissenschaft aus ist aber Zentralasien eine viel grössere Region, die neben Mittelasien auch die Mongolei und den westlichen Teil Chinas einschliesst. Diesen Standpunkt vertritt auch die UNESCO // ru.wikipedia.org/wiki/Zentralasien.
2. Albright-Doktrin. Das analytische Informationsprotal „Das Erbe“ // http://old.nasledie.ru/politvne/18_18/article.php?art=29
3. Kasanzew A. Zentralasien: Tendenzen der regionalen Entwicklung. 10.07.2013 // http://russiancouncil.ru/inner/?id_4=2091&from=aug13rus#top.
4. Starr C.Fr. „Zum Schutz des Grossen Zentralasiens“. Washington, Distrikt Columbia: Institut zum Studium Zentralasiens und des Kaukasus und das Programm zur Erforschung des Seidenwegs, 2008.
5. Blake R.O. USA-Politik in Zentralasien // <http://www.state.gov/p/sca/rls/rmks/2012/182643.htm>
6. Agafonow G.D. Die strategische Situation und die Hauptknoten von Widersprüchen in Ost-Eurasien, Moskau, 2007, S. 125.
7. Saderej N.W. Übersicht von Studien zum Problem der Entwicklung der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit // Klimenko A.F. Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit: zu neuen Entwicklungsebenen. Moskau, 2008, S. 396.
8. Bagdassarow S. Zentralasien als Schlüsselregion der Weltpolitik // Russische Zeitschrift. 1997-2008 // <http://www.russ.ru/layout/set/print//Mirovaya-povestka/Centr-azia.html>
9. Maslow A.A. In Zentralasien werden in den nächsten Jahren 8 Millionen Chinesen leben // <http://dknews.kz/v-centralnoj-azii-v-blizhajshie-gody-budut-prozhivat-8-mln-kitajcev.htm>
10. Maslow A.A. Autonomes Gebiet Hsindjiang-Uigur rückt näher... 5 Millionen Chinesen werden nach Kasachstan übersiedeln // <http://www.russianskz.info/politics/3126-a-my-k-vam-5-millionov-kitajcv-pereselyatsya-v-kazahstan.html>
11. Horst I. Die an Erdöl reiche, ferne und komplizierte Region Zentralasien bleibt von Stössen nicht verschont, die die übrige Welt erschüttern // The Financial Times. 2008. 30 Oct. // <http://www.centrasia.ru/newsA.php>

12. Narotschnizkaja N.A. Russland und die Russen in der Weltgeschichte. Moskau, 2003. S. 334.
13. Agafonow G.D. Der obenerwähnte Beitrag S. 81.
14. Horst I. Der obenerwähnte Beitrag.
15. Assadullajew I. Gibt es einen Boden für die Entstehung eines islamischen Staates in Tadshikistan? 17. Feb. <http://www.easttime.ru/analitic/1/10/573.html>.
16. Ebenda.
17. Bagdassarow S. Der obenerwähnte Beitrag.
18. Agafonow G.D. Der obenerwähnte Beitrag S. 71-73.
19. Ebenda. S. 81.



Jewgenija PJADYSCHewa

Verantwortliche
Sekretärin der Zeitschrift
„Internationales Leben“,
Kandidatin der
Geschichtswissenschaften
pyadysheva@gmail.com



ÜBER DAS WICHTIGSTE IN WELTPOLITIK UND RUSSISCHER DIPLOMATIE

Das neue „Diplomatische Jahrbuch — 2012“ (Diplomatisches Jahrbuch — 2012. Sammlung von Beiträgen. Autorenkollektiv. Moskau: „Die ganze Welt“, 2013. 380 Seiten — russ.) erschien am Vorabend des 80. Jahrestages der Diplomatischen Akademie beim Aussenministerium Russlands. Seit geraumer Zeit werden alljährlich in diesem Sam-

melband Beiträge über Schlüsselergebnisse der laufenden Zeitperiode veröffentlicht, „Top-Themen“ der Weltpolitik analysiert. Die Namen der Autoren weisen — ohne Kommentare — auf deren hohe Berufsqualifikation.

Auch dieses Mal hat die Redaktion des „Jahrbuches“, geleitet vom Rektor der Diplomatischen Akademie, Jewgenij Bashanow, und dem

*Евгения ПЯДЫШЕВА, Ответственный секретарь журнала «Международная жизнь», кандидат исторических наук
О САМОМ ГЛАВНОМ В МИРОВОЙ ПОЛИТИКЕ И РОССИЙСКОЙ ДИПЛОМАТИИ*

verantwortlichen Redakteur Juri Fokin, dem Ausserordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter, an der Spitze, Autoren vom „Star-Format“ gesammelt. Eingeleitet wird das Buch vom Artikel „Die Welt im Zeitalter der Wandlungen: Prioritäten der aussenpolitischen Tätigkeit der Russischen Föderation“ des Aussenministers Russlands, Sergej Lawrow. Mit entfalteten Thesen malt der Aussenminister ein klares Bild der aussenpolitischen Tätigkeit unseres Staates, bezeichnet die Rolle Russlands in der Welt als „einen ausserordentlich wichtigen Faktor des globalen Gleichgewichts, der geopolitischen Stabilität und Ausgewogenheit in der Weltpolitik, als ein einflussreiches Zentrum der heutigen Welt“ (S. 14).

Dabei charakterisiert er offen — und recht hart — die Weltsituation im Jahre 2012. (Nebenbei möchte ich feststellen, dass dieser Sammelband erst im jetzigen Sommer nicht aus Verschulden der Verleger erschienen ist.). Mehr als akut klingen aber auch heute, da das Ende des Jahres 2013 uns ins Haus steht, die Worte: „Es liegt auf der Hand: die Welt erlebt eine Übergangsperiode, die nach ihren historischen Dimensionen beispiellos ist und mit einer Umgestaltung der geopolitischen Landschaft, mit der Entstehung eines neuen Kräfteverhältnisses und mit einer Turbulenz auf den Gebieten der Wirtschaft und Politik, ja ins-

gesamt in den internationalen Beziehungen einhergeht“ (S. 13). Nach wie vor brodeln es im Nahen Osten und Nordafrika. Grösste Besorgnis wird durch die Entwicklung der Situation in und um Syrien hervorgerufen. Der Wunsch Russlands, heute eine „verantwortungsvolle Aussenpolitik“ zu betreiben, bietet möglicherweise die Chance, den syrischen lokalen „Proxy war“ auf einem friedlichen Weg zu beenden, ohne ihn in die Kategorie harter blutiger internationaler kriegerischer Konflikte zu versetzen.

Wenn S. Lawrow über besondere Prioritäten für Russland spricht, stellt er fest, dass den Kern unserer Aussenpolitik nach wie vor der GUS-Raum darstellt. „Die Verstärkung des vielseitigen Zusammenwirkens und die Erweiterung von Integrationsprozessen im Raum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bedeuten einen Kurs, der für die strategische Perspektive berechnet ist und die objektiven Tendenzen des Zeitalters der Globalisierung, einschliesslich der Festigung der Rolle regionaler Organisationen, widerspiegelt“, schreibt der Minister (S. 15).

Russland kooperiert mit der Europäischen Union — seinem führenden Partner in Handel und Wirtschaft — konsequent und geduldig im Interesse der strategischen Zusammenarbeit. „Schlüsselpunkt in unseren Beziehungen mit der Euro-

päischen Union bleibt der baldigste Übergang zu den visumsfreien Bedingungen für kurzfristige Reisen von Bürgern“, stellt der Minister fest. „Alle technischen und juristischen Fragen dafür sind gelöst worden, es kommt nur auf den politischen Willen an“ (S. 18).

Was die euroatlantische Partnerschaft anbelangt, so entwickelt sich diese Partnerschaft im grossen und ganzen erfolgreich. Obwohl das Thema der Raketenabwehr nach wie vor der Stein des Anstosses in unseren Beziehungen bleibt.

In der Reihe anderer Richtungen der russischen Aussenpolitik weist S. Lawrow in seinem Beitrag auf Probleme der Sicherheit sowie — in diesem Zusammenhang — auf den Start des Prozesses „Helsinki + 40“ hin. Er stellt fest, dass die politisch-diplomatische Regelung des iranischen nuklearen Problems keine Alternative hat. Russland nimmt einen aktiven Standpunkt in regionalen und internationalen Organisationen ein.

Wir können nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass zwecks einer kardinalen Erhöhung des Nutzeffekts unserer Aussenpolitik der Minister vorschlägt, die Möglichkeiten der „sanften Gewalt“ tatkräftiger zu benutzen.

Für „Diplomatisches Jahrbuch — 2012“ ist zum Hauptthema die regionale Zusammenarbeit unter den Bedingungen der Globalisierung gewählt worden.

Der erste Stellvertreter des Ausenministers Russlands, Wladimir Titow, stellt im Beitrag „20 jähriges Jubiläum des Rates für Barentssee/Euroarktische Region“ fest, dass sich die Einmaligkeit dieses Rates als Format des regionalen Zusammenwirkens im Norden Europas in seiner Fähigkeit äussert, eine kooperative Tagesordnung — buchstäblich unter den tagtäglichen Bedingungen — zu generieren. Im Laufe von 20 Jahren der Barentssee-Zusammenarbeit ist das Wichtigste gelungen: eine stabile Entwicklung der Barentssee-Region zu sichern, was mit der Betonung auf sozial-ökonomische Aspekte im engen Zusammenhang mit der Einhaltung ökologischer Forderungen, einschliesslich der radioaktiven Gefährlosigkeit, und mit der Wahrung der Eigenständigkeit der Stammbevölkerung im Hohen Norden einherschreitet.

In Fortsetzung des regionalen Themas des Sammelbandes kann man auf den Artikel „Integration Russlands im Asiatisch-Pazifischen Raum, Perspektiven der Zeitspanne 2012-2020“ eingehen, den Alexander Panow, wissenschaftlicher Hauptmitarbeiter am Institut der USA und Kanadas der Akademie der Wissenschaften Russlands, geschrieben hat. Wenn der Autor die Entwicklung der Asiatisch-Pazifischen Region im historischen Rückblick sowie auf der gegenwärtigen Etappe analysiert, kommt er zu der Schluss-

folgerung: „Der Nutzeffekt der Politik /Russlands/ in der östlichen Richtung wird hauptsächlich davon abhängen, wie entschlossen und zugleich rationell das Vorgehen bei der ökonomischen, sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Entwicklung Sibiriens und des Fernen Ostens sein wird. Lediglich ein Aufschwung der russischen östlichen Regionen in Verein mit konsequenten, zielgerichteten Aktivitäten im Asiatisch-Pazifischen Raum kann Bedingungen dafür schaffen, dass sich Russland als eine allgemein anerkannte pazifische Grossmacht behauptet“ (S. 110).

Man sollte die Absicht der Herausgeber dieses Sammelbandes nicht übersehen, die — gleichsam in einem Block — die Beiträge zweier Ausländer veröffentlicht haben: den Artikel „Der XVII. Parteitag der KP Chinas und die Entwicklungsrichtungen der Innen- und Aussenpolitik“ des Ausserordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters der Volksrepublik China in Russland, Li Huej, und den Beitrag „China nach dem XVII. Parteitag der KP Chinas: Errungenschaften, Probleme und die Strategie der weiteren Entwicklung“ der Direktorin des Instituts für Probleme Zentralasiens, Bermet Akajewa. Die beiden Beiträge sind eigentlich ein- und demselben Thema gewidmet. Nur beschreibt der chinesische Autor eine „Heimposition“, während die kirgisische Wis-

senschaftlerin ihre Eindrücke einer Aussenseiterin darlegt. Ungeachtet des Umstandes, dass die Eindrücke von B. Akajewa in mancher Hinsicht mit dem offiziellen chinesischen Kurs identisch sind, den der Botschafter Li Huej erläutert, bleibt die Wahrheit irgendwo in der Mitte.

Die Autoren — Jewgenij Korendjassow, Leiter des Zentrums zum Studium der russisch-afrikanischen Beziehungen und der Aussenpolitik der Länder Afrikas aus dem Afrika-Institut der Akademie der Wissenschaften Russlands, und seine Kollegin Prof. Lydia Grischajewa von der Geschichtsfakultät der Moskauer Staatsuniversität — haben mit ihren Artikeln „BRICS und Afrika: Potential der Partnerschaft und des Zusammenwirkens“ und „Russland und BRICS-Länder unter den Bedingungen der Weltfinanzkrise“ einen Beitrag zum Studium und zur Vorhersage der Entwicklung eines solchen politischen Phänomens wie BRICS geleistet.

Über die Möglichkeit der recht erfolgreichen Tätigkeit der britischen Zweiparteienregierung schreibt im Artikel „Britannien in der Krise“ der stellvertretende Direktor des Instituts Europas der Akademie der Wissenschaften Russlands, Alexej Gromyko.

Tatjana Awdejewa, Mitarbeiterin der Botschaft Russlands in Mexiko, setzt den Länderblock des Heftes in einem Artikel fort, der „Grüne Ori-

entierungspunkte Mexikos: Erfahrungen der Naturschutz- und Klimapolitik des Landes“ heisst. Die Diplomatin T. Awdejewa schlägt vor, Aufmerksamkeit den Wegen der Lösung von Umweltschutzproblemen in einem Land zu schenken, das die Wichtigkeit dieses Themas für die Perspektiven der sozialen Entwicklung erkannt hat, Naturschutzprogramme ausarbeitet und auf allen Ebenen der Staatsverwaltung umsetzt, eine ökologisch vernünftige Lebensweise in der Gesellschaft predigt und einen aktiven Standpunkt in der internationalen ökologischen Zusammenarbeit einnimmt.

Beiträge, die Probleme von einem — bedingt gesprochen — humanitären Charakter analysieren, befassen sich mit den verschiedensten Themen.

Konstantin Dolgow legt im Artikel „Über die „Situation mit der Sicherung der Menschenrechte in der Welt: eine Ansicht des Beauftragten des Aussenministeriums Russlands für Menschenrechte, Demokratie und Oberhoheit des Rechts“ den offiziellen Standpunkt zu Problemen dar, die — am ehesten — für jeden Mensch auf der Welt nicht gleichgültig sind.

Alexander Lukin, Prorektor der Diplomatischen Akademie stellt im Beitrag „Öffentliche Diplomatie: Staatspropaganda oder Bürgerinitiative?“ Überlegungen bezüglich der öffentlichen Diplomatie als eines



Werkzeugs der „sanften Gewalt“ an, die in der letzten Zeit immer gefragter wird.

Über die Heranführung der parlamentarischen Diplomatie an die Lösung realer internationaler Probleme schreibt Wassili Lichatschow, Abgeordneter der Staatsduma, im Beitrag „Russlands Diplomatie: die parlamentarische Dimension“.

Von unzweifelhaftem Interesse sind auch die im Sammelband veröffentlichten Arbeiten: „Ansprache auf der Festveranstaltung anlässlich des Tages der Diplomatischen Akademie beim Aussenministerium Russlands“ (von Kassym-Shomart Tokajew, Stellvertreter des UNO-Generalsekretärs), „Methodologie des arabischen Frühlings als einer Her-

ausforderung an die Aussenpolitik Russlands“ (von der Wissenschaftlerin Prof. Jelena Ponomarjowa und ihrem Kollegen Prof. Georgi Rudow), „Neuoptimistische Überlegungen über die Rolle des Mittelstandes in der Weltentwicklung“ (von Boris Loginow, Dozent des Lehrstuhls für Weltwirtschaft und internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Diplomatischen Akademie), „Papst Benedikt XVI. und traditionelle Werte der Menschheit“ (von dem Ausserordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter Valentin Bogomasow), „Probleme des völkerrechtlichen Instrumentariums für Fragen einer Konzeption der *stabilen Entwicklung*“ (von Jekaterina Janjuk, Dozentin am Lehrstuhl für Völkerrecht an der Diplomatischen Akademie), „Informationsanalytische Sicherung der Beschlussfassung auf dem Gebiet der diplomatischen Tätigkeit auf Basis von Situationszentren“ (von Prof. Juri Kurnossow und Dozent Alexander Simenkow).

Traditionsgemäss hinreissend und nützlich sind Beiträge aus dem Abschnitt „Diplomatie: Geschichte und Gegenwart“. Darüber, wie sowjetische Diplomaten unter anderem

Schlachten im Zweiten Weltkrieg gewonnen haben, berichtet der Artikel „Schlacht von Stalingrad — die grundlegende Wende im Zweiten Weltkrieg“ des Professors German Rosanow.

Pawel Bogomolow, der jahrelang in Grossbritannien als Eigenkorrespondent der Parteizeitung „Prawda“ gearbeitet hat, veröffentlicht seine Überlegungen im Beitrag „Ronny und Maggy: Was versteckt sich hinter diesem Duo? (Aufzeichnungen eines Auslandsjournalisten)“.

Einen Rückblick auf die russisch-norwegischen Wirtschaftsbeziehungen wirft Prof. Karl Ugland von der Universität Oslo. Sein Artikel heisst „Einige Fragen aus der Geschichte des russisch-norwegischen Handels (von der Epoche der Wikinger bis zu den späteren Tagen)“.

Das „Diplomatische Jahrbuch — 2012“ kann man nutzvoll studieren oder genussvoll lesen. Ich glaube, dass sowohl die Kenner der internationalen Beziehungen als auch Studenten, die den Weg der Bekanntschaft mit der Aussenpolitik erst betreten, und Lesefreunde von Büchern über das politische Weltgeschehen in diesem Sammelband „ihren“ Artikel finden werden.

Digest 2012



LA VIE INTERNATIONALE

Politique étrangère, diplomatie, sécurité nationale



www.INTERAFFAIRS.ru



МЕЖДУНАРОДНАЯ ЖИЗНЬ
INTERNATIONAL AFFAIRS

Специальный выпуск



АТЭС РОССИЯ 2012



www.INTERAFFAIRS.RU

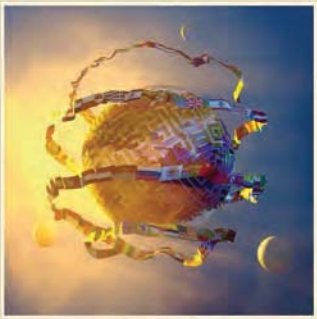


Digest 2012




VIDA INTERNACIONAL

Temas de política internacional, diplomacia y seguridad nacional




www.INTERAFFAIRS.ru

文摘 2012




国际生活

俄罗斯对外政策、外交和国家安全



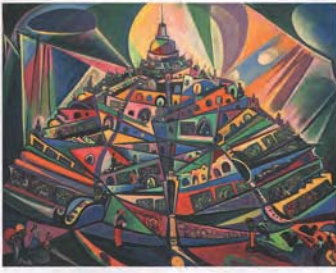
www.INTERAFFAIRS.ru

Special Issue 2010



INTERNATIONAL AFFAIRS

RUSSIA – ASEAN



www.INTERAFFAIRS.ru

Digest 2012



الاحداث السياسية الدولية

لقضايا السياسة الخارجية، والدبلوماسية، والأمن القومي



www.INTERAFFAIRS.ru

Май 2013



МЕЖДУНАРОДНАЯ ЖИЗНЬ

Проблемы внешней политики, дипломатии, национальной безопасности

68 лет назад закончилась Великая Отечественная война!

«Золотая коллекция» Эрика Туомийа
Министр иностранных дел Финляндии


Шанхайская организация сотрудничества: основные задачи момента
Кирилл Барский
Специальный представитель Президента России по делам ШОС

Деловой совет ТПП РФ – путь на зарубежные рынки
Георгий Петров
Вице-президент Торгово-промышленной палаты России

В МИД РФ
Игорь Халеринский
Председатель Совета ассоциации российских дипломатов


Москва. Издается с марта 1922 г.

Digest 2012



INTERNATIONALES LEBEN

Probleme der Auswärtigen Politik, der Diplomatie und der nationalen Sicherheit



www.INTERAFFAIRS.ru

VOLUME 59 NUMBER 2, 2013

International Affairs

A Russian Journal of World Politics, Diplomacy and International Relations

In This Issue

- Press Conference of Sergey Lavrov
- On the New Security Architecture in Asia-Pacific
- Russian Muslims and the "Arab Spring"
- Eurasian Vector of Development
- Citizen Voting Rights in the 2012 U.S. Election
- The Little World War in South America
- Stalingrad, an Imperative of History



